



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die österreichische Demokratie zwischen Ideal und Realität:
Eine quantitative Betrachtung durch das Prisma
wahrgenommener politischer Repräsentationsdefizite

verfasst von | submitted by

Theresa Maria Weinöhl BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Caroline Berghammer

Danksagung

Frau Assoz.-Prof. Mag. Dr. Caroline Berghammer danke ich herzlich für die Betreuung dieser Arbeit. Ihre fachliche Expertise, von der ich in Form von konstruktivem Feedback und rascher Unterstützung bei offenen Fragen profitieren durfte, sowie die freundliche Kommunikation habe ich sehr geschätzt. Ich bin dankbar, dass sie die Umsetzung dieser Arbeit so engagiert begleitet und ermöglicht hat.

Nicht möglich gewesen wäre diese Arbeit ohne den European Social Survey-Datensatz. Mein besonderer Dank gilt daher dem österreichischen ESS-Team unter der Leitung von Herrn Dr. Peter Grand.

Ebenso danke ich Michele Griessmair für die fachliche Unterstützung, die spannenden Einblicke in seine Forschungsexpertise sowie die bereichernden Diskussionen zu meiner Arbeit. Und nicht zuletzt: Danke für die hervorragende kulinarische Verpflegung und die moralische Unterstützung.

Herrn Schubert danke ich, dass er mit der ihm eigenen Konsequenz stets für Pausen, Ausgleich und Freude gesorgt hat – wenn auch nicht ganz uneigennützig.

Mein tiefster Dank gilt meinem Partner Michael. Danke, dass du während meiner gesamten Studienzeit unterstützend und verständnisvoll für mich da warst, und mir dadurch die Kraft gegeben hast, meine Ziele zu verfolgen. Die unzähligen Stunden, die du in Gespräche, Lektorat und inhaltliche Diskussionen zu meiner Arbeit investiert hast, bedeuten mir mehr, als ich in Worte fassen kann. Deine Gedanken waren in diesem Prozess und darüber hinaus unheimlich wertvoll und haben mir viele Male neue Perspektiven eröffnet. Dein Vertrauen in mich war und ist mein größter Antrieb. Danke, dass du mich stets motivierst und immer an meiner Seite bist.

Auch meinen Eltern Hermine und Wolf Weinöhrl danke ich von Herzen. Die Erinnerungen an ihre Liebe, ihre Werte und unsere gemeinsamen Jahre haben mich geprägt und begleiten mich bis heute. Ihnen ist diese Arbeit in Dankbarkeit und tiefer Verbundenheit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Soziologische Relevanz.....	5
1.2. Forschungsfragen	7
2. Theoretischer Rahmen	8
2.1. Krisenbetrachtung der Demokratie.....	8
2.2. Die demokratische Regression nach Schäfer und Zürn.....	13
2.3. Demokratiewahrnehmung durch die Bevölkerung	18
2.3.1. Diffuse und spezifische politische Unterstützung.....	18
2.3.2. Demokratiekonzeption der Bevölkerung	20
3. Forschungsstand	21
3.1. Zufriedenheit mit der Demokratie als Regierungsform	21
3.2. Messung der Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung.....	24
Exkurs: Wunsch nach mehr direkter Demokratie?	26
3.3. Einfluss des Demokratieverständnisses auf die Demokratiezufriedenheit.....	28
3.4. Rechtspopulismus und Demokratie.....	29
3.4.1. Die Folgen rechtspopulistischer Tendenzen auf die Demokratie	30
3.4.2. Erklärungsansätze Rechtspopulismus	31
3.4.3. Demokratieverständnisse und ihre Bedeutung für die Analyse populistischer Parteibindung	36
3.5. Politische Repräsentation der Bevölkerung	38
3.5.1. Repräsentationswahrnehmung der Bevölkerung	38
3.5.2. Politische Responsivität	39
4. Abgeleitete Hypothesen	44
5. Daten und Methoden	46
5.1. Datensatz.....	46
5.2. Analytical Sample	47
5.3. Gewichtung der Daten.....	47
5.4. Auswertungsmethode.....	48
5.4.1. Lineare Regression.....	48
5.4.2. Faktorenanalyse.....	52
5.5. Verwendete Variablen	56
5.5.1. Abhängige Variablen.....	56
5.5.2. Unabhängige Variablen	65

5.5.3. Kontrollvariablen	67
6. Ergebnisse	73
6.1. Deskriptive Analysen.....	73
6.1.1. Bivariate Analyse Repräsentationswahrnehmung.....	73
6.1.2. Bivariate Analyse Demokratiekonzepte	81
6.1.3. Bivariate Analyse Demokratiedefizite.....	84
6.2. Regressionsanalysen	88
6.2.1. Regressionsanalyse Repräsentationswahrnehmung	88
6.2.2. Regressionsanalysen Demokratiekonzepte	92
6.2.3. Regressionsanalysen Demokratiedefizite.....	94
7. Fazit.....	104
7.1. Beantwortung der Hypothesen.....	104
7.1.1. Politische Repräsentationswahrnehmung	104
7.1.2. Demokratiekonzeption	105
7.1.3. Demokratiedefizite	105
7.2. Beantwortung der Forschungsfragen.....	108
7.3. Limitationen.....	113
7.4. Ausblick.....	114
Literaturverzeichnis	116
Verwendete R-Packages	121
Abbildungsverzeichnis	123
Tabellenverzeichnis	125
Anhang A: Faktorenanalyse	127
Anhang B: Tabellen.....	130
Anhang C: Regressionen	132
Anhang D: R-Code der Datenauswertung	134
Anhang E: Abstract (De/En)	170
Abstract Deutsch	170
Abstract English	171

1. Einleitung

Politische Repräsentation bildet das zentrale Versprechen demokratischer Regierungen. Alle Bürger:innen sollen die Möglichkeit haben, ihre Interessen in den politischen Prozess einzubringen und gleichermaßen gehört und vertreten zu werden. Empirische Studien zeigen jedoch, dass dieses Ideal in der politischen Praxis systematisch ungleich eingelöst wird — insbesondere zugunsten sozioökonomisch privilegierter Gruppen. So belegen etwa Elsässer et al. (2017) für Deutschland, dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit den Präferenzen einkommensstarker Gruppen entsprechen, während Anliegen sozioökonomisch schwächerer Bevölkerungsgruppen kaum systematisch Berücksichtigung finden. Auch für Österreich zeigen aktuelle Daten, dass die ökonomische Lage der Befragten einen deutlichen Einfluss auf deren Repräsentationswahrnehmung hat: Während sich 61% des oberen und 47% des mittleren ökonomischen Drittels gut im Parlament vertreten fühlen, trifft dies lediglich auf 16% des unteren Drittels zu (Zandonella 2023, S. 17). Zudem denken 75% der Befragten des unteren ökonomischen Drittels, auf politische Entscheidungen keinen Einfluss zu haben (Zandonella 2020, S. 87). Die daraus resultierende Entfremdung von Politik verweist nicht nur auf ein individuelles, subjektives Gefühl von Machtlosigkeit, sondern deutet auf eine strukturelle Schieflage demokratischer Responsivität hin, mit potenziellen Folgen für das Vertrauen in politische Institutionen und die Einstellungen zur Demokratie insgesamt. Zwar ist die normative Zustimmung zur Demokratie als Staatsform in Österreich hoch und wird über die Jahre hinweg konstant stark befürwortet – so halten im Jahr 2024 neun von zehn Befragten die Demokratie als die beste Regierungsform (Zandonella 2024b, S. 7). Gleichzeitig bestehen aber Zweifel in der konkreten Ausgestaltung, so sind nur 43% der Befragten der Ansicht, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (ebd., S. 1). Um diese empirisch beobachtbare Ambivalenz zwischen normativer Zustimmung zur Demokratie und gleichzeitiger Unzufriedenheit mit ihrer Umsetzung analytisch zu fassen, benötigt es differenzierte Analysen, die über die bloße Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie als solcher hinausgehen. Zentral ist dabei die Frage, wie Demokratie von Bürger:innen verstanden wird. Denn Zustimmung zur Demokratie bedeutet nicht zwangsläufig Zustimmung zur liberal-repräsentativen Ausgestaltung. Auch im wissenschaftlichen Diskurs besteht kein Konsens, wie Demokratie konzeptualisiert werden soll und ebenso unterscheiden sich Bürger:innen darin, was sie sich unter Demokratie vorstellen, welche Erwartungen sie damit verbinden und in welchen Teilbereichen sie Defizite wahrnehmen. Ob soziale Gerechtigkeit, direkte Mitbestimmung oder der Schutz rechtsstaatlicher Prinzipien – Demokratie wird in der Bevölkerung entlang verschiedener Aspekte gedacht und bewertet. Wie Robert Dahl (2006, S. 17) schreibt, braucht es eine Vorstellung darüber, wie das Ideal einer Demokratie aussieht, um einen Referenzrahmen zu haben, mit dem das Tatsächliche verglichen werden kann. Andernfalls würden Überlegungen dazu beliebig bleiben oder sich im Kreis drehen (ebd.).

Diese Arbeit geht der These nach, dass die Wahrnehmung politischer Repräsentation ein zentrales Bindeglied zwischen individuellen Demokratievorstellungen und der Bewertung demokratischer Performanz darstellt. Im Fokus steht die Frage, in welchem Zusammenhang Repräsentationswahrnehmung mit Demokratieverständnissen und der Wahrnehmung demokratischer Defizite steht — und inwiefern daraus eine politische Anschlussfähigkeit für rechtspopulistische Deutungsmuster erwächst. Denn rechtspopulistische Akteur:innen greifen gezielt Repräsentationslücken auf, um diese mit ihren Narrativen zu besetzen (u.a.: Eribon 2020, S. 124; Flecker 2008, S. 80; Merkel 2017, S. 9; Schäfer & Zürn 2021). Ziel dieser Arbeit ist es, empirisch zu prüfen, ob und wie sich solche Dynamiken in den demokratischen Einstellungen der österreichischen Bevölkerung wiederfinden. Grundlage der Analysen ist der European Social Survey (ESS10) aus dem Jahr 2021 für Österreich. Mittels Faktoren- und Regressionsanalysen werden die unterschiedlichen Demokratieverständnisse, wahrgenommene Demokratiedefizite sowie die Rolle der Repräsentationswahrnehmung im Spannungsfeld zwischen Ideal und Realität analysiert.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst die soziologische Relevanz der Untersuchung dargelegt und das Forschungsinteresse vorgestellt. In Kapitel 2 folgt eine begriffliche und theoretische Einordnung der verwendeten Konzepte zur Repräsentationswahrnehmung, dem Demokratieverständnis und den Demokratiedefiziten. Kapitel 3 bietet einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand und zeigt auf, wie die Forschungsfragen und der methodologische Zugang aus der bestehenden Literatur abgeleitet wurden. In Kapitel 4 werden die aus der Literatur abgeleiteten Hypothesen vorgestellt. Das methodische Vorgehen sowie die zentralen Analysevariablen werden in Kapitel 5 dargestellt. Kapitel 6 präsentiert die empirischen Ergebnisse, getrennt nach deskriptiven und multivariaten Analysen. Anschließend werden in Kapitel 7 die zentralen Befunde der Arbeit zusammengefasst, kritisch diskutiert und schließlich die Forschungsfragen beantwortet. Zum Abschluss werden die Limitationen dieser Arbeit reflektiert und Ansätze für weitere Untersuchungen vorgestellt.

1.1. Soziologische Relevanz

Das Gefühl, von der Politik nicht angemessen repräsentiert zu werden, stellt eine zentrale Exklusions- und Ungleichheitserfahrung dar. Diese Wahrnehmung ist nicht zufällig in der Gesellschaft verteilt, sondern folgt sozialstrukturellen Linien, wie dem sozioökonomischen Status, dem Bildungsstand oder dem Geschlecht. Entsprechend handelt es sich hierbei nicht um eine rein subjektive und individuelle Wahrnehmung, sondern um ein strukturell verankertes Phänomen politischer Marginalisierung. Die vorliegende Arbeit nimmt die politische Repräsentationswahrnehmung als analytische Linse, um aus soziologischer Perspektive zu untersuchen, wie diese mit dem Demokratieverständnis, der Bewertung demokratischer Prozesse und der Offenheit gegenüber rechtspopulistischer Deutungsmuster zusammenhängt. Denn wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch weniger politische

Responsivität erfahren, ist auch ihre demokratische Orientierung nicht unabhängig davon zu verstehen. Erklärungsansätze, die politische Einstellungen lediglich auf individuelle Merkmale, wie Bildung oder Einkommen reduzieren, greifen zu kurz, wenn gerade diese Merkmale systematisch mit Ausschlussmechanismen im politischen Raum verknüpft sind. Die soziologische Perspektive erlaubt es, diese Zusammenhänge relational zu denken und das Zusammenspiel von struktureller Exklusion und politischer Orientierung in den Blick zu nehmen.

Vor dem Hintergrund multipler gesellschaftlicher Herausforderungen ist demokratische Stabilität von besonderer Relevanz. Diese gründet nicht allein auf institutionellen Verfahren, sondern wird wesentlich durch das Vertrauen der Bürger:innen in politische Prozesse gestärkt sowie durch das Gefühl, politisch gehört und repräsentiert zu werden. Wie Harry Eckstein (1997) im Rahmen seiner Kongruenztheorie argumentiert, ist die Leistungsfähigkeit und Stabilität eines politischen Systems maßgeblich davon abhängig, inwieweit dessen institutionellen Strukturen mit den gesellschaftlichen Erwartungen übereinstimmen. Fehlt eine solche Kongruenz, also die Passung zwischen politischer Ordnung und den in der Gesellschaft verankerten Autoritätsmustern und Wertvorstellungen, steigt die Anfälligkeit des Systems für Legitimationskrisen (ebd.). Politische Repräsentation ist somit nicht nur ein normatives Ideal, sondern ein grundlegendes Element demokratischer Systemstabilität. Dementsprechend versteht die vorliegende Arbeit Demokratie nicht als festes institutionelles Arrangement, sondern als gesellschaftliches Deutungsfeld, in dem normative Vorstellungen, Alltagserfahrungen und politische Bewertungen ineinandergreifen. Im Zentrum steht daher die Frage, welche Vorstellungen Bürger:innen von „der Demokratie“ haben, welche Elemente sie als besonders wichtig erachten und in welchen Bereichen sie demokratische Defizite erleben.

Die im Rahmen dieser Arbeit beleuchteten Demokratiedefizite aus Sicht der Bevölkerung sind nicht als demokratiefeindliche Tendenzen zu verstehen, sondern vielmehr als Hinweise auf Spannungsverhältnisse zwischen demokratischen Ansprüchen und wahrgenommener politischer Umsetzung. Die Frage, welche Ausformung von Demokratie sich Bürger:innen wünschen und wo sie Nachbesserungsbedarf sehen, ist zentral für eine soziologisch fundierte Demokratieforschung.

Gerade im Spannungsfeld zwischen normativen Erwartungen und erlebter Realität gelingt es rechtspopulistischen Akteur:innen, sich als systemkritische Alternative zum Status Quo zu inszenieren. Indem sie Repräsentationslücken aufgreifen und komplexe gesellschaftliche und politische Problemlagen auf antagonistische und reduktionistische Narrative verkürzen, schaffen sie Anschlussfähigkeit. Diese Arbeit fragt daher nicht nur danach, wie Repräsentationswahrnehmung Demokratieverständnisse prägt, sondern auch ob sie ein Einfallstor für rechtspopulistische Einstellungen darstellt und trägt damit zu einem tiefergehenden Verständnis gegenwärtiger Spannungen im politischen Feld bei.

1.2. Forschungsfragen

Vor dem Hintergrund dieser Problemstellung widmet sich die vorliegende Arbeit der übergeordneten Forschungsfrage:

Wie sehr weicht die österreichische Demokratie vom normativen Ideal aus Sicht der Personen mit wahrgenommenem politischen Repräsentationsdefizit ab?

Diese zentrale Frage zielt darauf ab, das Zusammenspiel von Repräsentationsempfinden, Demokratieverständnissen und der Bewertung demokratischer Teilbereiche aus Sicht der Bevölkerung zu verstehen. Um sich dieser vielschichtigen Fragestellung empirisch anzunähern, werden im Rahmen der Analyse zunächst drei Teilfragen untersucht:

FF1 Welche Merkmale korrelieren mit einem wahrgenommenen Repräsentationsdefizit?

Ziel dieser Frage ist es, zentrale Prädiktoren für das politische Repräsentationsempfinden zu identifizieren und aufzuzeigen, entlang welcher sozialen Merkmale sich Repräsentationslücken manifestieren.

FF2 Gibt es einen Zusammenhang zwischen wahrgenommenem Repräsentationsdefizit und dem präferierten Demokratiekonzept?

Hier wird untersucht, ob das Demokratieverständnis systematisch mit der Wahrnehmung politischer Repräsentation in Zusammenhang steht.

FF3 Welche Unterschiede sind hinsichtlich wahrgenommenem politischen Repräsentationsdefizit sowie anderen Merkmalen und wahrgenommenen Demokratiedefiziten in Österreich feststellbar?

Hier gilt es zu untersuchen, ob und in welcher Form sich mangelnde politische Repräsentation in der Defizitwahrnehmung demokratischer Teilbereiche niederschlägt und ob diese Wahrnehmungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Lagern variieren.

2. Theoretischer Rahmen

Im Zentrum dieses Kapitels steht eine theoretische Annäherung an das Spannungsfeld zwischen demokratischen Normen, ihrer politischen Umsetzung und gesellschaftlichen Wahrnehmung. Dabei wird auf zentrale theoretische Debatten zur Analyse von Demokratien sowie auf die inhärenten Herausforderungen eingegangen, die sich bei der Untersuchung eines solch „umstrittenen Konzepts“ (Merkel 2015a) ergeben. Wenngleich ein wesentlicher Anteil der referenzierten Theorien politikwissenschaftlichen Ursprungs ist, erscheint es notwendig, diesen interdisziplinären Bogen zu spannen, um aufzuzeigen, weshalb ein soziologischer Blick auf Phänomene wie Unzufriedenheit mit dem politischen System, Repräsentationslücken und rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung unerlässlich ist. Wie Adam Przeworski betont, liegt eine der zentralen Herausforderung in der Demokratieforschung darin, nicht vorschnell kausale Erklärungen zu liefern, sondern sich zunächst einzugestehen, „was wir nicht wissen, bevor wir entscheiden können, was wir tun sollen“ (Przeworski 2020, S. 8). Dies verweist auf die Notwendigkeit eines verstehenden Zugangs, wie er im Zentrum dieses Kapitels steht. Vor diesem Hintergrund ist es nicht das Ziel dieses Kapitels, einzelne kausale Faktoren gegenwärtiger politischer Entwicklungen zu identifizieren. Vielmehr soll ein soziologisch fundiertes Verständnis darüber entwickelt werden, welche normativen Erwartungen, Einstellungen und Deutungen Bürger:innen gegenüber demokratischen Prozessen vertreten und welche Spannungsfelder und Bruchstellen sich daraus ergeben. Auf dieser Grundlage lassen sich zentrale Forschungs- und Handlungsbedarfe identifizieren.

2.1. Krisenbetrachtung der Demokratie

Die Diskussion über Krisen der Demokratie ist beinahe so alt wie die Demokratie selbst. Bereits in der politischen Theorie der Antike galt, dass „Demokratie ohne Krise nicht zu denken ist“ (Merkel 2015a, S. 7). In den 1970er Jahren richtete sich der Fokus der Krisendebatte vor allem auf den Kapitalismus, der als Bedrohung demokratischer Werte verstanden wurde. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts verlor diese Perspektive jedoch an Bedeutung (ebd.). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kehrte die Diskussion in neuer Form zurück: Nun wurde insbesondere die Globalisierung als Gefahr für die nationale demokratische Souveränität identifiziert (ebd., S. 8). Unabhängig des politischen Lagers lautet der Befund, dass die Demokratie und insbesondere ihre repräsentativen Funktionen in einer Krise steckt (ebd.). Dabei wird entweder normativ argumentiert, dass sich die Demokratie von einem demokratischen Ideal entfernt habe oder empirisch, dass die Demokratie in ihrer Umsetzung hinter einer früheren, vermeintlich besseren Form, zurückbleibe (ebd.).

Die Bestimmung, ob sich eine Demokratie in einer Krise befindet, ist jedoch ebenso voraussetzungs- wie umstritten. So gibt es keinen Konsens darüber, wie Demokratie eigentlich konzeptualisiert werden soll, was zu einer Vielzahl unterschiedlicher Denkmodelle mit

unterschiedlichsten Definitionen und Umfängen der (vermeintlich) demokratiezugehörigen Verfahren und Institutionen führt (ebd., S. 21). Zudem weist Claus Offe darauf hin, dass aufgrund der Menge an unterschiedlichen Strukturvarianten von Demokratien eigentlich nicht von der Demokratie im Singular, sondern im Plural gesprochen werden müsse (Offe 2003, S. 9). Diese Strukturvarianten manifestieren sich beispielsweise in unterschiedlichen Wahlsystemen, der Art der Beteiligungsformen (z.B. repräsentativ vs. direkt) oder dem Ausmaß der Gewaltenteilung (ebd.). So ist es auch nicht verwunderlich, dass bei der Analyse von Demokratien häufig unterschiedliche Adjektive vorangestellt werden, wie „reife“, „konsolidierte“, „soziale“ oder „liberale“ Demokratien (Merkel 2015a, S. 9f.; Offe 2003, S. 10). Während diese Bewertungen des Zustands einer Demokratie fast ausschließlich auf Basis von Expert:inneneinschätzungen stattfinden, wird dabei meist außer Acht gelassen, wie die Bürger:innen selbst Demokratie konzeptualisieren und bewerten (Osterberg-Kaufmann 2023, S. 303). Dies führt dazu, dass in Bevölkerungsbefragungen erhebliche Abweichungen zwischen Bewertung des demokratischen Systems eines Landes und der grundlegenden Befürwortung der Demokratie als Regierungsform existieren.¹ Das bedeutet einerseits, dass Bürger:innen eine differenzierte Meinung abgeben, also Missstände in der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land wahrnehmen und benennen, aber dennoch der Ansicht sein können, dass die Demokratie die beste Regierungsform sei. Andererseits sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Bürger:innen sehr divergierende Vorstellungen davon haben, was eine Demokratie ausmacht. Es ist nicht überraschend, dass, wenn selbst unter Sozialwissenschaftler:innen kein Konsens darüber besteht, wie Demokratie empirisch fassbar gemacht werden sollte, um entsprechende Entwicklungen zu analysieren, die Vorstellungen in der Bevölkerung ebenfalls differieren und aufgrund der individuellen Lebenslagen und Interessen verschiedene demokratische Teilbereiche anders priorisiert und bewertet werden.

Der Begriff „Krise“ wiederum wird in Zusammenhang mit „Krise der Demokratie“, trotz seiner in den Sozialwissenschaften häufigen Verwendung, selten definiert und die Frage, wann Beginn und Ende einer Krise zu verorten sind, ist ebenfalls ungeklärt (Merkel 2015a, S. 9). Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel argumentiert, dass es unklar sei, ob partielle Verschlechterungen der Demokratie mit partiellen Verbesserungen gegengerechnet werden können und anhand welcher Vergleichsfolie eine Abweichung definiert werden kann (ebd., S. 21f.). Zudem könnte in Systemanalysen die Rolle der Akteur:innen nicht miteinbezogen werden, obwohl gerade sie den Ausgang einer Krise (mit-)bestimmt würden (ebd., S. 22f.). So argumentiert Merkel:

„Zu Ursachen einer Demokratiekrise werden Herausforderungen erst dann, wenn sie von den Bürgern und der öffentlichen Meinung als wichtige Herausforderungen erkannt und thematisiert werden sowie mittels der vorhandenen Verfahren, Institutionen, Organisationen und Personen, die das demokratische Gesamtsystem bereitstellt, für demos, Eliten und Öffentlichkeit nicht zufriedenstellend bearbeitet werden können“ (Merkel 2015a, S. 25f.).

¹ Für einen Überblick über die entsprechenden Studien siehe Kapitel Forschungsstand.

Jürgen Habermas argumentiert, dass mit Krisen generell „die Vorstellung einer objektiven Gewalt, die einem Subjekt ein Stück Souveränität entzieht, die ihm normalerweise zusteht“ (Habermas 1973, S. 10) verbunden ist. Dadurch wird durch die Verwendung des Krisenbegriffs auch ein normativer Sinn impliziert, denn die Lösung der entsprechenden Krise würde schließlich das Subjekt wieder befreien (ebd.). Auch soziale Systeme können Habermas zufolge auf Krisen reagieren, indem sie entweder ihre Sollwerte, ihre Teilelemente oder beides ändern (ebd., S. 12). Eine Herausforderung in der Analyse sieht er darin gegeben, wenn sich sowohl Sollwerte als auch Teilelemente des Systems anpassen, denn dadurch wäre nicht mehr klar erkennbar, ob sich nun ein neues System gebildet oder das alte regeneriert hat; d.h. ein Lernprozess oder eine Auflösung bzw. Zusammenbruch des alten Systems stattfand. Auch Habermas betonte, dass es für eine Krisendiagnose erforderlich sei, dass Gesellschaftsmitglieder einen Strukturwandel als bestandskritisch erleben und sie eine Bedrohung ihrer sozialen Identität wahrnehmen (ebd., S. 12). Diese Sichtweise teilen auch die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Michael Zürn, die politische Krisen als soziale Konstruktionen verstehen. Zwar weisen sie daraufhin, dass es eines „realen Kern“ bedürfe, um eine Situation als Krise wahrzunehmen, dieser aber der öffentlichen Anerkennung bedürfe, die diesen Zustand als krisenhaft definiert (Schäfer & Zürn 2021, S. 132). In ihrer Definition sprechen sie von einer Krise, „wenn intersubjektiv anerkannt ist, dass der Bestand des Organismus bzw. der Gesellschaft infrage steht und deswegen unmittelbares Handeln notwendig ist“ (ebd.). Mit dieser Definition berücksichtigen sie die Möglichkeit, dass ein Phänomen, das (potenziell) bestandsgefährdend für das System ist, nicht erkannt oder problematisiert wird, aber auch, dass ein an sich gut bewältigbares Phänomen in einem unverhältnismäßigen Maße überproblematisiert und als Krise gerahmt wird (ebd.).

Der Betrachtung auf der Mikroebene, also der Untersuchung, wie eine Demokratie durch ihre Bürger:innen bewertet wird und welche Ansprüche an diese Regierungsform gestellt werden, kommt somit eine essentielle Bedeutung zu, möchte man politische Entwicklungen nachvollziehen. Schließlich gewinnt ein politisches System durch seine Befürwortung durch die Regierten an Legitimität. Merkel weist zudem darauf hin, dass Krisen auch ein positives Potenzial innewohnen kann. So können, wenn produktiv mit systemischen Herausforderungen umgegangen wird, auch Lernprozesse in Gang gesetzt werden, die innovative Reformen ermöglichen und zu einer Stabilisierung der Demokratie beitragen (Merkel 2015a, S. 23f.). Historisch gesehen könnte hier beispielsweise der Kampf um die Ausweitung des Wahlrechts für Frauen oder der Entkriminalisierung von Homosexualität genannt werden. Würden Missstände nicht erkannt und problematisiert werden, gäbe es in den entsprechenden Bereichen auch keine (rechtlichen) Verbesserungen. Auch Schäfer und Zürn betonen den Doppelcharakter einer Krise, die eine „Gelegenheitsstruktur für weitgehende Veränderungen“ (Schäfer & Zürn 2021, S. 134) bereitstellt. Der Hinweis auf das zumindest *mögliche*

positive Potenzial von Krisen ist eine essentielle Ergänzung und trägt der Prozesshaftigkeit gesellschaftlichen Zusammenlebens insofern Rechnung, als dass damit anerkannt wird, dass Demokratie auch der immerwährenden Aushandlung zwischen Repräsentierten und Repräsentant:innen bedarf, um angesichts der wie auch immer gearteten Entwicklungen, sei es ökologisch, ökonomisch oder kognitiv ein friedliches Zusammenleben zu sichern und auf Bedürfnisse und Verunsicherungen zu reagieren.

Die unterschiedlichen Herangehensweisen, wie Demokratien oder Krisen konzeptualisiert werden, haben dazu geführt, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Demokratietheorien entwickelt wurden, die somit auch zu unterschiedlichen Einschätzungen über den Zustand einer Demokratie kommen. Merkel spricht von einem nahezu unüberschaubaren Dickicht an Demokratietheorien, die besonders ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensiv entwickelt wurden (Merkel 2015a, S. 9). Er empfiehlt für eine Systematisierung der Demokratietheorien die Unterscheidung in minimalistische (elektorale), mittlere (prozeduralistische) und maximalistische (substanzialistische) Modelle (ebd., S. 10). So sei nämlich die Antwort auf die Frage, ob die Demokratie in einer Krise stecke, stark davon abhängig, welches Demokratiekonzept den Betrachtungen zugrunde gelegt wird (ebd., S. 13). Minimalistische Demokratiemodelle beziehen sich nur auf den Kern von Demokratien, nämlich das Vorhandensein von „freien, gleiche[n] und geheime[n] Wahlen“ (Merkel 2015a, S. 10). Merkel sieht dieses minimalistische Modell als nicht angemessen für die Krisenanalyse etablierter Demokratien an, da diese „aufgrund ihrer geringen theoretisch-institutionellen Ausdifferenzierung kein hinreichendes analytisches Sensorium [hat], um Demokratie Krisen jenseits des Wahlvorgangs zu erkennen“ (ebd., S. 13). Maximalistische Demokratiemodelle hingegen, fokussieren vor allem auf die Output-Dimension von Demokratien, also der Versorgung mit Kollektivgütern, wie Sicherheit, Wohlfahrt, Verteilungsfairness, soziale Sicherung und sozialstaatliche Garantien (ebd., S. 12). Einzuwenden sei hier, dass Politikergebnisse und Output-Leistungen keine demokratieinhärenten Merkmale sind, so können diese auch von anderen Regierungsformen, wie Diktaturen, hervorgebracht werden (ebd., S. 13). Merkel erachtet die Output-Dimension als wesentliches Merkmal von Demokratien, das Krisenanfälligkeit und Systemstabilität beeinflusse, da die Zufriedenheit, wie Probleme gelöst werden, die Legitimitätswahrnehmung der Bürger:innen beeinflusse (ebd.). Dennoch argumentiert er, dass maximalistische Modelle aufgrund ihrer hohen normativen Standards eine Krisenbestätigung geradezu heraufbeschwören, da dieser „Sozialtest“ nur von wenigen Demokratien bestanden werde (ebd., S. 14). Merkel spricht sich daher bei der Betrachtung von Krisen in der Demokratie für die Wahl eines mittleren Demokratiemodells aus, welches zusätzlich zu dem „Kernbereich der freien, allgemeinen, gleichen und fairen Wahlen die Sphären des Rechtsstaates und der horizontalen Gewaltenteilung hinzu[fügt] (O'Donnell 1998, zit. n. Merkel 2015a, S. 11). Vertreter:innen dieses Demokratiemodells, zu denen auch Jürgen Habermas (1992) zählt, fokussieren auf die Verfahren der

rechtsstaatlichen Demokratie und behaupten eine „intrinsische ‚Gleichursprünglichkeit‘ von zivilen Schutz- wie politischen Beteiligungsrechten“ (Merkel 2015a, S. 11). Sie vertreten eine partizipative Demokratievorstellung mit einer starken Zivilgesellschaft, die „die partizipativen Potenziale der Demokratie beleben und diese vor der Besitznahme durch eine abgehobene politische Klasse schützen“ (ebd., S. 12) soll.

Für die Analyse etablierter Demokratien eignet sich Merkel zufolge ein Krisenverständnis, das von einer *latenten Krise* ausgeht. Im Gegensatz zur *akuten Krise*, in der ein Systemkollaps droht, der zu einem autokratischen oder hybridem Regime führen könnte, beschreibt eine latente Krise einen Zustand, der sich einerseits lange hinzieht und andererseits kein Ende konzeptualisiert (ebd., S. 24f.). Damit wird der Doppelcharakter von Krisen anerkannt, es steht offen, ob gesellschaftliche und politische Herausforderungen so bearbeitet werden können, dass eine Stabilisierung des Systems stattfindet, oder es an Legitimität und Stabilität einbüßt. Zur Systematisierung demokratischer Qualität unterscheidet Merkel (2014a, S. 14) fünf Teilregime: das Wahlregime, politische Rechte, Bürger:innenrechte, horizontale Rechenschaftspflicht sowie effektive Staatsführung. Insbesondere das Wahlregime bildet die Grundlage für demokratische Responsivität, da es freie und faire Wahlen sowie ein allgemeines aktives und passives Wahlrecht voraussetzt (ebd.). Als Indikatoren für eine mögliche Erosion dieses Teilregimes nennt Merkel unter anderem Wahlenthaltung oder die anhaltende Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen (ebd.). Zur empirischen Bewertung, ob sich eine Demokratie in einer Krise befindet, schlägt Merkel drei methodische Zugänge vor: a) die Analyse von Demokratieindizes zur Veränderung der Qualität einer Demokratie, b) Meinungsumfragen der Bevölkerung zur subjektiven Krisenwahrnehmung und c) Partialanalysen einzelner Teilregime (Merkel 2014a, S. 18). Letztere erlaubt eine differenziertere Betrachtung demokratischer Schwächen, ohne vorschnell von einer Systemkrise zu sprechen (Merkel 2015a, S. 32).

Diese Arbeit orientiert sich bewusst am zweiten Zugang und nimmt die Wahrnehmung der Bevölkerung als Ausgangspunkt, um zu untersuchen, wie individuelle Erfahrungen politischer Repräsentation mit Demokratieverständnis und der Bewertung demokratischer Teilbereiche verknüpft sind. Während dadurch keine Partialanalyse im institutionellen Sinn erfolgt, wird durch die Betrachtung der subjektiven Perspektive der Bevölkerung sichtbar, in welchen Bereichen demokratische Responsivität als defizitär erlebt wird und beleuchtet somit einen Aspekt, der in Expert:innenbewertungen häufig unberücksichtigt bleibt.

2.2. Die demokratische Regression nach Schäfer und Zürn

Politische Repräsentation bildet den Wesenskern demokratischer Herrschaft (Tormey 2015, S. 7). Wahlen sollen Bürger:innen in die Lage versetzen, ihre Repräsentant:innen selbst zu bestimmen und ihre Anliegen wirksam in den politischen Prozess einzubringen. In welchem Maß sich Bürger:innen von politischen Amtsinhaber:innen tatsächlich vertreten fühlen, beeinflusst maßgeblich ihr Vertrauen in das politische System und ihre Wahrnehmung von dessen Legitimität (Zandonella 2020, S. 87). Politische Repräsentationswahrnehmung ist somit kein rein subjektives Empfinden, sondern ein Indikator demokratischer Teilhabe und eine zentrale Messgröße politischer Inklusion. Hier knüpfen Armin Schäfer und Michael Zürn mit ihrem 2021 erschienen Werk „Die demokratische Regression“ an. Sie argumentieren, dass die Erfahrung, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können und von den gewählten Repräsentant:innen mangelhaft repräsentiert zu werden, das demokratische Versprechen von politischer Gleichheit beschädigt. Eine solche Wahrnehmung kann infolge entweder zu einer Abwendung von der Politik und den Politiker:innen oder aber zu einer Hinwendung zu autoritär-populistischen Parteien führen, die bestehende Schwächen von Demokratien aufgreifen und im Sinne ihrer Agenda umdeuten. Schäfer und Zürn sprechen in ihrer Analyse explizit nicht von einer Krise der Demokratie, da dies aus ihrer Sicht Schwellenwerte bedarf und dafür generell die Frage zu klären sei, „inwieweit sich ein normatives Konzept in der Krise befinden kann“ (Zürn 2024, S. 339). Stattdessen verwenden sie den Begriff der „demokratischen Regression“, um die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Prozesse zu beschreiben, die sie in den gegenwärtigen Demokratien beobachten. Zu einer solchen demokratischen Regression kommt es den Autoren zufolge, wenn einerseits die durchschnittliche Demokratiequalität sinkt und wenn andererseits ein globaler Rückgang der Anzahl der Demokratien zu verzeichnen ist (Schäfer 2023, S. 31). Allerdings reflektiert Schäfer, dass es besser wäre, den Regressionsbegriff nur auf die durchschnittliche Demokratiequalität zu beziehen (ebd.), weshalb hier auch nur auf diesen Teil der These Bezug genommen wird. Eine demokratische Regression nach Schäfer und Zürn ist gekennzeichnet durch eine „doppelte Entfremdung“, welche eintritt, wenn sich a) konsolidierte Demokratien vom „idealen demokratischen Prozess“ (Schäfer & Zürn 2021, S. 61) entfernen und b) wenn ein hinreichend großer Anteil der Bevölkerung eine Abweichung von demokratischem Anspruch und Wirklichkeit wahrnehmen (ebd.). Dieser Zugang entspricht im Wesentlichen Merkels Vorstellung von „latenten Krisen“, denn sowohl Schäfer und Zürn als auch Merkel argumentieren, dass es sich um einen sich langsam vollziehenden Prozess handelt, bei dem noch nicht bestimmt werden kann, auf welchen Zielpunkt er hinsteuert.

Während die Wahrnehmung der Bevölkerung empirisch leichter fassbar ist, ist die Prüfung des ersten Teils der These Schäfer und Zürns ungleich voraussetzungsvoller. Um zu verstehen, was Schäfer und Zürn unter einem „idealen demokratischen Prozess“ verstehen, von dem sich aus ihrer Sicht die

Demokratien entfernen, ist es nötig, zunächst auf das in ihrer Theorie zugrundeliegende normative Demokratieverständnis einzugehen. Die Autoren fassen Demokratie als einen „Prozess der öffentlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung, bei dem alle Betroffenen die gleiche Möglichkeit haben, frei und gleichberechtigt teilzunehmen“ (ebd., S. 27). Zudem müsse eine Demokratie Entscheidungen hervorbringen, die normativ begründbar sind (ebd.), also auf Grundlage der in der Gesellschaft geltenden Normen und Werte gerechtfertigt werden können. In dieser „doppelten Verankerung“ (ebd.) werden sowohl eine „rein prozedurale Demokratieauffassung“ (ebd.) abgelehnt, die sich ausschließlich auf Entscheidungsverfahren fokussiert, aber auch „streng liberale Interpretationen, die individuelle Rechte als dem demokratischen Prozess vorangestellt“ (ebd.) betrachten. In Merkels Typologie würde dies dem minimalistischen und maximalistischen Demokratiemodell entsprechen. Schäfer & Zürns Ansatz kann dem, von Merkels ebenfalls präferierten, mittleren Demokratiemodell zugeordnet werden, sie referenzieren ebenso auf Habermas „Idee der Gleichursprünglichkeit von Rechten und Pflichten“ (Habermas 1996, zit. n. Schäfer & Zürn 2021, S. 27), also der Vorstellung, dass Bürger:innen mit Rechten ausgestattet sind, diese aber mit der Pflicht verknüpft sind, die Rechte der anderen Bürger:innen zu wahren (Habermas 1998, S. 155) und sich demnach Rechte und Pflichten gegenseitig konstituieren. Zudem erweitern Schäfer und Zürn ihre Demokratiekonzeption um den neorepublikanischen Freiheitsbegriff (Schäfer 2023, S. 32). Dieser betont, dass rechtliche Gleichheit allein nicht hinreichend ist, um von tatsächlicher Freiheit zu sprechen (ebd.). Entscheidend ist vielmehr die „Abwesenheit von Dominanz“ (Schäfer & Zürn 2021, S. 27), ein Zustand, der in Demokratien grundsätzlich möglich, aber nicht automatisch gegeben ist (Schäfer 2023, S. 32). „Denn auch hier kann politische Ungleichheit dazu führen, Herrschaft als fremd und nicht ausreichend legitimiert wahrzunehmen, weil sie sich dem eigenen Einfluss entzieht und die eigenen Belange ignoriert“ (ebd.). Hier tritt auch bereits die grundlegende Argumentationslinie in Schäfer und Zürns Theorie hervor: Das strukturelle Moment der Teilhabe, also wer am öffentlichen und insbesondere politischen Diskurs die Möglichkeit hat, seiner/ ihrer Stimme Geltung zu verschaffen und dadurch innerhalb der repräsentativen Demokratie eine Vertretung der eigenen Belange durch gewählte Repräsentant:innen zu erwirken. Zusätzlich zur rechtlichen Gleichheit ist es daher erforderlich, dass Bürger:innen einerseits das politische Geschehen beeinflussen können und andererseits Repräsentant:innen responsiv auf ihre Anliegen reagieren (Schäfer & Zürn 2021, S. 32). Dieses Demokratieversprechen wird gebrochen,

„wenn sich die vielfältigen Formen sozialer in dauerhafte politische Ungleichheit übersetzen und benachteiligte Gruppen nicht länger erwarten oder auch nur erhoffen, Gehör zu finden, eine künftige Mehrheit zu bilden oder sich gegen ressourcenreiche Gruppen durchsetzen zu können“ (ebd.).

Mangelnde Responsivität der politischen Amtsinhaber:innen gegenüber den Anliegen der Bürger:innen sehen die Autoren als maßgeblich dafür an, dass Wähler:innen das Vertrauen in

politische Entscheidungsträger:innen verlieren und sich infolge vom bestehenden demokratischen System entfremden (ebd., S. 91). Sie argumentieren, dass die soziodemografische Zusammensetzung der politischen Institutionen stärker als früher von jener der Bevölkerung abweiche und auch die soziale und ideologische Distanz zwischen Repräsentant:innen und Repräsentierten zugenommen habe (ebd., S. 60). So zeigt sich auch, dass die Entscheidungen, die in den Parlamenten getroffen werden, eher den Interessen der oberen ökonomischen Klassen entsprechen und Interessen der unteren ökonomischen Klasse außer Acht gelassen werden (*siehe auch Kapitel 3.5.2*). Zudem seien in den letzten drei Jahrzehnten im Zuge der Globalisierung vermehrt Entscheidungskompetenzen, die vormals bei Mehrheitsinstitutionen wie zum Beispiel Parteien und Parlamenten lagen, hin zu „nichtmajoritären Institutionen“ (ebd., S. 18) verlagert worden. Nichtmajoritäre Institutionen, zu denen beispielsweise Zentralbanken und Verfassungsgerichte gehören, werden definiert als

„Regierungseinheiten [...], die (a) eine spezialisierte öffentliche Autorität ausüben, (b) weder direkt durch das Volk gewählt noch direkt durch gewählte Offizielle geleitet werden und sich stattdessen (c) auf Sachgründe und ihre epistemische Autorität als Grundlage ihrer Entscheidungen berufen“ (ebd., S. 106).

Während die ursprüngliche Rolle nichtmajoritärer Institutionen in einer herrschaftsbegrenzenden Funktion gesehen wurde (Krisch 2010 zit. nach Schäfer & Zürn 2021, S. 106), ist ihr Einfluss in den letzten Jahrzehnten so angewachsen, dass sie zudem auch eine herrschaftsbegründende Rolle einnehmen (ebd., S. 107). Das Dilemma, dass dieser Entwicklung Schäfer und Zürn zufolge zugrunde liegt, ist, dass die Amtsinhaber:innen dieser Institutionen nicht durch direkte Wahlen seitens der Bevölkerung legitimiert wurden und auch nur eine begrenzte Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürger:innen haben (ebd.). Diese Entscheidungsfindung ist somit dem demokratischen Prinzip des öffentlichen Diskurses entzogen, wodurch der Eindruck entstehen kann, dass bei Entscheidungsfindungen nicht die Interessen aller Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt werden (ebd.). Zygmunt Bauman spricht in diesem Zusammenhang von einer Erosion territorialer Souveränität bestehender politischer Einheiten (Bauman 2018, S. 62). Bauman argumentiert, dass der „Globalisierung der Macht [...] *keine* entsprechende Globalisierung der Politik folgt [...], woraus sich eine gewaltige Diskrepanz zwischen den Zielen und den Mitteln effektiven Handelns ergibt“ (ebd., S. 63). In der Konsequenz seien weite Teile der Bevölkerung von der Kommunikation mit den Herrschenden abgeschnitten und verlören zunehmend die Hoffnung auf einen konstruktiven Dialog mit ihnen.

Diese skizzierten Prozesse spiegeln sich auch in den Wahrnehmungen und Einstellungen der Bürger:innen wider. Insbesondere die sinkende Responsivität politischer Repräsentant:innen sowie die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen hin zu nichtmajoritären Institutionen, betrachten Schäfer und Zürn als zentrale Faktoren für den wachsenden Erfolg autoritär-populistischer Parteien.

Diese würden sich als „die wahre Stimme des Volk[es]“ (Schäfer & Zürn 2023, S. 13) inszenieren, indem sie behaupten, jene repräsentieren zu wollen, „die von den etablierten Parteien übersehen werden“ (ebd.). So lässt sich auch das vermeintliche Paradoxon erklären, dass Bürger:innen den Wunsch nach mehr Demokratie äußern, gleichzeitig aber populistische Parteien wählen, obwohl gerade in ebenjenen Ländern, in denen Rechtsopulist:innen in der Regierung sind bzw. waren, wie in den USA, Polen oder Ungarn, ein Angriff auf demokratische Institutionen stattfindet/stattfand (ebd., S. 23). So zeigt sich, dass, wenn populistische Parteien in der Regierung sind, sie versuchen, ihre Macht dauerhaft zu sichern, indem sie die Spielregeln der Demokratie und des Rechtsstaates so verändern, dass „effektive Opposition und unabhängige Kontrolle unmöglich werden“ (Schäfer & Zürn, S. 66). Die Autoren sehen den zunehmenden Rechtspopulismus als Symptom der real existierenden Schwächen der Demokratie an (ebd., S. 58ff.), der eben deshalb bei Wähler:innen erfolgreich ist, weil seine Kritik auf einer realen Grundlage fußt und Teile der Bevölkerung eine „Entfremdung der Demokratie von den eigenen Ansprüchen“ (ebd., S. 127) erleben. Auch David Runciman deutet das Erstarken populistischer Bewegungen als logische Konsequenz einer schlecht funktionierenden Demokratie, denn wenn diese intakt wäre, gäbe es „keine populistische Gegenbewegung“ (Runciman 2020, S. 72).

Schäfer und Zürn folgen teilweise der heute in den Wissenschaften vorherrschenden Populismus-Definition nach Cas Mudde (Schäfer & Zürn 2021, S. 64). Dieser definiert Populismus als Ideologie, die die Gesellschaft in zwei antagonistische homogene Gruppen spaltet: „das reine Volk“ und „die korrupte Elite“ (Mudde 2004, S. 543). Muddes Verständnis zufolge ist der Populismus eine dünne Ideologie und kann mit jeglicher anderen Ideologie, sei es Kommunismus, Nationalismus oder Sozialismus kombiniert werden (Mudde 2004, S. 544). Während Schäfer und Zürn zustimmen, dass der Populismus nicht nur eine Strategie zur Machterlangung oder ein bloßer Politikstil ist, „sondern auch [...] ein Set von substantziellen politischen Positionen und Ideen“ (Schäfer & Zürn 2021, S. 64), vertreten sie im Gegensatz zu Mudde die Auffassung, dass der gegenwärtige Populismus mehr sei als eine „dünne Ideologie“ (ebd.). Nach Schäfer und Zürn beinhaltet der autoritäre Populismus, so wie er auch in Österreich durch die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ)² vertreten wird, ein „spezifisches Politik- und Demokratieverständnis“ (Schäfer & Zürn 2021, S. 64). Nach ihrer Definition ist der autoritäre Populismus durch vier Merkmale beschreibbar: a) durch die Begrenzung der politischen Verantwortung auf den Nationalstaat, ist er nationalistisch b) durch die antipluralistische Ausrichtung, das heißt, dass genau differenziert wird, wer zum Volk gehört und wer nicht, nimmt er eine homogene Volksvorstellung ein c) er ist dezisionistisch, da der „Volkswille“ nicht durch Dialog

² Die FPÖ, welche 1955/56 gegründet wurde, gilt (spätestens) seit 1986, als Jörg Haider die Parteiführung übernahm, als rechtspopulistische Partei. Sie ist zurzeit die einzige populistische Partei im österreichischen Nationalrat (The Populist 2024). Vorgängerpartei war der „Verband der Unabhängigen“ (VdU), welcher 1949 durch frühere NSDAP-Mitglieder gegründet wurde (Peham & Weidinger 2025, S. 27).

ermittelt werden muss, da behauptet wird, dass das Richtige bereits bekannt ist und er weist d) eine Mehrheitsfixierung auf, da er Minderheitenrechte als störend wahrnimmt und stattdessen den vermeintlichen Mehrheitswillen durch schnelle Volksentscheide umzusetzen gedenkt (ebd., S. 64ff.).

Relevant für diese Arbeit ist die Frage, inwiefern sich aus soziologischer Perspektive Zusammenhänge zwischen mangelnder Repräsentationswahrnehmung und der Wahl rechtspopulistischer Parteien empirisch fassen lassen. Die grundlegende Argumentation von Schäfer und Zürn zielt darauf ab, politische Entwicklungen, insbesondere den wachsenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien, nicht ausschließlich über sozioökonomische oder kulturelle Faktoren zu erklären, sondern diese um eine politische Dimension zu erweitern. (Schäfer & Zürn 2021, S. 84-88). In der *sozioökonomischen Lesart* wird häufig empirisch belegt, dass ein niedriger sozioökonomischer Status sowie hohe Statusverlustängste mit der Wahl autoritär-populistischer Parteien korrelieren (ebd., S. 85). Schäfer und Zürn geben jedoch zu bedenken, dass damit nicht hinreichend erklärt ist, warum sich diese Gruppen nicht linken Parteien zuwenden, die sich traditionell für die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten einsetzen (ebd.). Zudem seien gerade jene Länder, in denen populistische Parteien früh erfolgreich waren, wie die Niederlande, Österreich oder Frankreich, damals verhältnismäßig weniger von sozialer Ungleichheit betroffen gewesen als andere westeuropäische Länder (ebd., S. 86). In diesem Zusammenhang argumentiert auch Jörg Flecker, dass soziale Unsicherheit in wohlhabenden Gesellschaften besonders kränkend wirken kann, da sie im Widerspruch zur gesellschaftlichen verankerten Norm des sozialen Aufstiegs steht (Flecker 2008, S. 82).

In der *soziokulturellen Lesart* wird hingegen argumentiert, dass der im Zuge der Globalisierung dominant gewordene, kulturelle Liberalismus und Universalismus bei traditionalistisch eingestellten Bevölkerungsgruppen zu einer Abwehrreaktion geführt habe, da dieser als Bedrohung der kulturellen Identität wahrgenommen wird (ebd., S. 87f.). Auch diesen Ansatz halten Schäfer und Zürn für verkürzt, da Kulturpraktiken selbst an sozioökonomische Voraussetzungen gebunden seien und sich zudem soziokulturelle Gegensätze häufig erst dann intensivieren, wenn rechtspopulistische Parteien bereits Erfolge erzielen konnten (ebd., S. 87). Dadurch laufe man bei der Betrachtung allein durch die soziokulturelle Brille Gefahr, Ursache und Wirkung zu verwechseln (ebd.).

Schäfer und Zürn schlagen vor, die beiden Erklärungsansätze um die politische Sphäre zu ergänzen. Dabei solle sich aber nicht auf einzelne politische Praktiken, sondern das politische System als Ganzes fokussiert werden. Sie argumentieren, dass sich Unzufriedenheit weniger an konkreten politischen Maßnahmen entzündet, sondern mehr an der politischen Klasse und ihrer mangelnden Responsivität (ebd., S. 90f.) Dieser Zugang solle ermöglichen, sozioökonomische und kulturelle Aspekte in einen weiteren Zusammenhang einzubetten und so ein umfassenderes Deutungsmodell zu entwickeln (ebd., S. 91).

2.3. Demokratiewahrnehmung durch die Bevölkerung

In dieser Arbeit wird der Vorschlag von Schäfer und Zürn aufgegriffen, die politische Sphäre — insbesondere die Wahrnehmung politischer Repräsentation durch die Bevölkerung — analytisch in den Mittelpunkt zu rücken. Zur theoretischen Fundierung dient das Konzept der Demokratiedefizite von Pippa Norris (2011), die durch die Differenz der Demokratieaspirationen der Bevölkerung und ihrer Bewertung des demokratischen Systems eines Landes gebildet werden. Untersucht wird, wie wichtig bestimmte demokratische Teilaspekte aus Sicht der Bevölkerung erscheinen — und wie diese deren konkrete Umsetzung im eigenen Land bewertet. Laut Norris reflektieren die demokratischen Aspirationen und Werte die Nachfrage nach Demokratie, also die Wünsche, die Bürger:innen gegenüber einer idealen Staatsregierung haben (Norris 2011, S. 31f.). Im Gegensatz zu politischen Einstellungen können diese Aspirationen spezifische kulturelle Kontexte, institutionelle Arrangements und Situationen überwinden, weshalb angenommen wird, dass die von den Bürger:innen vertretene Aspirationen dauerhafte Aspekte darstellen, durch welche sich spezifische Einstellungen und Überzeugungen entwickeln (ebd.). Die Kontrastierung der demokratischen Aspirationen, also der beigemessenen Wichtigkeit verschiedener Teilaspekte von Demokratien, mit der Bewertung der tatsächlichen Funktionsweise, ermöglicht schließlich ein Verständnis davon, wie zufrieden Bürger:innen mit einem konkreten politischen System sind. Die Bewertung entspricht der Evaluierung der demokratischen Performanz durch die Bürger:innen und lässt direkte Rückschlüsse über die Zufriedenheit mit der demokratischen Regierungsführung zu (Norris 2011, S. 33).

2.3.1. Diffuse und spezifische politische Unterstützung

Das Konzept der Differenzierung von Demokratieaspirationen und Demokratiebewertung trägt David Eastons Arbeiten zur politischen Unterstützung Rechnung. Easton schreibt, dass bei „politischem Support“, also der Befürwortung des politischen Systems, welche sich durch Einstellungen und Handlungen manifestiert, zwischen diffusem und spezifischem Support zu unterscheiden ist (Easton 1975). Diese Differenzierung soll dazu beitragen, zu verstehen, warum auf der einen Seite Bürger:innen politische Unzufriedenheiten äußern, aber gleichzeitig die grundlegenden politischen Spielregeln akzeptieren beziehungsweise gutheißen. Er differenziert also die prinzipielle Unterstützung einer Regierungsform und die spezifische Unterstützung des politischen Systems (Osterberg-Kaufmann 2023, S. 311).

Der *spezifische Support* ist vor allem an die Output-Dimension des politischen Systems und die Performanz politischer Autoritäten geknüpft (Easton 1975, S. 437). Da diese Form des Supports eng mit wahrgenommenen Leistungen oder Vorteilen des politischen Systems verbunden ist, kann diese aufgrund kontextueller Faktoren auch stärker fluktuieren als diffuser Support (ebd., S. 439; Norris 2011, S. 21). Ein Mangel an spezifischem Support führt nicht zwingend zur Untergrabung der

Legitimität des Nationalstaates oder der grundlegenden Autorität von Institutionen des politischen Systems (Norris 2011, S. 22).

Der *diffuse Support* hingegen verweist auf etwas Dauerhafteres und Grundlegenderes:

„[...] it refers to evaluations of what an object is or represents – to the general meaning it has for a person – not of what it does. It consists of a reservoir of favorable attitudes or good will that helps members to accept or tolerate outputs to which they are opposed or the effects of which they see as damaging to their wants. Outputs and beneficial performance may rise and fall while this support, in the form of a generalized attachment, continues” (Easton 1975, S. 444).

Diffuser Support ist somit eng mit Legitimität verbunden, welche aus der Überzeugung erwächst, dass das politische System als solches mit den eigenen, individuellen moralischen Prinzipien und Werten in Einklang ist (ebd., S. 451). Diese Form der Unterstützung wird im Zuge der Sozialisierung und konkreter Erfahrungen mit dem politischen System erworben (ebd., S. 448). Während also beispielsweise politische Skandale einen Verlust an spezifischem Support verursachen können, muss dies nicht dazu führen, dass das politische System als solches grundlegend infrage gestellt wird (Norris 2011, S. 22). Der diffuse Support ist somit aber auch schwieriger wieder zu stärken, wenn er einmal geschwächt wurde (Easton 1975, S. 444). Wird die politische Performanz jedoch über einen längeren Zeitraum als negativ erlebt, kann auch die stärkste Bindung an demokratische Überzeugung ausgehöhlt werden und zu einem Verlust an diffusem Support führen (ebd., S. 445).

Aufbauend auf Eastons Überlegungen ergänzt Norris mit Ecksteins Kongruenztheorie: Je stärker die Übereinstimmung zwischen Aspiration (Nachfrage) und Bewertung (Angebot), desto höher ist die Systemzufriedenheit (Norris 2011, S. 33). Liegt keine Übereinstimmung vor, macht dies ein Regime fragiler (ebd.), wobei zu differenzieren ist, ob die Aspirationen die Bewertung übersteigen oder umgekehrt. Wünschen sich die Bürger:innen ein Mehr an Demokratie, als sie in dem Land, in dem sie leben verorten, bietet dies Potenzial für Mobilisierung und Reformbewegungen (ebd.). Diese Deutung entspricht im Wesentlichen auch den diskutierten Ansätzen von Merkel sowie Schäfer und Zürn, die argumentieren, dass Herausforderungen oder „Krisen“ in einem demokratischen System nicht per se negative Konsequenzen haben müssen, sondern auch Anstoß für positive Entwicklungen des demokratischen Systems und somit eine Stärkung dessen bewirken können. Kritischer ist es, wenn der Fall eintritt, dass das demokratische Angebot die Nachfrage seitens der Bevölkerung übersteigt, da hier davon ausgegangen werden muss, dass es an Massenlegitimität fehlt (ebd.). Wie die Daten des ESS10 zeigen, ist dies, gemittelt über die Gesamtbevölkerung in Europa, in keinem demokratischen Teilbereich zu beobachten (siehe hierzu Ferrín et al. 2024, S. 6). Norris sieht diese Gefahr auch eher in traditionellen Gesellschaften gegeben, in denen, ohne dass zuvor eine demokratische Tradition vorherrschte oder gesellschaftliche Legitimierungsprozesse stattfanden, demokratische Elemente wie kompetitive Mehrparteienwahlen eingeführt werden (ebd.). Folgt man

David Eastons Argumentation, so muss in neugeformten (demokratischen) Systemen der diffuse Support, also der Wunsch nach demokratischen Grundprinzipien auch erst über eine positive Beurteilung der Performanz und dadurch resultierenden spezifischen Support hergestellt werden (Easton 1975, S. 449).

2.3.2. Demokratiekonzeption der Bevölkerung

Durch Norris Ansatz kann einem weiteren grundlegenden Problem in der Demokratieforschung begegnet werden, nämlich der schon diskutierten Abweichung wissenschaftlich-theoretischer Konzeption von Demokratie und dem Demokratieverständnis der Bevölkerung (Wegscheider et al. 2023, S. 1248). Es zielt darauf ab, das Dilemma zu lösen, dass in vielen Bevölkerungsbefragungen offenbleibt, was die Befragten tatsächlich unter dem komplexen Begriff „Demokratie“ verstehen (Norris 2011, S. 33). Osterberg-Kaufmann geht davon aus, dass sich der Pluralismus in der Gesellschaft auch in einer Pluralisierung von in der Bevölkerung vertretenen Demokratiekonzeptionen manifestiert (Osterberg-Kaufmann 2023, S. 314). Demokratie stellt ein latentes, nicht direkt beobachtbares Konstrukt dar, das in der Bevölkerung unterschiedlich interpretiert wird (ebd., S. 323). Durch Norris Zugang, den Blick auch auf die demokratischen Aspirationen zu lenken, kann in der Analyse Rücksicht auf divergierende Demokratieauffassungen genommen werden. Norris fragt nicht nach der generellen Zustimmung zu *der* Demokratie, sondern differenziert zwischen einzelnen demokratischen Teilbereichen und ihrer Erwünschtheit in der Bevölkerung. Die so ermittelten Aspirationen reflektieren die normativen Ideale, die Bürger:innen von einer Demokratie haben (Ferrín & Kriesi 2016, S. 10).³

Abschließend lässt sich festhalten, dass der theoretische Rahmen dieser Arbeit eine Brücke zwischen normativen Demokratievorstellungen und Bewertungen der Bevölkerung schlägt. Indem die subjektive Perspektive der Bürger:innen ernst genommen wird und Repräsentationswahrnehmung, Demokratieverständnisse sowie Demokratiedefizite zusammengedacht werden, eröffnet sich ein differenzierter Zugang zur Analyse gegenwärtiger Spannungsfelder demokratischer Legitimität. Aufbauend auf diesen theoretischen Grundlagen wird im folgenden Kapitel der aktuelle Forschungsstand skizziert.

³ Die konkrete Operationalisierung wird im Kapitel Auswertungsmethode noch näher ausgeführt.

3. Forschungsstand

Ausgehend von den theoretischen Überlegungen zur Bewertung demokratischer Systeme und der zentralen Rolle politischer Repräsentation widmet sich dieses Kapitel dem empirischen Forschungsstand zu Demokratiezufriedenheit, Demokratieverständnissen, Repräsentationswahrnehmung und den Interdependenzen mit rechtspopulistischen Einstellungen. Ziel ist es, zentrale Befunde zusammenzutragen, Forschungslücken aufzuzeigen und die Anschlussfähigkeit der vorliegenden Arbeit zu verdeutlichen.

3.1. Zufriedenheit mit der Demokratie als Regierungsform

In Österreich wird seit 2018 im Rahmen des Forschungsprojekts „Österreichischer Demokratie Monitor“ vom Foresight Institut (vormals SORA) jährlich eine repräsentative Erhebung durchgeführt, in welcher die österreichische Bevölkerung zu ihren Einstellungen und Bewertungen des österreichischen politischen Systems befragt wird. Die Analysen zeigen, dass die Funktionsweise des politischen Systems in Österreich zunehmend kritischer beurteilt wird, bei gleichzeitig stabiler, allgemeiner Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2).

Abbildung 1 zeigt, dass zu Erhebungsbeginn im Jahr 2018 noch 64% der Befragten zustimmten, dass das politische System in Österreich (sehr) gut funktioniere. Fünf Jahre später, im Jahr 2023, stimmen dieser Aussage nur noch 39% zu (Zandonella 2023, S. 2). Zwar konnte der Tiefpunkt der politischen Zufriedenheit von 34% im Jahr 2022 mit einem Plus von 5 Prozentpunkten wieder überwunden werden, jedoch weist die Studienautorin Martina Zandonella darauf hin, dass die Entwicklung der politischen Zufriedenheit sich in Abhängigkeit der ökonomischen Lage der Befragten unterschiedlich entwickelt (ebd.). Im mittleren und oberen ökonomischen Drittel lässt sich der Einbruch der Systemzufriedenheit vor allem im Zusammenhang mit kontemporären Ereignissen beobachten, wie der COVID-19-Pandemie, Korruptionsvorwürfen gegen Politiker oder einer steigenden Inflation (ebd.). Für 2023 beobachtet Zandonella dennoch eine verbesserte Bewertung der Funktionsweise des politischen Systems im mittleren und oberen ökonomischen Drittel. Im unteren ökonomischen Drittel hingegen zeigt sich ein kontinuierlicher Abfall der Systemzufriedenheit seit Erhebungsbeginn. Zudem schwankt die Bewertung im unteren ökonomischen Drittel auch weniger in Abhängigkeit aktueller Ereignisse (ebd., S. 3).

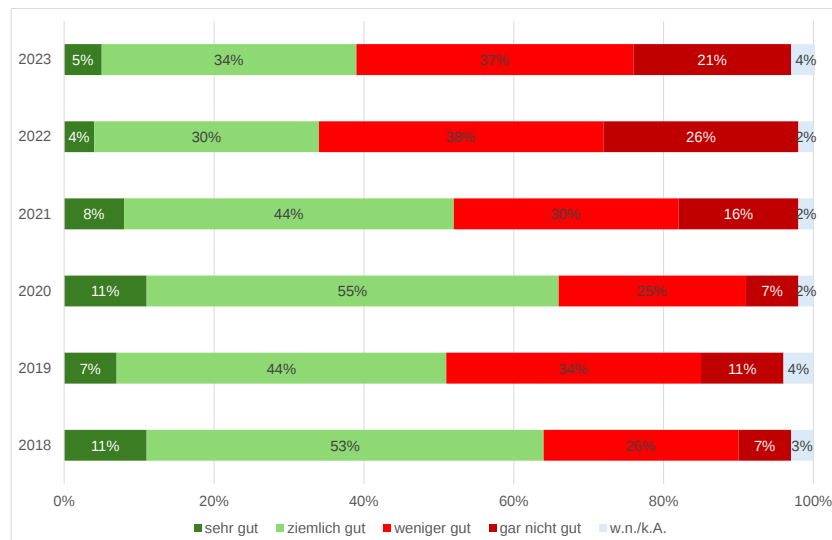


Abbildung 1: „Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut“ (Zandonella 2023, S. 2), Eigene Darstellung

Im Kontrast zum Demokratie Monitor zeigen die Daten des Eurobarometer für den internationalen Vergleich, dass Befragte in Österreich eine höhere Zufriedenheit mit der „Art und Weise, wie die Demokratie in [ihrem eigenen] Land funktioniert“ (Schönherr 2023, S. 10) aufweisen als der EU27-Durchschnitt; die Zufriedenheitswerte liegen im oberen Drittel (ebd.). 13% der österreichischen Befragten (EU27: 7%) sind der Ansicht, dass die Demokratie sehr gut, 48% (EU27: 48%) dass sie gut funktioniere (ebd.). Allerdings zeigt sich auch hier, dass während in Österreich 61% der Befragten mit der Demokratie (sehr) zufrieden sind, dies unter jenen Personen ohne Matura nur zu 43%, unter Arbeiter:innen zu 49% und Personen, denen es Schwierigkeiten bereitet, ihre Rechnungen zu zahlen zu 43% zutrifft (ebd.). Diese Gruppen sind zugleich auch jene, welche am seltensten das Gefühl äußern, dass ihre Stimme gehört wird (ebd.). Auffällig ist auch die Differenz zwischen den Zufriedenheitswerten des Demokratie Monitors und jenen des Eurobarometers (+ 22 Prozentpunkte beim Eurobarometer). Wie diese zustande kommt, kann hier nicht abschließend geklärt werden, möglich ist jedoch, dass die leicht unterschiedliche Fragestellung zu unterschiedlichen Bewertungen der Befragten führt. Auf die Validität dieses Items zur Messung der Demokratiezufriedenheit wird später, in Kapitel 3.2 jedoch noch genauer eingegangen.

Ein konträrer Trend zur abnehmenden Zufriedenheit mit der Funktionsweise des politischen Systems zeigt sich bei der anhaltenden Zustimmung zu der Aussage „Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“ (Zandonella 2023, S. 6). Abbildung 2 zeigt, dass über alle Erhebungsjahre hinweg knapp 9 von 10 Befragten in Österreich dieser Aussage (sehr) zustimmen. Dieses Ergebnis korrespondiert mit den Daten des World Value Survey, in welchem über einen längeren Zeitraum hinweg weltweit bei einem Großteil der erfassten Länder die Unterstützung für die Demokratie ebenfalls bei 90% liegt (Osterberg-Kaufmann 2023, S. 312). Zandonella stellt fest, dass die Parteipräferenz und die ökonomische Situation der Befragten in Österreich am stärksten

Abweichungen in den Bewertungen der Befragten erklären können (ebd.). So zeigte sich im Antwortverhalten ökonomisch Bessergestellter eine höhere Zustimmung zur Demokratie als Staatsform. Auch im Antwortverhalten nach Parteipräferenz zeigen sich deutliche Unterschiede: So äußerten lediglich 80% der Anhänger:innen der rechtspopulistischen FPÖ Zustimmung zur Demokratie als Staatsform – der niedrigste Wert im Vergleich zu den anderen Parteien (ebd.). Bei Befragten mit anderen Parteipräferenzen lag die Zustimmung zwischen 88% (Grüne) und 95% (ÖVP) (ebd.).

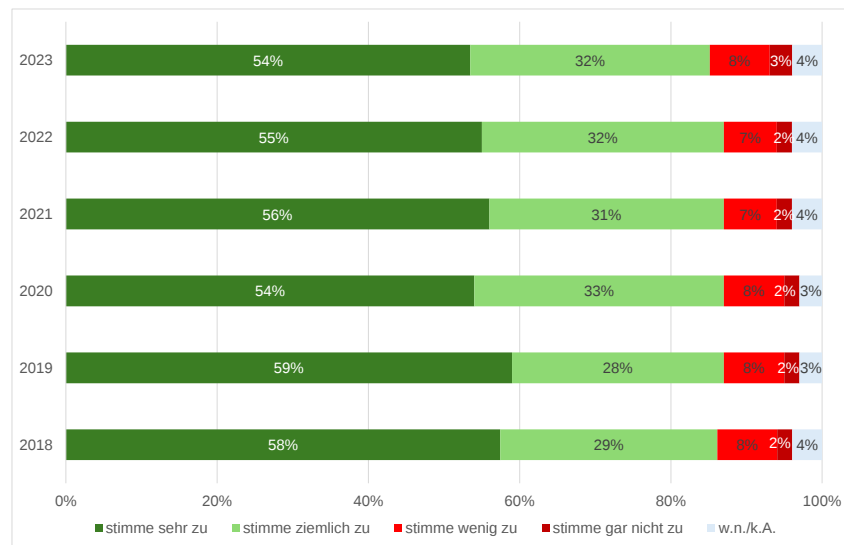


Abbildung 2: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“ (Zandonella 2023, S. 6). Eigene Darstellung

Diese Ergebnisse stehen in Einklang mit der in Kapitel 2.3.1 besprochenen Theorie der diffusen und spezifischen politischen Unterstützung nach David Easton. Gemäß Eastons Theorie ist die Bewertung des politischen Systems, also die spezifische Unterstützung, abhängig von kontextuellen Faktoren und kann stärkeren Schwankungen aufgrund aktueller Ereignisse unterliegen. Die diffuse Unterstützung hingegen, welche hier der Zustimmung der Demokratie als Staatsform entspricht, ist deutlich konstanter, was sich auch an den nahezu unveränderten Zustimmungswerten in den Daten des Demokratie Monitor von 2018 bis 2023 widerspiegelt. Offen bleibt jedoch die Frage, was genau Bürger:innen unter „der Demokratie“ verstehen, der sie als bester Staatsform ihre Zustimmung geben. Wie im Theorieteil besprochen, können die Befragten hier sehr unterschiedliche Konzeptionen aufweisen und die pauschal abgefragte Zustimmung kann nur eine sehr eingeschränkte Erklärung liefern.

3.2. Messung der Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung

Im Folgenden wird die Eignung und Aussagekraft des Indikators für Demokratiezufriedenheit (kurz „SWD“ für Satisfaction with Democracy) diskutiert und ein Überblick über die bisherige wissenschaftliche Auseinandersetzung damit gegeben. Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie stellt einen zentralen Indikator für die Systemunterstützung durch die Bevölkerung und damit auch für die Stabilität der Regierungsform dar (Harfst 2023, S. 5). Entsprechend ist sie Bestandteil nahezu aller Bevölkerungsumfragen zu politischen Einstellungen. Trotz jahrzehntelanger Anwendung in Umfragen besteht im wissenschaftlichen Diskurs jedoch kein Konsens darüber, was der SWD-Indikator tatsächlich misst (ebd., S. 4). Bereits 2001 zeigten Canache et al., dass der SWD-Indikator von Forschenden unterschiedlich interpretiert wird, und identifizierten fünf distinkte Deutungszugänge (Canache 2001, S. 507). So wird der SWD von Forschenden a) als *Indikator für die Unterstützung amtierender Autoritäten* und ihrer Regierungsleistung interpretiert, b) als *Indikator für die generelle Systemunterstützung*, c) als *zusammenfassender Indikator*, der sowohl die Zufriedenheit mit dem Regime als auch den amtierenden Autoritäten reflektiert, d) als *zulässige Ambiguität*, also dass nicht genau bekannt ist, was der Indikator genau misst, aber dass eine Analyse dessen dennoch aufschlussreich ist und e) *unzulässige Ambiguität*, dass die Verwendung des Indikators unterlassen werden sollte, da nicht klar ist, was gemessen wird und somit auch nicht interpretiert werden kann (ebd., S.507-510). Auch Pippa Norris rät von der Verwendung des SWD ab, da Befragte aus ihrer Sicht unterschiedliche Aspekte des politischen Systems bewerten (ebd.). Canache et al. (2001., S. 511f.) zufolge bleibt zudem auch offen, ob Befragte in ihrem Antwortverhalten ihre Zufriedenheit mit dem politischen System im Vergleich zu einem anderen Zeitpunkt, im Kontrast zu einem wünschenswerteren Idealszenario oder zu einer alternativen Regierungsform reflektieren. Sie stellen außerdem fest, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass Forschende und Befragte den SWD-Indikator auf dieselbe Weise interpretieren (ebd., S. 512). Sie verweisen an dieser Stelle auf den Indikator für Subjective Well-Being (SWB), welchen sie als „highly unreliable“ (ebd., S. 513) bezeichnen, da das Antwortverhalten in hohem Maße davon abhängig sei, in welchem Kontext diese Frage den Respondent:innen vorgelegt wird (ebd.). Diese Kontextabhängigkeit könnte unter anderem die in Kapitel 3.1 besprochene Differenz zwischen den Ergebnissen des Demokratie Monitor und jenen des Eurobarometers erklären.

Quantitative Analysen von drei unterschiedlichen Datensätzen führten Canache et al. zu dem Schluss, dass die Bedeutung des SWD mehrdeutig sein muss, da Befragte unterschiedlichste Maßstäbe anlegen können, wenn sie nach ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie gefragt werden (ebd., S. 525). In den Analysen zeigten sich unterschiedliche Dimensionen, die bei der Beantwortung miteinflussen, wie die ökonomische Situation, politische Institutionen, demokratische Freiheiten oder die Befürwortung der Demokratie als solcher (ebd., S. 517-525). Außerdem zeigte sich, dass diese

Dimensionen sowohl zwischen Individuen als auch zwischen Nationalstaaten variieren (ebd.), weshalb die Autoren empfehlen, die Verwendung des SWD zu vermeiden, da er nicht dazu beitragen kann, ein Verständnis über politische Unterstützung zu erlangen (ebd., S. 526). Sie referenzieren auf Pippa Norris, welche empfiehlt, stattdessen Skalen zu verwenden, die spezifische Dimensionen politischer Unterstützung abfragen (ebd.).

Einen abweichenden Standpunkt vertritt Philipp Harfst, der 2023 mit den Daten des Niedersächsischen Demokratiemonitors die Validität des SWD untersuchte. Er kommt zu dem Schluss, dass eine Interpretation als zusammenfassender Indikator möglich sei, da alle Aspekte der Demokratie, von spezifischer bis diffuser Unterstützung, abgedeckt werden (Harfst 2023, S. 11f.). Er beobachtet eine besonders starke Korrelation mit diffuser politischer Unterstützung, also der grundsätzlichen Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform und zur Legitimität politischer Institutionen (ebd.). Harfst resümiert, dass, auch wenn offen bleibt, ob das Item die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform, die Zufriedenheit mit politischen Institutionen oder mit Amtsträger:innen misst, es sich dennoch um einen aussagekräftigen Indikator handelt, der „eine grundsätzliche Wertschätzung für diese Regierungsform, ihre Prinzipien, Institutionen und Vertreter*innen“ (ebd., S. 12) abbildet. Allerdings verweisen Canache et al. auf Clarke et al. (1993), die bereits zeigten, dass der SWD mit zahlreichen Dimensionen politischer Unterstützung korreliert und stellten die Alternativhypothese auf, dass diese Korrelation auch schlicht deshalb bestehen könnte, weil Respondent:innen unterschiedliche Interpretationen des SWD aufweisen und dies somit eine Ableitung von gültigen Schlussfolgerungen unterminieren würde (Canache et al. 2001, S. 512). Auch Helmut Klages (2018) hat sich in einer explorativen empirischen Untersuchung dieser Frage angenommen und mit den Daten des deutschen Politbarometers aus dem Jahr 2014 nach Einflussgrößen auf das SWD-Item gesucht. In seinen Analysen konnte er nur zwei Variablenkomplexe finden, die mit dem SWD-Item in Beziehung stehen, nämlich die „Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ (ebd., S. 36) und die „Beurteilung der Bundesregierung“ (ebd.). Hier zeigt sich also, dass je nach Land, Zeitpunkt und sogar Datensatz unterschiedliche Korrelationen mit dem SWD-Item gefunden werden, was die These von Canache et al. stützt, wonach bestehende Korrelationen in den Daten auch zufällig vorhanden sein könnten oder aber zumindest, dass keine Sicherheit darüber besteht, was genau gemessen wird.

Im Kontext des österreichischen Demokratie Monitors lässt sich dennoch beobachten, dass die Zustimmung zum SWD-Item in gewissem Maß mit politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen korreliert. Damit kann er als stimmungsbezogener Gesamtindikator genutzt werden. Dennoch gilt, wie auch bei der Frage nach der besten Staatsform, dass die zugrundeliegenden Assoziationen der Befragten nicht eindeutig sind und die Interpretation der Ergebnisse entsprechend vorsichtig erfolgen sollte. Im österreichischen Demokratie Monitor 2023 lassen sich zudem Hinweise darauf finden, dass

die Befragten unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie aufweisen. So zeigt sich trotz 39%-iger Zustimmung, dass das politische System in Österreich (sehr) gut funktioniert, und 87%-iger (starker) Zustimmung, dass die Demokratie die beste Staatsform sei, dass durchaus auch alternative Konzepte Zuspruch finden (Zandonella 2023). Abbildung 3 bildet pro Zeile ab, ob Personen lieber die gegenwärtige österreichische parlamentarische Demokratie oder ein alternatives Regierungsmodell präferieren würden. Es zeigt sich, dass die „direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild“ mit 52% eher Zustimmung findet als die österreichische parlamentarische Demokratie (Zandonella 2023, S. 8). Auch eine „Regierung der besten Köpfe, die ohne Parlament entscheiden kann“ (21%) oder eine „Diktatur auf Zeit“ (11%) würde teilweise dem gegenwärtigen politischen System vorgezogen werden (ebd.).

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform nicht ausschließt, ihre konkrete Ausgestaltung kritisch zu sehen oder alternative Modelle zu bevorzugen. Die divergierenden Vorstellungen von Demokratie und die damit einhergehende Bewertung politischer Praxis machen deutlich, dass klassische Indikatoren zur Erfassung von Demokratiezufriedenheit nur begrenzt Aussagekraft besitzen. Vor diesem Hintergrund wurde daher in dieser Arbeit ein methodischer Zugang gewählt, der der Pluralität demokratischer Vorstellungen in der Bevölkerung Rechnung trägt und nicht auf normativen Vereinheitlichungen beruht.

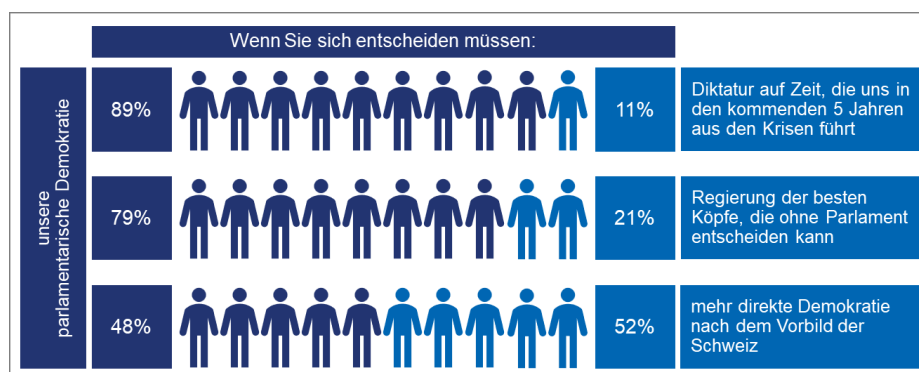


Abbildung 3: „Wenn Sie sich entscheiden müssen: Stimmen Sie für unser politisches System – die parlamentarische Demokratie – oder für...?“ (Zandonella 2023, S. 8).

Exkurs: Wunsch nach mehr direkter Demokratie?

Angesichts einer abnehmenden Zufriedenheit mit dem politischen System gewinnt die Forderung nach einer stärkeren Ausgestaltung direkter Demokratie an Bedeutung. Unklar bleibt jedoch, ob es sich dabei primär um ein gesteigertes Partizipationsbedürfnis handelt oder ob die Präferenz für direkte Demokratie als Ausdruck politischer Entfremdung zu interpretieren ist.

Zandonella leitet aus dem Ergebnis, dass die Mehrheit der Befragten eine „direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild“ gegenüber der österreichischen parlamentarischen Demokratie präferiert, den Wunsch nach mehr Mitbestimmung ab (Zandonella 2023, S.7). Das Ergebnis lässt jedoch auch eine alternative Deutung zu: Die Befürwortung direkter Demokratie könnte ein Symptom

wahrgenommener Repräsentationsdefizite sein, ohne dass sie notwendigerweise mit gesteigertem Partizipationsinteresse einhergeht (Hibbing & Theiss-Morse 2002, zit. n. Wirnsberger & Haller 2015, S. 24). Nach Andreas Kost umfasst die direkte Demokratie

„alle durch Verfassung und weitere Rechtsvorschriften ermöglichten Verfahren, durch die die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger eines Staates, eines Bundeslandes oder einer Kommune politische Sachfragen durch Abstimmung selbst und unmittelbar entscheiden bzw. auf die politische Agenda setzen. Direkte Demokratie ist dabei in der Regel eine Ergänzung und Erweiterung des politischen Entscheidens in repräsentativen Demokratien, wo politisch verbindliche Entscheidungen im Rahmen der Verfassungsordnung von gewählten Repräsentanten getroffen werden“ (Kost 2008, S. 10).

Obwohl diese Definition nahelegt, dass ein Ausbau direktdemokratischer Elemente dazu beitragen könnte, die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen zu berücksichtigen, bedarf es hier einer differenzierten Betrachtung. Tamara Ehs und Stefan Vospernik verweisen in diesem Zusammenhang auf das Phänomen der Nichtwähler:innenschaft bei politischen Wahlen. Dieses ist nicht gesellschaftlich gleich verteilt, sondern Nichtwähler:innen sind vor allem in einkommens- und bildungsschwächeren Schichten zu finden (Ehs & Vospernik 2020, S. 99). Schäfer argumentiert, dass diese sozial ungleich verteilte Wahlbeteiligung die Gefahr berge, dass die Orientierung der Politik sich infolge an sozial Bessergestellte richte, welche einerseits häufiger wählen, andererseits aber auch andere Möglichkeiten nutzen, ihren Anliegen Geltung zu verschaffen (Schäfer 2013, S. 46). Der Ausbau direktdemokratischer Instrumente birgt somit auch das Risiko, vor allem das Handlungsrepertoire ressourcenstarker Gruppen zu erweitern, wenn sich nicht gleichzeitig der sozialen Frage angenommen werde (Ehs & Vospernik 2020, S. 100). Auch Merkel zeigt in einem europäischen Vergleich, dass bei Volksabstimmungen eine Unterrepräsentation von Frauen und unteren Schichten festzustellen ist (Merkel 2014b, S.11, zit. nach Ehs & Vospernik 2020, S. 100).

Bereits 2015 stellten Wirnsberger und Haller fest, dass 79% der österreichischen Befragten einen Ausbau der direkten Demokratie befürworteten (Wirnsberger & Haller 2015, S. 27). Gleichzeitig äußerten nur etwa 30% Zufriedenheit mit den politischen Amtsträger:innen, während etwas mehr als die Hälfte das politische System kritisch sah (ebd.). In multivariaten Analysen zeigte sich, dass die Zufriedenheit mit den gewählten Volksvertreter:innen der stärkste Einflussfaktor für die Zustimmung zu direktdemokratischen Elementen ist; eine hohe Unzufriedenheit mit politischen Vertreter:innen geht mit dem Wunsch eines Ausbaus der direkten Demokratie einher (ebd., S. 31). Dies lässt die Deutungsvariante zu, dass die direkte Demokratie „als mögliches Korrektiv für die Schwachstellen der repräsentativen Demokratie wahrgenommen [wird]“ (ebd., S. 32). Das politische Interesse der Befragten weist zudem ebenfalls eine signifikante hohe positive Korrelation mit der Zustimmung zur direkten Demokratie auf, gleichzeitig weisen politisch Interessierte eine hohe Partizipationsbereitschaft für direktdemokratische Verfahren auf (ebd., S. 31). Auffällig ist jedoch,

dass Befragte, die dem extrem rechten politischen Spektrum zugeordnet werden konnten, sich fast durchgehend für die direkte Demokratie aussprachen, gleichzeitig aber eine vergleichsweise geringe Beteiligungsbereitschaft aufweisen (ebd.). Soziodemografischen Variablen leisten hingegen nur einen geringen Erklärungsbeitrag, ob sich eine Person für eine direkte Demokratie ausspricht, und zeichnen ein eher widersprüchliches Bild (ebd.), was darauf hindeutet, dass die direkte Demokratie über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg ähnliche Zustimmung findet (ebd.).

Zusammenfassend stellen Wirnsberger und Haller fest, dass ihre Befunde unterschiedliche Interpretationen zulassen. Weder lässt sich die These einer zunehmenden Politikverdrossenheit eindeutig bestätigen noch die Annahme, dass der Wunsch nach mehr direkter Demokratie zwangsläufig ein gesteigertes Partizipationsinteresse widerspiegelt (ebd., S. 33). Vielmehr deutet es also darauf hin, dass die Befürwortung direkter Demokratie Ausdruck ambivalenter Haltungen gegenüber dem politischen System ist und als Spiegel gesellschaftlicher Spannungsverhältnisse interpretiert werden kann.

3.3. Einfluss des Demokratieverständnisses auf die Demokratiezufriedenheit

Lea Heyne (2019) untersucht in einer quantitativen Studie, wie sich die Demokratiezufriedenheit⁴ in Abhängigkeit von der Differenz zwischen Demokratieaspirationen und Demokratiebewertung durch die Bevölkerung verhält. Als Datengrundlage verwendet sie den European Social Survey (ESS6) von 2012, der, ebenso, wie der in dieser Arbeit verwendete ESS10, ein Zusatzmodul zu Einstellungen gegenüber der Demokratie enthält.⁵ Heynes Hypothese lautet, dass mit zunehmender Differenz zwischen den Aspirationen und Bewertungen demokratischer Teilbereiche die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie sinkt (ebd., S. 388). Zur Überprüfung dieser Annahme führt sie zunächst eine explorative Faktorenanalyse mit jenen Variablen durch, in denen die Respondent:innen angeben, wie wichtig ihnen verschiedene Teilaspekte der Demokratie sind (ebd., S. 384). Diese Vorgehensweise erlaubt Rückschlüsse darauf, wie Bürger:innen Demokratie konzeptualisieren. Heyne identifizierte dabei drei Dimensionen: liberale, soziale und direkte Demokratievorstellungen (ebd.). Anschließend berechnet sie für jede Dimension die Differenz zwischen Aspiration und Bewertung und unterscheidet dabei drei Szenarien: 1) Erwartung und Bewertung stimmen überein 2) die Bewertung bleibt hinter der Erwartung zurück („expectation-surplus“)⁶ und 3) die Erwartung wird übertroffen („evaluation-surplus“) (ebd., S. 387f.). Die Berücksichtigung des dritten Falles begründet Heyne damit, dass ein „Zuviel“ an bestimmten demokratischen Elementen ebenfalls zu Unzufriedenheit führen

⁴ Operationalisiert mittels des SWD-Indikators

⁵ Eine genauere Beschreibung der Items dieses Moduls und der Berechnung der Demokratiekonzepte erfolgt in Kapitel 5.4.2. Faktorenanalyse.

⁶ Die Bezeichnung „expectation-surplus“ wird in diesem Abschnitt von Heyne übernommen; an späterer Stelle, wird dafür die Bezeichnung „Demokratiedefizite“ gewählt.

kann (ebd., S. 389). Da Demokratie eben kein eindimensionales Konzept ist, kann das Vorhandensein von Aspekten, die von Bürger:innen nicht als zentral erachtet werden, als störend empfunden und folglich negativ bewertet werden (ebd.).

Mittels Regressionsmodellen analysiert Heyne für 26 europäische Länder, wie sich diese drei Szenarien auf die allgemeine Demokratiezufriedenheit (gemessen mit dem SWD-Indikator) auswirken. Dabei kontrolliert sie für soziodemografische Merkmale sowie politisches Interesse (ebd., S. 392ff.). Erwartungsgemäß zeigt sich, dass mit wachsender Abweichung zwischen Aspiration und Bewertung, unabhängig von der Richtung, die Demokratiezufriedenheit abnimmt (ebd., S. 394). Bei einem „expectation-surplus“ fällt dieser Effekt am stärksten bei der liberalen Dimension, gefolgt von der sozialen und direkten Dimension aus (ebd.). Im Falle eines „evaluation-surplus“, zeigt sich hingegen, dass ein „Zuviel“ an liberalen Demokratieelementen die Zufriedenheit vergleichsweise weniger beeinträchtigt, während in der sozialen und direkten Dimension stärkere negative Effekte auftreten (ebd., S. 395).

Heyne schlussfolgert daraus, dass liberale Demokratieaspekte, wie Transparenz, Wettbewerb und Freiheit, von den meisten Europäer:innen als essentiell und demokratieinhärent wahrgenommen werden. Daher hat ein Überschuss in diesem Bereich kaum negative Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem demokratischen System (ebd.). Dahingegen zeigen sich bei der sozialen und direkten Dimension deutlich differenziertere Haltungen (ebd.). Zu beachten ist allerdings, dass die Gruppe jener Personen, die ein „evaluation-surplus“ aufweisen, sehr klein ist, während der gegenteilige Fall, also ein „expectation-surplus“, deutlich häufiger vorkommt (ebd.). Im Rahmen dieser Masterarbeit wird daher der Fokus auf die Demokratiedefizite (bei Heyne „expectation-surplus“) gelegt und untersucht, welchen Einfluss die politische Repräsentationswahrnehmung sowie rechtspopulistische Parteipräferenzen auf das Ausmaß dieser Defizite haben.

3.4. Rechtspopulismus und Demokratie

Während das vorangegangene Kapitel den Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Demokratieverständnissen und der Bewertung demokratischer Performanz beleuchtet hat, richtet sich der Fokus nun auf eine weitere zentrale Dimension: das Verhältnis von Demokratie und Rechtspopulismus. In der Literatur wird häufig auf die enge Verbindung zwischen der Unzufriedenheit mit dem politischen System und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien hingewiesen (z.B. Schäfer & Zürn 2021; Manow 2020; Heinisch 2017; Merkel 2017). Die Besonderheit dieser vergleichsweise neuen rechtspopulistischen Bewegung besteht darin, dass die Demokratie selbst zunehmend „im Namen der Demokratie“ (Manow 2020, S. 15) kritisiert und angegriffen wird (ebd.). So reklamieren rechtspopulistische Parteien für sich, jene zu repräsentieren, die von etablierten Parteien ungehört bleiben (Schäfer & Zürn 2021, S. 13). Philip Manow argumentiert, dass neue

populistische Parteien häufig zwar anti-institutionell agieren und „im Regelfall Gegner der repräsentativen Demokratie“ (ebd., S. 17) sind, jedoch nicht grundsätzlich antidemokratisch. Ähnlich argumentieren auch Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser:

„Populismus ist, kurz gesagt, grundsätzlich demokratisch, steht aber im Widerspruch zur liberalen Demokratie, die als Modell heute weltweit vorherrscht. Dem Populismus zufolge sollte der ‚Wille des (anständigen) Volkes‘ durch nichts eingeschränkt werden, und er lehnt den Gedanken des Pluralismus und damit auch der Minderheitenrechte ebenso ab wie die ‚institutionellen Garantien‘, die diese schützen sollen“ (Mudde & Kaltwasser 2019, S. 126).

Die Frage nach den Ursachen für das Wählen rechtspopulistischer Parteien und den daraus resultierenden Auswirkungen auf das demokratische System ist komplex und vielschichtig. Im Folgenden werden zentrale wissenschaftliche Befunde zusammengeführt, die für die Fragestellung dieser Arbeit relevant sind und als analytischer Rahmen dienen.

3.4.1. Die Folgen rechtspopulistischer Tendenzen auf die Demokratie

Reinhard Heinisch beschreibt die Beziehung vom Populismus zur liberalen Demokratie als ein äußerst ambivalentes. Populismus stehe einerseits im Widerspruch zum Interessenpluralismus und setze sich andererseits gerade dort für Demokratie ein, „wo radikale und politisch ‚inkorrekte‘, aber beim Volk populäre Meinungen von anderen Parteien abgelehnt werden“ (Heinisch 2017, S. 456). Heinisch konstatiert eine enge Verknüpfung von Rechtspopulismus und Demokratiekritik (ebd., S. 467). Die Einflussmöglichkeiten der rechtspopulistischen FPÖ auf das politische System in Österreich beurteilt Heinisch sowohl potenziell positiv als auch negativ. Er argumentiert, dass manche Wähler:innen in der FPÖ eine Partei sehen, die sie vertritt und ohne derer sie sich gänzlich marginalisiert wahrnehmen würden (ebd., S. 468). Insbesondere bei Politikfeldern wie der Migration oder europäischer Integration habe die FPÖ Positionen artikuliert, die in Teilen der Bevölkerung verbreitet, jedoch von etablierten Parteien ignoriert worden seien (ebd.). Heinisch betont, dass dies durchaus positive Effekte auf die Demokratiequalität haben könne, etwa indem festgefahrene Strukturen aufgebrochen und die anderen Parteien zu mehr Wettbewerb angehalten werden, damit für Wähler:innen ein unterscheidbares Angebot an Parteiprogrammen zur Disposition steht (ebd., S. 469). Gleichzeitig verweist Heinisch aber auch auf die Gefahren, die mit einem rechtspopulistischen Politikstil einhergehen: Eine gezielte Verschärfung politischer Rhetorik, das bewusste Schüren gesellschaftlicher Gegensätze und die Normalisierung von Tabubrüchen, etwa durch Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten (ebd.). Dies könne langfristig zur Erosion demokratischer Diskurskulturen beitragen (ebd.). Ebenso argumentiert Merkel (2017, S. 20), dass es zwar prinzipiell eine Stärke demokratischer Verfahren und Institutionen sei, dass Repräsentationslücken, die etablierte Parteien entstehen ließen, von neuen (rechtspopulistischen) Parteien besetzt werden. Da diese Parteien jedoch mit ihrer Politik der Demokratie selbst schaden, sei es die Aufgabe der

etablierten Parteien im Sinne eines pluralistischen Wettbewerbs die politischen Räume mit guten Argumenten und einer verantwortungsvollen Politik wieder zurückzugewinnen (ebd.).

Insgesamt betrachtet Heinisch die Auswirkungen der FPÖ auf die Demokratiequalität in Österreich überwiegend negativ (ebd., S. 471). So würden die pauschalisierenden Angriffe auf politische Gegner:innen und die Herabwürdigung politischer Institutionen seitens der FPÖ „zu einer Radikalisierung der politischen Kultur“ (ebd.) führen. Die dadurch begünstigte „großkoalitionäre Pattstellung“ (ebd., S. 472) verfestige politische Stagnation und fördere langfristige Politik- und Parteienverdrossenheit (ebd.).

Auch die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 verweist auf einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen⁷ und der Unterstützung der Demokratie in Deutschland (Pickel et al. 2022, S. 192). Eine Zunahme autoritärer oder rechtsextremer Haltungen gehe mit einem Vertrauensverlust in die Demokratie als Staatsform sowie deren politischen Institutionen einher (ebd.). Zwar seien laut den Studienautor:innen „überzeugte antidemokratische Positionen“ (ebd., S. 193) in Deutschland relativ selten, insbesondere hinsichtlich einer grundsätzlichen Infragestellung der Legitimität der Demokratie als Regierungsform, jedoch latent vorhanden und unter bestimmten Umständen aktivierbar (ebd.). Ihre Vermutung für diese Aktivierbarkeit sind Brückenideologien, „die rechtsautoritäre und antidemokratische Einstellungen über den engen Kreis der extremen Rechten hinaus in die Mitte der Gesellschaft tragen“ (ebd., S. 193f.). Ein Beispiel für solche Brückenideologien stellt bspw. der Rassismus dar. Eine besonders demokratiegefährdende Gruppe machen sie unter jenen 15 bis 20% der Befragten aus, die „weder der Idee der Demokratie noch der Staatsform viel abgewinnen“ (ebd.) können. In dieser Gruppe sei häufig eine ausgeprägte Verschwörungsmentalität festzustellen, die sie gegenüber demokratischer Argumentation weitgehend unempfindlich macht (ebd., S. 204).

3.4.2. Erklärungsansätze Rechtspopulismus

In der Forschung existieren zahlreiche Erklärungsansätze aus unterschiedlichen Disziplinen, die das Wahlverhalten zugunsten rechtspopulistischer Parteien zu erklären versuchen. Sheri Berman (2020) systematisiert die gängigen theoretischen Zugänge in nachfrageseitige, angebotsseitige und voluntaristische Ansätze.

Nachfrageseitige Erklärungen setzen bei wahrgenommenen Missständen und Bedürfnissen seitens der Wähler:innen an (ebd., S. 73). Dabei werden einerseits a) ökonomische Missstände in den Blick genommen, wie die sich verschärfende soziale Ungleichheit und damit einhergehende individuelle

⁷ Die Autor:innen fassen Rechtsextremismus als „ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und eine Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Decker & Brähler 2006, S. 20; zit. n. Decker et al. 2022, S.33).

Abstiegsbefürchtungen oder -ängste von Bürger:innen (ebd.). Funke et al. zeigten, in einer Studie, bei der sie für den Zeitraum von 1870 bis 2014 Wahlergebnisse in 20 liberalen Demokratien (darunter Österreich) untersuchten, dass es in den fünf Jahren nach einer Finanzkrise zu einem statistisch signifikanten Anstieg des Wählens rechtsextremer Parteien kam, wohingegen kein statistisch signifikanter Zusammenhang für das Wählen linksextremer Parteien beobachtet werden konnte (Funke et al. 2016, S. 233). Zudem konnten sie eine zunehmende politische Polarisierung in der Zeit unmittelbar nach ökonomischen Krisen feststellen, operationalisiert durch schwächere Regierungsmehrheiten, stärkere Oppositionen und Parteienzersplitterung im Parlament (ebd., S. 232). Berman argumentiert, dass auf der Makroebene zwar eine klare Verbindung zwischen destabilisierenden Wirtschaftsentwicklungen und einer Zunahme von Wähler:innenstimmen für populistische Parteien besteht (Berman 2020, S. 74). Auf der Mikroebene hingegen zeigen Studien allgemein keinen starken Zusammenhang zwischen individuellen ökonomischen Missständen und dem Wählen rechtspopulistischer Parteien (ebd., S. 74f.). Stärkere Effekte zeigen individuelle ökonomische Zukunftssorgen oder Sorgen darüber, wie es der breiten Gesellschaft und Wirtschaft aktuell und zukünftig gehen wird, wobei auch hier studienübergreifend keine eindeutigen Ergebnisse feststellbar sind (ebd., S. 75). Andererseits werden bei nachfrageseitigen Ansätzen auch b) soziokulturelle Missstände als Erklärung herangezogen. Aus dieser Perspektive wird der Aufstieg populistischer Parteien durch soziale und kulturelle Veränderungen, vor allem bedingt durch steigende Einwanderung, Veränderung/ Verlust traditioneller Werte sowie der zunehmenden Mobilisierung von Minderheiten und Frauen erklärt, da diese Parteien den Schutz nationaler Werte und Traditionen propagieren (ebd.). Diese Erklärungsansätze haben jedoch die gegenteiligen Stärken und Schwächen wie ökonomische Erklärungen: Während auf der Mikroebene in Studien konsistent ein starker Zusammenhang zwischen individuellen Sichtweisen auf soziokulturelle Themen und dem Wählen rechtspopulistischer Parteien gefunden wird, zeigen sich auf der Makroebene kaum länderübergreifende Korrelationen zwischen soziokulturellen Einstellungen und dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien (ebd., S. 76).

Zunehmend werden daher ökonomische und kulturelle Ansätze miteinander kombiniert (ebd., S. 77). So argumentieren etwa Inglehart und Norris, dass zwar die soziokulturellen Missstände die Ursache des Wählens rechtspopulistischer Parteien darstellen können, die steigende Bedeutung und Prävalenz ebenjener Missstände aber wiederum aus der wachsenden ökonomischen Unsicherheit sowie der wahrgenommenen Erosion traditioneller Werte resultiert (Inglehart & Norris 2017; Norris & Inglehart 2019; zit. n. Berman 2020, S. 77). Auch Gidron & Hall (2020, S. 1029) betonen das Zusammenspiel ökonomischer und kultureller Entwicklungen, die gemeinsam ein Gefühl politischer Entfremdung befördern (ebd.). Marcos-Marne et al. (2022, S. 298) weisen in einer Systematic Literature Review zu nachfrageseitigen Erklärungsansätzen für rechtspopulistische Einstellungen darauf hin, dass eine

empirische Beziehung zwischen objektiven Indikatoren, wie ökonomischer Deprivation, schlechten Arbeitsbedingungen oder niedrigerer Bildung und populistischen Einstellungen besteht. Dennoch weisen die Autor:innen darauf hin, dass objektive Indikatoren zwar einen relevanten Erklärungsbeitrag leisten können, diese aber nicht zwingend die tatsächlichen Wahrnehmungen der Befragten wiedergeben müssen (ebd.). In Modellen, welche sowohl objektive als auch subjektive Variablen beinhalten, betonen die Autor:innen die bisher vorherrschende Bedeutung der subjektiven Variablen (ebd.).

Angebotsseitige Erklärungsansätze hingegen lehnen die Sichtweise der nachfrageseitigen Erklärungen ab, dass allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklungen die Wünsche und Handlungen der Bürger:innen direkt beeinflussen (Evans et al. 1985 zit. n. Berman 2020, S. 78). Stattdessen wird bei diesem Ansatz argumentiert, dass strukturelle Trends durch Institutionen gefiltert werden, die beeinflussen, wie diese sich in politische Outcomes übersetzen (Berman 2020, S. 78). Die grundlegende Ursache für das Erstarken des Populismus wird bei diesen Ansätzen im Rückgang der Responsivität sowie Effektivität politischer Institutionen verortet, da diese Entwicklungen Bürger:innen für populistische Botschaften empfänglicher machen, die gegen das Establishment oder den Status Quo agitieren (ebd.). Dieser Ansatz geht auf Samuel Huntington zurück, der das zentrale Problem politischer Systeme darin sieht, dass sich Institutionen nicht schnell genug an soziale und ökonomische Entwicklungen anpassen und dadurch gesellschaftliche Bedürfnisse unzureichend adressieren können (Huntington 1968, S. 5). Aus arbeitssoziologischer Perspektive argumentiert Jörg Flecker, dass das „Absenken nationalspezifischer Niveaus der Regulierung von Arbeit und der sozialen Sicherung“ (Flecker 2008, S. 82) zu einer „Fragmentierung der Gesellschaft“ (ebd.) führt. Immer mehr Arbeitskräften sei damit keine dauerhafte und vollständige gesellschaftliche Integration mehr garantiert (ebd.). Flecker betont den sozioökonomischen Wandel als zentrale Ursache für politische Veränderungen und den aufsteigenden Rechtspopulismus, da gesellschaftliche Integration maßgeblich durch Erwerbsarbeit erfolgt, so wie auch die soziale Position eines Individuums insbesondere durch die Berufstätigkeit beeinflusst wird (ebd., S. 96). Die daraus resultierende Gefährdung sozialer Sicherheit und Wahrnehmung von Identitätsbedrohung durch steigende Ungleichheit sowie eine Sorge vor der Bedrohung kultureller Identität stellen Flecker zufolge Verletzungen von Interessen dar, die wiederum zu einem Entfremdungsgefühl der betroffenen Personen führt (ebd., S. 91f.). Rechtspopulistische Akteur:innen greifen dieses Entfremdungsgefühl auf, indem sie Immigration als Hauptursache gesellschaftlicher Entfremdung darstellen (ebd., S. 94). Zwar bestehe die gesellschaftliche Entfremdung auch unabhängig von Migration (ebd., S. 92), doch verfängt die einfache Erklärungskraft rechtspopulistischer Rhetorik. Auch Zygmunt Bauman schreibt, dass Menschen in prekären Lebenslagen durch das konstruierte Feindbild heimatloser Migrant:innen eine Möglichkeit finden,

sich symbolisch nach unten abzugrenzen und so ihre eigene Identität aufwerten (Bauman 2018, S. 18).

Wolfgang Menz und Sarah Nies, die im Rahmen einer qualitativen Studie in Deutschland die gängigen Erklärungsansätze für rechtspopulistische Tendenzen untersucht haben, gehen ebenfalls von einem „brüchig gewordenen Glaubens an die Gültigkeit des Leistungsprinzips“ (Menz & Nies 2019, S. 177) aus. Die These der Repräsentationslücke diskutieren sie allerdings kritisch, so konnten sie in ihrer qualitativen Untersuchung zu rechtspopulistischen Einstellungen unter Arbeiter:innen in Deutschland zwar eine „politische Heimatlosigkeit“ der Beschäftigten feststellen, allerdings traf dies nur auf eine spezifische Gruppe zu, die sich aus älteren männlichen Industriearbeitern zusammensetzt (ebd., S. 179). Laut den Autor:innen deuten ihre Befunde weniger auf eine klassische politische Legitimationskrise hin, also einen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen „von unten“ und dem politischen Handeln der Herrschenden, sondern vielmehr auf eine Erosion politischer Ansprüche: Normative Erwartungen würden gar nicht mehr formuliert, da ihre Einlösung angesichts einer Verobjektivierung des Ökonomischen im Rahmen staatlicher Politik nicht mehr realisierbar erscheine (ebd.). Die so wahrgenommene Ohnmacht wird laut Menz und Nies durch eine Verschiebung der Perspektive kompensiert: hin zu Feldern der Migrations- und Flüchtlingspolitik, die als steuerbarer wahrgenommen werden (ebd.). Jedoch lässt sich an dieser Stelle diskutieren, inwiefern hier Ursache und Wirkung verwechselt werden. Der ökonomische Zwang, der als alternativlos erscheint, könnte selbst ein Produkt neoliberaler Narrative sein, in denen demografischer Wandel, Digitalisierung und Globalisierung dazu dienen, im Sinne einer marktradikalen Ideologie „den Abbau des Sozialstaates zu legitimieren“ (vgl. Butterwege 2008, S. 46).

Zunehmend wird in der Forschung zudem das Aufkommen von Technokratie⁸ auf nationaler und europäischer Ebene als zentraler Faktor für den Erfolg populistischer Parteien diskutiert (Berman 2020, S. 80). Wie bereits im Theoriekapitel skizziert, verfügen technokratische Entscheidungsträger:innen, wie etwa in der Europäische Zentralbank, über erhebliche Entscheidungsmacht, ohne demokratische Wahl- oder Abwahlmöglichkeit durch die Bevölkerung (Tucker 2019, S. 547). Da in diesen Institutionen jedoch Entscheidungen getroffen werden, die eine starke Verteilungswirkung haben können, stellt das ein zentrales Moment der Unzufriedenheit der betroffenen Bürger:innen dar, da diese unpopulären Entscheidungen eher akzeptieren, wenn sie die Möglichkeit zur Sanktionierung durch Wahlen haben (Tucker 2019, S. 547). Diese Unzufriedenheit nutzt dementsprechend populistischen Parteien, die versprechen, nationale Souveränität zu schützen (Berman 2020, S. 80).

⁸ Siehe hierzu auch Kapitel 2.2

Der dritte, **voluntaristische Erklärungsansatz** beschäftigt sich damit, wie das Verhalten und die Entscheidungen politischer Akteur:innen den Aufstieg des Populismus beeinflussen (ebd.). Dabei geht es sowohl um die Reaktionen etablierter Parteien auf das (erstmalige) Auftreten populistischer Parteien als auch um die Strategien der Populist:innen selbst (ebd.). Zentral ist dabei die Beobachtung, dass populistische Parteien besonders dann gewinnen, wenn etablierte Parteien keine überzeugenden Alternativen zu gesellschaftlich relevanten Fragen anbieten. In diesem Vakuum gelingt es Populist:innen sich als einzige Alternative zum Status Quo zu inszenieren (ebd.). Ein entscheidender Einflussfaktor in diesem Zusammenhang ist die Salienz von (politisierten) Themen (ebd., S. 82). Berman zeigt, dass Einstellungen zur Migrationspolitik zwar der beste Prädiktor für das Wählen rechtspopulistischer Parteien sind, diese Einstellungen sich jedoch deutlich langsamer verändern als die Wahlerfolge selbst (ebd.). Daher ist die Betrachtung der Salienz hilfreich, also wie wichtig eine Präferenz oder Einstellung den Wähler:innen ist (ebd.). Daraus folgt, dass nicht die Präferenz allein, sondern ihre Salienz das Wahlverhalten maßgeblich beeinflusst (ebd.). Die Wahrnehmung, wie wichtig ein Thema ist, kann durch verschiedenste Faktoren beeinflusst werden: aktuelle Ereignisse, wie Flüchtlingsbewegungen oder Terroranschläge, mediale Berichterstattung, aber auch politische Kommunikation selbst (ebd.). Berman verweist in diesem Kontext auf Riker (1986, S. IX), der argumentiert, dass politische Outcomes gezielt manipuliert werden können. Rechtspopulist:innen bedienen sich dieser Strategie: Sie profitieren von einer hohen Salienz sozialer und kultureller Themen, wie nationale Identität oder Migration, und arbeiten aktiv daran, diese Themen auf der politischen Agenda zu halten (Berman 2020, S. 82). Die inhaltliche Konvergenz wirtschaftspolitischer Positionen der etablierten Parteien in Europa seit der Nachkriegszeit führte dazu, dass soziokulturelle Themen zunehmend als Differenzierungsmerkmal genutzt wurden, um parteipolitische Unterschiede im öffentlichen Diskurs erkennbar zu machen (Berman 2020, S. 82f.). Die so geschaffene Salienz soziokultureller Themen spielt rechtspopulistischen Parteien in die Hände, da sie politische Entwicklungen entlang ihrer eigenen Narrative rahmen können. Forschende der Amadeu Antonio Stiftung zeigen, dass sich in antidemokratischen, verschwörungsideologischen und rechtsextremen Milieus zwar die konkreten Aufhänger ändern, die ideologischen Muster jedoch stabil bleiben (Amadeu Antonio Stiftung 2022, S. 11). Ereignisse werden entsprechend der eigenen Ideologie uminterpretiert, die Feindbilder bleiben bestehen (ebd.).

Insgesamt zeigt sich, dass rechtspopulistische Mobilisierung nicht monokausal erklärt werden kann. Vielmehr greifen strukturelle Krisenerfahrungen, politische Entfremdung, symbolische Identitätsfragen und strategische Diskursverschiebungen ineinander — mit Folgen für das Demokratieverständnis und das politische Vertrauen breiter Bevölkerungsgruppen. Diese Dynamiken machen deutlich, warum eine Analyse rechtspopulistischer Einstellungen nicht ohne Berücksichtigung der dahinterliegenden Demokratiekonzepte und Repräsentationserfahrungen auskommen kann.

3.4.3. Demokratieverständnisse und ihre Bedeutung für die Analyse populistischer Parteibindung

Wegscheider et al. (2023) entwickelten einen Ansatz zur Untersuchung populistischer Parteibindung,⁹ der zentrale Forschungslücken adressiert. Sie argumentieren, dass bisherige Forschungen zu Populismus sich entweder auf die Auswirkungen populistischer Parteien auf das politische System oder die Gründe, warum Individuen populistische Parteien unterstützen, fokussierten (ebd., S. 1235f.). Unzureichend untersucht sei hingegen, wie die subjektiven Demokratieverständnisse der Wähler:innen mit ihrer Unterstützung populistischer Parteien zusammenhängen (ebd., S. 1239).

Wegscheider et al. untersuchen für zehn europäische Länder,¹⁰ wie sich die individuellen Vorstellungen von Demokratie auf die Parteibindung an populistische Parteien auswirken.¹¹ Dafür erhoben sie zunächst anhand von zwölf Fragen, angelehnt an das Zusatzmodul des European Social Survey 2012 „Europeans’ understandings and evaluations of democracy“ (Ferrín & Kriesi 2016), die Wichtigkeit verschiedener Aspekte der Demokratie (siehe Tabelle 1). Die betreffenden Items werden anschließend einer explorativen Faktorenanalyse unterzogen und 4 Faktoren extrahiert, die inhaltlich als a) Liberale Demokratie, b) Egalitäre Demokratie, c) Direkte Demokratie und d) Autoritarismus interpretiert werden (ebd. S. 1247). Dabei zeigt sich, dass der Faktor „Liberale Demokratie“ sowohl egalitäre als auch liberale Komponenten der Demokratie umfasst, die sonst in theoretischen Diskussionen üblicherweise getrennt behandelt werden (ebd., S. 1248). Dies unterstreicht die Notwendigkeit, bei empirischen Untersuchungen zu Einstellungen gegenüber der Demokratie in der Bevölkerung von den Wahrnehmungen der Befragten auszugehen und bei quantitativen Studien besonders vorsichtig mit theoretischen Vorannahmen umzugehen.

⁹ Wegscheider et al. verwenden in ihrer englischsprachigen Publikation den Begriff „partisanship“. Operationalisiert haben sie dies, indem sie auf einer vierstufigen Skala die (starke) Zustimmung, eine populistische Partei zu wählen als „positive partisanship“, die Aussage eine solche Partei (sicher) nicht zu wählen, als „negative partisanship“ definieren (Wegscheider et al. 2023, S. 1246f.). Im Rahmen dieser Arbeit wird der Begriff als positive/ negative „Parteibindung“ übersetzt.

¹⁰ Die untersuchten Länder sind Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Niederlande, Spanien, Schweden, Vereintes Königreich

¹¹ Die Autoren weisen darauf hin, dass die Beziehung auch in die andere Richtung möglich und sogar wahrscheinlich ist, nämlich, dass die Demokratiekonzeption der Befragten eine Auswirkung darauf hat, ob sie eine positive oder negative Parteibindung gegenüber populistischen Parteien vertreten. Sie argumentieren jedoch, dass es ihnen primär darum geht, eine Korrelation zu erklären und nicht eine Kausalerklärung zu leisten (Wegscheider et al. 2023, S. 1245)

Tabelle 1: "Measuring citizens' conceptions of democracy" (Wegscheider et al. 2023, S. 1247)

Theoretical dimension	How important do you think it is for democracy in general...	Empirical dimension			
		1	2	3	4
Liberal democracy	...that national elections are free and fair?	.63	.28	.19	-.14
	...that opposition parties are free to criticise the government?	.75	.12	.05	-.12
	...that everyone is free to express their political views?	.63	.25	.22	-.11
	...that the courts are able to stop the government acting beyond its authority?	.51	.25	.20	.05
	...that the media are free to criticise the government?	.74	.15	.08	-.07
Egalitarian democracy	...that the government protects all citizens against poverty?	.27	.72	.20	.03
	...that the government takes measures to reduce differences in income levels?	.15	.68	.19	.10
	...that the rights of minorities groups are protected?	.36	.52	.01	-.07
Direct democracy	...that citizens have the final say on the most important political issues by voting on them directly in referendums?	.17	.16	.79	.16
	...that citizens can directly remove an elected politician from office by calling for an impeachment referendum?	.25	.18	.62	.20
	...that the government is led by a leader who is not accountable to parliament?	-.15	.08	.19	.48
Authoritarianism	...that the army takes power if the governments is incompetent?	-.07	-.04	.09	.87
Explained variance		21%	13%	11%	9%
Eigenvalue		2.51	1.57	1.26	1.12
Cronbachs alpha		.82	.73	.75	.62
Kaiser-Meyer-Olkin (KMO)		.85			
Respondents (N)		15,624			

Notes: Results are from a minimum residual factor analysis with orthogonal rotation ('varimax'). See the online appendix for a detailed discussion.

Im nächsten Schritt untersuchen die Autoren mithilfe logistischer Regressionen die Beziehung zwischen der Demokratiekonzeption der Bürger:innen und ihrer Parteibindung gegenüber populistischen Parteien (siehe Abbildung 4). Es zeigt sich, dass Befragte, die sich mehr für liberale Aspekte der Demokratie aussprechen, eine negative Parteibindung gegenüber rechtspopulistischen Parteien aufweisen. Werden egalitäre demokratische Aspekte befürwortet, also der Schutz und die Inklusion marginalisierter Gruppen, zeigt sich ebenfalls eine negative Parteibindung zu Rechtspopulist:innen. Personen, die direktdemokratische Elemente befürworten oder autoritäre Einstellungen vertreten, weisen hingegen eine positive Parteibindung gegenüber rechtspopulistischen Parteien auf. Die Autoren deuten dies als Hinweis darauf, dass Befragten, die rechtspopulistische Parteien unterstützen, umverteilenden Politikmaßnahmen kritisch gegenüberstehen, da sie exklusive Vorstellungen davon haben, wer davon profitieren sollte (ebd., S. 1254). Demnach vermuten Wegscheider et al., dass nicht nur die rechtspopulistischen Parteien, sondern auch die Personen mit einer positiven Parteibindung zu diesen, einen wohlfahrtsschauvinistischen Zugang vertreten (ebd.).

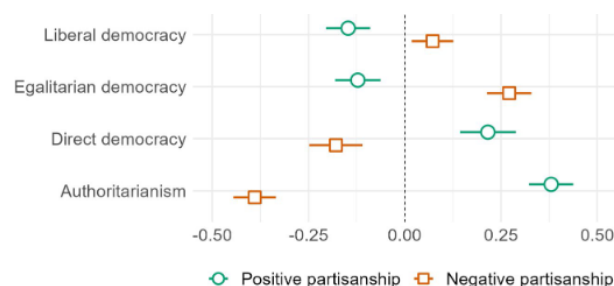


Abbildung 4: Demokratiekonzepte der Befragten und Parteibindung gegenüber rechtspopulistischen Parteien; 95% Konfidenzintervalle (Wegscheider et al. 2023, S. 1253)

Zentral an den Ergebnissen von Wegscheider et al. ist für diese Arbeit einerseits der Beleg, dass Bürger:innen Demokratie anders konzeptualisieren als es üblicherweise in theoretischen Debatten vorgenommen wird (ebd., S. 1254). Der Befund, dass Personen, die liberale Demokratieelemente weniger befürworten oder direktdemokratische Aspekte favorisieren, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eine positive Parteibindung zu populistischen Parteien aufweisen (ebd., S. 1255) ist insofern relevant, weil sich dabei zeigt, dass sich die Vorstellungen von Demokratie der Wähler:innen (rechts-)populistischer Parteien mit deren Rhetorik überschneidet. Wie Wegscheider et al. anmerken, ist die Kausalbeziehung hier nicht eindeutig, einerseits kann dieses Demokratiebild durch die Rhetorik der Parteien beeinflusst sein, andererseits wäre es auch möglich, dass es eine Ursache für das Wählen dieser Parteien darstellt (ebd., S. 1245). Für diese Arbeit ist relevant, inwiefern populistische Parteipräferenz und unterschiedliche Demokratieverständnisse zur Wahrnehmung demokratischer Defizite beitragen — insbesondere im Zusammenspiel mit der individuellen Repräsentationswahrnehmung.

3.5. Politische Repräsentation der Bevölkerung

Die Debatte über die Zufriedenheit mit der Funktionsweise des demokratischen Systems sowie über direktdemokratische Reformen wirft zwangsläufig die Frage auf, wie die gegenwärtige Form der repräsentativen Demokratie in Österreich von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Insbesondere angesichts des wachsenden Einflusses rechtspopulistischer Parteien rückt das Thema politischer Repräsentation zunehmend in den Fokus sozialwissenschaftlicher sowie gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Wird Repräsentation als unzureichend oder verzerrt erlebt, kann dies das Vertrauen in politische Institutionen untergraben und zugleich die Offenheit für populistische Angebote erhöhen. Dabei geht es nicht allein um formale Beteiligungsmöglichkeiten, sondern zentral um die Frage, inwieweit sich Bürger:innen politisch wahrgenommen fühlen und ob ihre Anliegen Eingang in politische Entscheidungsprozesse finden. Fühlen sich Bürger:innen dauerhaft politisch mangelhaft repräsentiert, so kann dies schließlich zu einer Unzufriedenheit mit dem politischen System oder einem Misstrauen gegenüber der Politik führen (Busch 2020, S. 8).

3.5.1. Repräsentationswahrnehmung der Bevölkerung

Für das Jahr 2023 zeigen die Daten des Demokratie Monitor, dass sich die österreichischen Befragten, abhängig von ihrer ökonomischen Situation, sehr unterschiedlich gut im Parlament vertreten sahen (Zandonella 2024a, S. 17). Sehr oder ziemlich gut vertreten sahen sich dabei 61% des oberen, 47% des mittleren und nur 16% des unteren ökonomischen Drittels in Österreich (ebd.). Auch in Deutschland zeigen die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien, dass die politische Deprivation, also „die Wahrnehmung, die Demokratie nicht ausreichend mitgestalten zu können“ (Decker et al. 2022, S. 65), seit Erhebungsbeginn 2006 weit verbreitet ist. Nur jede vierte Person in

Deutschland geht davon aus, einen „Einfluss auf Regierungsentscheidungen nehmen zu können“ (ebd.), jede dritte Person hält es sogar für sinnlos, sich politisch zu engagieren (ebd., S. 67). Die Implikationen, die diese Wahrnehmungen der Bürger:innen haben, sind folgenreich. So stellt die Überzeugung, mit einer politischen Handlung etwas bewirken zu können, eine notwendige Voraussetzung für ihre Umsetzung, also politische Partizipation, dar (Zandonella 2020, S. 87). Fehlt diese Überzeugung, kann dies zu einer Abwendung von der Politik führen. Zandonella stellte bereits im Jahr 2018 Anzeichen für eine Entwicklung hin zu einer Zweidrittel-Demokratie in Österreich fest, also dass das untere ökonomische Drittel langsam von der politischen Partizipation ausscheidet (Zandonella 2022, S. 9). Auch Merkel (2015b, S. 188) wies bereits 2015 darauf hin, dass zwei Drittel der unteren Schichten in Deutschland angaben, dass sie davon ausgehen, dass ihre politische Teilnahme und ihr Wählen auf die politischen Entscheidungen keinen Einfluss haben. In Anbetracht der Wahlbeteiligungen folgert er außerdem, dass die OECD-Demokratien bereits zu Zweidritteldemokratien geworden sind (ebd.). Die Entwicklung, dass sich ressourcenschwächere Bevölkerungsgruppen vom demokratischen Prozess entfernen und kein Gebrauch ihres Wahlrechts machen, führt zu einer Verschärfung bestehender Probleme. Durch die sinkende politische Partizipation des unteren ökonomischen Drittels wird auch ihre Repräsentation zunehmend schlechter (ebd., S. 189). Gemäß eines minimalistischen Demokratiemodells¹² wäre dieses Phänomen theoretisch weniger problematisch, denn in einem solchen wird „die rechtliche Gleichheit der politischen Teilnahmemöglichkeiten als hinreichend“ (Merkel 2015b, S. 187) angesehen. Bei Zugrundelegung voraussetzungsreicherer Modelle zeigt sich aber, dass wenn

„(...) aufgrund der besonderen ökonomischen und kognitiven Ressourcenverteilung in einer Gesellschaft systematisch bestimmte Gruppen und Schichten ausgeschlossen werden, [...] das politische Gleichheitsprinzip faktisch ausgehöhlt [wird] und [...] an demokratischer Substanz [verliert]“ (ebd., S. 187f.).

Zudem geht mit einer ungleichen politischen Partizipation unterschiedlicher sozioökonomischen Gruppen die Gefahr einher, „dass die politischen Anliegen und Präferenzen derjenigen, die nicht mehr partizipieren, von den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern übergangen werden“ (Elsässer 2018, S.14f.), weshalb auch von einer „Krise der Repräsentation“ (Deppe 2013, S. 126, zit. n. Elsässer 2018, S. 15) gesprochen wird.

3.5.2. Politische Responsivität

Dass die mangelnde Repräsentationswahrnehmung nicht nur ein subjektives Gefühl sozioökonomisch benachteiligter Gruppen darstellt, sondern auf einer realen Grundlage beruht, zeigen Studien aus dem Feld der Responsivitätsforschung. „Responsivität“ ist ein demokratiethoretischer Begriff, der eine Konzeptualisierung davon ermöglichen soll, wie sich eine Regierung gegenüber Interessen und

¹² Zur Definition siehe Kapitel 2.1

Anliegen der Bevölkerung verhält und darauf reagiert (Elsässer et al. 2017, S. 164). Responsiv ist eine Regierung, wenn der Bevölkerungswille und das politische Handeln in Einklang miteinander sind (ebd.). Relevant bei demokratischer Responsivität ist zudem, „dass nicht nur die Interessen einiger weniger, sondern die Interessen aller Repräsentierten politische Entscheidungen beeinflussen können“ (ebd.). Während sich die Responsivitätsforschung lange Zeit nur damit beschäftigte, ob die Entscheidungen der Regierenden oder das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten in Übereinstimmung mit dem Mehrheitswillen der Bevölkerung sind, hat sich dies in den letzten Jahrzehnten geändert und die Frage, „wessen Meinungen politisch berücksichtigt werden“ (ebd.) rückte verstärkt in den Fokus. Dies geschah vor dem Hintergrund zunehmender Einkommensungleichheit und ungleich verteilter politischer Partizipation (ebd.). Der Forschungsstrang dieser neuen Responsivitätsforschung hat seine Ursprünge in den USA, für die bereits umfassend dargelegt wurde, dass eine Schieflage zwischen Regierungsentscheidungen und Interessen ressourcenschwächerer Gruppen existiert (Bartels 2008; Gilens 2012).

Martin Gilens untersuchte für den Zeitraum von 1981 bis 2002, wie responsiv sich die US-Regierung gegenüber dem Bevölkerungswillen verhielt (Gilens 2005). Er stellte dabei eine mäßig starke Responsivität, d.h. Übereinstimmung zwischen den Wünschen der Öffentlichkeit und den Regierungsentscheidungen fest (ebd., S. 778). Allerdings zeigte seine Untersuchung auch, dass, wenn sich die politischen Präferenzen der US-Amerikaner:innen mit unterschiedlichen Einkommensniveaus unterscheiden, die Regierung sich stark responsiv gegenüber den Interessen der Wohlhabendsten verhält, während keine Responsivität gegenüber einkommensschwachen Bürger:innen feststellbar ist (ebd.). Wenngleich diese Befunde für die USA einen Diskurs über politische Folgen der sozialen Ungleichheit angestoßen haben, blieb dieser lange Zeit auf die USA beschränkt (Elsässer 2018, S. 15). Man ging von einem „American Exceptionalism“ (ebd.) aus, also dass das spezifische US-amerikanische politische System für diese Entwicklungen verantwortlich sei. Tatsächlich spielen die private Wahlkampf- sowie Parteienfinanzierung in den USA eine große Rolle hinsichtlich selektiver Responsivität zugunsten wohlhabender Wähler:innen (ebd., S. 15f.). Allerdings beschränkt sich das Phänomen der selektiven Responsivität nicht auf die USA, sondern ist auch in anderen wohlhabenden Demokratien beobachtbar (ebd.), weshalb zu untersuchen ist, ob vielleicht doch Gemeinsamkeiten für diese teilweise zeitgleiche politische Entwicklung in Demokratien in verschiedenen geographischen Regionen identifizierbar sind.

Lea Elsässer hat sich dieser Frage im Rahmen ihrer Dissertation gewidmet und für den Zeitraum von 1980 bis 2013 untersucht, wie responsiv die Entscheidungen des Deutschen Bundestages gegenüber unterschiedlichen sozialen Klassen sind (Elsässer 2018, S. 17). Ihr Untersuchungsdesign hat sie an Gilens Arbeit angelehnt, was einen Vergleich mit den amerikanischen Ergebnissen ermöglicht (ebd.). Zudem erlaubt ihre Untersuchung eine Anknüpfung an die Frage, ob in gegenwärtigen Demokratien

gesellschaftliche Konfliktlinien¹³ entlang sozialer Klassen verlaufen (ebd., S. 63). Elsässer argumentiert, dass sich nur wenige Studien mit Responsivität des politischen Systems im europäischen Raum auseinandersetzen (ebd., S. 49). Zwar gäbe es Studien, die sich mit der Kongruenz, also Übereinstimmung, von Einstellungen der Regierenden und der Bevölkerung oder mit dem Zusammenhang zwischen Politikergebnissen und der Bevölkerungsmeinung befassen (ebd., S. 49f.). Diese geben auch einen Hinweis darauf, dass die politische Repräsentation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ungleich verteilt ist (ebd., S. 50). Allerdings fehlen systematische Untersuchungen, die sich mit dem „Zusammenhang der Präferenzen einzelner Gruppen auf der einen und der politischen *Entscheidungen und Handlungen* auf der anderen Seite“ (ebd.) auseinandersetzen. Voraussetzung dafür, dass eine Regierung verschiedene gesellschaftliche Gruppen ungleich behandeln kann, ist das Vorhandensein substanzieller Interessensunterschiede ebenjener Gruppen (ebd., S. 89). Wenngleich in den Sozialwissenschaften der 1980er- und 1990er-Jahre zunehmend infrage gestellt wurde, dass gesellschaftliche Konfliktlinien sich inhaltlich zwischen sozialen Klassen abzeichnen (ebd.), hat die zunehmende soziale Ungleichheit eine Kehrtwende in der Debatte angestoßen (ebd., S. 91). Auch Elsässer konnte in ihrer Studie empirisch zeigen, dass Unterschiede in den politischen Einstellungen am stärksten entlang von Berufs- und Einkommensgruppen ausfallen (ebd., S. 95ff.). Sie schlussfolgert daraus, dass die sozioökonomische Klasse nach wie vor eine große Rolle in der Strukturierung von gesellschaftlichen Konflikten spielt (ebd., S. 110). Demnach ist die notwendige Bedingung gegeben, dass es zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen Unterschiede hinsichtlich ihrer politischen Präferenzen gibt, die eine selektive Responsivität seitens der Politik überhaupt ermöglicht.

Durch logistische Regressionen konnte Elsässer feststellen, dass zwischen den politischen Interessen der oberen Berufs- und Einkommensgruppen und den Entscheidungen des deutschen Bundestages von 1980 bis 2013 ein statistisch signifikanter positiver Zusammenhang besteht, während kein Zusammenhang für die unteren Berufs- und Einkommensgruppen festgestellt werden konnte (ebd., S. 112ff.). Stattdessen fand sie teilweise Hinweise auf eine „coincidental representation“ (Enns 2015, zit. nach Elsässer 2018, S. 118) unterer Gruppen, also dass deren Präferenzen (nur) dann umgesetzt werden, wenn sie mit jenen der oberen übereinstimmen. Außerdem konnte sie zeigen, „dass die Meinungen der unteren Berufsgruppen auch dann nicht systematisch in den politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, wenn sie sich geschlossen für oder gegen eine Politikänderung aussprechen“ (ebd., S. 122). Durch den langen Untersuchungszeitraum zeigte sich zudem, dass kein genereller Zeittrend der Responsivität des Deutschen Bundestages und keine starken Parteieneffekte feststellbar sind (ebd., S. 126). Diese Ergebnisse legen nahe, dass politische

¹³ Solche Konflikt- oder auch Spaltungslinien (engl.: cleavages) „bezeichnen historisch relativ stabile Konfliktkonstellationen, die sich aus der Teilung von Bevölkerungsgruppen entlang sozialer Interessen und Identitäten ergeben“ (Mau et al. 2023, S. 10).

Entscheidungsprozesse systematisch auf die Interessen ressourcenstärkerer Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind, unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung der Regierung (ebd.). Elsässer folgert daraus, dass sich bestehende ökonomische Ungleichheiten in strukturelle politische Ungleichheiten übersetzen (ebd., S. 131), die ihrerseits zur weiteren Verschärfung ökonomischer Ungleichheit beitragen (ebd., S. 174). So zeigte sich die verzerrte Responsivität am stärksten bei Themenfeldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie beispielsweise Fragen der Regulierung von Märkten oder der (Um-)Verteilung, also genau jenen Politikbereichen, die die materiellen Interessen unterer Schichten am stärksten berühren (ebd.). Damit ist es die frühere Kernwähler:innenschaft sozialdemokratischer Parteien, die weder durch diese Parteien noch von anderen (linken) Parteien erfolgreich repräsentiert wird (ebd.). Die Erkenntnis, dass in Deutschland sowie in den USA die politische Repräsentation ähnlich verzerrt ist, trotz deutlich unterschiedlicher institutioneller Voraussetzungen, deutet Elsässer als Hinweis auf „ein allgemeineres Krisenphänomen gegenwärtiger liberaler Demokratien“ (ebd., S. 179). Durch diese Befunde konnte Elsässer die Annahme untermauern, dass „die massenhafte Abkehr sozial Benachteiligter vom politischen Prozess [...] auf Unzufriedenheit und Resignation [basiert]“ (ebd., S. 176). Inwiefern diese Erfahrung schließlich auch mit der Bewertung einzelner demokratischer Teilbereiche in Wichtigkeit und Funktionsweise zusammenhängt, soll in Folge im Rahmen dieser Masterarbeit untersucht werden.

Die Ergebnisse von Elsässer sind aus zweierlei Hinsicht für diese Masterarbeit relevant. Zum einen, weil dadurch deutlich wird, dass das im öffentlichen Diskurs häufig bediente Narrativ von der uninformierten Wähler:innenschaft unterer sozioökonomischer Klassen, die sich nicht für Politik interessiert oder aber von (rechts-)populistischen Parteien instrumentalisiert wird, widerlegt werden kann. So zeigt sich schließlich, dass für sozioökonomisch schlechter gestellte Gruppen in der etablierten Parteienlandschaft keine Repräsentant:innen existieren, die auch tatsächlich systematisch im Sinne ihrer Interessen handeln und entscheiden. Dies macht die Notwendigkeit sichtbar, Analysen über Demokratiezufriedenheit und politische Präferenzen durch die Brille der Repräsentationswahrnehmung zu betrachten und stellt somit eine Bestätigung der im Theoriekapitel diskutierten Forderung Schäfer und Zürn dar, die Repräsentationswahrnehmung als Ausgangspunkt analytischer Betrachtungen zu wählen (siehe Kapitel 2.2). Der zweite Punkt ist die von Elsässer vermutete Übertragbarkeit des Phänomens selektiver Repräsentation auf andere liberale Demokratien. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass auch in Österreich eine ähnliche Schieflage vorherrschend ist. Der Politikwissenschaftler Peter Mair publizierte bereits 2006 einen Artikel, in dem er zu ebenjenem Schluss kam, nämlich, dass im globalen Raum ähnliche Entwicklungen in langetablierten Demokratien beobachtbar sind (Mair 2006). Er argumentiert, dass die seit einigen Jahrzehnten dominierende Debatte um Output-Orientierung demokratischer Legitimität und Diskussionen, dass Entscheidungskompetenzen

vermehrt an Expert:innengremien und somit nichtmajoritäre Institutionen übergeben werden sollen, darauf hindeutet, dass die institutionellen Interessen eher darauf abzielen, Demokratie so neu zu definieren, dass die Volkssouveränität abgeschwächt wird (Mair 2006, S. 27-29). Er weist auf die zeitgleichen Entwicklungen in allen europäischen Ländern hin, wie dem Rückgang der Wahlbeteiligung seit den 1950er-Jahren (ebd., S. 35ff.), die zunehmende Wähler:innenvolatilität seit den 1990er-Jahren, also die Wechselwähler:innenschaft und dass Wähler:innen eher auf kurzfristige Faktoren reagieren und ihre Präferenzen volatiler sind als früher (ebd., S. 38ff.) und damit zusammenhängend auch die sinkende Parteiidentifikation seit dem Ende der 1990er-Jahre (ebd. S. 40ff). Mair argumentiert, dass jeder einzelne Trend für sich genommen noch eher wenig Aussagekraft habe, aber die Besonderheit sich dadurch ergibt, dass all diese Entwicklungen in fast allen fortgeschrittenen OECD-Demokratien zur selben Zeit beobachtbar sind und somit ein Hinweis auf eine länderübergreifende Konvergenz darstellen (ebd., S. 33). Er beschreibt die Entwicklung als eine Transformation der „party democracy“ hin zu einer „audience democracy“, da die Politik zumindest bis in die 1970er Jahre etwas war, das den Bürger:innen „gehörte“ und wo sie partizipieren konnten (und dies oft auch taten), während sie den Bürger:innen heutzutage als etwas Externes gegenübersteht (ebd., S. 44). Er beschreibt auch die häufig diskutierte Nivellierung der Unterschiede etablierter Parteien, deren Distanz zu der Wähler:innenschaft größer wird als zu den anderen konkurrierenden Parteien (ebd., S. 45) und dass Parteien mit ihrer Politik nicht mehr ihre frühere Stammwähler:innenschaft ansprechen wollen, sondern die Wähler:innenschaft als Ganzes (ebd., S. 46). Die resultierenden Konsequenzen, die sich aus der Distanzierung der Politik von den Bürger:innen ergeben, sieht auch er darin, dass diese Lücke einerseits populistischen Parteien bei der Mobilisierung von Wähler:innenstimmen zugutekommt und andererseits, als Legitimationsgrundlage der Eliten, Entscheidungskompetenzen weiterhin vermehrt an nichtmajoritäre Institutionen und nichtparteiliche Agenturen zu übertragen (ebd., S. 49).

4. Abgeleitete Hypothesen

Im Rahmen dieser Arbeit wird untersucht, in welchem Ausmaß die österreichische Demokratie aus Sicht der Wahlberechtigten vom normativen Ideal abweicht. Dabei wird den im Theorie- und Forschungsstandkapitel besprochenen unterschiedlichen Vorstellungen der Bevölkerung, was eine Demokratie ausmacht, Rechnung getragen. Wie bereits dargelegt, ist die zentrale Hypothese dieser Arbeit, dass die politische Repräsentationswahrnehmung der Befragten dabei einen signifikanten Einfluss auf die Wahrnehmung der entsprechenden Demokratiedefizite aufweist. Die übergeordnete Forschungsfrage lautet: **Wie sehr weicht die österreichische Demokratie vom normativen Ideal aus Sicht der Personen mit wahrgenommenem politischen Repräsentationsdefizit ab?**

Um zunächst ein Verständnis dafür zu entwickeln, wer die Personen mit wahrgenommenem Repräsentationsdefizit sind, wird zunächst die Forschungsfrage **FF1 Welche Merkmale korrelieren mit einem wahrgenommenen Repräsentationsdefizit?** untersucht. Die zugehörigen Hypothesen wurden auf Basis des vorgestellten Forschungsstandes und der zugehörigen Theorien erarbeitet. Gemäß den Erkenntnissen von Zandonella (2023), Elsässer (2018) und Gilens (2005) wird davon ausgegangen, dass die ökonomische Situation der Befragten einen zentralen Einfluss auf das politische Repräsentationserleben hat. Die zugehörige Hypothese lautet:

H1a: Es besteht ein negativer Zusammenhang zwischen der subjektiv wahrgenommenen Einkommenssituation des Haushalts der Befragten und der politischen Repräsentationswahrnehmung.

Gemäß den theoretischen Überlegungen von Schäfer & Zürn (2021) wird angenommen, dass das Wählen rechtspopulistischer Parteien, im österreichischen Fall der FPÖ, wahrscheinlicher ist, wenn ein höher wahrgenommenes Repräsentationsdefizit vorliegt, da rechtspopulistische Parteien diese Repräsentationslücke gezielt in ihrer Agitation nutzen, um Wähler:innenstimmen für sich zu gewinnen.

H1b: Es besteht ein Zusammenhang zwischen Parteipräferenz und Repräsentationsdefizit.

Um festzustellen, wie Demokratie von den Befragten konzeptualisiert wird, wird eine Faktorenanalyse durchgeführt. Das methodische Vorgehen orientiert sich an Wegscheider et al. (2023) und Heyne (2019). Dabei wird davon ausgegangen, dass sich durch die Faktorenanalyse Abweichungen in den Bündelungen der Variablen, zu den sonstigen theoretischen Einteilungen ergeben. Anschließend wird untersucht wie die Demokratiekonzeptualisierung und die Repräsentationswahrnehmung zusammenhängen. Dieser Auswertungsschritt untersucht die Forschungsfrage: **FF2 Gibt es einen Zusammenhang zwischen wahrgenommenem Repräsentationsdefizit und dem präferierten Demokratiekonzept?** Hier soll überprüft werden, ob wahrgenommene Schwächen in der politischen

Repräsentation dazu führen, dass eher ein populistisches Demokratiemodell präferiert wird, um theoretisch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger:innen zu erlangen. Die Hypothese lautet:

H2a: Es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen Repräsentationswahrnehmung und Priorisierung des populistischen Modells.

Im Hauptteil soll schließlich eine tiefergehende Analyse der Defizitwahrnehmung des politischen Systems durchgeführt werden. Dabei soll der Fokus auf der Repräsentationswahrnehmung bestehen bleiben, aber auch andere Variablen in den Blick genommen werden. Dadurch soll die Hypothese getestet werden, ob die Repräsentationswahrnehmung selbst einen signifikanten oder gar stärkeren Beitrag zur Erklärung der Defizitwahrnehmung leistet als die anderen Variablen in den Modellen. Diese Untersuchungen folgen der Forschungsfrage: **FF3 Welche Unterschiede sind hinsichtlich wahrgenommenem politischen Repräsentationsdefizit sowie anderen Merkmalen und wahrgenommenen Demokratiedefiziten in Österreich feststellbar?** Die zugehörigen Hypothesen lauten:

H3a: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und den wahrgenommenen Demokratiedefiziten.¹⁴

H3b: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der ökonomischen Situation der Befragten und den wahrgenommenen Demokratiedefiziten.

H3c: Es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen dem Wählen der FPÖ und wahrgenommenen Demokratiedefiziten im Populistischen Modell.

H3d: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Wählen der FPÖ und wahrgenommenen sozialen Demokratiedefiziten.

H3e: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Wählen der FPÖ und wahrgenommenen liberalen Demokratiedefiziten.

¹⁴ Die Demokratiedefizite können Werte von -10 bis 10 annehmen. Ein Wert von 0 bedeutet, dass Aspirationen und Bewertung übereinstimmen. Negative Werte bedeuten, dass ein Demokratiedefizit vorliegt, je kleiner der Wert, desto größer ist somit das Defizit. Positive Werte bedeuten, dass die Bewertungen die Aspirationen übersteigen.

5. Daten und Methoden

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit. Zunächst wird der verwendete Datensatz vorgestellt. Anschließend wird erläutert, wie das Analytical Sample gebildet und die Gewichtung der Daten vorgenommen wurde. Im nächsten Schritt wird die Methode der linearen Regression besprochen. Anschließend wird die Faktorenanalyse inklusive der Ergebnisse präsentiert, anhand derer die latenten Demokratievorstellungen identifiziert wurden. Das Kapitel schließt mit einer deskriptiven Darstellung der Variablen, die im Rahmen dieser Arbeit für die Analysen herangezogen wurden.

5.1. Datensatz

Für die quantitativen Analysen dieser Arbeit werden die Daten des European Social Survey (ESS) 10 verwendet. Der ESS wird seit 2002 alle zwei Jahre erhoben, wobei Österreich, mit Ausnahme des Jahres 2012, an allen Erhebungswellen teilgenommen hat. Seit Erhebungsbeginn haben 39, hauptsächlich europäische Länder, an zumindest einer Erhebungswelle teilgenommen.¹⁵ Das Kernmodul, welches in allen Erhebungsjahren abgefragt wird, umfasst einerseits soziodemografische Variablen, aber auch Einstellungsvariablen, wie Institutionenvertrauen und politische Präferenzen. Zusätzlich zu diesem Kernmodul werden bei jeder Erhebung auch zwei Zusatzmodule erhoben. Diese werden jeweils von Forscher:innenteams entwickelt, die sich auf einen offenen Call beworben haben. Den Forschenden steht dabei frei, ob sie sich für neue Module oder wiederkehrende, also in der Vergangenheit bereits erhobene, Module bewerben.¹⁶ Im ESS10-Datensatz¹⁷ aus den Jahren 2020-2022 wurde das Zusatzmodul „*Verständnis und Bewertung der Demokratie*“¹⁸ erhoben. Dieses Modul erlaubt es, der Frage nach dem Demokratieverständnis der Befragten und den wahrgenommenen Demokratiedefiziten nachzugehen. Das Modul wurde bereits im ESS6 im Jahr 2012 erhoben, allerdings hat, wie oben angesprochen, Österreich in diesem Jahr nicht an der Erhebung teilgenommen, wodurch keine zeitliche Entwicklung abbildbar ist. Die Relevanz, das Demokratiemodul neuerlich zu integrieren, argumentiert das Forscher:innenteam um Mónica Ferrín aus zweierlei Perspektiven. Einerseits aufgrund politischer Entwicklungen in Europa, wie dem Zunehmen rechtspopulistischer Bewegungen und Regierungsbeteiligungen, verstärktem EU-Skeptizismus in der Bevölkerung oder dem Ruf nach mehr direktdemokratischen Elementen (Ferrín 2018, S. 3). Andererseits argumentieren sie von einem methodologischen Standpunkt die Notwendigkeit der Entwicklung eines Indikatorsets, das eine zuverlässige Messung der Einstellungen der Bürger:innen gegenüber Demokratie erlaubt und gegebenenfalls eine Alternative zu dem bislang verwendeten SWD-Indikator (*siehe Kapitel 3.2*) ermöglicht (ebd., S. 4).

¹⁵ <https://www.europeansocialsurvey.org/about/participating-countries>

¹⁶ <https://europeansocialsurvey.org/methodology/ess-methodology/source-questionnaire>

¹⁷ <https://ess.sikt.no/en/?tab=overview>

¹⁸ <https://europeansocialsurvey.org/about/national-pages/austria/german>

Die Entscheidung, statt einer Primärerhebung eine Sekundärdatenanalyse durchzuführen, ergibt sich aufgrund des Erfordernisses einer hohen Fallzahl für die multivariaten Analysen, um dadurch eine Repräsentativität zu erreichen, die Rückschlüsse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit der österreichischen Wahlbevölkerung erlaubt. Diese ist beim ESS10-Datensatz für Österreich mit einer Fallzahl von $n = 2003$ gegeben. Zusätzlich eignen sich die abgefragten Konzepte des ESS10 Datensatzes für die Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit.

Die Grundgesamtheit des ESS10 stellen sämtliche Personen dar, die mindestens 15 Jahre alt sind und in einem privaten Haushalt leben, ungeachtet ihrer Nationalität und Staatsbürgerschaft.¹⁹ Die Stichprobenziehung erfolgte im Rahmen eines zweistufigen Stichprobendesigns, wobei in Österreich zunächst aus 124 Strata Adressen ausgewählt und in einem zweiten Schritt von diesen Adressen jeweils die Person ausgewählt wurde, deren Geburtstag am nächsten ist.²⁰ Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde bei der Erhebung erstmals in 9 Ländern, darunter Österreich, abweichend zum bis zu diesem Zeitpunkt üblichen face-to-face-Interview, ein Fragebogen versendet, der von den Respondent:innen selbst auszufüllen war (Internet und/oder Papier).²¹ Die Rücklaufquote lag bei 33,7% (ebd.). Die österreichischen Daten wurden im Zeitraum vom 20.09.2021 bis 29.11.2021 durch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) erhoben (Grand & Sailer 2023, S. 8).

5.2. Analytical Sample

Als Analytical Sample werden jene Befragte ausgewählt, die über ein aktives Wahlrecht in Österreich verfügen, also am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind und über eine österreichische Staatsbürgerschaft verfügen.²² Dementsprechend werden jene Respondent:innen, die unter 16 Jahre alt sind und/ oder keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, von den Analysen ausgeschlossen. Ebenso werden jene Personen aus dem Sample entfernt, die bei einer der beiden Fragen (Staatsbürgerschaft/ Alter) keine Angabe gemacht haben. Das Sample reduziert sich dadurch von ursprünglich $n = 2003$ auf $n = 1731$ Fälle.

5.3. Gewichtung der Daten

Für die deskriptiven Analysen dieser Arbeit wird das Poststratifizierungsgewicht „analysis weight“ (*anweight*) verwendet, welches entwickelt wurde, um die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten und non-response-Fehler zu korrigieren. Dieses Gewicht wird für Analysen empfohlen, die sich mit einem einzelnen Land beschäftigen, was in dieser Arbeit der Fall ist. Auf Grundlage länderspezifischer Daten, basierend auf Geschlechter, Alter, Bildung und geografischer Region werden dabei die Daten so gewichtet, dass die Repräsentativität der Stichprobe gegenüber

¹⁹ <https://ess.sikt.no/en/study/172ac431-2a06-41df-9dab-c1fd8f3877e7/432>

²⁰ <https://ess.sikt.no/en/study/172ac431-2a06-41df-9dab-c1fd8f3877e7>

²¹ <https://ess.sikt.no/en/study/172ac431-2a06-41df-9dab-c1fd8f3877e7>

²² https://www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/1/Seite.320210.html

der Grundgesamtheit verbessert wird (Kaminska 2020). Durch Gewichtung der Daten reduziert sich die Fallzahl von $n = 2003$ auf $n = 765$. Beim Analytical Sample liegt diese ungewichtet bei $n = 1731$ und nach Gewichtung bei $n = 650$. Im Folgenden wird nur bei den deskriptiven Analysen die Gewichtung angewandt, die multivariaten Analysen werden mit ungewichteten Daten durchgeführt.

5.4. Auswertungsmethode

5.4.1. Lineare Regression

Die multiple Regressionsanalyse ist ein statistisches Verfahren zur Schätzung des Einflusses mehrerer unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable. Im Gegensatz zur einfachen Regression, die nur eine unabhängige Variable berücksichtigt, erlaubt die multiple Regression den Einfluss einzelner Merkmale unter Kontrolle der anderen Variablen im Modell zu schätzen (Wolf & Best 2010, S. 607). Dafür wird für jede unabhängige Variable ein Regressionskoeffizient geschätzt, der die Stärke des Einflusses auf die abhängige Variable darstellt, unter Konstanthaltung der übrigen unabhängigen Variablen im Modell (Urban & Mayerl 2018, S. 75). Bei der Spezifikation des Regressionsmodells werden aufgrund theoretischer Überlegungen jene unabhängigen Variablen („Prädiktoren“) dem Modell hinzugefügt, die gemäß den zuvor aufgestellten Hypothesen, erwartungsgemäß einen Effekt auf die abhängige Variable haben (ebd., S. 9). Ebenso ist die Aufnahme von Kontrollvariablen als unabhängige Variablen möglich, um die interessierenden Zusammenhänge unter Konstanthaltung dieser Variablen im Modell zu prüfen. Im Falle einer metrisch skalierten abhängigen Variable, wie es im Rahmen dieser Arbeit der Fall ist, lautet die Formel für die multiple lineare Regression:

$$Y = \beta_0 + \beta_1 X_1 + \beta_2 X_2 + \dots + \beta_n X_n + \varepsilon$$

Wobei:

Y	Abhängige Variable,
β_0	Achsenabschnitt (Intercept),
$\beta_1, \dots, \beta_n$	Regressionskoeffizienten,
$X_1, \dots, X_n$	Unabhängige Variablen/ Kontrollvariablen,
ε	Fehlerterm (Residuum)

Der Achsenabschnitt gibt den Wert der abhängigen Variable Y an, wenn alle unabhängigen Variablen im Modell den Wert 0 haben. Die Regressionskoeffizienten zeigen, um wie viele Einheiten und in welche Richtung die jeweiligen Prädiktoren die abhängige Variable beeinflussen. Schließlich wird dem Modell ein Fehlerterm hinzugefügt, da es sich um ein stochastisches und kein deterministisches Modell handelt, die Schätzung also von den real beobachteten Werten abweicht. Die Modellschätzung ist umso besser, je kleiner die Residuen sind, was bedeutet, dass die Differenz zwischen den beobachteten und vorhergesagten Werten minimiert wird. Dies wird mithilfe des Kleinst-Quadrate-Kriteriums (engl.: Ordinary Least Squares (OLS)) berechnet. Dabei werden jene Parameter gesucht, „für die die Summe der quadrierten Residuen minimal wird und damit die

Regressionsgerade eine optimale Anpassung an die Beobachtungswerte erhält“ (Backhaus et al. 2016, S. 77):

$$\min \sum_{i=1}^n e_i^2 = \sum_{i=1}^n (Y_i - (\beta_0 + \beta_1 X_i))^2$$

Dummycodierung

Wie bereits besprochen, liegt bei den in dieser Arbeit durchgeführten Regressionsmodellen für die abhängigen Variablen jeweils ein metrisches Skalenniveau vor, was die Durchführung einer linearen Regression erlaubt. Die unabhängigen Variablen sollten ebenfalls ein metrisches Skalenniveau aufweisen oder aber binär codiert sein. Dies ist erforderlich, da die Abstände zwischen den Einheiten der unabhängigen Variablen gleich groß sein müssen. Dies ist bspw. bei nominalskalierten Variablen, wie Bildungsabschlüssen oder der Parteipräferenz, nicht der Fall, da die Kategorien solcher Variablen keine natürliche Reihenfolge besitzen. Um nominalskalierte Variablen dennoch in das Modell aufnehmen zu können, werden diese einer Dummycodierung unterzogen. Dabei werden Variablen mit mehreren Ausprägungen in binäre (Dummy-)Variablen umgewandelt, die für jede Kategorie einen Wert von 1 annehmen, wenn diese Kategorie zutrifft und einen Wert von 0, wenn sie nicht zutrifft. Auf diese Weise wird jede Kategorie als separate binäre Variable transformiert, sodass diese im Modell wie metrische Variablen behandelt werden können. Die mit 0 kodierte Kategorie wird als Referenzkategorie bezeichnet (Wolf & Best 2010, S. 611). Diese Referenzkategorie dient als Basis, mit der die anderen Kategorien verglichen werden und erlaubt Aussagen darüber, wie sich eine Gruppe im Vergleich zur Referenzgruppe hinsichtlich des Wertes der abhängigen Variable verändert.

Modellannahmen

Um gültige und unverzerrte Ergebnisse zu erhalten, müssen grundlegende Modellannahmen erfüllt sein. Dazu gehört zunächst die korrekte Modellspezifizierung. Diese ist gegeben, wenn ein linearer Zusammenhang zwischen den Parametern β_0 und β_i vorliegt, das Modell alle relevanten Prädiktoren umfasst und die Zahl der vorliegenden Beobachtungen, die der zu schätzenden Parameter übersteigt (ebd., S. 98). Darüber hinaus soll der Erwartungswert der Störgrößen gleich 0 sein (ebd.), was bedeutet, dass sich die Residuen im Mittel aufheben. Zudem wird Homoskedastizität vorausgesetzt, die Fehlerterme sollten also eine konstante Varianz aufweisen und idealerweise normalverteilt sein (ebd.). Des Weiteren dürfen die Prädiktoren keine perfekte Multikollinearität aufweisen, also nicht stark miteinander korrelieren und auch keine Korrelation mit den Störgrößen aufweisen (ebd.). Sind diese Annahmen erfüllt, spricht man von „Best Linear Unbiased Estimators“ (BLUE), da diese unverzerrte, d.h. erwartungstreue und effiziente Schätzungen liefern (ebd.).

Bewertung der Modellgüte

1) Bestimmtheitsmaß (Korrigiertes) R^2

Zur Beurteilung der globalen Güte der Regressionsfunktion wird häufig das Bestimmtheitsmaß R^2 herangezogen (ebd., S. 82). Dieses stellt das Verhältnis der erklärten Streuung zur Gesamtstreuung dar und ist daher ein normiertes Maß mit einem Wertebereich zwischen Null und Eins (ebd., S. 84). Je höher das R^2 , desto höher ist der Anteil der durch das Modell erklärten Varianz. Allerdings berücksichtigt das Bestimmtheitsmaß R^2 nicht die Anzahl der Parameter im Modell. Da die erklärte Varianz mit jedem hinzugefügten Parameter steigt, kann dies zu einer Verzerrung führen, bei der ein Modell mit mehr Parametern ein besseres R^2 aufweist, ohne dass die hinzugefügten Parameter einen signifikanten Erklärungsbeitrag leisten. Daher wird im Folgenden das korrigierte R^2 verwendet, um die Modellgüte zu bewerten. Bei diesem wird ein Strafterm in die Formel eingeführt, der mit zunehmender Zahl der Prädiktoren steigt. Die Formel für das korrigierte R^2 lautet:

$$R_{\text{kor}}^2 = R^2 - \frac{J(1 - R^2)}{K - J - 1}$$

Wobei:

R^2	erklärte Streuung / Gesamtstreuung
K	Zahl der Beobachtungswerte
J	Zahl der Prädiktoren
$K - J - 1$	Zahl der Freiheitsgrade des Modells

2) p-Werte der Regressionskoeffizienten

Im Gegensatz zum korrigierten R^2 , das die globale Modellgüte bewertet, zeigen die p-Werte der einzelnen Regressionskoeffizienten, ob diese einen statistisch signifikanten Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variable leisten. Die Nullhypothese lautet, dass der beobachtete Einfluss, den ein Prädiktor auf die abhängige Variable hat, zufällig entstanden ist und der wahre Effekt in der Grundgesamtheit 0 beträgt. (Backhaus et al. 2016, S. 90). Für diese Arbeit wird ein Signifikanzniveau von $\alpha = 0,05$ festgelegt. Ergibt der t-Test einen p-Wert $\geq 0,05$, so kann die Nullhypothese nicht abgelehnt werden. Ist der p-Wert hingegen kleiner, so wird die Nullhypothese abgelehnt und die Alternativhypothese, dass der Effekt des Prädiktors einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat, angenommen. Die Irrtumswahrscheinlichkeit für einen Fehler 1. Art, also dass die Nullhypothese fälschlicherweise abgelehnt wird, liegt somit bei 5%.

3) Variance Inflation Factor

Der Variance Inflation Factor (VIF) ist ein Maß zur Prüfung auf Multikollinearität, also lineare Abhängigkeit zwischen den unabhängigen Variablen des Regressionsmodells (Backhaus et al. 2016, S.

237). Dafür wird für jede unabhängige Variable eine sogenannte Hilfsregression geschätzt, bei der diese als abhängige Variable durch die übrigen Prädiktoren erklärt wird (ebd.). Das dabei entstehende Bestimmtheitsmaß R^2_j wird für die Berechnung des jeweiligen VIF-Wertes herangezogen:

$$VIF_j = \frac{1}{1 - R^2_j}$$

Wobei:

R^2_j „Bestimmtheitsmaß der Hilfsregression für die jeweilige unabhängige Variablen“ (ebd.)

Der VIF-Wert gibt an, wie stark die entsprechende Variable mit den übrigen Prädiktoren korreliert (ebd.). Je höher der VIF, desto größer ist die Unsicherheit der Schätzung. Ab einem $VIF \geq 5$ ist von erhöhter Multikollinearität auszugehen und bei einem $VIF \geq 10$ spricht man von kritischer Multikollinearität (Urban & Mayerl 2018, S. 238).

4) Konfidenzintervalle der Regressionskoeffizienten

Die Frage, welchen Wert die wahren Regressionskoeffizienten in der Grundgesamtheit haben, lässt sich mit der Bildung der Konfidenzintervalle für die Regressionskoeffizienten beantworten (ebd., S. 96). Hierfür wird ein Konfidenzintervall von 0,95 gewählt. Enthält das Konfidenzintervall der Regressionskoeffizienten nicht die 0, so kann mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $\alpha = 0,05$ davon ausgegangen werden, dass der Prädiktor einen signifikanten Einfluss hat. Dieses Verfahren ermöglicht, zusätzlich zur Prüfung der statistischen Signifikanz, Aussagen darüber zu treffen, wie groß der Effekt eines Prädiktors in der Grundgesamtheit sein könnte. Ein kleines Konfidenzintervall deutet dabei auf eine verlässlichere Schätzung und somit auch eine höhere Schätzpräzision des zugehörigen Regressionskoeffizienten hin.

5) Sequenzielle Regressionsanalyse

Im Rahmen dieser Arbeit werden sequenzielle Regressionsanalysen durchgeführt. Dabei werden die unabhängigen Variablen nicht gleichzeitig in das Regressionsmodell aufgenommen, sondern schrittweise (Urban & Mayerl 2018, S. 349). Zu Beginn wird eine erste Regressionsschätzung mit einer oder wenigen unabhängigen Variablen berechnet. Auf Basis dessen werden dann kumulativ weitere Variablen hinzugefügt, wobei jeweils neue Regressionsschätzungen durchgeführt werden (ebd.). Die Reihenfolge, in der die Variablen hinzugenommen werden, wird vorab auf Grundlage theoretischer Überlegungen festgelegt (ebd.). Der Vorteil dieses sequenziellen Vorgehens besteht darin, dass die Schätzung der Effekte einzelner Variablen im Hinblick auf andere Variablen, die ebenfalls im Modell berücksichtigt werden, kontrolliert werden kann (ebd., S. 350). Ein stabiler Effekt einer Variable über alle Stufen hinweg deutet auf eine hohe Robustheit des Effekts hin, während eine Variation des

Effekts durch die Aufnahme zusätzlicher Variablen darauf hindeutet, dass es sich um einen weniger stabilen Effekt handelt (ebd.). Es gibt mehrere Möglichkeiten die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher die unabhängigen Variablen hinzugefügt werden. In der Regel wird die Reihenfolge so gewählt, dass die Variablen in abnehmender theoretischer Bedeutsamkeit hinzugefügt werden; zu Beginn also jene Variablen aufgenommen werden, für die Hypothesen formuliert wurden und erst im späteren Verlauf die Kontrollvariablen hinzukommen (ebd.).

5.4.2. Faktorenanalyse

Wie in den vergangenen Kapiteln dargelegt, weichen die Konzeptualisierungen von Demokratie aus Sicht der Bevölkerung häufig von den theoretischen Modellen ab (Heyne 2019; Osterberg-Kaufmann 2023; Wegscheider et al. 2023). In dieser Arbeit wird untersucht, in welchen Bereichen der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung Abweichungen vom Ideal wahrgenommen werden. Zu diesem Zweck werden die Bewertungen der einzelnen Teilbereiche von den Aspirationen subtrahiert, um so die Defizitwahrnehmung zu berechnen. Wie besprochen, stellen die Aspirationen der Befragten gegenüber einer Demokratie etwas Dauerhafteres dar als die Bewertungen, die tendenziell anlassbezogen und somit fluktuierender sind (Easton 1975). Daher wird zunächst untersucht, welche Demokratiemodelle sich aufgrund der Variablen zu den Demokratieaspirationen ergeben. Diese Modelle dienen anschließend als Grundlage für die Analyse der berechneten Demokratiedefizite, um somit den Wahrnehmungen der Bevölkerung gerecht zu werden. Es wird daher eine explorative Faktorenanalyse durchgeführt, um zu untersuchen, wie sich österreichische Befragte eine ideale Demokratie vorstellen und wie sich diese Vorstellungen von den in den Wissenschaften gängigen Einteilungen unterscheiden.

Explorative Faktorenanalysen dienen der Datenstrukturierung, indem sie jene Variablen identifizieren, die stark miteinander korrelieren und sie von anderen Variablenbündeln trennen (Backhaus 2018, S. 366). Durch diese Strukturierung kann die Datenkomplexität reduziert werden, indem sogenannte Faktoren extrahiert werden (ebd.). Diese Faktoren messen latente, nicht direkt beobachtbare Konstrukte, die infolge anstelle der Originalvariablen für weitere Berechnungen verwendet werden. Somit wird aus einer Reihe von beobachteten, manifesten Variablen auf ein latentes, nicht direkt messbares Konstrukt geschlossen (Wolff & Bacher 2010, S. 334).

Der ESS10 beinhaltet 12 Fragen, in denen die Wichtigkeit verschiedener demokratischer Teilbereiche abgefragt werden. Die Respondent:innen können auf einer 11-stufigen Skala, die von 0 – 10 reicht, angeben, für wie wichtig sie den entsprechenden Teilbereich erachten. Höhere Werte stehen entsprechend für eine höhere beigemessene Wichtigkeit. In Tabelle 2 werden die zwölf Fragen des entsprechenden Moduls, sowie die Einteilungen zu den verschiedenen Demokratiemodellen seitens der Forschenden, die dieses Modul entwickelten, dargestellt. Dabei wird den Befragten jeweils die

Frage gestellt „Bitte geben Sie an, wie wichtig es Ihrer Meinung nach für die Demokratie im Allgemeinen ist...“.

Tabelle 2: Demokratiemodelle nach Ferrín et al. (2023)

Liberales Demokratiemodell	
Wettbewerb	... dass Wahlen zum nationalen Parlament frei und fair sind?
	... dass sich die verschiedenen politischen Parteien inhaltlich klar voneinander unterscheiden?
Pressefreiheit	... dass die Medien die Regierung frei kritisieren können?
Repräsentation	... dass die Rechte von Minderheiten geschützt werden?
Rechtsstaatlichkeit	... dass die Gerichte alle Menschen gleich behandeln?
vertikale Rechenschaftspflicht	... dass Regierungsparteien bei Wahlen abgestraft werden, wenn sie schlechte Arbeit geleistet haben?
Soziales Demokratiemodell	
Gleichheit	... dass die Regierung alle Bürgerinnen und Bürger vor Armut schützt?
	... dass die Regierung Maßnahmen setzt, um Einkommensunterschiede zu reduzieren?
Direktes Demokratiemodell	
Partizipation	... dass die Bürgerinnen und Bürger bei den wichtigsten politischen Entscheidungen durch direkte Volksabstimmung das letzte Wort haben?
Populistisches Modell	
Anti-Elitismus	... dass die Ansichten der einfachen Menschen Vorrang vor den Ansichten der politischen Eliten haben?
Unbeschränkte Volkssouveränität	... dass sich der Wille des Volkes immer durchsetzt?
Mehr-Ebenen-Modell	
Mehrebenen Demokratie	... dass die wesentlichen Entscheidungen von den nationalen Regierungen getroffen werden und nicht von der Europäischen Union?

Quelle: Ferrín et al. 2023, S. 5

Grundlegende Voraussetzung für eine Faktorenanalyse ist, dass ein Zusammenhang zwischen den ausgewählten Items besteht, diese also miteinander korrelieren (Backhaus 2018, S. 372). Um dies zu überprüfen, wird zunächst eine Pearson-Korrelationsanalyse durchgeführt (siehe Abbildung 30 auf Seite 127). Es zeigt sich, dass von den 66 Itempaaren der zwölf Ausgangsvariablen fast alle Korrelationen hochsignifikant ($p < 0,01$) sind und deutlich von 0 abweichen. Lediglich bei drei Itempaaren kann keine signifikante Korrelation beobachtet werden. Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass die beobachteten Korrelationen nur durch Zufall in der Stichprobe entstanden sind, wenn Zusammenhänge zwischen diesen Items nicht auch in der Grundgesamtheit bestehen würden (Fromm 2012, S. 63). Die Korrelationsmatrix wird weiters einem Bartlett-Test unterzogen, der die Hypothese prüft, dass alle Korrelationskoeffizienten in der Grundgesamtheit gleich 0 (Fromm 2012, S. 64), also die Variablen in der Grundgesamtheit unkorreliert sind (Backhaus 2018, S. 376). Das Ergebnis des Bartlett-Tests ist signifikant ($\chi^2(66) = 4886,49$, $p < 0,05$). Die Alternativhypothese, „dass in der Grundgesamtheit zumindest zwischen einigen Variablen Korrelationen bestehen“ (Fromm 2012, S. 64) kann somit angenommen werden. Anschließend wird ein Kaiser-Meyer-Olkin-Test (KMO-Test) durchgeführt, der prüft, ob der Anteil der gemeinsamen Varianz der Items für eine Faktorenanalyse ausreichend groß ist. Dabei werden die partiellen Korrelationen zwischen allen Itempaaren berechnet, wobei der Einfluss der anderen Items herausgerechnet wird (ebd.). Das durch den KMO-Test berechnete measure of sampling adequacy (MSA) kann Werte zwischen 0 und 1

annehmen, wobei laut Kaiser und Rice (1974, S. 111ff., zit. nach Backhaus 2018, S. 378) ein Wert von $\geq 0,8$ als wünschenswert betrachtet wird. Der KMO-Test ergibt insgesamt einen MSA-Wert von 0,79. Dies spricht für eine Eignung der Korrelationsmatrix für eine Faktorenanalyse (Wolff & Bacher 2010, S. 354).

Es gibt verschiedene Methoden, um zu bestimmen, wie viele Faktoren bei einer Faktorenanalyse extrahiert werden sollen. Theoretisch können so viele Faktoren extrahiert werden, wie Variablen vorliegen (Backhaus 2018, S. 412). Um jedoch Strukturen zu entdecken und die Datenkomplexität zu reduzieren, ist es das Ziel weniger Faktoren zu extrahieren. Gemäß dem Kaiser-Kriterium sollen jene Faktoren extrahiert werden, die einen Eigenwert > 1 aufweisen, also so viel Varianz erklären wie eine einzelne Variable. Für die vorliegenden Daten wären dies zwei Faktoren. Eine andere Möglichkeit, die zu extrahierende Faktorenzahl zu bestimmen, ist die Betrachtung des Scree-Plots, der die Eigenwerte der Faktoren in einem Diagramm plottet. Hierbei sucht man nach einem Knick im Diagramm, ab dem die Eigenwerte nicht mehr bedeutend abnehmen. Im Diagramm (siehe Abbildung 31 auf S. 127) lassen sich zwei solcher Punkte ausmachen: Einmal nach 2 und einmal nach 4 Faktoren. Eine weitere Methode stellt die Parallelanalyse dar, wobei die vorliegenden Daten mit zufällig generierten Daten verglichen werden. Gemäß dieser Herangehensweise sollten bei den vorliegenden Daten vier Faktoren extrahiert werden. Aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisse werden Lösungen für zwei, drei und vier Faktoren untersucht, jeweils unrotiert, sowie orthogonal und schiefwinkelig rotiert.

Da die gemeinsame Variation der Items erklärt werden soll, also zugrundeliegende latente Faktoren identifiziert werden sollen, wird eine Hauptachsenanalyse durchgeführt. Im Gegensatz zur Hauptkomponentenanalyse soll dabei nicht die gesamte Varianz erklärt werden, sondern stattdessen nur die gemeinsame Varianz, die durch die latenten Faktoren bedingt ist. Die Hauptachsenanalyse mit vier extrahierten Faktoren erklärt insgesamt 44,8% der Varianz. Nach orthogonaler Rotation lädt kein Item eindeutig stark auf den vierten extrahierten Faktor. Nach Durchführung einer schiefwinkligen Rotation verbessert sich dies, allerdings ist dieser Faktor, auf den nun zwei Items hoch laden, inhaltlich kaum interpretierbar (siehe Abbildung 32 auf S. 128). Bei den anderen drei Faktoren lassen sich jedoch bereits die dahinterliegenden latenten Konstrukte vermuten. Auch die Zwei-Faktor-Lösungen wird verworfen, da einzelne Items auch nach Rotation auf beide Faktoren hoch laden (siehe Abbildung 33 auf S. 128). Daher wird die Hauptachsenanalyse mit drei Faktoren gewählt.

Zwei Items müssen aus der Analyse ausgeschlossen werden, da sie, trotz Rotation, niedrige Faktorladungen auf alle drei extrahierten Faktoren aufweisen. Diese Items sind der Wunsch, dass sich verschiedene politische Parteien inhaltlich klar voneinander unterscheiden, sowie der Wunsch, dass Regierungsparteien bei Wahlen abgestraft werden, wenn sie schlechte Arbeit geleistet haben. Beide Elemente sind gemäß theoretischen Einteilungen der liberalen Demokratie zuzuordnen. Mit den

verbleibenden zehn Aspirationsvariablen wird neuerlich eine dreifaktorielle Hauptachsenanalyse durchgeführt. Der erklärte Varianzanteil liegt bei dieser Lösung bei 46,6%. Weiters wird nun überprüft, ob eine orthogonale oder schiefwinkelige Rotation die Einfachstruktur der Faktorladungen verbessert. Bei einer Einfachstruktur laden die Variablen auf einen Faktor hoch, auf alle anderen möglichst nahe null. Dies ermöglicht eine inhaltliche Interpretation der Faktoren. Beide angewandten Rotationsverfahren liefern ähnliche Ergebnisse. Die Phi-Koeffizienten der Korrelationsmatrix der schiefwinkligen Oblimin-Rotation liegen bei Faktor 1 und Faktor 2 bei 0,20, bei Faktor 2 und Faktor 3 bei 0,29, bei Faktor 3 und Faktor 1 bei 0,34. Dies deutet zwar auf eine Korrelation der Faktoren untereinander hin, da sich aber die Einfachstruktur durch schiefwinkelige Rotation im Vergleich zur orthogonalen Rotation nicht verbessert und die Korrelationen der Faktoren nur in einem Fall knapp über dem Grenzwert von 0,32 liegt, ab dem eine schiefwinkelige Rotation empfohlen wird (Tabachnik & Fidell 2007, S. 646), wird die orthogonale Varimax-Rotation gewählt, die eine leichtere Interpretierbarkeit der Faktorladungen ermöglicht. Bei dieser Lösung haben sämtliche Items Faktorladungen von $> 0,5$. Lediglich ein Item weist eine Kreuzladung von 0,32 auf („Ansichten der einfachen Leute haben Vorrang vor den Ansichten der politischen Elite“). Jedoch hat dieses Item eine starke Primärladung von 0,58. Die Faktorladungen können Abbildung 34 (S. 129) entnommen werden.

Um die interne Konsistenz der neuen Lösung zu ermitteln, wird eine Reliabilitätsanalyse durchgeführt. Hierbei zeigt sich bei allen drei Faktoren ein Raw Alpha von $> 0,7$. Durch Entfernung einzelner Items können die Alpha-Werte nicht verbessert werden, was auf eine gute interne Konsistenz schließen lässt. Die drei Faktoren spiegeln folgende inhaltlichen Konstrukte wider: Liberale Demokratie, Soziale Demokratie und Populistisches Modell. Im Vergleich zu der Typologie von Ferrín et al. (2023) zeigt sich, dass die liberale Demokratie aus Sicht der Bevölkerung um zwei Items reduziert werden musste, ansonsten aber der ursprünglichen Einteilung entspricht. Die soziale Demokratie aus Sicht der Bevölkerung spiegelt die theoretische Konzeptualisierung wider. Bei dem Faktor, der als „Populistisches Modell“ benannt wurde, zeigt sich, dass aus Sicht der Bevölkerung keine Differenzierung zwischen direktdemokratischen Elementen, dem populistischen Modell und dem Mehr-Ebenen-Modell gemacht wird. Die finale Faktorenlösung sowie deren inhaltliche Interpretation ist nachfolgender Tabelle 3 zu entnehmen.

Tabelle 3: Ergebnisse der Faktorenanalyse

Items	Inhaltliche Interpretation der extrahierten Faktoren
... dass Wahlen zum nationalen Parlament frei und fair sind?	Liberale Demokratie
... dass die Medien die Regierung frei kritisieren können?	
... dass die Rechte von Minderheiten geschützt werden?	
... dass die Gerichte alle Menschen gleich behandeln?	
... dass die Regierung alle Bürgerinnen und Bürger vor Armut schützt?	Soziale Demokratie
... dass die Regierung Maßnahmen setzt, um Einkommensunterschiede zu reduzieren?	
... dass die Bürgerinnen und Bürger bei den wichtigsten politischen Entscheidungen durch direkte Volksabstimmung das letzte Wort haben?	Populistisches Modell
... dass die Ansichten der einfachen Menschen Vorrang vor den Ansichten der politischen Eliten haben?	
... dass sich der Wille des Volkes immer durchsetzt?	
... dass die wesentlichen Entscheidungen von den nationalen Regierungen getroffen werden und nicht von der Europäischen Union?	
... dass sich die verschiedenen politischen Parteien inhaltlich klar voneinander unterscheiden?	aus Faktorenanalyse entfernt
... dass Regierungsparteien bei Wahlen abgestraft werden, wenn sie schlechte Arbeit geleistet haben?	

5.5. Verwendete Variablen

Im Folgenden werden die für die Analyse zentralen Variablen vorgestellt. Für jede Variable werden die exakte Frageformulierung laut Fragebogen, die gewichtete Verteilung sowie, sofern zutreffend, die vorgenommene Rekodierung dokumentiert. Zunächst werden die abhängigen Variablen der Regressionsmodelle erläutert, anschließend folgen die unabhängigen Variablen sowie die verwendeten Kontrollvariablen.

5.5.1. Abhängige Variablen

Analyseteil 1: Repräsentationswahrnehmung

Um die Repräsentationswahrnehmung der Befragten untersuchen zu können, wird ein Mittelwertindex aus zwei Variablen gebildet. Die entsprechenden Fragen lauten: „In welchem Maße gibt das politische System in Österreich Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?“ und „Was meinen Sie: In welchem Maße gibt das politische System in Österreich Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen?“. Die Befragten können auf einer Skala von 1 – „Überhaupt nicht“ bis 5 – „Sehr stark“ ihre Zustimmung zu diesen Items angeben. Diese Variablenauswahl entspricht den Arbeiten Schäfer & Zürns (2021, S. 125f.), die ebenfalls diese beiden Variablen für ihre Untersuchung zur Offenheit politischer Systeme heranzogen. Auch die jährlich durchgeführte Leipziger Autoritarismus Studie verwendet seit 2006 zwei sehr ähnliche Items, um die politische Repräsentationswahrnehmung beziehungsweise politische Deprivation der Befragten zu

messen (Decker et al. 2022, S. 65f.).²³ Die Wahl dieser beiden Items aus dem ESS10-Datensatz erscheint somit inhaltlich geeignet, um die Repräsentationswahrnehmung der Befragten abzubilden. Zur Überprüfung, ob auch ein statistischer Zusammenhang zwischen diesem Itempaar besteht, wird das Cronbachs Alpha berechnet. Dies ergibt einen Wert von $\alpha = 0,78$. Der Korrelationskoeffizient der beiden Variablen beträgt 0,64. Dies spricht dafür, dass sich die Items gut für eine Skalenbildung eignen. Daher wird der Mittelwertindex für die Repräsentationswahrnehmung gebildet.

In Abbildung 5 (siehe auch Tabelle 38 auf S. 130) ist die Verteilung der neu gebildeten Variable zur Repräsentationswahrnehmung dargestellt. Da es sich um einen Mittelwertindex zweier Variablen handelt, kann die Variable nicht nur ganze Zahlen, sondern auch Zwischenwerte in 0,5er-Schritten annehmen. Diese rechtssteile Verteilung zeigt, dass der Anteil jener Personen, die sich (sehr) gut durch das politische System in Österreich repräsentiert fühlen, deutlich geringer ist als der Anteil der Personen, die sich (sehr) schlecht repräsentiert fühlen. Für die Regressionsanalyse wird diese Variable als metrische Variable verwendet. Für die grafische Darstellung der bivariaten Zusammenhänge wird eine Rekodierung der neu gebildeten Variable vorgenommen, wobei die Werte 1 und 1,5 als „(sehr) niedrige Repräsentationswahrnehmung“, die Werte 2 und 2,5 als „mittlere Repräsentationswahrnehmung“ und Werte ab 3 als „(sehr) hohe Repräsentationswahrnehmung“ definiert werden (siehe Tabelle 39 auf S. 130).

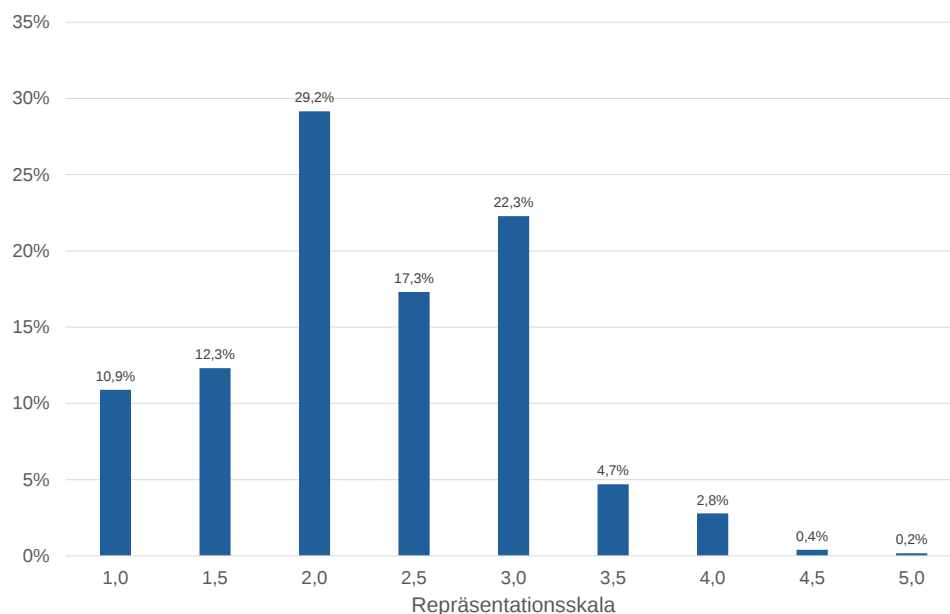


Abbildung 5: Verteilung der Repräsentationswahrnehmung auf einer Skala von 1 bis 5, Daten gewichtet (n = 649)

²³ Die konkreten Fragestellungen lauten: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ (Decker et al. 2022, S.66f.)

Analyseteil 2: Demokratieaspiration

Im zweiten Analyseteil bilden die abhängigen Variablen die Demokratievorstellungen der Befragten ab, die durch die Faktorenanalyse ermittelt wurden. Diese drei Variablen wurden ebenfalls als Mittelwertindizes konstruiert.²⁴ Um die grafische Darstellung der neuen Indexvariablen zu vereinfachen, wurden diese so gerundet, dass sie wieder die Ausprägungen der Ausgangsvariablen annehmen, also ganzzahlige Werte von 0 bis 10.²⁵

Die Variable *Aspiration Liberale Demokratie* weist eine deutlich linksschiefe Verteilung auf (siehe Abbildung 6). Nahezu die Hälfte der Befragten bewertet die vier abgefragten liberalen Aspekte als äußerst wichtig für die Demokratie und vergab durchgängig den höchsten Wert von 10. Die beiden anderen häufigen Werte 8 und 9, wurden von knapp einer von fünf Personen vergeben. Niedrigere Werte wurden nur selten vergeben, nur etwas mehr als 3% der Befragten erzielten Werte von 5 oder darunter. Dieser Verteilung kann entnommen werden, dass die Mehrheit der Befragten den liberalen Demokratieelementen eine große Wichtigkeit beimisst.

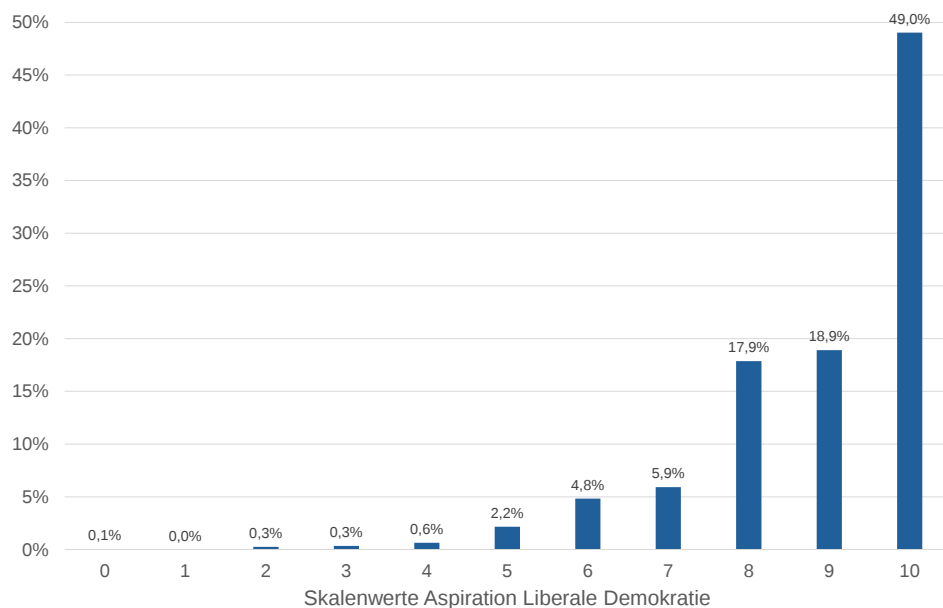


Abbildung 6: Verteilung der Variable ‚Aspiration Liberale Demokratie‘, Daten gewichtet (n = 634)

Die Verteilung der Variable *Aspiration Soziale Demokratie* (siehe Abbildung 7) zeigt ebenfalls eine linksschiefe Verteilung, wenn auch weniger stark ausgeprägt als bei der *Aspiration Liberale Demokratie*. Fast ein Drittel (31,8%) der Befragten hat bei beiden Ausgangsvariablen den höchsten Wert (10) vergeben. Gemeinsam mit den Werten 9 (10,6%) und 8 (27,0%) macht dies über 68% der gültigen Antworten aus. Werte im mittleren Bereich (4 - 7) wurden deutlich seltener vergeben, sie

²⁴ Welche Variablen jeweils zur Bildung der neuen Variablen herangezogen wurden, ist Tabelle 3 in Kapitel 5.4.2. Faktorenanalyse zu entnehmen.

²⁵ Gerundet wurde mit dem Befehl „round“ in R. Dabei wird der IEEE 754-Standard „Round to the nearest, ties to even“ verwendet. Wenn eine Zahl genau zwischen zwei möglichen gerundeten Werten liegt, wird sie auf die nächste **gerade** Zahl gerundet, d.h. 2,5 wird 2; 3,5 wird zu 4.

machen knapp 28% aus. Sehr niedrige Werte (0 - 3) wurden äußerst selten, von insgesamt ca. 3% der Befragten, vergeben. Diese Verteilung deutet auf eine hohe bis sehr hohe beigemessene Wichtigkeit sozialdemokratischer Prinzipien hin, wenn auch mit etwas mehr Streuung als bei der liberalen Demokratie.

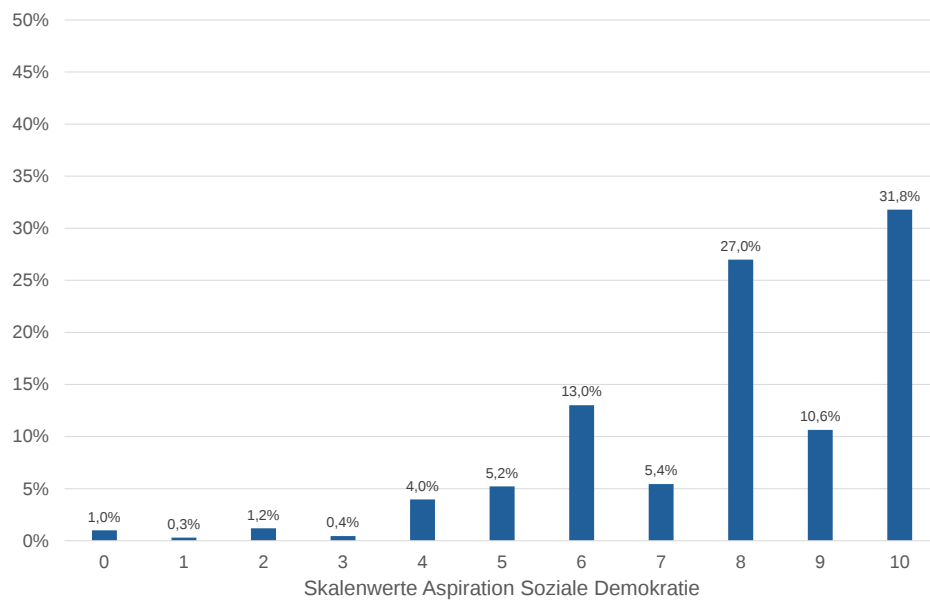


Abbildung 7: Verteilung der Variable ‚Aspiration Soziale Demokratie‘, Daten gewichtet (n = 643)

Die Variable *Aspiration Populistisches Modell* zeigt ebenfalls eine linksschiefe Verteilung, wie bei den anderen beiden Variablen, jedoch weniger stark ausgeprägt (siehe Abbildung 8). Der höchste Wert von 10 wurde mit 14% deutlich seltener erreicht als bei den anderen beiden Demokratiemodellen. Die stärkste Häufung zeigt sich bei den Werten 6 bis 8, die zusammen ca. 59% der Befragten ausmachen. Werte im unteren Bereich (0 - 3) wurden selten vergeben (insgesamt unter 3%). Von den drei Demokratiemodellen ist der mittlere Bereich beim Populistischen Modell am stärksten ausgeprägt, auf die Ausprägungen 4-6 entfallen hier ca. 30%. Auch diese Verteilung deutet auf eine hohe bis sehr hohe Zustimmung zum populistischen Modell hin.

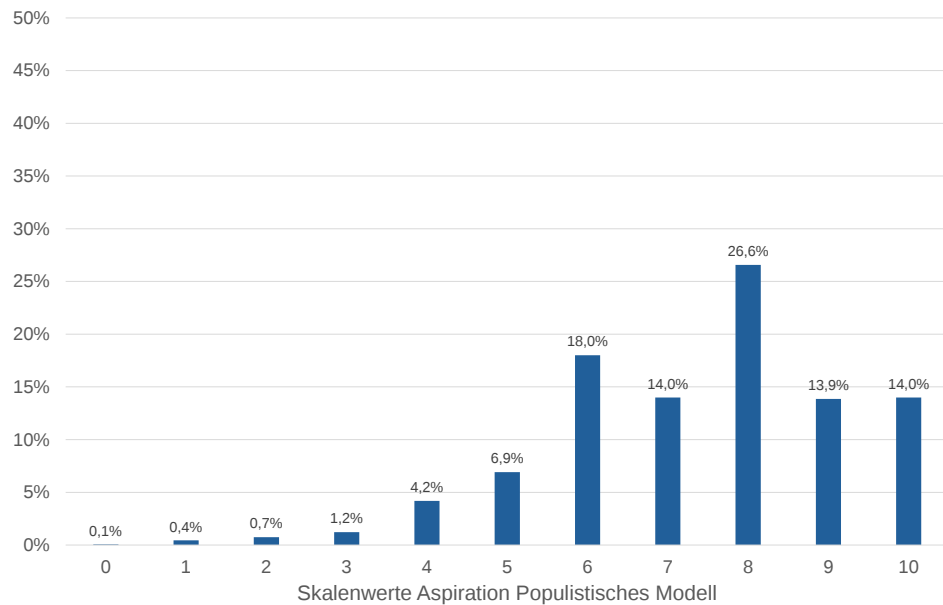


Abbildung 8: Verteilung der Variable „Aspiration Populistisches Modell“, Daten gewichtet (n = 619)

Analyseteil 3: Demokratiedefizite

(Gegenüberstellung: Demokratieaspiration vs. Demokratiebewertung)

Die Demokratiedefizite werden berechnet, indem von jeder Bewertungsvariable die entsprechende Aspirationsvariable subtrahiert wird:

$$\text{Defizitvariable}_i = \text{Bewertungsvariable}_i - \text{Aspirationsvariable}_i$$

$$\text{für } i = 1, \dots, 12$$

Die Ausgangsvariablen können jeweils ganzzahlige Werte von 0 bis 10 annehmen. Durch die Differenzenbildung liegt der mögliche Wertebereich der Defizitvariablen zwischen -10 und +10. Negative Werte bedeuten, dass die individuelle Bewertung der demokratischen Teilbereiche hinter den persönlichen Erwartungen zurückbleibt. Ein Wert von 0 bedeutet, dass die Befragten keine Abweichung zwischen Bewertung und Erwartung sehen. Positive Werte werden erzielt, wenn aus Sicht der Befragten demokratische Teilbereiche stärker ausgestaltet sind, als sie es sich wünschen würden. Um ein Verständnis dafür zu schaffen, wie sich die Defizite der einzelnen demokratischen Teilbereiche ergeben, sind in Abbildung 9 die Mittelwerte der 12 Bewertungs- und Aspirationsvariablen abgebildet, eingeteilt nach den Demokratiemodellen, die im Rahmen der Faktorenanalyse identifiziert wurden. Es zeigt sich, dass sich im Mittel bei allen modellrelevanten Fragen aus Sicht der Befragten ein Demokratiedefizit ergibt, also die Bürger:innen der Ansicht sind, dass die verschiedenen Bereiche in Österreich nicht in dem Ausmaß ausgestaltet sind, wie sie es sich wünschen würden.

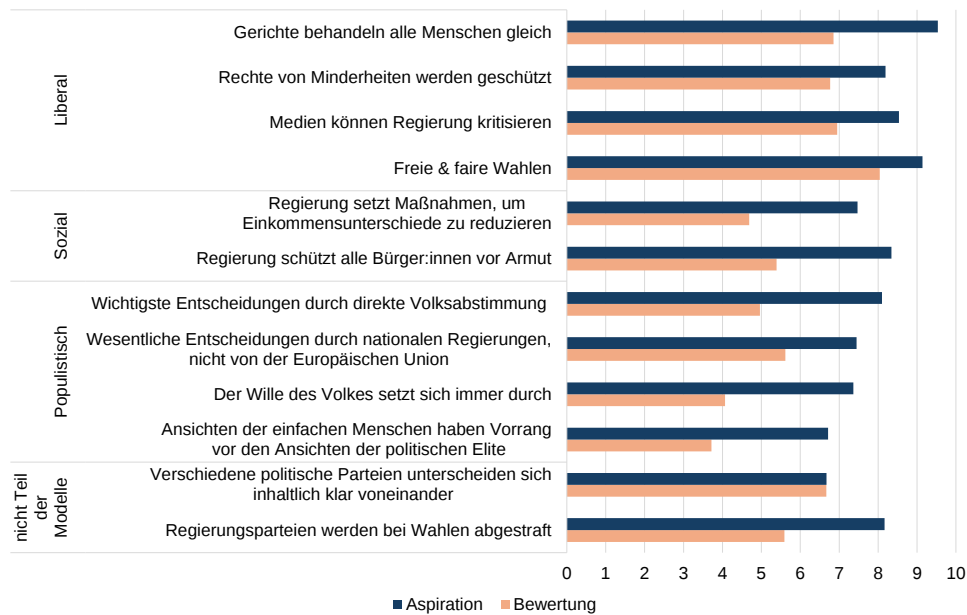


Abbildung 9: Arithmetisches Mittel der Aspirationen und Bewertungen der zwölf demokratischen Teilbereiche, eingeteilt in die jeweiligen Demokratiemodelle lt. Faktorenanalyse. Daten gewichtet. Nur Fälle, die in allen Variablen gültige Werte haben. $n = 577$

Die Variablen werden, gemäß der im Rahmen der Faktorenanalyse identifizierten Demokratiemodelle (auf Basis der Aspirationsvariablen), zu Skalen zusammengefasst und einer Reliabilitätsanalyse unterzogen.²⁶ Dafür wird das Cronbachs Alpha berechnet, das für die Defizitskala der liberalen Demokratie einen Wert von $\alpha = 0,65$, für die Defizitskala der sozialen Demokratie $\alpha = 0,81$ und für die Defizitskala des populistischen Modells $\alpha = 0,79$ ergibt. Der Ausschluss einzelner Items würde zu keiner weiteren Verbesserung der Skalen führen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Defizitskalen für die weiteren Analysen geeignet sind. Für die berechneten Defizitvariablen werden also drei Mittelwertindizes berechnet:

$$\text{Mittelwertindex} = \frac{\sum_{i=1}^n X_i}{n}$$

wobei:

X_i = die einzelnen Defizitvariablen, die in den Index einfließen

n = Anzahl der berücksichtigten Defizitvariablen

Die drei neuen Indexvariablen können nun kontinuierliche Werte im Wertebereich von -10 bis 10 annehmen. Für die Regressionsanalysen werden sie in dieser Form als abhängige, kontinuierliche Variablen ins Modell aufgenommen. Für eine vereinfachte tabellarische und grafische Darstellung werden sie im folgenden Abschnitt jedoch auf ganzzahlige Werte gerundet.

Das Balkendiagramm in Abbildung 10 zeigt die Mittelwertindizes der drei Defizitmodelle für die liberale und soziale Demokratie sowie das populistische Modell. Zudem sind für jedes Modell die Mittelwerte der jeweiligen Items dargestellt, aus denen die Mittelwertindizes gebildet wurden. Die

²⁶ Hierfür werden nur zehn der zwölf Defizitvariablen verwendet, da sich im Rahmen der Faktorenanalyse ergeben hat, dass zwei Variablen keinem der drei identifizierten Demokratiemodelle eindeutig zugeordnet werden können.

stärkste Defizitwahrnehmung zeigt sich bei der sozialen Demokratie, mit einem Mittelwertindex von -2,9, gefolgt vom populistischen Modell mit -2,8. Dabei zeigt sich, dass das Element, dass dem Mehrebenen-Modell entspricht, also die Vorstellung, dass wesentliche Entscheidungen von nationalen Regierungen und nicht von der Europäischen Union getroffen werden, am wenigsten defizitär wahrgenommen wird (Mittelwert -1,8). Die übrigen Elemente liegen hingegen bei ungefähr -3. Die liberale Demokratie wird mit einem Mittelwertindex von -1,7 am wenigsten defizitär wahrgenommen. Das größte Defizit zeigt sich bei dem Item, dass Gerichte alle Menschen gleich behandeln sollen. Die anderen Elemente wurden ähnlich beurteilt.

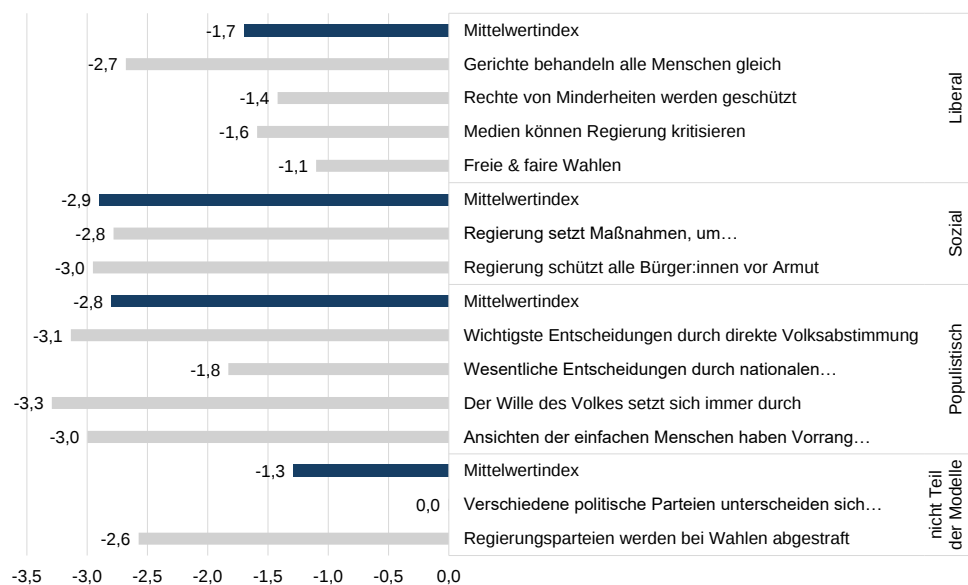


Abbildung 10: Mittelwertindex der Defizitmodelle und arithmetische Mittel der zwölf Defizitvariablen. Daten gewichtet. Nur Fälle, die in allen Variablen gültige Werte haben. $n = 577$.

Demokratiedefizit Liberale Demokratie

Bei der Analyse der Defizitvariable für die Liberale Demokratie (siehe Abbildung 11 und Tabelle 40 auf S. 130) zeigt sich, dass etwa ein Viertel der Befragten (27,4%) die Bestandteile der liberalen Demokratie in Österreich als entsprechend ihren Erwartungen umgesetzt wahrnimmt. Rund 8% der Befragten bewerten liberale Demokratieelemente höher, als sie ihnen an Bedeutung beimessen. Die Bewertungen übersteigen die Aspirationen jedoch nur moderat, der höchste Wert liegt bei +3. Ein Demokratiedefizit auf der liberalen Dimension erleben hingegen fast zwei Drittel der Befragten (64,8%). Ein starkes Demokratiedefizit (Werte -10 bis -7) wird von knapp 3% der Befragten wahrgenommen, sie nehmen die größte Diskrepanz zwischen ihren Aspirationen und der tatsächlichen Ausgestaltung der liberalen Demokratie wahr. Eine mittlere Defizitwahrnehmung (-6 bis -4) im liberalen Bereich wird von 14,9% der Befragten vertreten. Knapp die Hälfte der Befragten (47,1%) nimmt ein moderates Defizit (-3 bis -1) in der liberalen Demokratie wahr.

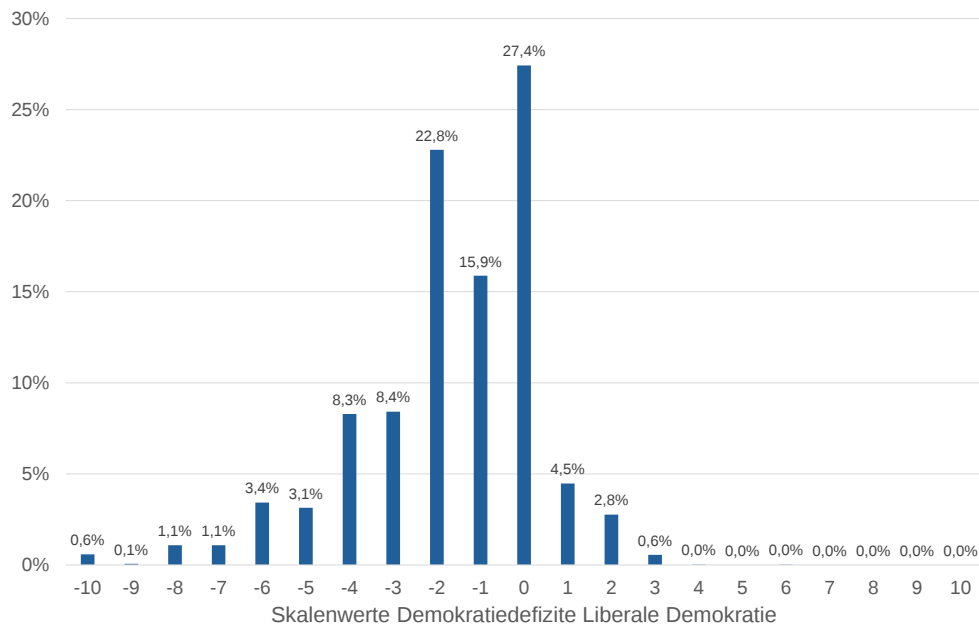


Abbildung 11: Demokratiedefizite Liberale Demokratie, gültige Prozent (n = 622), Daten gewichtet

Demokratiedefizit Soziale Demokratie

Die Variable *Demokratiedefizit Soziale Demokratie* zeigt, dass etwas mehr als ein Fünftel der Befragten (21,6%) keine Diskrepanz zwischen der wahrgenommenen Ausgestaltung der sozialen Dimension der Demokratie in Österreich und ihren eigenen Erwartungen wahrnimmt (siehe Abbildung 12 und Tabelle 41 auf S. 131). Im Vergleich zur Wahrnehmung der liberalen Elemente streuen die Werte im negativen und positiven Bereich stärker. Fast 10% der Befragten erleben ein zu viel an sozialdemokratischen Demokratiebestandteilen. Doch auch hier zeigt sich, dass dies gering ausgeprägt ist, knapp 9% entfallen auf den Wertebereich 1 bis 4. Ein Defizit im sozialen Bereich erleben etwas mehr Personen als im liberalen Bereich. Insgesamt liegt der Anteil derjenigen, die negative Werte erzielen, bei 68,7%. Davon weist der Großteil ein mittleres wahrgenommenes Demokratiedefizit (Werte von -6 bis -4) auf, knapp 30% der gültigen Fälle fallen in diesen Bereich. Ein moderates Demokratiedefizit (-3 bis -1) wird von etwa jeder vierten Person (24,5%) erlebt. Ein stark erlebtes Demokratiedefizit (-10 bis -7) wird von knapp 15% der Befragten deutlich häufiger erlebt als im Teilbereich der liberalen Demokratie.

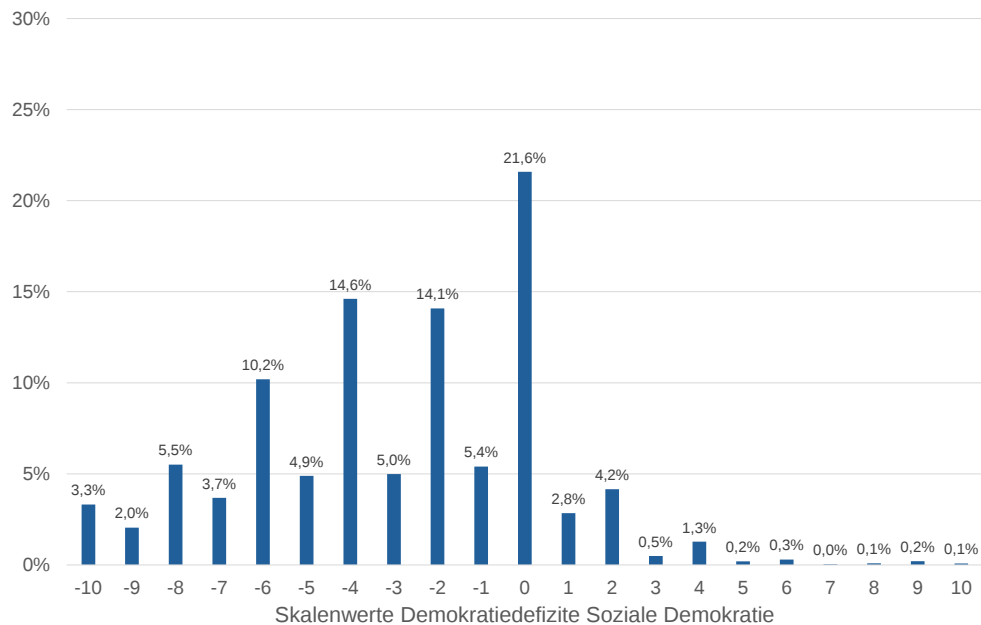


Abbildung 12: Demokratiedefizite Soziale Demokratie, gültige Prozent (n = 634), Daten gewichtet

Demokratiedefizit Populistisches Modell

Die Analyse der Variable *Demokratiedefizit Populistisches Modell* (siehe Abbildung 13 und Tabelle 42 auf S. 131) zeigt, dass in diesem Bereich die geringste Übereinstimmung von Erwartungen und wahrgenommener Umsetzung erzielt wird. Nur 16,1% der Befragten erleben eine vollständige Passung. Für 6,5% der Befragten sind populistische Elemente in der österreichischen Demokratie stärker ausgeprägt, als sie es für wünschenswert erachten. Demgegenüber nehmen mehr als drei Viertel (77%) ein Defizit im Angebot populistischer Elemente wahr. Dabei zeigt sich, dass die Defizitwahrnehmung am häufigsten im moderaten Bereich (-3 bis -1) auftritt, auf den 38,2% der österreichischen Wahlberechtigten entfallen. Ein mittleres Demokratiedefizit (-6 bis -4) wird von mehr als einem Viertel (27,7%) der Personen empfunden, während ein starkes Demokratiedefizit (-10 bis -7) von 11,1% wahrgenommen wird. Die extreme Defizitwahrnehmung im populistischen Bereich ist deutlich stärker ausgeprägt als im Bereich der liberalen Demokratie, aber etwas schwächer als im Bereich der sozialen Demokratie. Auffällig ist zudem, dass der Anteil fehlender Werte mit 7,5% vergleichsweise hoch ausfällt.

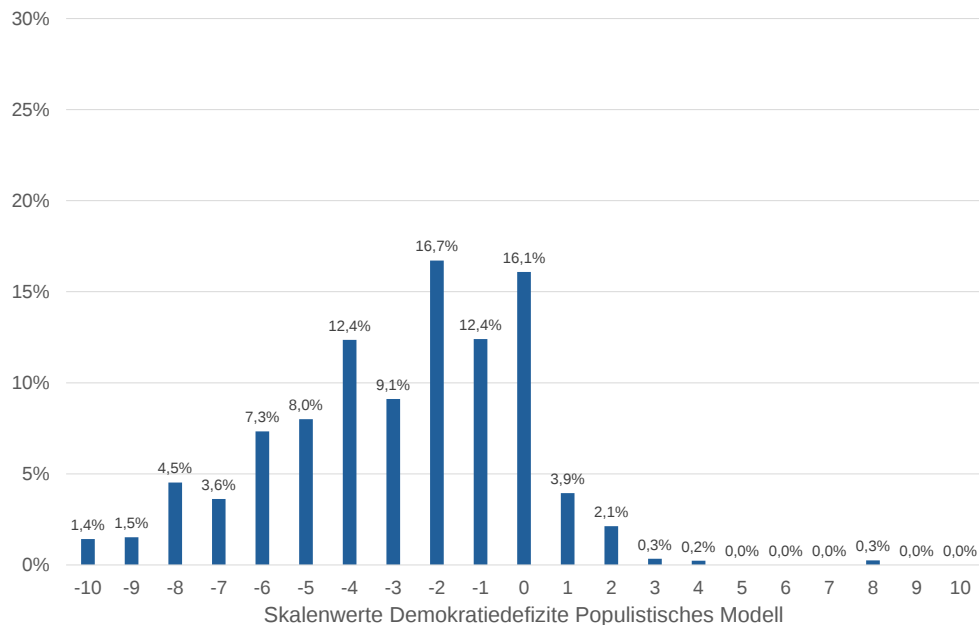


Abbildung 13: Demokratiedefizite Populistisches Modell, gültige Prozent (n = 602), Daten gewichtet

5.5.2. Unabhängige Variablen

In diesem Kapitel werden die unabhängigen Variablen der Regressionsmodelle vorgestellt, also jene, für die entsprechende Hypothesen formuliert wurden. Da die zentrale erklärende Variable, die politische Repräsentationswahrnehmung, bereits im vorangegangenen Kapitel präsentiert wurde, wird ihre Verteilung hier nicht nochmals angeführt.

Finanzielle Situation

Um die finanzielle Situation der Befragten abzubilden, wurde die Frage *„Welche der folgenden Beschreibungen trifft am ehesten zu, wie Sie die derzeitige Einkommenssituation Ihres Haushalts beurteilen“* herangezogen. Dabei konnten die Befragten zwischen vier Antwortmöglichkeiten wählen: Bequem leben, Zurechtkommen, nur schwer zurechtkommen und nur sehr schwer zurechtkommen. Aufgrund der niedrigen Fallzahl in der vierten Kategorie wurde die Variable rekodiert und die dritte und vierte Kategorie zusammengefasst („Nur (sehr) schwer zurechtkommen“). Fast die Hälfte der Befragten (48,6%) gab an, mit der Einkommenssituation des Haushalts bequem leben zu können. 44,2% kommen mit ihrer finanziellen Situation zurecht. 7,3% kommen hingegen nur (sehr) schwer zurecht. Die Variable wurde für die Verwendung in den Regressionsmodellen einer Dummy-Kodierung unterzogen, wobei die Kategorie „Zurechtkommen“ als Referenzkategorie definiert wurde.

Tabelle 4: Subjektive Einkommenssituation

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
Bequem leben	307	47,2%	48,6%
Zurechtkommen	279	42,9%	44,2%
Nur (sehr) schwer zurechtkommen	46	7,1%	7,3%
Fehlend	18	2,8%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Parteipräferenz

Um die Parteipräferenz der Befragten abzubilden, wurde die Frage „Für welche Partei haben Sie bei dieser Wahl gestimmt?“ herangezogen. Diese Frage wurden jenen Personen gestellt, die bei der Frage zuvor angaben, dass sie bei der letzten Nationalratswahl im September 2019 gewählt haben. Diese Operationalisierung erklärt den relativ hohen Anteil fehlender Werte, welcher bei dieser Variable bei 24,2% liegt (siehe Tabelle 5). Die Variable wurde so rekodiert, dass sämtliche Parteien, die zum Zeitpunkt der Befragung nicht im Nationalrat vertreten waren, unter „Kleinparteien“ zusammengefasst wurden. In der Ausgangsvariable umfasst dies die Parteien JETZT, KPÖ, GILT und „Andere“. Die größte Gruppe umfasst mit 38% die Gruppe der ÖVP-Wähler:innen, gefolgt von den Grünen (21%), der SPÖ (19%), der FPÖ (9%) und den NEOS (8%). Die Wähler:innengruppe der Kleinparteien umfasst 5%. Vergleicht man die Ergebnisse des ESS10 mit jenen der Nationalratswahl 2019, so zeigt sich die größte Abweichung bei der FPÖ: In der ESS10-Befragung wurde diese um -7,6 Prozentpunkte seltener genannt, als sie bei der Nationalratswahl gewählt wurde. Die Grünen wurden im Rahmen der Erhebung mit einer Differenz von +7,3 Prozentpunkten deutlich öfter genannt, als sie beim Wahlergebnis erzielten. Die Nennung der anderen Parteien entspricht mit einer Abweichung von jeweils unter 2 Prozentpunkten jener der Wahlergebnisse. Für die Aufnahme in die Regressionsmodelle wurde eine Dummy-Kodierung vorgenommen, wobei als Referenzkategorie die SPÖ gewählt wurde.

Tabelle 5: Parteipräferenz

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Ergebnisse Nationalratswahl 2019
SPÖ	95	14,6%	19,2%	21,2%
ÖVP	188	28,9%	38,1%	37,5%
FPÖ	43	6,6%	8,6%	16,2%
Grüne	105	16,1%	21,2%	13,9%
NEOS	38	5,9%	7,7%	8,1%
Kleinparteien	25	3,9%	5,1%	3,2%
Fehlend	157	24,2%		
Gesamt	651	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

5.5.3. Kontrollvariablen

Im folgenden Abschnitt werden jene unabhängigen Variablen vorgestellt, die in die Regressionsmodelle als Kontrollvariablen aufgenommen wurden. Dies dient dem Zweck, den Einfluss der erklärenden Variablen möglichst isoliert betrachten zu können, indem die Effekte von anderen potentiell einflussreichen Merkmalen statistisch kontrolliert werden.

Alter

Im ESS10-Datensatz wurde das Alter durch die Frage „*In welchem Monat und Jahr wurden Sie geboren?*“ erhoben. Die auf Basis dieser Angaben berechnete Altersvariable war bereits im Datensatz verfügbar und wurde für die Bildung des Analytical Sample der wahlberechtigten Personen in Österreich herangezogen. Fehlende Werte wurden dabei bereits exkludiert. Die Altersvariable liegt ursprünglich in ordinaler Form vor, wurde jedoch für die Regressionsmodelle in vier Altersgruppen rekodiert. Diese Rekodierung berücksichtigt potenzielle nichtlineare Zusammenhänge des Alters und der abhängigen Variablen. Die resultierende Variable wird zur Verwendung in den Regressionsmodellen einer Dummy-Kodierung unterzogen, wobei die Gruppe der 70- bis 90-Jährigen als Referenzkategorie dient.

Tabelle 6: Altersgruppen

	Häufigkeit	Gültige Prozent
16 - 29 Jahre	133	20,4%
30 - 49 Jahre	172	26,4%
50 - 69 Jahre	253	39,0%
70 - 90 Jahre	92	14,2%
Fehlend	0	
Gesamt	651	100%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Geschlecht

Das Geschlecht wurde im ESS10-Datensatz binär erhoben (männlich/ weiblich), mit der Frage „*Welches Geschlecht haben Sie?*“. Die Variable wurde in dieser Form als Kontrollvariable in die Regressionsmodelle aufgenommen, wobei als Referenzkategorie „männlich“ gewählt wurde. Nach Anwendung der Gewichtung liegt der Anteil gültiger Fälle für Männer bei 48%, für Frauen bei 52%.

Tabelle 7: Geschlecht

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
Männlich	309	47,5%	48,0%
Weiblich	335	51,5%	52,0%
Fehlend	6	1,0%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Migrationshintergrund

Die Variable *Migrationshintergrund* wurde anhand dreier Variablen operationalisiert: dem Geburtsort der befragten Person sowie den Geburtsorten der Eltern. Die entsprechenden Fragen lauten:

„Wurden Sie in Österreich geboren?“, „Wurde Ihr Vater in Österreich geboren?“ und „Wurde Ihre Mutter in Österreich geboren?“. Wurde mindestens eine dieser Fragen mit „Nein“ beantwortet, so wurde diese Person in der neuen Variable als zugehörig zur Gruppe mit Migrationshintergrund klassifiziert. Eine Differenzierung zwischen erster und zweiter Generation wurde nicht vorgenommen, da die Fallzahl für Personen der ersten Generation im Datensatz zu gering war. Die neue Variable ist binär codiert und wird in dieser Form als Kontrollvariable in die Regressionsmodelle aufgenommen, wobei die Referenzkategorie die Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund darstellt. In der Stichprobe weisen 17,2% der Fälle einen Migrationshintergrund auf.

Tabelle 8: Migrationshintergrund

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
Kein Migrationshintergrund	531	81,6%	82,8%
Migrationshintergrund	110	16,9%	17,2%
Fehlend	9	1,4%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Erwerbsstatus

Um den Erwerbsstatus der Befragten darzustellen, wurden zwei Fragen herangezogen. Bei der ersten Frage („Welche dieser Beschreibungen passt zu dem, was Sie die letzten 7 Tage gemacht haben“) konnten die Respondent:innen aus einer Reihe von Tätigkeiten alle auswählen, die auf sie zutrafen. Wurde mehr als eine Tätigkeit angegeben, folgte eine zweite Frage („Und welche dieser Beschreibungen trifft am besten auf Ihre Situation in den letzten 7 Tagen zu?“), bei der die Befragten ersucht wurden, ihre Haupttätigkeit zu wählen. Anhand dieser Angaben wurde die neue Erwerbsstatus-Variable konstruiert. Wurde in der ersten Frage nur eine Tätigkeit genannt, wurde diese direkt übernommen. Bei Mehrfachangaben wurde die Haupttätigkeit aus der zweiten Frage übernommen. Zusätzlich wurden die ursprünglich neun möglichen Antwortkategorien in drei Gruppen zusammengefasst. Dabei wurde der Status „Erwerbslos“ vergeben, wenn die Person eine der folgenden Kategorien als Haupttätigkeit wählte: a) arbeitslos und aktiv auf Arbeitssuche, b) arbeitslos, Wunsch nach einem Arbeitsplatz, aber nicht aktiv auf Arbeitssuche, c) chronisch krank oder behindert, d) pensioniert, e) Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen. Der Status „In Erwerbsarbeit“ wurde zugewiesen, wenn die Person als Haupttätigkeit eine der folgenden Tätigkeiten wählte: a) bezahlte Tätigkeit (auch bei vorübergehender Abwesenheit) (unselbstständig Beschäftigte/r, Selbstständige/r, mithelfende/r Familienangehörige/r) oder b) Zivil- oder Militärdienst. In Ausbildung wurde zugewiesen, wenn die Person die entsprechende Kategorie „in Ausbildung, auch in den Ferien oder im Urlaub (nicht von einem Arbeitgeber bezahlt)“ wählte. Die neunte Kategorie umfasste „andere Tätigkeiten“, diese wurde als fehlender Wert definiert, da sie keiner der drei Hauptkategorien zugewiesen werden kann. Für die Verwendung in den Regressionsmodellen wurde

auch hier eine Dummy-Kodierung vorgenommen, wobei die anteilmäßig größte Gruppe der Erwerbstätigen als Referenzkategorie definiert wird.

Tabelle 9: Erwerbsstatus

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
Erwerbslos	228	35,1%	37,9%
In Erwerbsarbeit	321	49,3%	53,2%
In Ausbildung	54	8,3%	9,0%
Fehlend	47	7,2%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Bildung

Die höchste abgeschlossene Bildung wurde im ESS10-Fragebogen mit folgender Frage erhoben: „Bitte gehen Sie die Liste von oben nach unten durch und kreuzen Sie das erste Kästchen an, welches zu Ihrer höchsten abgeschlossenen Schulbildung gehört“. Anhand dieser Angaben wurde im ESS10-Datensatz eine Variable gemäß der ISCED-Klassifizierung zur Verfügung gestellt. Diese Variable wurde im Rahmen dieser Arbeit weiter rekodiert, um zwischen niedrigem, mittlerem und hohem Bildungsstand zu differenzieren. Die Ausprägung niedrig wurde für ISCED I, ISCED II und ISCED IIIb vergeben, worauf 49,9% der gültigen Antworten entfallen.²⁷ Ein mittlerer Bildungsstand wurde zugewiesen, wenn die Person über einen Abschluss auf ISCED IIIa- oder ISCED IV- Niveau verfügt, dies trifft auf 27,0% der gültigen Fälle zu.²⁸ Ein hoher Bildungsstand wurde vergeben, wenn die Person einen Abschluss auf ISCED V1-, ISCED V2- Niveau oder höher verfügt.²⁹ Dies trifft auf 23,1% der gültigen Fälle zu. Anschließend wurde wiederum eine Dummy-Kodierung vorgenommen, wobei als Referenzkategorie der mittlere Bildungsstand gewählt wurde.

Tabelle 10: Bildungsstand

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
Niedrig	320	49,2%	49,9%
Mittel	173	26,6%	27,0%
Hoch	148	22,8%	23,1%
Fehlend	9	1,4%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Politisches Interesse

Das politische Interesse der Befragten wird ebenfalls als Kontrollvariable in die Regressionsmodelle aufgenommen (siehe Tabelle 11). Erhoben wurde dies durch die Frage „Wie sehr sind Sie persönlich an Politik interessiert?“. Den Respondent:innen standen vier Antwortmöglichkeiten zur Verfügung, welche „sehr interessiert“, „ziemlich interessiert“, „kaum interessiert“ und „überhaupt nicht

²⁷ Dies inkludiert sämtliche Fälle mit max. Pflichtschulabschluss, Lehrabschluss und Abschluss einer Berufsbildenden mittleren Schule (mind. 2-jährig, wie z.B. Handelsschulen oder Fachschulen)

²⁸ Hierunter wurden AHS- und BHS-Matura sowie Diplomabschlüsse an einer Gesundheits- und Krankenpflegeschule, medizinisch-technischem Fachdienst, Kolleg-Diplomabschlüsse, Meisterprüfungen und Universitätslehrgänge subsummiert.

²⁹ Hierunter fallen Diplome an pädagogischen und medizinischen Akademien, Sozialakademien und Bachelor-, Diplom-/Master- und PhD/Dr.- Abschlüsse an Fachhochschulen oder Universitäten.

interessiert“ umfassen. Die Variable wurde als binäre Variable rekodiert, sodass nur noch zwischen „interessiert“ und „nicht interessiert“ unterschieden wird. Dabei zeigt sich, dass der Großteil (67,5%) angibt, am politischen Geschehen interessiert zu sein. Für die Verwendung in den Regressionsmodellen wird „kaum bis gar nicht interessiert“ als Referenzkategorie definiert.

Tabelle 11: Politisches Interesse

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
kaum bis gar nicht interessiert	211	32,5%	32,5%
ziemlich bis sehr interessiert	439	67,5%	67,5%
Fehlend	0	0,1%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Vertrauen in politische Institutionen

Um das Vertrauen in politische Institutionen der Befragten in einer Variable abzubilden, wurden drei Fragen herangezogen. Die Fragestellung lautete: „Auf einer Skala von 0-10, wie sehr vertrauen Sie persönlich jeder der folgenden Institutionen?“. Anschließend konnten die Befragten aus einer Reihe an Institutionen unter anderem ihr Vertrauen zu a) dem österreichischen Parlament b) den Politikerinnen und Politikern und c) den politischen Parteien angeben. Um zu prüfen, ob sich die drei Variablen für die Bildung eines Index eignen, wurde zunächst das Cronbachs Alpha berechnet, welches einen Wert von $\alpha = 0,87$ ergab. Durch Weglassen einzelner Items konnte der Wert nicht erhöht werden. Dies spricht für eine gute Eignung der Items zur Skalenbildung. Anschließend wurde der Mittelwertindex der drei Variablen berechnet. Die neue Variable liegt dadurch in metrischer Form vor. Für eine bessere tabellarische Darstellung wurde diese so gerundet, dass, ebenso wie in den Ausgangsvariablen, eine 11-stufige Skala vorliegt, wobei niedrige Werte geringes Vertrauen und hohe Werte hohes Vertrauen repräsentieren. Tabelle 12 zeigt, dass fast die Hälfte der Befragten (47,8%) angab, politischen Institutionen sehr wenig bis wenig (Werte 0 bis 3) zu vertrauen. Mittlere Vertrauenswerte (Werte 4 bis 6) wurden von 43,3% der Fälle erzielt und ein (sehr) hohes Vertrauen (Werte 7 bis 10) wurde von 8,8% berichtet.

Tabelle 12: Vertrauen in politische Institutionen

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
0	51	7,9%	7,9%
1	67	10,3%	10,4%
2	88	13,6%	13,6%
3	103	15,8%	15,9%
4	106	16,3%	16,4%
5	105	16,1%	16,2%
6	70	10,7%	10,8%
7	40	6,2%	6,2%
8	11	1,7%	1,7%
9	2	0,3%	0,3%
10	4	0,7%	0,7%
Fehlend	3	0,5%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Verbundenheitsgefühl mit Österreich

Mit der Frage „Wie stark fühlen Sie sich mit Österreich emotional verbunden?“ wurden die Befragten auf einer 11-stufigen Skala von 0 bis 10 nach ihrem Verbundenheitsgefühl zu Österreich befragt. 0 steht für überhaupt nicht emotional verbunden und 10 für sehr emotional verbunden. Die Variable weist ein ordinales Skalenniveau auf und wird als solche als Kontrollvariable in die Regressionsmodelle aufgenommen. Tabelle 13 zeigt, dass es in dieser Variable keine fehlenden Werte gibt. 29,8% vergaben den höchsten Wert von 10. In Summe machen die Personen, die eine hohe emotionale Verbundenheit mit Österreich berichten (Werte 7 bis 10) 76,2% aus. Über ein mittleres Verbundenheitsgefühl (Werte 4 bis 6) berichten 17,0% der Befragten, wohingegen nur 6,8% eine geringe Verbundenheit (Werte 1 bis 3) verspüren.

Tabelle 13: Verbundenheitsgefühl mit Österreich

	Häufigkeit	Gültige Prozent
0	8	1,2%
1	6	0,9%
2	15	2,3%
3	16	2,4%
4	17	2,6%
5	53	8,2%
6	40	6,2%
7	72	11,1%
8	126	19,3%
9	104	16,0%
10	194	29,8%
Fehlend		0,0%
Gesamt	651	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Verbundenheitsgefühl mit Europa

Mit der Frage „Und wie eng fühlen Sie sich mit Europa emotional verbunden?“ wurden die Befragten auf einer 11-stufigen Skala von 0 bis 10 nach ihrem Verbundenheitsgefühl zu Europa gefragt. So wie in der Frage nach dem Verbundenheitsgefühl mit Österreich, steht 0 für überhaupt nicht emotional verbunden und 10 für sehr emotional verbunden. Die Variable ist ordinalskaliert und wird in dieser

Form als unabhängige Variable in die Regressionsmodelle aufgenommen. Tabelle 14 zeigt, dass die Werte von 5 bis 8 mit jeweils zwischen 13,4 und 17,7% der gültigen Fälle am häufigsten vergeben wurden, was also einem mittleren bis hohen Verbundenheitsgefühl mit Europa entspricht. Ein niedriges Verbundenheitsgefühl (Werte 0 bis 4) weisen in Summe 25,0% der gültigen Fälle auf. Ein sehr hohes Verbundenheitsgefühl (Werte 9 bis 10) zeigen 15,0% der gültigen Fälle.

Tabelle 14: Verbundenheitsgefühl mit Europa

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
0	35	5,5%	5,5%
1	18	2,7%	2,8%
2	40	6,2%	6,2%
3	39	5,9%	6,0%
4	29	4,5%	4,5%
5	115	17,6%	17,7%
6	87	13,4%	13,4%
7	97	14,9%	15,0%
8	89	13,7%	13,8%
9	46	7,1%	7,1%
10	51	7,9%	7,9%
Fehlend	3	0,5%	0,0%
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

6. Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die zentralen empirischen Ergebnisse präsentiert. Aufbauend auf der theoretischen Konzeption und den im Forschungsstand identifizierten Zusammenhängen wird zunächst eine deskriptive Analyse der abhängigen Variablen mit den unabhängigen Variablen vorgenommen, um erste Einblicke in zentrale Verteilungen und Zusammenhänge zu erhalten. Anschließend folgen die multivariaten Regressionsanalysen, die darauf abzielen, systematisch Zusammenhänge zwischen Repräsentationswahrnehmung, dem Demokratieverständnis und der Wahrnehmung demokratischer Defizite zu identifizieren.

6.1. Deskriptive Analysen

Die folgenden deskriptiven Analysen geben einen Überblick über die bivariaten Zusammenhänge zwischen der Repräsentationswahrnehmung, den verschiedenen Demokratieverständnissen sowie den wahrgenommenen Demokratiedefiziten und ausgewählter soziodemografischer Merkmale und Einstellungsvariablen der Befragten. Berücksichtigt werden dabei jene Variablen, die in den Regressionsmodellen als unabhängige Variablen und Kontrollvariablen aufgenommen werden. Ziel ist es, erste Zusammenhänge sichtbar zu machen, bevor diese in den nachfolgenden Regressionsmodellen genauer geprüft werden.

6.1.1. Bivariate Analyse Repräsentationswahrnehmung

Im Folgenden wird die politische Repräsentationswahrnehmung der Befragten in Abhängigkeit, der für das Regressionsmodell definierten, unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen dargestellt. Für eine anschauliche grafische Darstellung wurde dafür die Indexvariable für politische Repräsentationswahrnehmung in drei Gruppen rekodiert (*siehe Analyseteil 1: Repräsentationswahrnehmung*).

Abbildung 14 zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der subjektiven Einkommenssituation und der Wahrnehmung politischer Repräsentation. Personen, die nach eigener Einschätzung „bequem leben“ können, nehmen sich mit einem Mittelwert von 2,4 am stärksten repräsentiert wahr. In dieser Gruppe überwiegen mittlere (46,6%) und hohe (35,8%) Repräsentationswahrnehmungen, während nur 17,7% angaben, sich (sehr) schlecht vertreten zu fühlen. In der mittleren Einkommensgruppe („zurechtkommen“) liegt der Anteil niedriger Repräsentationswahrnehmung bereits bei 24,9%, der Mittelwert sinkt auf 2,2. Besonders deutlich fällt der Unterschied bei Personen aus, die „nur (sehr) schwer zurechtkommen“, hier dominiert die niedrige Repräsentationswahrnehmung mit 45,6%, während lediglich 11,2% eine hohe Repräsentationswahrnehmung aufweisen. Der entsprechende Mittelwert fällt auf 1,9. Die Daten

belegen eine soziale Schieflage wahrgenommener politischer Repräsentation. Je prekärer die Einkommenssituation, desto weniger fühlen sich Befragte politisch vertreten.

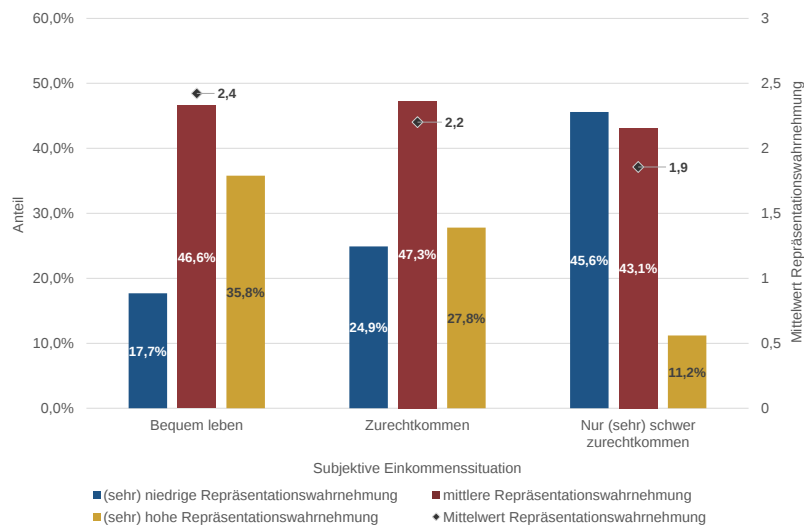


Abbildung 14: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom subjektiven Einkommen, Daten gewichtet

In Abbildung 15 ist die Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit des Bildungsstandes der Befragten abgebildet. Es zeigt sich, dass mit steigender Bildung der Anteil der Personen mit (sehr) niedriger Repräsentationswahrnehmung abnimmt, während der Anteil jener mit (sehr) hoher Repräsentationswahrnehmung zunimmt. Personen mit niedrigerem Bildungsstand haben häufig (31,2%) eine (sehr) niedrige Repräsentationswahrnehmung, im Vergleich zu Personen mit mittlerem (16,4%) und hohem (13,4%) Bildungsstand. Bei niedrigem und mittlerem Bildungsstand dominiert die mittlere Repräsentationswahrnehmung, während bei höheren Bildungsabschlüssen die (sehr) hohe Repräsentationswahrnehmung am häufigsten vertreten ist. Der Mittelwert der Repräsentationswahrnehmung steigt mit dem Bildungsniveau, was darauf hindeutet, dass Personen mit höherer Bildung sich tendenziell stärker politisch repräsentiert fühlen.

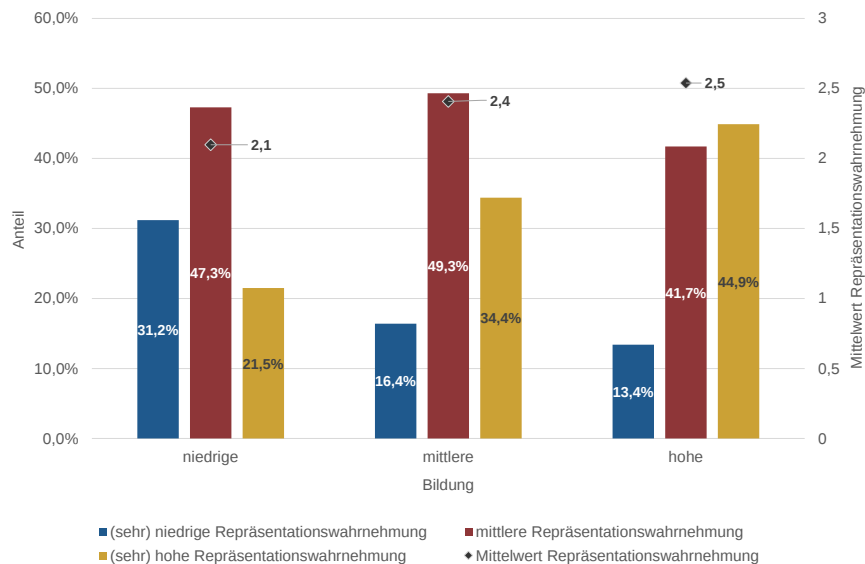


Abbildung 15: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Bildungsstand, Daten gewichtet

Abbildung 16 zeigt die Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit der Parteipräferenz. Auffallend ist hier die Personengruppe, die die FPÖ präferiert — diese weist den höchsten Anteil an (sehr) niedriger Repräsentationswahrnehmung (45,8%) und den kleinsten Mittelwert auf (1,8). Interessant ist dies unter anderem, da sie sogar niedrigere Repräsentationswerte aufweist als Präferent:innen der „Kleinparteien“, worunter sämtliche Parteien subsummiert wurden, die zum Befragungszeitpunkt nicht im Nationalrat vertreten waren. Im Gegensatz dazu haben Präferent:innen der Grünen und der NEOS die höchste durchschnittliche Repräsentationswahrnehmung (Mittelwert bei 2,5). Die mittlere Repräsentationswahrnehmung ist bei der ÖVP und SPÖ am stärksten ausgeprägt, wobei auch hier die Wähler:innenschaft dieser Gruppen jeweils einen Mittelwert von 2,3 erzielt.

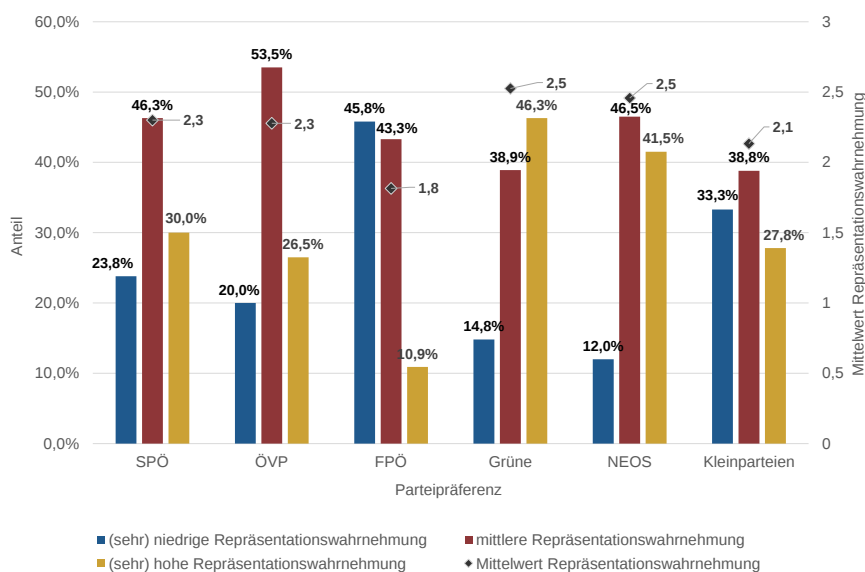


Abbildung 16: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit von der Parteipräferenz, Daten gewichtet

In Abbildung 17 ist die Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit des Migrationshintergrundes der Befragten dargestellt. Im Mittel haben Personen, die über einen Migrationshintergrund verfügen eine höhere politische Repräsentationswahrnehmung (Mittelwert: 3,3,) als Personen ohne Migrationshintergrund (Mittelwert: 2,3). Zudem ist der Anteil der Personen mit (sehr) hoher Repräsentationswahrnehmung unter Personen mit Migrationshintergrund (37,7%) deutlich höher als unter Personen ohne (29,2%). Personen mit sehr niedriger Repräsentationswahrnehmung sind in beiden Gruppen anteilmäßig gleich vertreten (ca. 23%).



Abbildung 17: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Daten gewichtet

In Abbildung 18 ist die Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Geschlecht dargestellt. Männer und Frauen weisen im Mittel eine sehr ähnliche Repräsentationswahrnehmung auf – der Mittelwert bei Männern liegt bei 2,4, bei Frauen bei 2,2. Unterschiede zeigen sich jedoch in der Verteilung: So ist der Anteil jener Befragten mit (sehr) hoher Repräsentationswahrnehmung bei Männern (36,8%) deutlich stärker ausgeprägt als bei Frauen (24,8%). Etwa die Hälfte der weiblichen Befragten gibt an, eine mittlere politische Repräsentationswahrnehmung zu haben; dieser Anteil ist bei Männern (43,5%) etwas geringer. Eine (sehr) niedrige Repräsentationswahrnehmung wird von 26,0% der Frauen, hingegen nur von 19,7% der Männer berichtet.

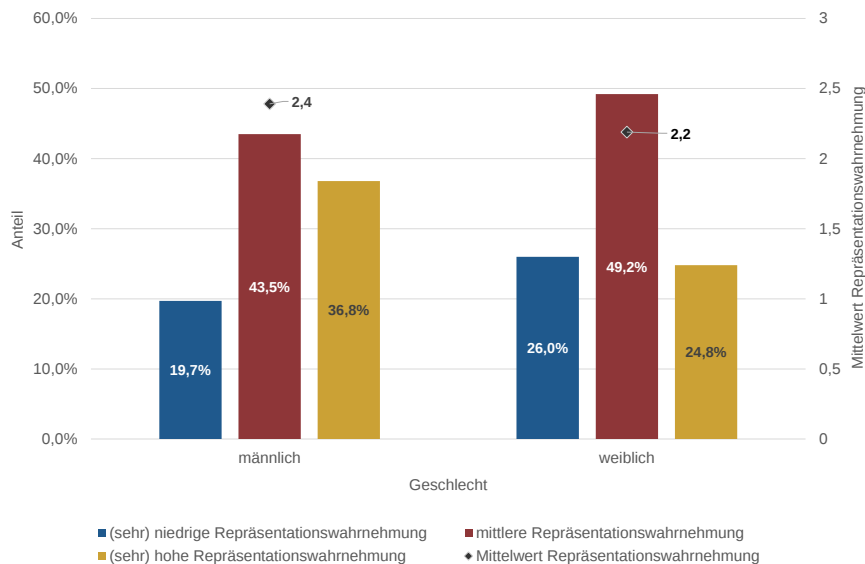


Abbildung 18: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Geschlecht, Daten gewichtet

Betrachtet man die Repräsentationswahrnehmung der Befragten in Abhängigkeit ihrer Haupttätigkeit (siehe Abbildung 19), so zeigt sich, dass Personen, die sich in Ausbildung befinden, den höchsten Mittelwert (2,6) aufweisen, gefolgt von Personen in Erwerbsarbeit (2,3) und am niedrigsten bei Personen, die über keine Erwerbsarbeit verfügen (2,1). So zeigt sich auch, dass eine sehr niedrige Repräsentationswahrnehmung nur von ca. jeder zehnten Person in Ausbildung, von jeder fünften in Erwerbsarbeit und von etwas mehr als jeder vierten Personen ohne Erwerbsarbeit empfunden wird. Am stärksten ausgeprägt ist in allen drei Gruppen die mittlere Repräsentationswahrnehmung, wobei diese bei der Gruppe der Erwerbslosen am stärksten ausgeprägt ist (50,8%).

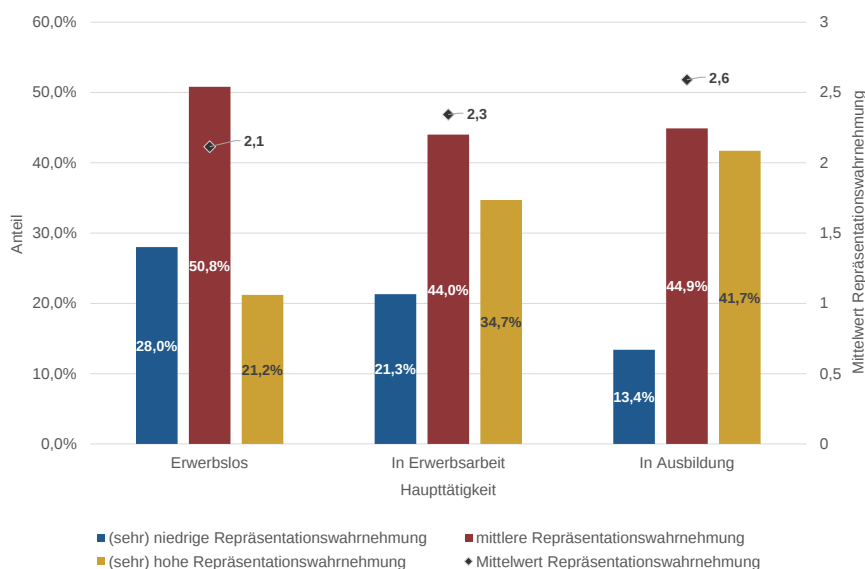


Abbildung 19: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, Daten gewichtet

In Abbildung 20 ist die Repräsentationswahrnehmung nach Altersgruppen dargestellt. Es zeigt sich eine leichte Tendenz, dass Personen der jüngeren Altersgruppen sich im Mittel eher politisch repräsentiert fühlen als Personen der höheren Altersgruppen, wenngleich es hier nur zu leichten Veränderungen kommt. So sind die Verteilungen der zwei jüngsten Altersgruppen nahezu gleichverteilt, wohingegen bei den zwei älteren Gruppen die Wahrnehmung der mittleren Repräsentationswahrnehmung zulasten der hohen Repräsentationswahrnehmung zunimmt.

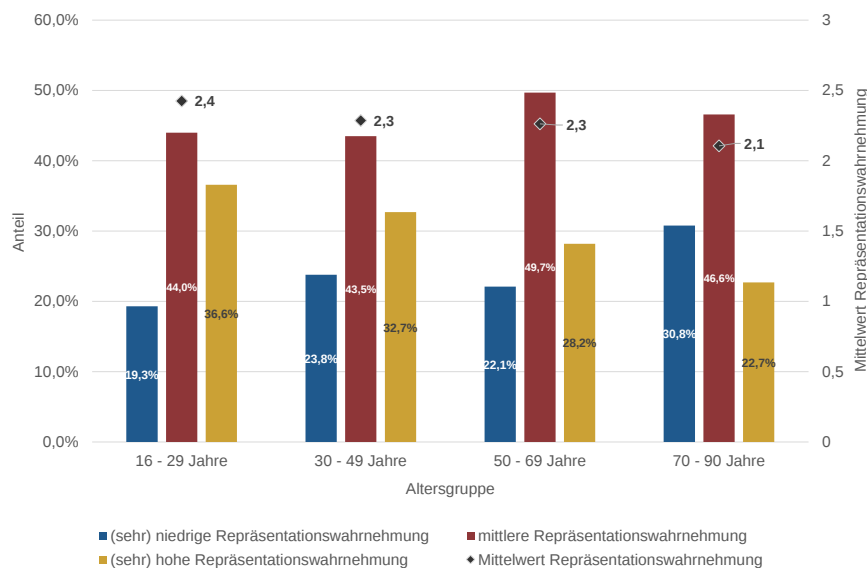


Abbildung 20: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit von der Altersgruppe, Daten gewichtet

In Abbildung 21 ist dargestellt, wie sich die politische Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom politischen Interesse der Befragten verhält. Es zeigt sich, dass der Anteil jener Personen, die sich (sehr) wenig politisch repräsentiert fühlen, unter den politisch kaum bis gar nicht Interessierten deutlich größer ist (32,6%), als unter jenen, die sich ziemlich bis sehr für Politik interessieren (18,8%). Die mittlere Repräsentationswahrnehmung ist in beiden Gruppen mit jeweils fast der Hälfte der Befragten ähnlich stark ausgeprägt. Im Mittel zeigt sich eine geringfügig höhere Repräsentationswahrnehmung unter den politisch interessierten Befragten.

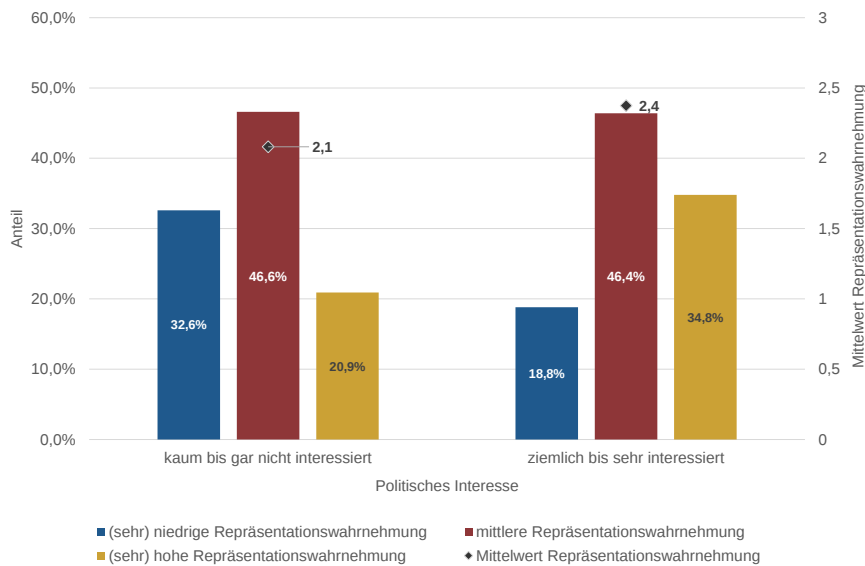


Abbildung 21: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Politischen Interesse, Daten gewichtet

Die emotionale Verbundenheit mit Österreich (Abbildung 22) hat hingegen kaum einen Einfluss darauf, ob sich Personen politisch repräsentiert wahrnehmen. Alle drei Gruppen weisen einen Mittelwert der politischen Repräsentationswahrnehmung von 2,3 auf. Auch die Verteilung variiert zwischen den Gruppen jeweils nur um wenige Prozentpunkte.

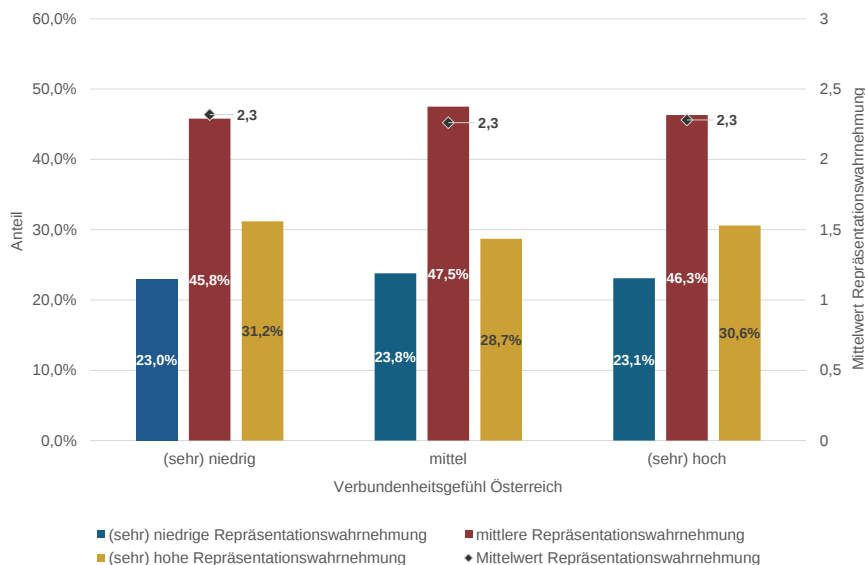


Abbildung 22: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Verbundenheitsgefühl mit Österreich, Daten gewichtet

Ein etwas anderes Bild zeigt sich beim Verbundenheitsgefühl mit Europa (siehe Abbildung 23). Im Mittel ist ein Anstieg der politischen Repräsentationswahrnehmung mit zunehmenden Verbundenheitsgefühl zu beobachten. Wenngleich eine mittlere Repräsentationswahrnehmung in allen drei Gruppen am stärksten ausgeprägt ist, variiert insbesondere der Anteil mit (sehr) niedriger und (sehr) hoher Repräsentationswahrnehmung zwischen den Gruppen. So liegt der Anteil jener Personen, die sich (sehr) schlecht repräsentiert fühlen, bei Befragten mit (sehr) niedrigem

Verbundenheitsgefühl bei 37,1%, während er bei Personen mit hohem Verbundenheitsgefühl auf 17,4% sinkt.

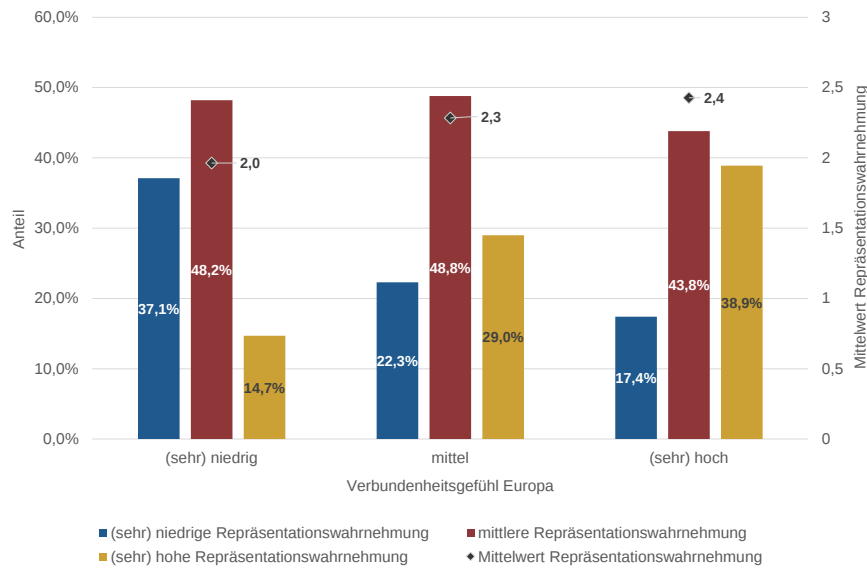


Abbildung 23: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Verbundenheitsgefühl mit Europa, Daten gewichtet

Wenig überraschend beeinflusst das Vertrauen in politische Institutionen die politische Repräsentationswahrnehmung sehr stark (siehe Abbildung 24). Im Mittel liegt der Repräsentationsindex bei Personen mit (sehr) niedrigem politischen Vertrauen bei 2,0, steigt um 0,5 Indexpunkte bei Personen mit mittlerem politischen Institutionenvertrauen an und erreicht den höchsten Wert von 2,8 bei (sehr) hohem Vertrauen. Dies zeigt sich auch deutlich in den Verteilungen. Der höchste Anteil an (sehr) hoher politischer Repräsentationswahrnehmung liegt in der Gruppe mit (sehr) hohem politischen Institutionenvertrauen bei 62,4%, wohingegen von Personen mit (sehr) niedrigem Institutionenvertrauen diese Wahrnehmung nur von 14,4% geäußert wird.

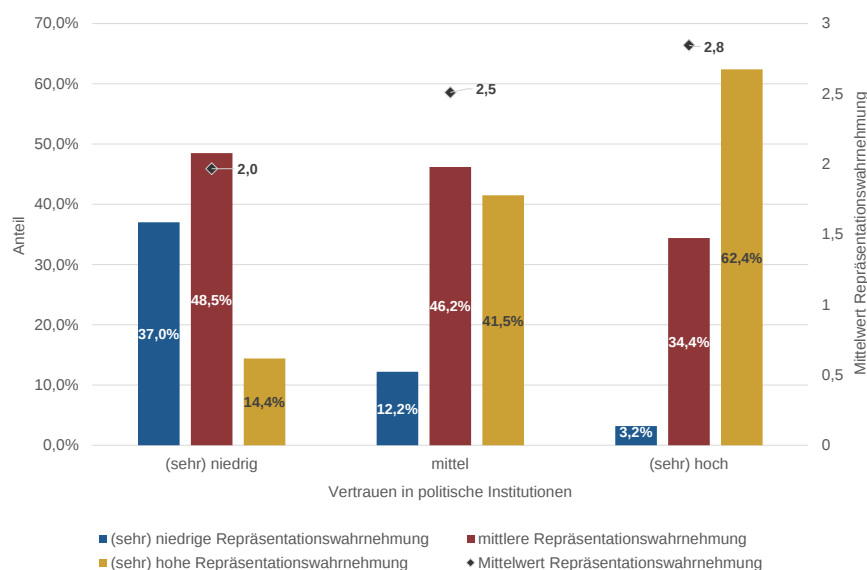


Abbildung 24: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Vertrauen in politische Institutionen, Daten gewichtet

6.1.2. Bivariate Analyse Demokratiekonzepte

Für die nachfolgenden bivariaten Analysen der von den Befragten vertretenen Demokratiekonzepte in Abhängigkeit der unabhängigen Variablen wurde für jede Person das am stärksten bevorzugte Modell bestimmt. Von den ursprünglich 1.731 Fällen des analytischen Samples konnten 369 Fälle nicht eindeutig einem Demokratiemodell zugeordnet werden. In 359 Fällen lagen Mehrfachzuweisungen vor (gleich hohe Maximalwerte bei zwei oder mehr Konzepten), in zehn Fällen fehlten gültige Angaben. Diese 369 Fälle (gewichtetes $n = 148$) wurden daher für die folgenden Analysen ausgeschlossen.

Tabelle 15 zeigt, dass 63,2% der Befragten die Liberale Demokratie bevorzugen. Die Soziale Demokratie erreicht 27,9% Befürwortung, das Populistische Modell lediglich 8,9%. Ebenfalls sind der Tabelle die Mittelwerte und Standardfehler der abhängigen ordinalen Variablen zu entnehmen. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede: Die höchste Repräsentationswahrnehmung, das stärkste Vertrauen in politische Institutionen sowie die höchsten Verbundenheitswerte mit Europa weisen Befragte mit Präferenz für die Liberale Demokratie auf, gefolgt von jenen der Sozialen Demokratie. Anhänger:innen des Populistischen Modells verzeichnen hier die niedrigsten Werte. Umgekehrt ist ihr Verbundenheitswert mit Österreich am höchsten, was mit der nationalstaatlich geprägten Ausrichtung dieses Modells in Einklang steht.

Tabelle 15: Mittelwerte und Standardfehler abhängiger Variablen in Abhängigkeit vom präferierten Demokratiemodell

	Libérale Demokratie	Soziale Demokratie	Populistisches Modell
Fallzahl	317	140	44
Gültige Prozent	63,2%	27,9%	8,9%
	<i>MW (SE)</i>	<i>MW (SE)</i>	<i>MW (SE)</i>
Repräsentationswahrnehmung	2,43 (0,03)	2,09 (0,05)	2,07 (0,08)
Vertrauen in politische Institutionen	3,93 (0,10)	3,37 (0,14)	2,78 (0,22)
Verbundenheit mit Österreich	7,60 (0,12)	7,68 (0,18)	8,30 (0,19)
Verbundenheit mit Europa	6,07 (0,12)	5,56 (0,17)	4,61 (0,26)

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen; $n = 501$

Tabelle 16 zeigt die Verteilung des bevorzugten Demokratiemodells nach Parteipräferenz. Die Liberale Demokratie findet besonders unter Wähler:innen der Grünen (78,5%) und der NEOS (82,2%) Zuspruch. Auch bei Präferent:innen der SPÖ (62,6%) und der ÖVP (62,0%) findet die Liberale Demokratie starke Befürworter:innen, wohingegen der Anteil bei Präferent:innen der FPÖ (49,3%) und von Kleinparteien (54,7%) deutlich geringer ausfällt. Das Modell der Sozialen Demokratie ist insbesondere unter den SPÖ-Anhänger:innen (32,3%) und den Kleinparteien (38,1%) die bevorzugte Option. Bei Präferent:innen der ÖVP (26,8%) und der FPÖ (24,8%) wird die Soziale Demokratie ebenfalls unterstützt, jedoch in geringerem Maße. Anhänger:innen der NEOS (16,4%) und der Grünen (20,0%) zeigen eine vergleichsweise geringere Unterstützung für dieses Modell. Das Populistische Modell wird mit Abstand am stärksten von FPÖ-Wähler:innen (25,8%) vertreten. Bei den ÖVP-Anhängern (11,2%) und den Kleinparteien (7,2%) ist die Unterstützung ebenfalls etwas höher

ausgeprägt, wohingegen Grünen- und NEOS-Wähler:innen mit jeweils nur 1,4% kaum Präferenzen für dieses Modell zeigen.

Tabelle 16: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit von der Parteipräferenz, Spaltenprozent

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS	Kleinparteien
Liberaler Demokratie	62,6%	62,0%	49,3%	78,5%	82,2%	54,7%
Sozialer Demokratie	32,3%	26,8%	24,8%	20,0%	16,4%	38,1%
Populistisches Modell	5,1%	11,2%	25,8%	1,4%	1,4%	7,2%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 17 zeigt, dass sich der Erwerbsstatus deutlich auf die Modellpräferenz auswirkt. Personen in Ausbildung sprechen sich mit 83,4% am häufigsten für die Liberale Demokratie aus, gefolgt von Erwerbstätigen (65,4%) und Erwerbslosen (56,1%). Letztere bevorzugen überdurchschnittlich häufig die Soziale Demokratie (31,9%) und weisen den höchsten Anteil an Befürworter:innen des Populistischen Modells auf (12,0%).

Tabelle 17: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, Spaltenprozent

	Erwerbslos	in Erwerbsarbeit	in Ausbildung
Liberaler Demokratie	56,1%	65,4%	83,4%
Sozialer Demokratie	31,9%	26,4%	14,0%
Populistisches Modell	12,0%	8,2%	2,6%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 18 zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen subjektiver Einkommenssituation und Demokratiepräferenz. Je besser die finanzielle Lage eingeschätzt wird, desto höher die Zustimmung zur Liberalen Demokratie: 75,7% der Befragten, die „bequem leben“, unterstützen dieses Modell, gegenüber nur 34,6% derjenigen, die „(sehr) schwer zurechtkommen“. Die Präferenz für die Soziale Demokratie steigt mit zunehmender ökonomischer Belastung. Beim Populistischen Modell lässt sich kein linearer Zusammenhang erkennen.

Tabelle 18: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit von der subjektiven Einkommenssituation, Spaltenprozent

	Bequem leben	Zurechtkommen	Nur (sehr) schwer zurechtkommen
Liberaler Demokratie	75,7%	53,2%	34,6%
Sozialer Demokratie	17,9%	35,7%	56,7%
Populistisches Modell	6,4%	11,1%	8,7%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 19 veranschaulicht den Zusammenhang des politischen Interesses und des präferierten Demokratiemodells. Politisch Interessierte bevorzugen überwiegend die Liberale Demokratie (70,1%), während unter den weniger Interessierten nur die Hälfte (50,0%) dieses Modell wählt. Die Soziale Demokratie (40,1%) und das Populistische Modell (9,9%) erfahren hingegen mehr Zuspruch als bei politisch Interessierten.

Tabelle 19: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom politischen Interesse, Spaltenprozent

	kaum bis gar nicht interessiert	ziemlich bis sehr interessiert
Libérale Demokratie	50,0%	70,1%
Soziale Demokratie	40,1%	21,6%
Populistisches Modell	9,9%	8,3%
Summe	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 20 illustriert die präferierten Demokratiekonzepte nach Altersgruppen. Mit zunehmendem Alter sinkt die Zustimmung zur Liberalen Demokratie von 71,8% bei den Jüngsten auf 57,8% bei den Ältesten. Hingegen gewinnen die Soziale Demokratie und das Populistische Modell mit dem Alter an Zustimmung.

Tabelle 20: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit von der Altersgruppe, Spaltenprozent

	16 - 29 Jahre	30 - 49 Jahre	50 - 69 Jahre	70 - 90 Jahre
Libérale Demokratie	71,8%	62,0%	61,4%	57,8%
Soziale Demokratie	24,5%	28,2%	28,6%	30,7%
Populistisches Modell	3,7%	9,8%	10,0%	11,5%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Ebenfalls zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede (Tabelle 21). Männer bevorzugen die Liberale Demokratie deutlich häufiger (70,5%) als Frauen (57,0%). Dahingegen ist der Anteil der Frauen, der die Soziale Demokratie präferiert (33,6%) deutlich höher als jener der Männer (21,3%). Die Präferenz für das Populistische Modell unterscheidet sich zwischen den Geschlechtern hingegen nur marginal (8,2% bei Männern, 9,5% bei Frauen).

Tabelle 21: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Geschlecht, Spaltenprozent

	männlich	weiblich
Libérale Demokratie	70,5%	57,0%
Soziale Demokratie	21,3%	33,6%
Populistisches Modell	8,2%	9,5%
Summe	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 22 illustriert, dass Personen, die über einen Migrationshintergrund verfügen, eine stärkere Präferenz für die Soziale Demokratie aufweisen (32,0%) als Personen ohne Migrationshintergrund (26,3%). Während die Präferenz für die Liberale Demokratie bei Personen mit (64,4%) und ohne Migrationshintergrund (61,7%) in etwa gleich stark vertreten ist, befürworten jene ohne Migrationshintergrund stärker das Populistische Modell (9,3%) als Staatsbürger:innen, die einen Migrationshintergrund aufweisen (6,3%).

Tabelle 22: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Spaltenprozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Libérale Demokratie	64,4%	61,7%
Soziale Demokratie	26,3%	32,0%
Populistisches Modell	9,3%	6,3%
Summe	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Auch hinsichtlich des Bildungsstandes (siehe Tabelle 23) zeigen sich deutliche Unterschiede. Das Modell der Liberalen Demokratie wird von allen Bildungsgruppen am stärksten befürwortet. Jedoch zeigt sich ein deutlicher Anstieg des Anteils der Befürworter:innen mit zunehmender Bildung. Während 50,3% der Personen mit einem niedrigen Bildungsstand diesem Modell den Vorzug geben, sind es von jenen mit hoher Bildung bereits 82,0%. Das gegenteilige Muster zeigt sich für das populistische und das soziale Modell. So liegt der Anteil der Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, die sich für das Soziale Demokratiemodell aussprechen bei 37,9%, unter jenen mit mittleren Bildungsabschlüssen bei 20,4% und bei jenen mit hoher Bildung sinkt der Anteil auf 14,3%. Das Populistische Modell findet unter jenen mit niedrigem Bildungsabschluss mit einem Anteil von 11,8% ebenfalls den höchsten Zuspruch, gefolgt von Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen (8,1%) und am wenigsten bei Personen mit hoher Bildung (3,7%).

Tabelle 23: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Bildungsstand, Spaltenprozent

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Hohe Bildung
Liberalen Demokratie	50,3%	71,4%	82,0%
Soziale Demokratie	37,9%	20,4%	14,3%
Populistisches Modell	11,8%	8,1%	3,7%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

6.1.3. Bivariate Analyse Demokratiedefizite

Für die nachfolgende bivariate Darstellung der Demokratiedefizite in Abhängigkeit der unabhängigen Variablen wurde, analog zur Auswertung der präferierten Demokratiekonzepte, eine neue Variable erstellt, die angibt, welches der drei untersuchten Demokratiekonzepte von den Befragten als am stärksten defizitär wahrgenommen wird. Von den ursprünglich 1.731 Fällen mussten 141 ausgeschlossen werden (121 aufgrund gleich hoher Defizitwerte bei 2 oder mehr Modellen, 20 aufgrund fehlender Angaben). Die gewichtete Fallzahl reduziert sich dadurch auf $n = 587$.

Wie Tabelle 24 zeigt, wird die Soziale Demokratie mit 49,1% am häufigsten als defizitär wahrgenommen, gefolgt vom Populistischen Modell (36,1%) und der Liberalen Demokratie (14,8%). Dies legt nahe, dass liberale Prinzipien zwar am stärksten präferiert (siehe Tabelle 15), zugleich jedoch auch als am besten verwirklicht wahrgenommen werden. Bei den Mittelwerten der abhängigen Variablen zeigen sich teils deutliche Unterschiede: Die Repräsentationswahrnehmung ist bei Personen mit Defizitwahrnehmung im liberalen Modell am höchsten (2,48), gefolgt vom Sozialen (2,30) und dem Populistischen Modell (2,18). Das Vertrauen in politische Institutionen unterscheidet sich hingegen nur geringfügig: Bei liberalen und sozialen Demokratiedefiziten ist es gleich ausgeprägt (jeweils 3,68), während es bei populistischen Defiziten etwas geringer ausfällt (3,51). Deutlicher sind die Unterschiede beim Verbundenheitsgefühl mit Österreich: Dies ist unter jenen mit populistischer Defizitwahrnehmung am stärksten ausgeprägt (8,27), gefolgt von sozialen (7,61) und liberalen Demokratiedefiziten (6,85). Umgekehrt zeigt sich das stärkste Verbundenheitsgefühl mit Europa bei

Personen mit sozialdemokratischer Defizitwahrnehmung (6,12), während es bei liberalen (5,81) und insbesondere bei populistischen Defiziten (5,57) niedriger ausfällt.

Tabelle 24: Mittelwerte und Standardfehler abhängiger Variablen in Abhängigkeit vom am stärksten wahrgenommenen Demokratiedefizit

	Defizit Liberalen Demokratie	Defizit Soziale Demokratie	Defizit Populistisches Modell
Fallzahl	87	288	212
Gültige Prozent	14,8%	49,1%	36,1%
	<i>MW (SE)</i>	<i>MW (SE)</i>	<i>MW (SE)</i>
Repräsentationswahrnehmung	2,48 (0,06)	2,30 (0,04)	2,18 (0,04)
Vertrauen in politische Institutionen	3,68 (0,18)	3,68 (0,10)	3,51 (0,11)
Verbundenheit mit Österreich	6,85 (0,27)	7,61 (0,11)	8,27 (0,12)
Verbundenheit mit Europa	5,81 (0,23)	6,12 (0,12)	5,57 (0,15)

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen; n = 587

In Tabelle 25 wird die Verteilung der Demokratiedefizite nach Parteipräferenz aufgeschlüsselt. Soziale Defizite werden von allen Parteianhänger:innen am häufigsten benannt; am stärksten bei den Grünen (64,0%), gefolgt von der SPÖ (56,9%) und den NEOS (50,7%). Ein populistisches Demokratiedefizit nehmen insbesondere Wähler:innen der ÖVP (51,2%) und der FPÖ (43,4%) wahr. SPÖ-, NEOS- und Kleinparteien-Wähler:innen sehen hier ebenfalls Defizite, jedoch mit deutlich geringeren Anteilen zwischen 27% und 33%. Bei den Grünen hingegen wird ein populistisches Defizit nur von einem Fünftel der Befragten (19,9%) geäußert. Liberale Demokratiedefizite werden insgesamt deutlich seltener benannt, mit den höchsten Anteilen bei Kleinparteien (22,7%) und den NEOS (20,2%).

Tabelle 25: Demokratiedefizite in Abhängigkeit von der Parteipräferenz, Spaltenprozent

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS	Kleinparteien
Liberales Defizit	10,2%	14,4%	11,8%	16,1%	20,2%	22,7%
Soziales Defizit	56,9%	34,4%	44,7%	64,0%	50,7%	50,0%
Populistisches Defizit	32,9%	51,2%	43,4%	19,9%	29,1%	27,3%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 26 zeigt die Defizitwahrnehmung nach Erwerbsstatus. Personen in Ausbildung nennen deutlich häufiger ein liberales Demokratiedefizit (28,3%) als Erwerbstätige (14,4%) oder Erwerbslose (11,0%). Ein soziales Demokratiedefizit wird von allen Gruppen am häufigsten genannt. Das populistische Modell wird besonders von Erwerbslosen als defizitär wahrgenommen (41,6%), deutlich häufiger als von Erwerbstätigen (36,4%) oder Personen in Ausbildung (20,5%).

Tabelle 26: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, Spaltenprozent

	Erwerbslos	in Erwerbsarbeit	in Ausbildung
Liberales Defizit	11,0%	14,4%	28,3%
Soziales Defizit	47,4%	49,3%	51,1%
Populistisches Defizit	41,6%	36,4%	20,5%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

In Tabelle 27 zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen subjektiver Einkommenssituation und Defizitwahrnehmung: Je prekärer die Lage, desto häufiger wird ein soziales Demokratiedefizit benannt. Demgegenüber steigt die Wahrnehmung liberaler Defizite mit steigendem Einkommen. Populistische Defizite variieren weniger stark, werden aber ebenfalls am häufigsten von ökonomisch besser Gestellten genannt.

Tabelle 27: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom subjektiven Einkommen, Spaltenprozent

	Bequem leben	Zurechtkommen	Nur (sehr) schwer zurechtkommen
Liberales Defizit	18,3%	12,4%	6,6%
Soziales Defizit	44,2%	54,1%	58,2%
Populistisches Defizit	37,5%	33,5%	35,2%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 28 differenziert die Defizitwahrnehmung nach politischem Interesse. Hier zeigen sich nur geringe Unterschiede. Politisch Desinteressierte nehmen häufiger ein Soziales Demokratiedefizit wahr als politisch Interessierte (53,5% vs. 47,1%). Bei der Liberalen Demokratie sind die Defizite in etwa gleich ausgeprägt (14,6% vs. 14,9%), wohingegen beim Populistischen Modell von politisch Interessierten ein deutlich höheres Defizit wahrgenommen wird (38,0%) als von Desinteressierten (31,9%).

Tabelle 28: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom politischen Interesse, Spaltenprozent

	kaum bis gar nicht interessiert	ziemlich bis sehr interessiert
Liberales Defizit	14,6%	14,9%
Soziales Defizit	53,5%	47,1%
Populistisches Defizit	31,9%	38,0%
Summe	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Auch das Alter beeinflusst die Wahrnehmung von Demokratiedefiziten (siehe Tabelle 29). Ein Defizit in der Liberalen Demokratie wird besonders häufig von der jüngsten Altersgruppe (16-29 Jahre) genannt (22,0%) Mit steigendem Alter nimmt dieser Anteil tendenziell ab und liegt in der ältesten Altersgruppe bei 11,7%. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Wahrnehmung sozialer Demokratiedefizite. Auch hier äußern die Jüngsten (56,7%) die deutlichste Kritik, während der Anteil in den älteren Altersgruppen tendenziell absinkt. Umgekehrt verhält es sich bei der Wahrnehmung populistischer Demokratiedefizite: Diese nehmen mit dem Alter zu, wenn auch nicht streng linear.

Tabelle 29: Demokratiedefizite in Abhängigkeit von der Altersgruppe, Spaltenprozent

	16 - 29 Jahre	30 - 49 Jahre	50 - 69 Jahre	70 - 90 Jahre
Liberales Defizit	22,0%	18,0%	9,8%	11,7%
Soziales Defizit	56,7%	48,2%	46,4%	47,2%
Populistisches Defizit	21,3%	33,8%	43,7%	41,1%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

In Tabelle 30 sind die geschlechtsspezifischen Differenzen abgebildet. Männer äußern etwas häufiger liberale Defizite als Frauen (16,5% vs. 13,3%). Hingegen ist die Defizitwahrnehmung im Sozialen Modell bei Frauen stärker ausgeprägt (51,6% vs. 46,4%). Die Wahrnehmung populistischer Defizite unterscheidet sich kaum.

Tabelle 30: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Geschlecht, Spaltenprozent

	männlich	weiblich
Liberales Defizit	16,5%	13,3%
Soziales Defizit	46,4%	51,6%
Populistisches Defizit	37,1%	35,1%
Summe	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 31 zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund etwas häufiger soziale Demokratiedefizite wahrnehmen (52,0% vs. 48,2%), während liberale und populistische Defizite ähnlich häufig benannt werden.

Tabelle 31: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Spaltenprozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Liberales Defizit	15,1%	14,1%
Soziales Defizit	48,2%	52,0%
Populistisches Defizit	36,7%	33,8%
Summe	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 32 illustriert, dass mit steigendem Bildungsniveau die Wahrnehmung liberaler Defizite zunimmt (von 11,5% bei niedriger zu 19,1% bei hoher Bildung). Umgekehrt nimmt die Wahrnehmung populistischer Defizite mit zunehmender Bildung leicht ab (von 38,5% auf 33,4%). Soziale Demokratiedefizite bleiben in allen Bildungsgruppen am stärksten ausgeprägt (zwischen 47,5% und 50,0%).

Tabelle 32: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Bildungsstand, Spaltenprozent

	Niedrige	Mittlere Bildung	Hohe Bildung
Liberales Defizit	11,5%	16,9%	19,1%
Soziales Defizit	50,0%	48,2%	47,5%
Populistisches Defizit	38,5%	34,9%	33,4%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

6.2. Regressionsanalysen

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse der Regressionsmodelle vorgestellt. Im ersten Schritt wird analysiert, mit welchen Merkmalen das politische Repräsentationsempfinden zusammenhängt. In den darauffolgenden Modellen fungiert die Repräsentationswahrnehmung selbst als zentraler Prädiktor. Es wird untersucht, inwiefern sie mit dem vertretenen Demokratieverständnis sowie mit der Wahrnehmung spezifischer Demokratiedefizite verknüpft ist.

6.2.1. Regressionsanalyse Repräsentationswahrnehmung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Regressionsanalysen zur politischen Repräsentationswahrnehmung der Befragten vorgestellt (siehe Tabelle 33 auf S. 90). Die Analyse erfolgt sequenziell in fünf Modellen (A1 bis A5), wobei in jedem Schritt zusätzliche Variablen ergänzt werden, um deren Einfluss auf die abhängige Variable zu kontrollieren. Das erste Modell (A1) enthält die Kernvariablen subjektives Einkommen und Parteipräferenz, welche für die Prüfung der in Kapitel 4 vorgestellten Hypothesen relevant sind. In den folgenden Modellen werden schrittweise die Kontrollvariablen hinzugefügt. Modell A2 erweitert das Grundmodell um soziodemografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Migrationshintergrund, Erwerbsstatus). Modell A3 ergänzt Kontrollvariablen zum Verbundenheitsgefühl mit Österreich sowie mit Europa. In Modell A4 wird zusätzlich das politische Interesse der Befragten berücksichtigt. Das Vollmodell A5 integriert abschließend das Vertrauen in politische Institutionen.

Der Effekt des subjektiven Einkommens auf die politische Repräsentationswahrnehmung ist über alle fünf Modelle hinweg statistisch signifikant. Personen, die angaben, finanziell „bequem“ leben zu können, berichten eine signifikant höhere Repräsentationswahrnehmung im Vergleich zur Referenzgruppe („finanziell zurechtkommen“). Umgekehrt weisen Personen, die finanziell „sehr schwer zurechtkommen“, eine deutlich niedrigere Repräsentationswahrnehmung auf. Auch nach Einbeziehung soziodemografischer und einstellungsbezogener Kontrollvariablen bleiben diese Effekte weitgehend stabil. Zwar nimmt die Effektstärke mit Aufnahme soziodemografischer Variablen (Modell A2) leicht ab, doch die Robustheit des Effekts unterstreicht die Relevanz der ökonomischen Situation für die Wahrnehmung politischer Repräsentation. Die Parteipräferenz zeigt nicht durchwegs signifikante Effekte, sondern variiert je nach Partei. Der größte statistisch signifikante Effekt zeigt sich im Vergleich zur Referenzkategorie der SPÖ-Präferent:innen bei Präferent:innen der FPÖ. Diese Personengruppe weist über alle Modellstufen hinweg eine signifikant schlechtere Repräsentationswahrnehmung auf. Auch nach Einbeziehung aller Kontrollvariablen (Modell A5) bleibt dieser Effekt bestehen, wenn auch mit abnehmender Schwäche. Für Präferent:innen von Kleinparteien ist ebenfalls über alle Modelle hinweg ein negativer Effekt auf die Repräsentationswahrnehmung zu beobachten. Dieser Effekt ist in den Modellen A1 bis A4 signifikant,

wird jedoch durch die Einbeziehung des Vertrauens in politische Institutionen (A5) abgeschwächt und verliert an Signifikanz. Bei Präferent:innen der Grünen zeigt sich im ersten Modell noch ein schwacher signifikant positiver Effekt, der jedoch im Zuge der Modellerweiterungen verschwindet. Personen, die sich der ÖVP oder den NEOS verbunden fühlen, zeigen in keinem Modell signifikante Abweichungen zur SPÖ-Referenzgruppe.

Auch bei den soziodemografischen Kontrollvariablen zeigen sich einige interessante Effekte. Die Effekte für die Altersgruppen sind über alle Modelle hinweg relativ robust. Jüngere Altersgruppen zeigen im Vergleich zur Referenzkategorie der 70- bis 90-Jährigen eine bessere Repräsentationswahrnehmung, wobei dieser Effekt nur in Model A5 für die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen und die Gruppe der 50- bis 69-jährigen statistisch signifikant ist. Frauen fühlen sich über alle Modelle hinweg signifikant weniger politisch repräsentiert als Männer, der Effekt verändert sich durch Aufnahme weiterer Kontrollvariablen nur marginal und ist somit als robust einzustufen. Der Bildungsstand der Befragten zeigt ebenfalls robuste Effekte. Höhere Bildung zeigt lediglich im Modell A2 einen signifikant positiven Effekt im Vergleich zur mittleren Bildung. Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen hingegen nehmen sich durchgehend signifikant weniger politisch repräsentiert wahr. Der Migrationshintergrund der Befragten zeigt keinen statistisch signifikanten Effekt. Betrachtet man den Erwerbsstatus, so zeigt sich hier überraschenderweise, dass erwerbslose Personen im Vergleich zu erwerbstätigen Personen kaum Unterschiede in der politischen Repräsentationswahrnehmung aufweisen. Personen in Ausbildung fühlen sich hingegen besser repräsentiert als Erwerbstätige. Dieser Effekt ist in Model A2 und A3 statistisch signifikant, verliert jedoch durch Aufnahme der Kontrollvariablen für politisches Interesse und Vertrauen in politische Institutionen seine Signifikanz.

Für die Einstellungsvariablen zeigt sich beim Verbundenheitsgefühl mit Österreich kein signifikanter Einfluss. Eine stärkere europäische Verbundenheit korreliert hingegen positiv mit der Repräsentationswahrnehmung. Ein ebenfalls signifikant positiver Effekt zeigt sich beim politischen Interesse der Befragten. Personen, die angeben, sich für Politik zu interessieren, weisen eine signifikant höhere politische Repräsentationswahrnehmung auf, als Befragte, die sich wenig bis gar nicht für Politik interessieren. Schließlich wurde in Model A5 eine Kontrollvariable in das Modell aufgenommen, die das Vertrauen in politische Institutionen misst. Hier zeigt sich ein hochsignifikant positiver, wenn auch nicht überraschender, Effekt: Je mehr Vertrauen die Österreicher:innen politischen Institutionen schenken, desto besser fühlen sie sich politisch repräsentiert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die ökonomische Situation und die Parteipräferenz zentrale Prädiktoren für die Wahrnehmung politischer Repräsentation darstellen. Finanzielle Unsicherheit sowie die Präferenz für die FPÖ oder Kleinparteien gehen mit einer signifikant

geringeren Repräsentationswahrnehmung einher. Auch Frauen nehmen sich im Vergleich zu Männern deutlich seltener politisch repräsentiert wahr. Ebenfalls hervorzuheben sind die positiven Effekte von politischem Interesse und Vertrauen in politische Institutionen: Personen, die sich für Politik interessieren und Vertrauen in das politische System haben, fühlen sich stärker repräsentiert.

Tabelle 33: Multiple lineare Regressionsanalyse der Repräsentationswahrnehmung

Prädiktoren	Politische Repräsentationswahrnehmung (je höher, desto höher die Repräsentationswahrnehmung)				
	Modell A1 Koeffizienten	Modell A2 Koeffizienten	Modell A3 Koeffizienten	Modell A4 Koeffizienten	Modell A5 Koeffizienten
(Intercept)	2,25 ***	2,38 ***	2,16 ***	1,99 ***	1,64 ***
Subjektives Einkommen (Referenz: Zurechtkommen)					
Bequem leben	0,18 ***	0,13 **	0,12 **	0,11 *	0,09 *
(Sehr) Schwer zurechtkommen	-0,36 ***	-0,32 ***	-0,31 ***	-0,30 ***	-0,22 **
Parteipräferenz (Referenz: SPÖ)					
ÖVP	-0,00	-0,01	0,02	0,02	-0,06
Grüne	0,15 *	0,05	0,03	0,01	-0,03
FPÖ	-0,40 ***	-0,40 ***	-0,30 ***	-0,30 ***	-0,16 *
NEOS	0,08	-0,02	-0,03	-0,03	0,03
Kleinparteien	-0,23 *	-0,31 **	-0,29 **	-0,26 **	-0,12
Altersgruppe (Referenz: 70 - 90 Jahre)					
16 bis 29 Jahre		0,10	0,11	0,16	0,22 *
30 bis 49 Jahre		0,06	0,07	0,10	0,11
50 bis 69 Jahre		0,11	0,12	0,12	0,16 **
Geschlecht (Referenz männlich)					
weiblich		-0,18 ***	-0,17 ***	-0,14 ***	-0,11 **
Bildungsgrad (Referenz: mittlere Bildung)					
niedrige Bildung		-0,19 ***	-0,17 ***	-0,14 **	-0,14 **
hohe Bildung		0,12 *	0,10	0,10	0,07
Migrationshintergrund (Referenz: kein Migrationshintergrund)					
mit Migrationshintergrund		-0,02	-0,04	-0,05	-0,02
Erwerbsstatus (Referenz: Erwerbstätig)					
In Ausbildung		0,26 *	0,23 *	0,21	0,11
Erwerbslos		-0,06	-0,05	-0,07	-0,06
Verbundenheitsgefühl AT			-0,01	-0,01	-0,01
Verbundenheitsgefühl Europa			0,05 ***	0,05 ***	0,01
Politisches Interesse (Referenz: kaum/ gar nicht interessiert)					
ziemlich/ sehr interessiert				0,21 ***	0,15 ***
Vertrauen in politische Institutionen					0,16 ***
Beobachtungen	1258	1258	1258	1258	1258
R ² /	0,084 /	0,138 /	0,162 /	0,176 /	0,325 /
R ² korr.	0,079	0,127	0,150	0,163	0,314

* $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,001$

Anm.: Die abhängige Variable „Repräsentationswahrnehmung“ weist einen Wertebereich von 0 bis 5 auf.

Modellgüte

Mit jedem Schritt der Modellierung lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg des R^2 -Werts beobachten. Im ersten Modell (A1) erklären die beiden Hauptvariablen 8,4% der Varianz der Repräsentationswahrnehmung (korrigiertes $R^2 = 0,079$). Dieser Anteil steigt bis zum Modell A5 auf 32,5% an (korr. $R^2 = 0,314$). Besonders auffällig ist der starke Anstieg der erklärten Varianz von Modell A4 auf A5: Hier beträgt der Zuwachs 14,9 Prozentpunkte, während die Zuwächse in den vorherigen Modellen zwischen 1,4 und 5,4 Prozentpunkte liegen. Dieser Sprung deutet darauf hin, dass die in Modell A5 hinzugefügte Variable des Vertrauens in politische Institutionen einen besonders starken Zusammenhang mit politischer Repräsentationswahrnehmung aufweist. Der Test auf Multikollinearität, welcher auf Korrelationen zwischen den Prädiktoren im Modell prüft, ergibt für alle Variablen VIF-Werte deutlich unter dem Schwellenwert von 5, was darauf hinweist, dass keine signifikante Multikollinearität vorliegt (siehe Tabelle 42 auf S. 131).

Der Koeffizientenplot (siehe Abbildung 25) zeigt die Konfidenzintervalle der unabhängigen Variablen über die fünf verschiedenen Modelle hinweg. Auf der x-Achse sind die geschätzten Regressionskoeffizienten dargestellt, während auf der y-Achse die unabhängigen Variablen aufgelistet sind. Die Fehlerbalken zeigen die 95%-Konfidenzintervalle. Wenn ein Konfidenzintervall die Null-Linie schneidet, ist der Effekt statistisch nicht signifikant. In allen Modellen zeigt sich die ökonomische Situation der Befragten als starker und robuster Prädiktor. Auffällig ist, dass die Gruppe mit dem höchsten subjektiven Einkommen („bequem leben“) ein besonders schmales Konfidenzintervall aufweist, dies ist ein Hinweis auf eine präzisere und stabilere Schätzung im Vergleich zur benachteiligten Gruppe. Parteipräferenzen zeigen nur bei der FPÖ und den Kleinparteien über alle Modelle hinweg signifikante Effekte, mit ähnlich breiten Konfidenzintervallen. Beim Erwerbsstatus fällt auf, dass nur Personen in Ausbildung eine signifikante Effektstärke zeigen, allerdings mit einem breiteren Konfidenzintervall, was auf größere Unsicherheit in der Schätzung hindeutet. Der negative Effekt auf die Repräsentationswahrnehmung bei Frauen im Vergleich zu Männern ist ebenfalls sehr robust, mit einem vergleichsweise schmalen Konfidenzintervall. Politisches Interesse und Vertrauen in politische Institutionen sind deutlich und robust positiv mit der Repräsentationswahrnehmung assoziiert. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ökonomischer Wohlstand und politisches Interesse sowie Vertrauen in politische Institutionen positive Treiber für das Gefühl politischer Repräsentation darstellen. Soziale Vulnerabilität hingegen, also finanzielle Unsicherheit sowie niedrigere Bildungsabschlüsse gehen mit einer negativeren Repräsentationswahrnehmung einher.

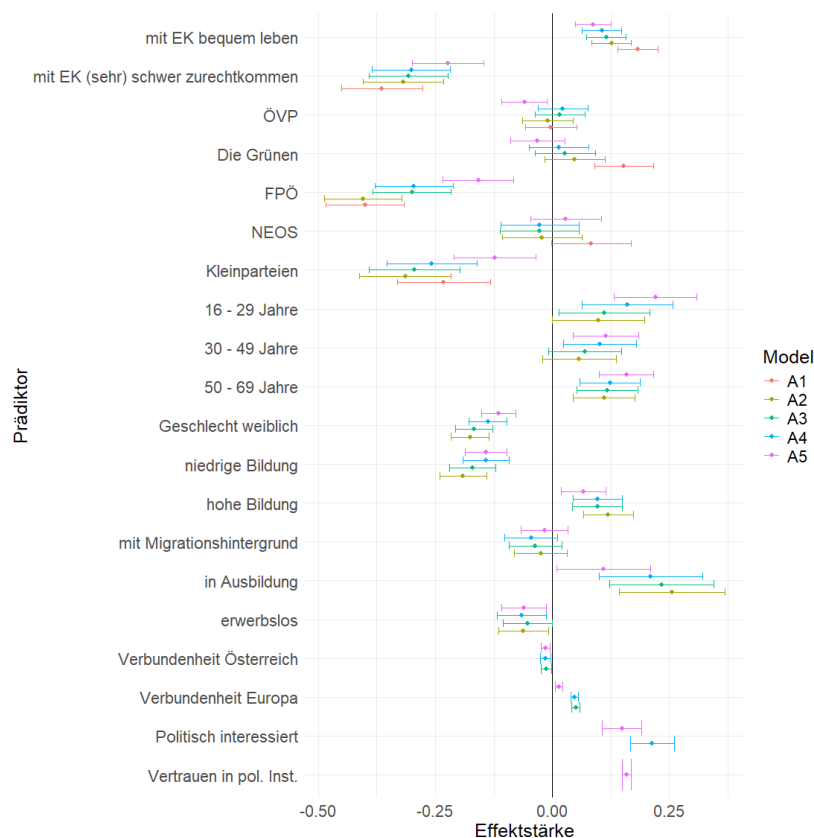


Abbildung 25: Koeffizientenplot der Regressionsmodelle zur Repräsentationswahrnehmung

6.2.2. Regressionsanalysen Demokratiekonzepte

Um zu untersuchen, wie sich die politische Repräsentationswahrnehmung der Befragten auf die Bewertung der Wichtigkeit (= Aspiration) der drei Demokratiekonzepte auswirkt, wurden drei separate lineare Regressionsmodelle geschätzt. Diese analysieren den Zusammenhang zwischen dem Repräsentationsindex und der Wichtigkeit, die die Befragten jeweils den drei Demokratiekonzepten (Liberal, Sozial, Populistisch) beimessen. Vorab wurde grafisch geprüft, ob die Annahme linearer Zusammenhänge erfüllt ist. Für das Liberale Demokratiemodell (Abbildung 35 auf S. 132) zeigte sich ein weitgehend linearer positiver Zusammenhang. Auch beim Populistischen Modell (Abbildung 36) kann die Linearitätsannahme als erfüllt bewertet werden, wobei sich hier ein negativer Trend abzeichnet. Beim Sozialen Demokratiemodell (Abbildung 37) zeigt sich auf den ersten Blick ein weniger klarer Zusammenhang: Es kann ein negativer, jedoch nicht strikt linearer Verlauf erkannt werden. Insbesondere bei hohen Werten auf der Repräsentationsskala (ab 3,5) ist ein stärker ausgeprägter Anstieg der Aspiration zu beobachten als unter der Linearitätsannahme zu erwarten wäre. Dies spricht für einen differenzierteren Zusammenhang, der zwar im Mittel negativ ausfällt, bei höheren Werten jedoch von dieser Tendenz abweichen kann. Da bei höheren Werten auf der Repräsentationsskala jedoch eine sehr kleine Fallzahl vorliegt und der Gesamttrend stabil bleibt, wird dennoch eine lineare Regression gerechnet.

Die Regressionsanalyse (Tabelle 34) zeigt, dass eine höhere Repräsentationswahrnehmung mit einer signifikant stärkeren Befürwortung der Liberalen Demokratie einhergeht. Umgekehrt ist bei niedrigerer Repräsentationswahrnehmung eine stärkere Zustimmung zum Populistischen Modell und in etwas abgeschwächter Form bei der Sozialen Demokratie zu erkennen. Besonders ausgeprägt ist dieser Effekt beim Populistischen Modell: Ein um eine Einheit höherer Repräsentationswert ist im Mittel mit einem Rückgang der Zustimmung zum Populistischen Modell um -0,51 Skalenpunkte verbunden, wobei dieser Effekt hochsignifikant ist. Für die Soziale Demokratie fällt dieser Zusammenhang mit -0,16 schwächer aus und ist lediglich auf dem 5%-Niveau signifikant. Nur das Liberale Demokratiemodell zeigt einen positiven Zusammenhang von +0,26 Skalenpunkten.

Das Bestimmtheitsmaß R^2 zeigt, dass der Repräsentationsindex beim Populistischen Modell den größten Anteil erklärter Varianz aufweist ($R^2 = 0,048$). Für die Liberale Demokratie liegt R^2 bei 0,022, für die Soziale Demokratie lediglich bei 0,003. Letzteres deutet darauf hin, dass die Repräsentationswahrnehmung einen nur sehr geringen Beitrag zur Erklärung der beigemessenen Wichtigkeit der Sozialen Demokratie leistet.

Tabelle 34: Regressionsergebnisse Demokratieaspirationen

	Politische Repräsentationswahrnehmung						
	β	SE	t-Wert	p-Wert	R^2	R^2 korr.	Beobachtungen
Liberale Demokratie	0,264	0,044	5,98	$p < 0,001$	0,022	0,021	1633
Soziale Demokratie	-0,159	0,068	-2,34	$p = 0,019$	0,003	0,003	1633
Populistisches Modell	-0,513	0,056	-9,1	$p < 0,001$	0,048	0,048	1633

Die Visualisierung der Regressionskoeffizienten (Abbildung 26) bestätigt die oben beschriebenen Zusammenhänge und verdeutlicht zudem die Unterschiede der Effektstärke und der Schätzpräzision. So zeigt sich hier einerseits das größere Konfidenzintervall für die Soziale Demokratie, was im Vergleich zu den beiden anderen Modellen auf eine vergleichsweise niedrige Schätzgenauigkeit in der Grundgesamtheit hinweist. Besonders deutlich tritt der starke negative Effekt der Repräsentationswahrnehmung auf das Populistische Modell hervor und stützt die Annahme, dass dieses Demokratieverständnis der Befragten besonders anschlussfähig für Untersuchungen zur Repräsentationswahrnehmung ist. Zusammenfassend zeigt sich, dass die politische Repräsentationswahrnehmung in signifikantem Zusammenhang mit unterschiedlichen Demokratieaspirationen steht. Während sich bei stärkerem Repräsentationsempfinden eine höhere Zustimmung zum liberalen Demokratiekonzept zeigt, deuten niedrigere Repräsentationswerte auf eine verstärkte Orientierung zu populistischen Demokratievorstellungen hin.

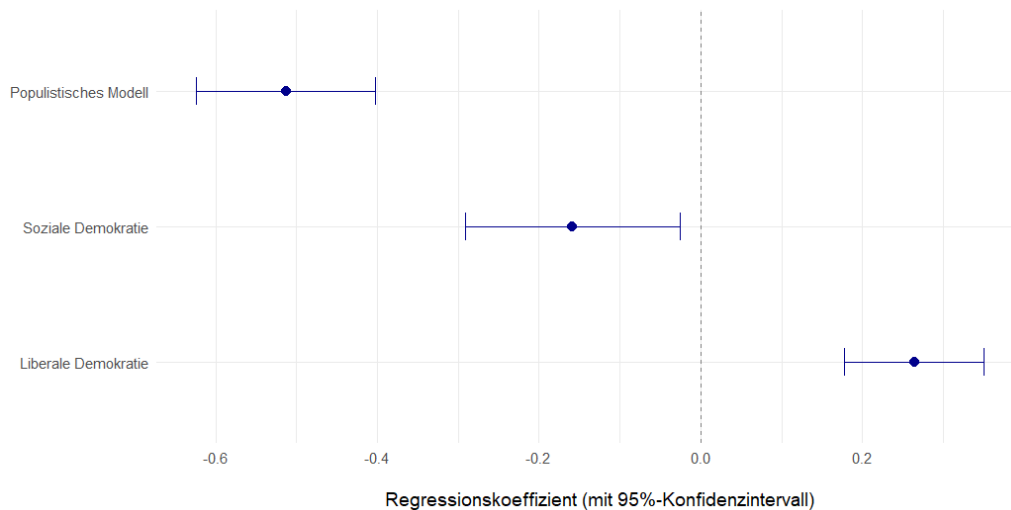


Abbildung 26: Regressionskoeffizienten Repräsentationswahrnehmung zur Schätzung des Effekts auf die Demokratieaspiration

6.2.3. Regressionsanalysen Demokratiedefizite

In diesem Kapitel werden die Regressionsanalysen zu den Demokratiedefiziten vorgestellt, differenziert nach den Dimensionen Liberale Demokratie, Soziale Demokratie und dem Populistischen Modell. Die politische Repräsentationswahrnehmung der Befragten wird dabei als zentraler Prädiktor in die Modelle B1-5, C1-5 und D1-5 (analog zu A1-5) integriert. Die übrigen unabhängigen Variablen entsprechen jenen, die bereits in den Regressionsanalysen zur politischen Repräsentationswahrnehmung verwendet wurden. Der Aufbau der drei folgenden Regressionsmodelle folgt einem einheitlichen Schema, um die Ergebnisse vergleichbar zu machen und mögliche Unterschiede zwischen den Demokratiedefizit-Dimensionen systematisch herauszuarbeiten.

Defizit Liberale Demokratie (Modelle B1-B5)

Dieser Abschnitt präsentiert die Ergebnisse der Regressionsanalysen zur Wahrnehmung eines Demokratiedefizits im Bereich der Liberalen Demokratie (siehe Tabelle 35). Der zentrale Prädiktor in diesen Modellen ist die politische Repräsentationswahrnehmung. Hier zeigt sich in den Modellen B1 bis B4 ein hochsignifikanter und robuster Effekt. Personen, die sich politisch repräsentiert fühlen, nehmen ein geringeres Demokratiedefizit im liberalen Bereich wahr. Im Modell B5 verliert dieser Effekt jedoch seine Signifikanz, was darauf hindeutet, dass das Vertrauen in politische Institutionen eine vermittelnde Rolle spielen könnte. Das subjektive Einkommen der Befragten zeigt über alle Modelle hinweg keine signifikanten Effekte. Zwar deuten die Koeffizienten für Befragte, die finanziell (sehr) schwer zurechtkommen, auf eine stärkere Defizitwahrnehmung hin, jedoch erreichen diese Werte kein signifikantes Niveau. Deutlichere Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Parteipräferenz. Im Vergleich zur Referenzgruppe der SPÖ-Präferent:innen nehmen Wähler:innen der

ÖVP über alle Modelle hinweg ein signifikant geringeres Demokratiedefizit wahr. In Modell B2 beträgt der positive Effekt +0,49 Skalenpunkte und bleibt auch in den Folgemodellen signifikant, wenn auch leicht abgeschwächt. Umgekehrt weisen alle anderen Parteien eine stärkere Defizitwahrnehmung auf als die SPÖ-Referenzgruppe. Besonders ausgeprägt ist die höhere Defizitwahrnehmung bei Grünen-Wähler:innen, die in Modell B2 -0,96 Skalenpunkte ausmacht. Es handelt sich hierbei über alle Modelle hinweg um einen statistisch hochsignifikanten Effekt, wobei dieser durch Hinzunahme der soziodemografischen Kontrollvariablen absinkt (auf -0,68 in Modell B3). Auch bei Wähler:innen der FPÖ, der NEOS und von Kleinparteien zeigt sich, dass diese eine höhere Defizitwahrnehmung in der liberalen Dimension aufweisen. Diese Effekte sind in den Modellen B2 und B3 signifikant, verlieren jedoch mit Aufnahme weiterer Kontrollvariablen an Stärke und Signifikanz.

Einflussreich sind auch einzelne soziodemografische Variablen. Jüngere Altersgruppen weisen im Vergleich zur Referenzgruppe der 70- bis 90-Jährigen eine stärkere Defizitwahrnehmung in Bereich der Liberalen Demokratie auf. Dieser Effekt ist in der jüngsten Altersgruppe, der 16- bis 29-Jährigen am stärksten ausgeprägt und in dieser Gruppe auch über alle Modelle hinweg signifikant. Ein robuster signifikanter Effekt zeigt sich auch beim Geschlecht: Frauen nehmen im Vergleich zu Männern ein stärkeres Defizit wahr. Hinsichtlich des Bildungsniveaus und des Migrationshintergrunds zeigen sich keine signifikanten Effekte. Zwar deuten die Koeffizienten auf eine tendenziell höhere Defizitwahrnehmung bei Personen mit hoher Bildung oder mit Migrationshintergrund hin, diese Effekte sind jedoch statistisch nicht signifikant. Weisen Personen ein stärkeres Verbundenheitsgefühl mit Österreich auf, so zeigt sich eine hochsignifikante Abschwächung des Demokratiedefizits (+ 0,10 Skalenpunkte). Ein ähnlicher Zusammenhang ist bei einem stärkeren Vertrauen in politische Institutionen zu beobachten (+0,30 Skalenpunkte). Politisch Interessierte weisen hingegen zur Referenzgruppe der politisch Uninteressierten eine stärkere Defizitwahrnehmung auf (-0,29 Skalenpunkte).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Wahrnehmung eines Demokratiedefizits in der liberalen Dimension stark von subjektiven Faktoren, wie politischer Repräsentationswahrnehmung, Vertrauen in Institutionen und der Parteipräferenz geprägt ist. Außerdem nehmen besonders Frauen und jüngere Menschen größere Defizite wahr, während andere soziodemografische Merkmale, wie Bildung oder Einkommen, weniger relevant sind.

Tabelle 35: Multiple lineare Regressionsanalyse Defizit Liberale Demokratie

Demokratiedefizit Liberale Demokratie (je niedriger, desto stärker wahrgenommen)					
Prädiktoren	Model B1 Koeffizienten	Model B2 Koeffizienten	Model B3 Koeffizienten	Model B4 Koeffizienten	Model B5 Koeffizienten
(Intercept)	-2,63 ***	-2,41 ***	-2,31 ***	-3,34 ***	-3,17 ***
Repräsentationswahrnehmung	0,42 ***	0,42 ***	0,47 ***	0,45 ***	0,12
Subjektives Einkommen (Referenz: Zurechtkommen)					
Bequem leben		-0,07	-0,00	-0,01	0,00
(Schwer) zurechtkommen		-0,38	-0,27	-0,20	-0,18
Parteipräferenz (Referenz: SPÖ)					
ÖVP		0,49 ***	0,53 ***	0,51 ***	0,34 *
Grüne		-0,96 ***	-0,68 ***	-0,60 ***	-0,68 ***
FPÖ		-0,59 **	-0,47 *	-0,37	-0,22
NEOS		-0,50 *	-0,26	-0,23	-0,14
Kleinparteien		-0,76 **	-0,59 *	-0,53 *	-0,41
Altersgruppe (Referenz: 70 – 90 Jahre)					
16 bis 29 Jahre			-0,79 **	-0,70 **	-0,57 *
30 bis 49 Jahre			-0,42 *	-0,35	-0,31
50 bis 69 Jahre			-0,17	-0,13	-0,02
Geschlecht (Referenz männlich)					
weiblich			-0,30 **	-0,32 **	-0,36 ***
Bildungsgrad (Referenz: mittlere Bildung)					
niedrige Bildung			0,24	0,22	0,15
hohe Bildung			-0,11	-0,12	-0,14
Migrationshintergrund (Referenz: kein Migrationshintergrund)					
mit Migrationshintergrund			-0,24	-0,22	-0,16
Erwerbsstatus (Referenz: Erwerbstätig)					
In Ausbildung			-0,06	-0,05	-0,12
Erwerbslos			0,11	0,09	0,09
Verbundenheitsgefühl Österreich				0,10 ***	0,10 ***
Verbundenheitsgefühl Europa				0,03	-0,01
Politisches Interesse (Referenz: kaum/ gar nicht interessiert)					
ziemlich/ sehr interessiert					-0,29 *
Vertrauen in politische Institutionen					0,30 ***
Beobachtungen	1226	1226	1226	1226	1226
R ² /	0,027 /	0,120 /	0,158 /	0,174 /	0,243 /
R ² korr.	0,027	0,115	0,146	0,161	0,229

* $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,001$

Anm: Die abhängige Variable „Demokratiedefizit Liberale Demokratie“ weist einen Wertebereich von -10 bis +10 auf.

Modellgüte

Mit jeder Modellerweiterung steigt der Anteil der erklärten Varianz des wahrgenommenen Demokratiedefizits im liberalen Bereich. Während die politische Repräsentationswahrnehmung allein (Modell B1) 2,7% der Varianz erklärt, erhöht sich dieser Anteil im Vollmodell (B5) auf 24,3% (korr. $R^2 = 22,9\%$). Der stärkste Zuwachs zeigt sich erneut im letzten Schritt, durch Einbeziehung des Vertrauens in politische Institutionen. Auch das korrigierte R^2 nimmt bei jeder Modellerweiterung zu, was die Relevanz der hinzugefügten Prädiktoren zur Erklärung der abhängigen Variable unterstreicht. Der Test auf Multikollinearität ergibt für alle Prädiktoren VIF-Werte deutlich unter dem Schwellenwert von 5,

was darauf hindeutet, dass es kein Problem mit Multikollinearität der Prädiktoren gibt (siehe Tabelle 44 auf S. 133).

Abbildung 27 zeigt die Konfidenzintervalle der geschätzten Regressionskoeffizienten. Je weiter links ein Effekt auf der x-Achse liegt, desto höher ist die Defizitwahrnehmung im Bereich der Liberalen Demokratie. Bei der politischen Repräsentationswahrnehmung zeigt sich über die Modelle B1 bis B4 ein stabiler positiver Effekt, mit einem sehr schmalen Konfidenzintervall, was auf eine hohe Schätzgenauigkeit hindeutet. In Modell B5 verliert dieser Effekt seine Signifikanz, was auf eine Überlagerung mit dem Effekt des Institutionenvertrauens schließen lässt. Bei den Parteipräferenzen zeigen sich deutliche Differenzen: Der Effekt für die Grünen ist über alle Modelle hinweg signifikant negativ und wird vergleichsweise präzise geschätzt. Auch bei der FPÖ, den NEOS und den Kleinparteien zeigen sich durchwegs negative Effekte, deren Konfidenzintervalle in höheren Modellen jedoch breiter werden, was eine zunehmende statistische Unsicherheit darstellt. Der positive Effekt der ÖVP bleibt über die Modelle hinweg relativ konstant und weist ein schmales Konfidenzintervall auf. Auch der negative Effekt bei Frauen weist eine robuste und präzise Schätzung auf.

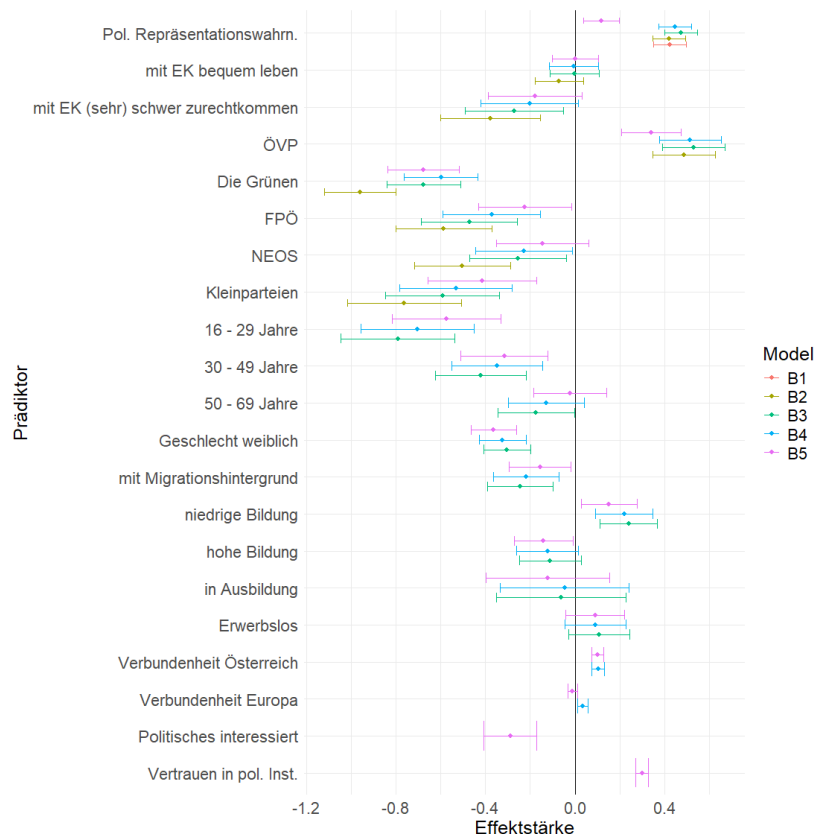


Abbildung 27: Koeffizientenplots der Regressionsmodelle zur Defizitwahrnehmung Liberale Demokratie

Defizit Soziale Demokratie (Modelle C1-C5)

Die Regressionsanalyse zu den Demokratiedefiziten im Bereich der Sozialen Demokratie zeigt einige aufschlussreiche Ergebnisse (siehe Tabelle 36). Je stärker sich Personen politisch repräsentiert fühlen, desto geringer nehmen sie in diesem Bereich ein Demokratiedefizit wahr. Dieser Zusammenhang ist über alle Modelle hinweg statistisch signifikant, verliert aber mit Einbezug weiterer Kontrollvariablen an Effektstärke. Bezüglich der ökonomischen Lage zeigt sich für Personen, die „bequem leben“ können, ein durchweg statistisch signifikanter und stabiler positiver Effekt: Im Vergleich zur Referenzgruppe („zurechtkommen“) empfinden sie ein um 0,84 Skalenpunkte niedrigeres Demokratiedefizit. Auch durch Aufnahme der soziodemografischen Kontrollvariablen ändert sich die Effektstärke lediglich um 0,01 Skalenpunkte. Personen, die finanziell (sehr) schwer zurechtkommen, nehmen zwar ein größeres Defizit wahr, interessanterweise ist dieser Effekt aber in keinem Modell statistisch signifikant. Auch die Parteipräferenz bringt deutliche Unterschiede mit sich: Im Vergleich zur Referenzkategorie der SPÖ nehmen ausschließlich Anhänger:innen der Grünen ein stärkeres Demokratiedefizit wahr (zwischen -0,59 und 0,51 Skalenpunkte). Der Effekt ist robust und in fast allen Modellen statistisch signifikant. Auch bei den anderen Parteien zeigen sich äußerst robuste Werte, die jedoch nur bei der ÖVP und der FPÖ statistische Signifikanz aufweisen. Am stärksten ist die Differenz bei der ÖVP ausgeprägt: Hier nehmen die Personen ein um 1,7 Skalenpunkte schwächeres Defizit wahr als SPÖ-Präferent:innen. Bei den FPÖ-Wählern ist der Effekt mit 0,94 in Modell C2 etwas schwächer ausgeprägt, steigt aber durch Hinzunahme aller Kontrollvariablen auf 1,11 an. Die Altersgruppen zeigen keine statistisch signifikanten Effekte. Es lässt sich jedoch ein Trend erkennen, dass je jünger die Befragten, desto geringer das wahrgenommene Demokratiedefizit. Das Geschlecht weist hingegen über alle Modelle hinweg einen äußerst stabilen, hochsignifikanten Effekt auf: Frauen nehmen ein stärkeres Defizit wahr als Männer. Der Unterschied bewegt sich zwischen -0,60 (C3) und -0,71 (C5) Skalenpunkten. Bei der Bildung zeigt sich, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen tendenziell weniger Demokratiedefizit wahrnehmen, wobei der Effekt nur teilweise signifikant ist. Weder Migrationshintergrund noch Erwerbsstatus zeigen statistisch signifikante Effekte. Auffällig ist jedoch, dass Personen in Ausbildung oder ohne Beschäftigung ein tendenziell geringeres Defizit wahrnehmen als Erwerbstätige. Im Gegensatz zum Modell für die Liberale Demokratie zeigt sich für die Soziale Demokratie, dass die Verbundenheit mit Österreich oder Europa sowie politisches Interesse keine signifikanten Effekte aufweisen. Einzig das Vertrauen in politische Institutionen weist einen signifikanten Zusammenhang auf: Höheres Vertrauen geht mit einer geringeren Defizitwahrnehmung einher.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass wahrgenommene politische Repräsentation sowie ökonomische Sicherheit zentrale Faktoren für die Defizitwahrnehmung der sozialen Dimension der Demokratie darstellen. Deutlich wird zudem, dass sich die Defizitwahrnehmung entlang

parteipolitischer und geschlechtsspezifischer Linien unterscheidet. Dies sind Hinweise auf gesellschaftlich tief verankerte Wahrnehmungsmuster.

Tabelle 36: Multiple lineare Regressionsanalyse Defizit Soziale Demokratie

Demokratiedefizit Soziale Demokratie (je niedriger, desto stärker wahrgenommen)					
Prädiktoren	Modell C1 Koeffizienten	Modell C2 Koeffizienten	Modell C3 Koeffizienten	Modell C4 Koeffizienten	Modell C5 Koeffizienten
(Intercept)	-4,62 ***	-5,57 ***	-5,71 ***	-6,43 ***	-6,36 ***
Repräsentationswahrnehmung	0,77 ***	0,72 ***	0,64 ***	0,63 ***	0,40 **
Subjektives Einkommen (Referenz: Zurechtkommen)					
Bequem leben		0,84 ***	0,83 ***	0,83 ***	0,83 ***
(Sehr) schwer zurechtkommen		-0,57	-0,52	-0,48	-0,46
Parteipräferenz (Referenz: SPÖ)					
ÖVP		1,70 ***	1,73 ***	1,72 ***	1,62 ***
Grüne		-0,59 *	-0,58 *	-0,51	-0,57 *
FPÖ		0,94 **	0,96 **	1,00 **	1,11 **
NEOS		0,67	0,59	0,61	0,67
Kleinparteien		0,45	0,39	0,44	0,55
Altersgruppe (Referenz: 70 - 90 Jahre)					
16 bis 29 Jahre			0,15	0,20	0,30
30 bis 49 Jahre			0,43	0,48	0,50
50 bis 69 Jahre			0,47	0,49	0,56
Geschlecht (Referenz männlich)					
weiblich			-0,69 ***	-0,70 ***	-0,71 ***
Bildungsgrad (Referenz: mittlere Bildung)					
niedrige Bildung			-0,01	-0,03	-0,08
hohe Bildung			0,47 *	0,47 *	0,45
Migrationshintergrund (Referenz: kein Migrationshintergrund)					
mit Migrationshintergrund			0,07	0,10	0,13
Erwerbsstatus (Referenz: Erwerbstätig)					
In Ausbildung			0,30	0,31	0,24
Erwerbslos			0,41	0,40	0,40
Verbundenheitsgefühl Österreich				0,08	0,08
Verbundenheitsgefühl Europa				0,01	-0,03
Politisches Interesse (Referenz: kaum/ gar nicht interessiert)					
ziemlich/ sehr interessiert					-0,11
Vertrauen in politische Institutionen					0,21 ***
Beobachtungen	1236	1236	1236	1236	1236
R ² /	0,031 /	0,130 /	0,146 /	0,149 /	0,160 /
R ² korr.	0,030	0,124	0,134	0,135	0,146

* $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,001$

Anm: Die abhängige Variable „Demokratiedefizit Soziale Demokratie“ weist einen Wertebereich von -10 bis +10 auf.

Modellgüte

Die erklärte Varianz steigt von Modell C1 mit $R^2 = 0,03$ zu Modell C5 auf $R^2 = 0,16$ an. Auffällig ist, dass die Modelle zur sozialen Dimension der Demokratiedefizite insgesamt eine geringere Erklärungskraft aufweisen als jene zur liberalen Dimension (vgl. $R^2 = 0,24$ in Modell B5). Bereits im zweiten Modell (C2), das die zentralen Prädiktoren zur Beantwortung der Forschungsfrage enthält, liegt die erklärte Varianz bei $R^2 = 0,13$ und steigt durch Aufnahme weiterer Kontrollvariablen kaum weiter an. Das

korrigierte R^2 steigt über die Modelle hinweg zwar ebenfalls kontinuierlich an, teilweise fällt dieser Anstieg jedoch sehr gering aus — vor allem zwischen Modell C3 und C4, wo die Einbeziehung der Variablen zur nationalen und europäischen Verbundenheit lediglich zu einem minimalen Anstieg von $\Delta R^2_{\text{korrr.}} = 0,001$ führt. Auf die VIF-Werte zur Prüfung auf Multikollinearität wird an dieser Stelle verzichtet, da sie mit jenen der Modelle zur liberalen Demokratie identisch sind.

Abbildung 28 visualisiert die geschätzten Effekte der unabhängigen Variablen auf die Wahrnehmung sozialer Demokratiedefizite. Auffallend sind insbesondere die engen Konfidenzintervalle bei der politischen Repräsentationswahrnehmung, was auf eine hohe Schätzpräzision hinweist. Auch eine bessere Einkommenssituation, die Präferenz der ÖVP oder der Grünen, höhere Bildung und Frauen weisen präzise geschätzte und stabile signifikante Effekte auf. Im Vergleich zu den Konfidenzintervallen der Schätzer im Modell zur Defizitwahrnehmung der Liberalen Demokratie lässt sich insgesamt eine größere Robustheit der Effekte feststellen.

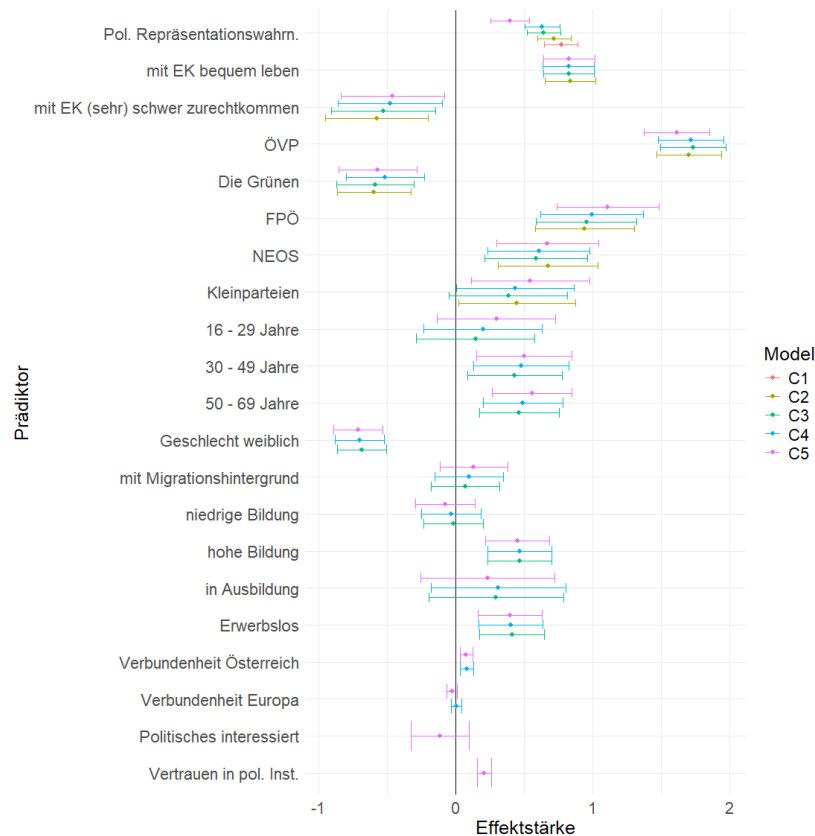


Abbildung 28: Koeffizientenplots der Regressionsmodelle zur Defizitwahrnehmung Soziale Demokratie

Defizit Populistisches Modell (D1-D5)

Tabelle 37 zeigt die Regressionsanalysen zur Wahrnehmung eines Demokratiedefizits im Bereich des populistischen Modells. Auch in diesem Modell zeigt sich ein statistisch hochsignifikanter positiver Zusammenhang zwischen der politischen Repräsentationswahrnehmung und der Defizitwahrnehmung: In Modell D1, welches ausschließlich diese Variable enthält, sinkt das wahrgenommene Demokratiedefizit um 1,40 Skalenpunkte pro zusätzlicher Einheit Repräsentationswahrnehmung. Mit zunehmender Modellkomplexität verringert sich dieser Effekt leicht, insbesondere durch die Einbeziehung des Vertrauens in politische Institutionen (in Modell D5 auf 0,68), bleibt jedoch durchgängig hochsignifikant. Wie in den vorherigen Modellen zeigt sich bei der subjektiven Einkommenssituation das Muster, dass Personen, die finanziell bessergestellt sind, tendenziell geringere Demokratiedefizite wahrnehmen. Allerdings sind diese Effekte statistisch nicht signifikant. Bei der Parteipräferenz fällt auf, dass im Vergleich zur SPÖ-Referenzkategorie lediglich die FPÖ-Wähler:innen ein signifikant höheres Defizit im populistischen Bereich wahrnehmen. Dieser Effekt ist über alle Modelle hinweg statistisch hochsignifikant, variiert jedoch in der Stärke (von -1,38 in D2 bis -0,89 in D5). Für die übrigen Parteien ergeben sich keine signifikanten Zusammenhänge und die Effekte sind zudem eher gering ausgeprägt. Auch das Alter zeigt, wie in den vorangegangenen Modellen, einen negativen Zusammenhang zur Defizitwahrnehmung: Jüngere Befragte nehmen tendenziell weniger Defizit wahr. Der Zusammenhang ist jedoch nicht signifikant. Das Geschlecht weist im Populistischem Modell einen nur sehr schwachen und nicht signifikanten Zusammenhang auf. Auch für Bildung, Haupttätigkeit und Migrationshintergrund lassen sich keine klaren Trends oder signifikanten Effekte identifizieren. Deutlich zeigt sich jedoch ein starker Zusammenhang bei den Variablen zum Verbundenheitsgefühl: Eine höhere Verbundenheit mit Österreich geht, wie im Kontext populistischer Einstellungen erwartbar, mit einem signifikant stärkeren Defizitempfinden einher, während eine stärkere Verbundenheit mit Europa einen gegenteiligen, abschwächenden Effekt hat. Beide Zusammenhänge sind statistisch hochsignifikant. Auch das politische Vertrauen wirkt abschwächend auf die Wahrnehmung eines Demokratiedefizits und weist im finalen Modell (D5) einen signifikanten Effekt auf. Politisches Interesse zeigt hingegen keinen signifikanten Zusammenhang.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass insbesondere die Repräsentationswahrnehmung sowie die Präferenz für die rechtspopulistische Partei FPÖ mit einer stärkeren Wahrnehmung populistischer Demokratiedefizite einhergehen. Darüber hinaus zeigen das Institutionenvertrauen sowie die nationalstaatliche bzw. europäische Verbundenheit erwartungsgemäße signifikante Effekte.

Tabelle 37: Multiple lineare Regressionsanalyse Defizit Populistisches Modell

Demokratiedefizit Populistisches Modell (je niedriger, desto stärker wahrgenommen)					
Prädiktoren	Modell D1 Koeffizienten	Modell D2 Koeffizienten	Modell D3 Koeffizienten	Modell D4 Koeffizienten	Modell D5 Koeffizienten
(Intercept)	-6,06 ***	-5,83 ***	-6,21 ***	-6,01 ***	-5,91 ***
Repräsentationswahrnehmung Subjektives Einkommen (Referenz: Zurechtkommen)	1,40 ***	1,26 ***	1,24 ***	1,15 ***	0,68 ***
Bequem leben		0,13	0,15	0,12	0,11
(Sehr) schwer zurechtkommen		-0,36	-0,41	-0,44	-0,42
Parteipräferenz (Referenz: SPÖ)					
ÖVP		0,25	0,26	0,36	0,16
Grüne		0,16	0,10	-0,06	-0,16
FPÖ		-1,38 ***	-1,42 ***	-1,12 ***	-0,89 **
NEOS		0,24	0,11	0,06	0,19
Kleinparteien		0,04	-0,02	-0,02	0,21
Altersgruppe (Referenz: 70 - 90 Jahre)					
16 bis 29 Jahre			0,32	0,32	0,54
30 bis 49 Jahre			0,47	0,46	0,52
50 bis 69 Jahre			0,15	0,16	0,31
Geschlecht (Referenz männlich)					
weiblich			-0,14	-0,12	-0,13
Bildungsgrad (Referenz: mittlere Bildung)					
niedrige Bildung			0,33	0,24	0,10
hohe Bildung			0,24	0,27	0,24
Migrationshintergrund (Referenz: kein Migrationshintergrund)					
mit Migrationshintergrund			0,09	-0,01	0,06
Haupttätigkeit (Referenz: Erwerbstätig)					
In Ausbildung			-0,06	-0,05	-0,12
Erwerbslos			0,11	0,09	0,09
Verbundenheitsgefühl Österreich				-0,14 ***	-0,15 ***
Verbundenheitsgefühl Europa				0,18 ***	0,12 ***
Politisches Interesse (Referenz: kaum/ gar nicht interessiert)					
ziemlich/ sehr interessiert					-0,10
Vertrauen in politische Institutionen					0,40 ***
Beobachtungen	1199	1199	1199	1199	1199
R ² /	0,152 /	0,180 /	0,186 /	0,211 /	0,273 /
R ² korr.	0,151	0,175	0,174	0,199	0,260

* $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,001$

Anm: Die abhängige Variable „Demokratiedefizit Populistisches Modell“ weist einen Wertebereich von -10 bis +10 auf.

Modellgüte

Im Vergleich zu den beiden anderen Defizitmodellen zeigt sich für das Populistische Modell bereits in Modell D1, das ausschließlich die Repräsentationswahrnehmung berücksichtigt, die höchste erklärte Varianz ($R^2 = 0,15$). Diese steigt im Verlauf bis zum Modell D5 auf $R^2 = 0,27$ (korr. $R^2 = 0,26$) an. Auffällig ist, dass erstmals beim korrigierten Bestimmtheitsmaß ein leichter Rückgang im Zuge des Modellaufbaus zu beobachten ist: Konkret zwischen Modell D2 und D3. Die Aufnahme soziodemografischer Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund und Haupttätigkeit) führt demnach zu keiner nennenswerten Steigerung der erklärten Varianz. Die

Modelle D2 bis D4 weisen insgesamt nur geringe Zugewinne in der Erklärungskraft auf. Der größte Erklärungszuwachs ergibt sich durch die Hinzunahme des politischen Institutionenvertrauen in Modell D5. Gegenüber dem Ausgangsmodell beträgt der Anstieg im korrigierten R^2 insgesamt 0,11.

Die Konfidenzintervalle der geschätzten Effekte unterstreichen die zuvor beschriebenen Ergebnisse (siehe Abbildung 29). Besonders deutlich wird die hohe Schätzpräzision bei der politischen Repräsentationswahrnehmung, auch wenn der Effekt über die Modelle hinweg leicht an Stärke verliert. Ebenso weisen das Verbundenheitsgefühl mit Österreich und Europa sowie das Vertrauen in politische Institutionen sehr enge Konfidenzintervalle auf, was auf eine verlässliche Schätzung der Effekte hinweist. Der Effekt der Parteipräferenz für die FPÖ ist über alle Modelle hinweg statistisch signifikant, jedoch mit einem vergleichsweise breiteren Konfidenzintervall und damit geringerer Schätzgenauigkeit. Die übrigen unabhängigen Variablen zeigen keine signifikanten Effekte.³⁰

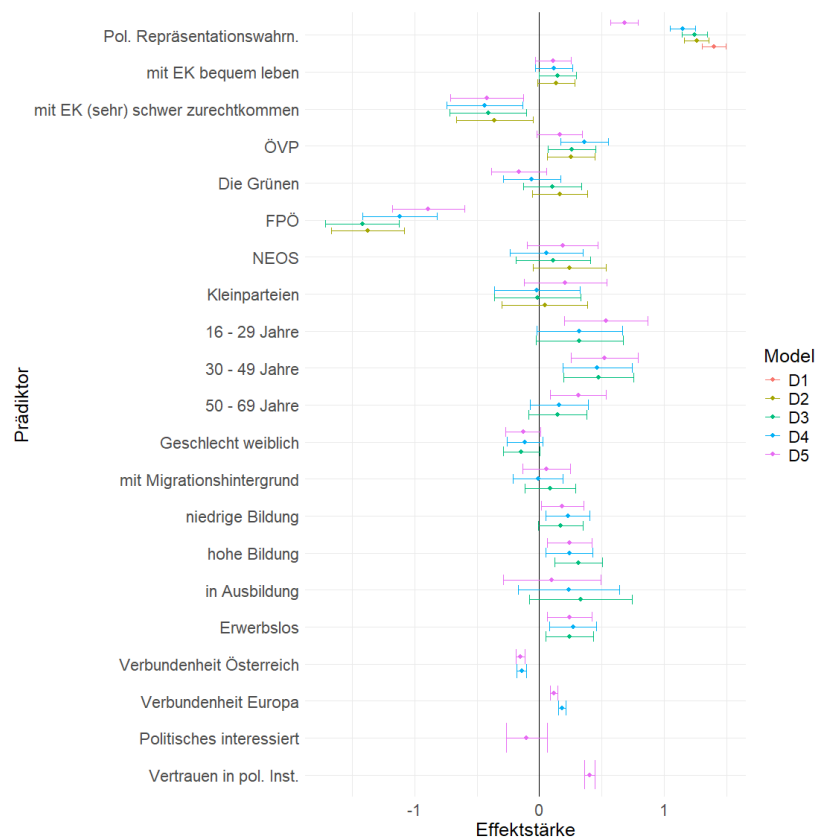


Abbildung 29: Koeffizientenplots der Regressionsmodelle zur Defizitwahrnehmung Populistisches Modell

³⁰ Die grafische Darstellung der Effekte in Abbildung 29 vermittelt bei einzelnen Variablen den Eindruck signifikanter Effekte, da die Konfidenzintervalle optisch nicht die Null-Linie schneiden. Dies widerspricht scheinbar den Angaben in den Regressionstabellen (vgl. Tabelle 37), aber beruht auf geringfügigen Abweichungen in der grafischen Darstellung; die in der Regressionstabelle ausgewiesenen Signifikanzen sind korrekt.

7. Fazit

Im abschließenden Kapitel werden die zentralen Ergebnisse der Hypothesentests besprochen und die leitenden Forschungsfragen dieser Arbeit beantwortet. Ziel ist es, ein konsistentes Gesamtbild der Zusammenhänge zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung, Demokratieverständnissen und wahrgenommenen Demokratiedefiziten in Österreich zu zeichnen. Abschließend folgt eine kritische Reflexion der methodischen und theoretischen Limitationen, die sich aus dem gewählten Forschungsdesign ergaben, sowie ein Ausblick auf potenzielle Anschlussfragen für zukünftige Forschungen.

7.1. Beantwortung der Hypothesen

7.1.1. Politische Repräsentationswahrnehmung

Auf Basis theoretischer Annahmen und empirischer Befunde aus der Responsivitätsforschung wurde davon ausgegangen, dass bestimmte Faktoren systematisch mit der Wahrnehmung politischer Repräsentation zusammenhängen.

Ökonomische Situation als Prädiktor für die Politische Repräsentationswahrnehmung

Geleitet von der Erkenntnis, dass sich politische Entscheidungsprozesse häufig an ressourcenstärkeren Gruppen orientieren, also die Responsivität eine Schieflage zugunsten wohlhabender Bürger:innen aufweist, wurde folgende Hypothese formuliert: **H1a Es besteht ein negativer Zusammenhang zwischen der subjektiv wahrgenommenen Einkommenssituation des Haushalts der Befragten und der politischen Repräsentationswahrnehmung.** Diese Hypothese konnte durch die Analysen dieser Arbeit gestützt werden. Es zeigt sich, dass Befragte, die ihre Einkommenssituation schlechter einschätzen, auch eine signifikant geringere politische Repräsentationswahrnehmung aufweisen.

Parteipräferenz als Prädiktor für die Politische Repräsentationswahrnehmung

Vor dem Hintergrund, dass sozioökonomisch benachteiligte Personen in der bestehenden Parteienlandschaft häufig Schwierigkeiten haben, politische Angebote zu finden, die ihre Interessen adressieren und rechtspopulistische Parteien ebenjene Lücke in ihrer Rhetorik aufgreifen, wurde angenommen, dass dies in Teilen der Wähler:innenschaft Resonanz findet. Daraus ergab sich folgende Hypothese: **H1b Es besteht ein Zusammenhang zwischen Parteipräferenz und Repräsentationsdefizit.** Auch diese Hypothese konnte empirisch gestützt werden. Insbesondere unter Befragten mit einer Präferenz für die FPÖ zeigt sich ein signifikanter negativer Zusammenhang mit der Repräsentationswahrnehmung. Ein ähnlich stark ausgeprägter negativer Zusammenhang ließ sich nur bei Personen beobachten, die Parteien unterstützten, die zum Befragungszeitpunkt nicht im Parlament vertreten waren (in dieser Arbeit unter „Kleinparteien“ subsummiert). Dies deutet darauf

hin, dass auch parlamentarische Repräsentanz eine Rolle für das politische Repräsentationsempfinden spielt.

7.1.2. Demokratiekonzeption

Repräsentationswahrnehmung als Prädiktor für das präferierte Demokratiemodell

Im Zuge dieser Arbeit konnte anhand der Wichtigkeit, die Befragte verschiedenen demokratischen Teilbereichen beimessen, drei idealtypische Demokratievorstellungen herausgearbeitet werden: Liberale Demokratie, Soziale Demokratie und das Populistische Modell. Von besonderem Interesse war es, herauszufinden, in welchem Zusammenhang die politische Repräsentationswahrnehmung der Befragten mit der Priorisierung dieser drei Teilbereiche steht. Die entsprechende Hypothese lautet: **H2a Es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen Repräsentationswahrnehmung und Priorisierung des populistischen Modells.** Im Rahmen der empirischen Analysen konnten deutliche Hinweise gefunden werden, die diese These stützen. Die Ergebnisse zeigen, dass eine niedrigere politische Repräsentationswahrnehmung signifikant und substantiell stärker mit einer höheren Präferenz für das Populistische Modell zusammenhängt als im Vergleich zu den beiden anderen Demokratiekonzepten. Dies legt nahe, dass sich insbesondere Personen mit einem Gefühl mangelnder Repräsentation stärker für populistische Sichtweisen aussprechen, möglicherweise verbunden mit der Hoffnung, eine stärkere Responsivität durch eine solche Politik zu erreichen. Der starke Zusammenhang mit dem Populistischen Modell kann daher als Indikator für die Anschlussfähigkeit populistischer Demokratievorstellungen an individuelle Erfahrungen politischer Marginalisierung interpretiert werden.

7.1.3. Demokratiedefizite

Politische Repräsentationswahrnehmung als Prädiktor wahrgenommener Demokratiedefizite

Im Rahmen dieser Arbeit wurde davon ausgegangen, dass mangelnde politische Repräsentationswahrnehmung der Befragten einen zentralen Prädiktor für das Erleben von Demokratiedefiziten darstellt, da dies auf Schwachstellen in der repräsentativen Demokratie hindeutet. Entsprechend lautet die Hypothese: **H3a Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und den wahrgenommenen Demokratiedefiziten.** Diese Annahme konnte in allen drei untersuchten Teilbereichen – Liberale Demokratie, Soziale Demokratie und Populistisches Modell – bestätigt werden, wenngleich die Stärke des Zusammenhangs variiert:

- **Populistisches Modell:** Der mit Abstand stärkste Effekt zeigte sich in diesem Teilbereich. Das Ergebnis stützt die Annahme, dass insbesondere Personen mit einem Gefühl mangelnder politischer Repräsentation für Elemente empfänglich sind, die eine stärkere Volkseinbindung

durch direktdemokratische Verfahren fordern oder politische Entscheidungen auf nationalstaatlicher anstatt auf europäischer Ebene forcieren. Dieser Zusammenhang deckt sich mit bisherigen Befunden, wonach direkte Demokratie häufig als Antwort auf ein erlebtes Repräsentationsdefizit gefordert wird (Zandonella 2023, S.7, Wirnsberger & Haller 2015, S. 32).

- **Soziale Demokratie:** Auch hier zeigte sich ein deutlicher und relativ robuster positiver Zusammenhang. Dies legt nahe, dass die Wahrnehmung politischer Repräsentation eng mit der Bewertung sozialstaatlicher Politik verknüpft ist.
- **Liberalen Demokratie:** In diesem Teilbereich fiel der Zusammenhang schwächer aus. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass liberale Demokratieaspekte — wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit oder Minderheitenschutz — von den Befragten weniger unmittelbar mit persönlicher Repräsentation in Verbindung gebracht werden.

Insgesamt bestätigt sich die Relevanz der politischen Repräsentationswahrnehmung als Prädiktor für das Ausmaß wahrgenommener Demokratiedefizite, insbesondere im Kontext populistischer Demokratievorstellungen. Bemerkenswert ist, dass dieser Zusammenhang auch bei Kontrolle der subjektiven Einkommenssituation bestehen bleibt, obwohl diese, wie gezeigt, einen eigenständigen Einfluss auf die Repräsentationswahrnehmung hat.

Subjektive Einkommenslage als Prädiktor wahrgenommener Demokratiedefizite

Die Hypothese H3b lautet: **Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der ökonomischen Situation der Befragten und den wahrgenommenen Demokratiedefiziten.** Die Regressionsanalysen liefern hierzu ein gemischtes Bild:

- **Populistisches Modell:** Die erwartete Richtung des Zusammenhangs lässt sich in den Daten zwar erkennen, jedoch ist dieser nicht statistisch signifikant. Die Hypothese kann für diesen Teilbereich somit nicht angenommen werden.
- **Soziale Demokratie:** Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang in die erwartete Richtung. Die Hypothese kann jedoch nur teilweise angenommen werden. Zwar zeigt sich für die Befragten, die ihre finanzielle Lage als prekär beschreiben („(sehr) schwer zurechtkommen“), tendenziell eine höhere Wahrnehmung sozialer Demokratiedefizite, jedoch sind die Unterschiede zur Referenzgruppe („zurechtkommen“) statistisch nicht signifikant. Ein signifikanter Effekt zeigt sich lediglich bei jener Gruppe, die angibt „bequem leben“ zu können. Diese weist im Vergleich zur Referenzgruppe („zurechtkommen“) eine deutlich geringere Defizitwahrnehmung auf. Dies deutet auf eine Polarisierung entlang einer ökonomisch privilegierten Gruppe hin, während zwischen mittleren und prekären Lagen keine klaren Trennlinien in der Wahrnehmung sozialer Demokratiedefizite sichtbar werden.

- **Liberaler Demokratie:** Für diesen Teilbereich zeigt sich weder ein statistisch signifikanter Zusammenhang noch ein konsistenter Trend. Die Hypothese kann somit empirisch nicht gestützt werden.

Die subjektive ökonomische Lage leistet insgesamt nur wenig Erklärungsbeitrag zur Wahrnehmung demokratischer Defizite, am deutlichsten jedoch im Bereich der Sozialen Demokratie. Während sich für das Populistische Modell und die Liberale Demokratie keine stabilen Effekte beobachten lassen, legen die Ergebnisse nahe, dass sozialstaatliche Politik insbesondere für ökonomisch benachteiligte Gruppen eine zentrale Rolle für die Bewertung demokratischer Qualität in diesem Bereich spielt.

Parteipräferenz FPÖ als Prädiktor wahrgenommener Demokratiedefizite

Es wurde angenommen, dass Wähler:innen der rechtspopulistischen FPÖ signifikante Unterschiede hinsichtlich ihrer Defizitwahrnehmung in den unterschiedlichen demokratischen Teilbereichen und gegenüber Wähler:innen anderer Parteien aufweisen.

- **Populistisches Modell:** Für diesen Bereich wurde folgende Hypothese formuliert:
H3c Es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen dem Wählen der FPÖ und wahrgenommenen Demokratiedefiziten im Populistischen Modell.
Diese Hypothese kann auf Basis der empirischen Untersuchungen angenommen werden. Unter allen Parteipräferenzen zeigt nur jene für die FPÖ einen signifikanten Effekt in diesem Bereich. Dies legt nahe, dass FPÖ-Wähler:innen mit den direktdemokratischen und antielitären Elementen des Populistischen Modells eher übereinstimmen und in diesem Bereich stärker Defizite wahrnehmen.
- **Soziale Demokratie:** Formuliert wurde hierfür folgende Hypothese: **H3d Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Wählen der FPÖ und wahrgenommenen sozialen Demokratiedefiziten.** Auch diese Hypothese kann durch die Daten gestützt werden. Die geringere Defizitwahrnehmung in diesem Bereich unter FPÖ-Wähler:innen bestätigt die Annahme von Wegscheider et al. (2023), wonach rechtspopulistische Anhänger:innen, ebenso wie die Partei selbst, eine wohlfahrtschauvinistische Haltung einnehmen könnten. Es kann vermutet werden, dass sozialstaatliche Maßnahmen zwar grundsätzlich befürwortet werden, allerdings unter nationalstaatlich exklusiven Vorzeichen.
- **Liberale Demokratie:** Für diesen demokratischen Teilbereich wurde folgendes vermutet: **H3e Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Wählen der FPÖ und wahrgenommenen liberalen Demokratiedefiziten.** Diese Hypothese muss abgelehnt werden. In den Modellen zeigt sich ein konsistent negativer Trend, jedoch ohne durchgängig signifikante Effekte. Dies könnte darauf hindeuten, dass liberale Demokratieaspekte für FPÖ-Wähler:innen

entweder weniger relevant sind oder von diesen nicht als verbesserungsbedürftig wahrgenommen werden.

Insgesamt bestätigt sich, dass das Wählen der FPÖ systematisch mit spezifischen Demokratiedefizitwahrnehmungen verbunden ist.

7.2. Beantwortung der Forschungsfragen

Die präsentierten Ergebnisse erlauben schließlich die Beantwortung der zugrundeliegenden Forschungsfragen. Die erste forschungsleitende Frage lautet:

FF1 Welche Merkmale korrelieren mit einem wahrgenommenen Repräsentationsdefizit?

Ausgangspunkt dieser Fragestellung war die im Theoriekapitel diskutierte, Annahme, dass politische Repräsentation ein zentrales Strukturmerkmal liberaler Demokratien darstellt und ihre Erosion als Indikator demokratischer Krisenprozesse verstanden werden kann. In Anlehnung an die Befunde der Responsivitätsforschung wurde vermutet, dass sich politische Entscheidungen vor allem an den Interessen ressourcenstärkerer Gruppen orientieren und untere Einkommensgruppen systematisch ungehört bleiben (Bartels 2008; Gilens 2012; Elsässer et al. 2017; Elsässer 2018). Es wurde angenommen, dass diese Diagnose sich auch in der subjektiven Repräsentationswahrnehmung der Wähler:innen widerspiegelt. Tatsächlich bestätigen die Ergebnisse diese Annahme: Die subjektive Einkommenssituation zeigt sich als zentraler Prädiktor für das Repräsentationsempfinden. Je schlechter die finanzielle Lage eingeschätzt wird, desto ausgeprägter ist das wahrgenommene Repräsentationsdefizit. Dieser empirische Befund deckt sich mit bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnissen (Decker et al. 2022; Merkel 2015b; Zandonella 2024a) und stützt die Annahme, dass ökonomische Marginalisierung mit einer individuellen politischen Entfremdung einhergeht (Schäfer & Zürn 2021). Dies kann als Indiz dafür interpretiert werden, dass sich ökonomische Ungleichheit in politische übersetzt (Elsässer 2018, S. 131).

Auch die Parteipräferenz zeigt sich erwartungsgemäß als signifikanter Prädiktor. Personen, die die FPÖ präferieren, fühlen sich im Mittel signifikant schlechter repräsentiert als Wähler:innen anderer Parteien. Diese Beobachtung steht in engem Zusammenhang mit dem in Theorie und Forschungsstand besprochenem Befund, wonach populistische Parteien gezielt Personen ansprechen, die sich als politisch marginalisiert wahrnehmen und sich als exklusive Vertreter:innen eines vermeintlich ungehörten „Volkswillens“ inszenieren. Die Befunde legen nahe, dass eine rechtspopulistische Parteipräferenz und Repräsentationsdefizite eng miteinander verknüpft sind, allerdings bleibt die Kausalrichtung offen. Denkbar ist sowohl, dass sich Personen aufgrund eines empfundenen Repräsentationsdefizits rechtspopulistischen Parteien zuwenden, in der Hoffnung,

durch diese besser repräsentiert zu werden, als auch, dass die populistische Rhetorik solcher Parteien bestehende mangelnde Repräsentationswahrnehmung verstärkt oder erst hervorruft.

Ein weiterer interessanter Befund ergab sich durch den Einbezug der Kontrollvariablen: Frauen berichteten signifikant häufiger als Männer von einem mangelnden Repräsentationsempfinden. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied legt nahe, dass politische Repräsentation nicht nur entlang sozioökonomischer, sondern auch geschlechterspezifischer Linien als ungleich empfunden wird. Diese Ergebnisse zeigen, dass die politische Repräsentationswahrnehmung eng mit sozialstrukturellen Merkmalen verknüpft ist. Das unterstreicht, dass es sich bei mangelhaft wahrgenommener politischer Repräsentation nicht bloß um individuelle Wahrnehmungen handelt, sondern um Erfahrungen, die entlang gesellschaftlicher Ungleichheitslinien systematisch variieren.

Während sich die erste Forschungsfrage auf strukturelle und parteiabhängige Einflussfaktoren auf die politische Repräsentationswahrnehmung fokussierte, wurde im Anschluss untersucht, in welchem Zusammenhang diese Wahrnehmung mit dem individuellen Demokratieverständnis steht. Die Untersuchung widmete sich entsprechend folgender Forschungsfrage:

FF2 Gibt es einen Zusammenhang zwischen wahrgenommenem Repräsentationsdefizit und dem präferierten Demokratiekonzept?

Diese Frage lässt sich auf Basis der durchgeführten Analysen klar bejahen. Personen, die sich politisch weniger gut repräsentiert fühlen, weisen signifikant häufiger ein populistisches Demokratieverständnis auf. Dieses Modell vereint antielitäre Rhetorik, direktdemokratische Elemente und eine stärkere Betonung nationalstaatlicher gegenüber europäischer Entscheidungskompetenz. Auch das Modell der Sozialen Demokratie wird tendenziell eher von jenen befürwortet, die eine geringere Repräsentationswahrnehmung aufweisen, wenngleich dieser Zusammenhang weniger konsistent und statistisch schwächer ausgeprägt ist. Umgekehrt sprechen sich Personen mit höherem Repräsentationsempfinden häufiger für ein liberales Demokratieverständnis aus, welches zentrale demokratische Prinzipien, wie Medienfreiheit, Minderheitenschutz und die Gewährleistung freier und fairer Wahlen betont.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass die politische Repräsentationswahrnehmung nicht nur für die Bewertung demokratischer Performanz zentral ist, sondern auch mit den normativen Demokratieaspirationen zusammenhängt. Der in dieser Arbeit beobachtete Zusammenhang zwischen Repräsentationswahrnehmung und populistischen Demokratiepräferenzen stützt zudem die These von Schäfer und Zürn (2021), wonach ein Bruch des zentralen Demokratieversprechens – der Repräsentation – politische Entfremdung auslösen kann. Möglicherweise ist die Erfahrung dauerhafter politischer Marginalisierung ein hinreichendes Moment, das, um es mit Easton (1975) zu

formulieren, wahrgenommene Defizite in der Output-Dimension in eine Veränderung des diffusen System-Support führen. Also die langfristige Wahrnehmung, dass das politische System in der Umsetzung Schwächen aufweist, sich in einer Veränderung, was sich die Betroffenen von einer Demokratie im Allgemeinen erwarten, niederschlägt. Wie die Befunde dieser Arbeit zeigen, richtet sich diese Unzufriedenheit jedoch nicht zwangsläufig gegen die Demokratie als Regierungsform selbst, sondern häufig gegen deren konkrete Ausgestaltung. Dies könnte erklären, warum sich bei bestimmten Gruppen eine Verschiebung der Demokratievorstellungen beobachten lässt – etwa hin zu populistischen Modellen. Um solche Entwicklungen langfristig nachzeichnen zu können, wären jedoch vertiefende Längsschnittanalysen erforderlich.

FF3 Welche Unterschiede sind hinsichtlich wahrgenommenem politischen Repräsentationsdefizit sowie anderen Merkmalen und wahrgenommenen Demokratiedefiziten in Österreich feststellbar?

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen zeigen deutlich, dass die politische Repräsentationswahrnehmung einen zentralen Prädiktor für das Ausmaß wahrgenommener Demokratiedefizite darstellt. Besonders im Populistischen Modell zeigt sich ein starker Zusammenhang: Je geringer das Repräsentationsempfinden, desto stärker werden in diesem Bereich Demokratiedefizite empfunden. In keinem anderen Modell ist der Erklärungsgehalt dieser Variable so hoch. Auch im Sozialen und Liberalen Demokratiemodell zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang mit der Repräsentationswahrnehmung, wenn auch in abgeschwächter Form. Dies legt nahe, dass sich das Gefühl mangelnder politischer Repräsentation nicht auf ein bestimmtes Demokratieverständnis beschränkt, sondern die Bewertung unterschiedlicher demokratischer Teilbereiche systematisch beeinflusst. Besonders im Sozialen Modell zeigt sich, dass gerade ökonomisch benachteiligte Gruppen soziale Demokratiedefizite stärker wahrnehmen. Dies korrespondiert mit dem bekannten Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und politischer Entfremdung, wobei hier die Brücke zu den vorgestellten bisherigen Forschungen geschlagen werden kann, dass dies auf mangelndes politisches Angebot zurückzuführen sein könnte.

Die Parteipräferenz erweist sich ebenfalls als starker Prädiktor für die Defizitwahrnehmungen. So zeigt sich insbesondere bei Wähler:innen der FPÖ eine erhöhte Wahrnehmung von Defiziten im Populistischen Modell und teilweise auch im Liberalen Modell. Im Gegensatz dazu berichten sie signifikant seltener von Demokratiedefiziten im Sozialen Modell. Dies könnte, in Anschluss an Wegscheider et al. (2023) als Ausdruck wohlfahrtschauvinistischer Einstellungen gedeutet werden, die staatliche Leistungen zwar befürworten, jedoch exklusiv auf die eigene (nationale) Gruppe bezogen wissen wollen.

Ein Blick auf geschlechterspezifische Unterschiede zeigt zudem, dass Frauen im Vergleich zu Männern signifikant höhere Demokratiedefizite im Sozialen und Liberalen Modell wahrnehmen, während sich

im Populistischen Modell kein signifikanter Unterschied beobachten lässt. Die Ursachen hierfür lassen sich im Rahmen dieser Arbeit nicht klären.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wahrgenommene politische Repräsentationsdefizite in engem Zusammenhang mit der Bewertung demokratischer Qualität stehen. Besonders die Kombination aus niedriger Repräsentationswahrnehmung und rechtspopulistischer Parteipräferenz steht in engem Zusammenhang mit wahrgenommenen Demokratiedefiziten. Dass sich dieser Effekt besonders deutlich beim Populistischen Modell zeigt, könnte ein Indikator dafür sein, dass sich hier demokratische Aspirationen neu ausrichten; weg von liberal-repräsentativen Verfahren hin zu unmittelbaren, antielitären Beteiligungsformen. Diese Tendenz ist als Warnsignal ernst zu nehmen, auch wenn sich in der Gesamtbevölkerung nach wie vor eine hohe Zustimmung zur liberalen Demokratie zeigt. Gerade deshalb ist es zentral, bestehende Repräsentationslücken frühzeitig zu identifizieren und politische Inklusion und Repräsentation als demokratische Kernaufgabe zu begreifen.

Abschließend lässt sich somit die übergeordnete Forschungsfrage beantworten:

Wie sehr weicht die österreichische Demokratie vom normativen Ideal aus Sicht der Personen mit wahrgenommenem politischen Repräsentationsdefizit ab?

Wie gezeigt werden konnte, hängt die politische Repräsentationswahrnehmung sowohl eng mit der Bewertung der Performanz eines demokratischen Systems sowie den Vorstellungen, die gegenüber einer idealen demokratischen Staatsführung geäußert werden, zusammen und prägt ergo auch die Wahrnehmung von Demokratiedefiziten. Es konnte festgestellt werden, dass der Zuspruch für liberale Demokratiebestandteile am stärksten ausgeprägt ist (63,2%), gefolgt von sozialen Elementen (27,9%) und von einem kleineren Teil der Bevölkerung wird schließlich das Populistische Modell bevorzugt (8,9%). Hingegen wird ein Defizit am stärksten im Bereich der Sozialen Demokratie (49,1%) wahrgenommen, gefolgt vom Populistischen Modell (36,1%) und der Liberalen Demokratie (14,8%). Dies zeigt, dass die meisten österreichischen Befragten sich für das Modell der Liberalen Demokratie aussprechen, dieses aber gleichzeitig auch am besten umgesetzt wahrnehmen. Die Elemente der Sozialen Demokratie, also Schutz vor Armut und Reduzierung von Einkommensunterschieden wird deutlich defizitärer eingeschätzt. Wenngleich das Populistische Modell nur von 8,9% der Befragten den beiden anderen Modellen vorgezogen wird, zeigen sich in diesem Modell ebenfalls häufiger Defizitwahrnehmungen.

Der Befund, dass besonders die Kombination aus niedriger Repräsentationswahrnehmung und rechtspopulistischer Parteipräferenz mit einer verstärkten Wahrnehmung von Demokratiedefiziten einhergeht, erscheint im Kontext dieser Arbeit zentral. Dass sich dieser Effekt besonders deutlich im

Populistischen Modell zeigt, könnte darauf hindeuten, dass sich in Teilen der Bevölkerung demokratische Aspirationen neu justieren; weg von etablierten liberal-repräsentativen Verfahren hin zu stärker direktdemokratischen und antielitär geprägten Vorstellungen.

Diese Entwicklung muss jedoch nicht zwangsläufig als demokratiegefährdend interpretiert werden. Vielmehr kann dies auch Ausdruck eines legitimen Bedürfnisses nach stärkerer politischer Repräsentation und womöglich auch Teilhabe verstanden werden. Die Befunde verweisen auf das Potenzial, bisherige demokratische Praktiken und Institutionen weiterzuentwickeln, um Erwartungen an demokratische Responsivität und Inklusion stärker zu berücksichtigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass die Wahrnehmung von Repräsentation und Demokratiedefiziten über individuelle Einstellungen hinausgehen und auf verfestigte Muster sozialer Ungleichheit im politischen Raum hindeuten. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Ergebnisse dieser Arbeit nicht nur als Hinweis auf bestehende Spannungen im politischen System, sondern auch als Anregung, politische Repräsentation als dynamischen Aushandlungsprozess zu verstehen, der fortlaufend an gesellschaftliche Veränderungen angepasst werden muss. Diese Entwicklungen sind ernst zu nehmen, da sich zeigt, dass wenn strukturell Interessen von Bevölkerungsgruppen verletzt werden, sich diese alternativen Konzepten oder rechtspopulistischen Parteien zuwenden, was infolge zu einer Schwächung der demokratischen Institutionen und Verfahren führen kann.

Zudem unterstreichen die Ergebnisse die Notwendigkeit, gängige Indikatoren zur Messung von Demokratiezufriedenheit und -unterstützung um differenziertere Konzepte zu erweitern. Wie im Theorie- und Forschungsstandkapitel diskutiert, ist die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform global zwar hoch (siehe z.B. World Values Survey, Eurobarometer), doch bleibt oft unklar, welche Demokratievorstellungen dieser Zustimmung zugrunde liegt. Die in dieser Arbeit vorgenommene Differenzierung in drei idealtypische Demokratiekonzepte zeigt, dass Demokratiepräferenzen stark variieren und mit individuellen politischen Erfahrungen, insbesondere der Repräsentationswahrnehmung, verknüpft sind.

Insofern ermöglichen die Befunde dieser Arbeit nicht nur eine empirisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Repräsentation und Demokratieverständnis, sondern eröffnen auch Perspektiven für künftige Forschung und politische Praxis: So wäre künftig zu untersuchen, ob eine zunehmende Präferenz für Populistische Demokratiekonzepte als Reaktion auf anhaltende Repräsentationsdefizite zu interpretieren ist – insbesondere vor dem Hintergrund eines europaweiten politischen Rechtsrucks.

Außerdem zeigt sich, dass rechtspopulistische Parteien bestehende Schwachstellen des demokratischen Systems gezielt adressieren und für sich instrumentalisieren können, ohne, wie in der Vergangenheit empirisch vielfach gezeigt wurde, tatsächlich eine responsivere oder inklusivere

Politik für die Mehrheit der Bevölkerung umzusetzen. Daraus ergibt sich die politische Herausforderung, nicht nur normativ an liberalen demokratischen Idealen festzuhalten, sondern auch institutionell und diskursiv auf wahrgenommene Repräsentationslücken zu reagieren.

Der empirische Befund dieser Arbeit ist daher auch als demokratiepolitischer Weckruf zu verstehen: Wenn Bürger:innen dauerhaft das Gefühl haben, politisch nicht gehört zu werden, wenden sie sich verstärkt Konzepten oder Akteur:innen zu, die eine vermeintlich unmittelbare Form demokratischer Repräsentation versprechen. Zwar bleibt das Populistische Modell in der österreichischen Gesamtbevölkerung derzeit noch deutlich hinter den beiden anderen Konzepten zurück – umso wichtiger ist es jedoch, die Ursachen für seine Anziehungskraft systematisch zu analysieren und gezielt zu bearbeiten.

7.3. Limitationen

Die vorliegende Arbeit basiert auf den Daten des ESS10, dessen Erhebung im Jahr 2021, und somit während der COVID-19-Pandemie, stattfand. Die pandemiebedingten Einschränkungen und gesellschaftlichen Verunsicherungen könnten das Antwortverhalten der Befragten beeinflusst haben und sollten bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden.

Zudem handelt es sich bei den durchgeführten Analysen um eine Querschnittsuntersuchung. Entsprechend erlauben die beobachteten Zusammenhänge keine Rückschlüsse auf Kausalverhältnisse oder Entwicklungsverläufe. Vergleichsdaten für Österreich aus dem Jahr 2012, in dem das Zusatzmodul zu demokratischen Einstellungen erstmals erhoben wurde, liegen leider nicht vor. Gerade für ein tieferes Verständnis demokratischer Aspirationen und ihrer Veränderungen wäre eine Längsschnittperspektive jedoch besonders wertvoll.

Auch hinsichtlich der Operationalisierung zeigen sich zwei zentrale Einschränkungen: Erstens wurde die Parteipräferenz über die Frage zur Wahlentscheidung bei der Nationalratswahl 2019 erfasst. Diese punktuelle Erhebung erlaubt keine Aussagen über langfristige Parteibindung, Wechselwähler:innenverhalten oder motivationsbezogene Beweggründe (z.B. Protestwahl, Sachthemenorientierung etc.). Eine tiefergehende Analyse der parteipolitischen Orientierung der Befragte wäre vielversprechend, um differenzierte Einsichten zu ermöglichen. Zweitens basiert die Typologisierung der Demokratieverständnisse (liberal, sozial, populistisch) auf einer Faktorenanalyse vorab definierter Items. Auch wenn sich dabei inhaltlich plausible Idealtypen ergaben, handelt es sich um einen Top-down-Ansatz (Osterberg-Kaufmann 2023, S. 314), der nur eingeschränkt die Vielfalt demokratischer Vorstellungen in der Bevölkerung abbilden kann. Die Auswahl der abgefragten Items folgt theoretischen Vorannahmen, nicht jedoch einem offenen, partizipativen Zugang zur Frage, welche Aspekte für Bürger:innen tatsächlich demokratierelevant sind. Zudem zeigt sich in den Daten,

dass viele Befragte mehreren Konzepten gleichzeitig zustimmen, was auf Überschneidungen in den Vorstellungen hinweist, die idealtypische Modellierungen nur begrenzt abbilden können.

Ein weiterer relevanter Aspekt ist, dass die untersuchte Grundgesamtheit die wahlberechtigte österreichische Bevölkerung darstellt. Die Sichtweisen jener Personen, die dauerhaft in Österreich leben, aber vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, bleiben somit außen vor, obwohl gerade in dieser Bevölkerungsgruppe Repräsentationsdefizite mit hoher Wahrscheinlichkeit besonders stark ausgeprägt sind.

Insgesamt ist daher zu betonen, dass es sich bei den in dieser Arbeit verwendeten Messungen um Annäherungen handelt, die nicht den Anspruch erheben, das Demokratieverständnis der Bevölkerung in seiner gesamten Komplexität abzubilden. Die identifizierten Zusammenhänge sind dennoch anschlussfähig und unterstreichen die Notwendigkeit, gängige Indikatoren zur Erfassung politischer Einstellungen weiterzuentwickeln und stärker differenziert auf die vielfältigen Sichtweisen innerhalb der Bevölkerung einzugehen.

7.4. Ausblick

Die Ergebnisse dieser Arbeit legen nahe, dass die politische Repräsentationswahrnehmung ein zentrales Element darstellt, wenn es um Demokratieverständnis und die Bewertung demokratischer Systeme geht. Daraus ergeben sich verschiedene Anschlussmöglichkeiten für weiterführende Forschungen.

Zunächst erscheint eine intersektionale Perspektive besonders vielversprechend. Der Befund, dass Frauen signifikant schlechtere Repräsentationswahrnehmungen berichten, und verstärkt Demokratiedefizite im liberalen und sozialen Modell sehen, legt nahe, dass politische Repräsentation nicht nur sozioökonomisch, sondern auch geschlechterspezifisch ungleich erlebt wird. Eine qualitative Vertiefung könnte dabei helfen zu verstehen, wie sich Repräsentation entlang individueller Erfahrungswelten konkret gestaltet und in welchen gesellschaftlichen oder institutionellen Bereichen diese besonders brüchig wahrgenommen wird. Auch die Frage, an welchen Politikfeldern sich Repräsentationsdefizite besonders stark entfalten, könnte wertvolle Einsichten liefern.

Ein zweiter Strang betrifft die Frage nach zeitlichen Entwicklungen demokratischer Einstellungen. Die vorliegende Untersuchung basiert auf einer Querschnittserhebung und erlaubt daher keine Aussagen über Stabilität, Wandel oder Ursachen der beobachteten Zusammenhänge. Längsschnittdesigns könnten helfen, nachzuzeichnen, wie sich Demokratieverständnisse im Zeitverlauf entwickeln – insbesondere in Reaktion auf politische Ereignisse oder Veränderungen in der individuellen Repräsentationswahrnehmung. Ein solches Forschungsvorhaben erscheint besonders vielversprechend, um auch ein Verständnis von Kausalzusammenhängen zu erarbeiten.

Auch ein internationaler Vergleich wäre aufschlussreich. Besonders interessant erscheint die Frage, wie sich Repräsentationswahrnehmung und Demokratieaspirationen verändern, wenn rechtspopulistische Parteien von der Opposition in die Regierung wechseln. Hier könnte sichtbar werden, ob das populistische Demokratieverständnis an Glaubwürdigkeit verliert, wenn es in reale Regierungspraxis überführt wird, oder ob es bestehende Demokratiedefizitwahrnehmungen weiter verstärkt.

Schließlich wäre eine differenziertere Erhebung des Repräsentationsempfindens ein sinnvoller nächster Schritt. Im Rahmen dieser Arbeit wurde dieses als globales Repräsentationsempfinden operationalisiert. In weiteren Untersuchungen könnte genauer untersucht werden, in welchen institutionellen Arenen oder bei welchen politischen Themenfelder sich Repräsentationslücken aus Sicht der Bevölkerung besonders deutlich zeigen und welche in stärkerem Zusammenhang mit Demokratieverständnis und wahrgenommenen Demokratiedefiziten stehen.

Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung. 2022. *COVID-Leugner:innen unterstützen Putins Infokrieg – Deutsche Nazis unterstützen ukrainische Ultranationalisten. Eine Analyse rechtsextremer Narrative, Desinformationen und verschwörungsideologischer Mobilisierungen im Russland-Ukraine-Krieg – und was wir dagegen tun können*. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/03/analyse-papier-russland-ukraine-krieg.pdf> (Zugriff: 08.12.2024)
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf. 2018 (1980). *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*. 15. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin, Heidelberg: Springer Verlag. doi: 10.1007/978-3-662-56655-8
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf. 2016 (1980). *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*. 14. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Berlin, Heidelberg: Springer Verlag. doi: 10.1007/978-3-662-46076-4
- Bartels, Larry M. 2008. *Unequal democracy: the political economy of the new gilded age*. Princeton: Princeton University Press.
- Bauman, Zygmunt. 2018 (2016). *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. 5. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Berman, Sheri. 2021. The Causes of Populism in the West. *Annual Review of Political Science*, 24 (1), 71-88. doi: 10.1146/annurev-polisci-041719-102503
- Busch, Kathrin. 2020. Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland? Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 65, S. 7-14. doi: 10.15464/isi.65.2020.7-14
- Butterwege, Christoph. 2008. Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Butterwege, Christoph; Hentges, Gudrun (Hg): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 11-78.
- Canache, Damarys; Mondak, Jeffery J.; Seligson, Mitchell A. 2001. Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy. *The Public Opinion Quarterly*, 65(4), S. 506–28. <http://www.jstor.org/stable/3078752>.
- Clarke, Harold D.; Dutt, Nitish; Kornberg, Allan. 1993. The Political Economy of Attitudes toward Polity and Society in Western European Democracies. *Journal of Politics* 55, S. 998-1021.
- Dahl, Robert A. 2006. *Politische Gleichheit – ein Ideal?* Hamburg: Hamburger Edition.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar. 2006. *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene; Schuler, Julia; Brähler, Elmar. 2022. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene; Brähler, Elmar (Hg): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 31-90.

- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5(4), S. 435–457. <http://www.jstor.org/stable/193437>
- Eckstein, Harry. 1997. *Congruence Theory Explained*. University of California, Irvine: Center for the Study of Democracy. <https://escholarship.org/uc/item/2wb616g6>
- Ehs, Tamara; Vospernik, Stefan. 2020. Demokratie aus Perspektive der BürgerInnen. In: Heinisch, Reinhard (Hg). *Kritisches Handbuch der österreichischen Demokratie*. 1. Auflage. Wien: Böhlau Verlag, S. 79–116. doi:10.7767/9783205231851.79
- Elsässer, Lea. 2018. *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin. 2017. „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(2), S. 161–80. doi:10.1007/s41358-017-0097-9
- Eribon, Didier. 2020 (2016). *Rückkehr nach Reims*. 20. Auflage, Berlin: Suhrkamp.
- European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC). 2023. *ESS round 10 - 2020. Democracy, Digital social contacts*. Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research. doi:10.21338/NSD-ESS10-2020
- European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC) (2023) ESS10 - integrated file, edition 3.2 [Data set]. Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research. https://doi.org/10.21338/ess10e03_2.
- European Social Survey. 2025. *Source Questionnaire*. <https://europeansocialsurvey.org/methodology/ess-methodology/source-questionnaire>
- Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda. 1985. *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press. doi: 10.1017/CBO9780511628283
- Ferrín, Mónica; Kriesi, Hanspeter. 2016. Introduction: Democracy – the European Verdict. In: Ferrín, Mónica (Hg.). 2016. *How Europeans view and evaluate democracy*. Comparative politics. New York, NY: Oxford University Press, S. 1-20.
- Ferrín, Mónica. 2018. *The European Social Survey. Round 10 Question Module Design Teams (QDT). Stage 2 Application*. https://europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-06/ESS10_democracy_proposal.pdf (Zugriff: 21.10.2024)
- Ferrín Pereira, Mónica; Hernández, Enrique; Landwehr, Claudia. 2023. *Understandings and Evaluations of Democracy. Topline results from rounds 6 and 10 of the European Social Survey*. https://europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-10/TL013_Democracy-English.pdf
- Flecker, Jörg. 2008. Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung. In: Butterwege, Christoph; Hentges, Gudrun (Hg): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 79-100.
- Fromm, Sabine. 2012. Faktoren- und Reliabilitätsanalyse. In: Fromm, Sabine. *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2: Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53–82. doi: 10.1007/978-3-531-18794-5_3.
- Funke, Manuel; Schularick, Moritz; Trebesch, Christoph. 2016. Going to extremes: Politics after financial crises, 1870 – 2014. *European Economic Review*, 88, S. 227-260. doi: 10.1016/j.eurocorev.2016.03.006

- Gidron, Noam; Hall, Peter A. 2020. Populism as a Problem of Social Integration. *Comparative Political Studies*, 53 (7), S. 1027-1059. doi: 10.1177/0010414019879947
- Gilens, Martin. 2005. Inequality and Democratic Responsiveness. *Public Opinion Quarterly*, 69 (5), S. 778-796. doi:10.1093/poq/nfi058
- Grand, Peter; Sailer, Marie Lisa. 2023. *ESS10 – Kommentierter Tabellenband. Wichtige Ergebnisse ESS Welle 10 in Österreich*. Wien: Institut für Höhere Studien. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6601>
- Habermas, Jürgen. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen. 1998 (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 8. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harfst, Philipp. 2023. Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach „Demokratiezufriedenheit“ fragen? *Demokratie-Dialog*, 12, S. 4-13. doi:10.17875/gup2023-2367
- Heinisch, Reinhard. 2017. Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich? In: Helms, Ludger; Wineroither, David M. (Hg): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 449–478. doi: 10.5771/9783845274935
- Held, David. 1995. *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitical Governance*. Cambridge: Polity.
- Heyne, Lea. 2019. Democratic Demand and Supply: A Spatial Model Approach to Satisfaction with Democracy. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 29 (3), S. 381–401. doi: 10.1080/17457289.2018.1544904
- Huntington, Samuel. 1968. *Political Order in Changing Societies*. New Haven, London: Yale University Press.
- Inglehart, Ronald; Norris, Pippa. 2017. Trump and populist-authoritarian parties: the silent revolution in reverse. *Perspectives on Politics* 15 (2), S. 443-454.
- Kaiser, Henry F.; Rice, John. 1974. Little Jiffy, Mark IV. In: *Educational and Psychological Measurement*, Vol. 34 (1), S. 111-117.
- Kaminska, Olena. 2020. *Guide to Using Weights and Sample Design. Indicators with ESS Data*. https://www.europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-06/ESS_weighting_data_1_1.pdf
- Klages, Helmut. 2018. Parteiendemokratie im Umbruch? Eine explorative Untersuchung. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, S. 35-39. doi:10.15464/ISI.60.2018.35-39
- Kost, Andreas. 2008. *Direkte Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi:10.1007/978-3-531-90900-4
- Krisch, Nico. 2010. *Beyond Constitutionalism: The Pluralist Structure of Postnational Law*. Oxford: Oxford University Press.
- Mair, Peter. 2006. Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy. *New Left Review*, 42, S. 25-51.
- Manow, Philip. 2020. (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marcos-Marne, Hugo; Gil De Zúñiga, Homero; Borah, Porismita. 2022. What do we (not) know about demand-side populism? A systematic literature review on populist attitudes. In: *European Political Science*, 22 (3), 293–307. doi:10.1057/s41304-022-00397-3

- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus. 2023. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah. 2019. Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme. Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive. In: *WSI-Mitteilungen*, 72 (3), S. 177-184. doi: 10.5771/0342-300X-2019-3-177
- Merkel, Wolfgang. 2014a. *Direkte Demokratie. Referenden aus demokratietheoretischer und sozialdemokratischer Sicht*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10581.pdf>
- Merkel, Wolfgang. 2014b. Is There a Crisis of Democracy? In: *Democratic Theory*, 2, S. 1-25. doi:10.3167/dt.2014.010202
- Merkel, Wolfgang. 2015a. Die Herausforderungen der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang (Hg.). *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-42.
- Merkel, Wolfgang. 2015b. Ungleichheit als Krankheit der Demokratie. In: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hg): *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*. Berlin: Suhrkamp Verlag Berlin, S. 185-194.
- Merkel, Wolfgang. 2017. Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, P.; Kubbe, I.; Poguntke, T. (Hg): *Parties, Governments and Elites. Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-17446-0_2
- Mudde, Cas. 2004. The populist zeitgeist. *Government and Opposition* 39, S. 541-563.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira. 2019. *Populismus. Eine sehr kurze Einführung*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- Norris, Pippa. 2011. *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald. 2019. *Cultural Backlash: Trump, Brexit and Authoritarian Populism*. New York: Cambridge University Press.
- Osterberg-Kaufmann, Norma. 2023. Das Demokratieverständnis der Bevölkerung und die Regression der Demokratie. In: Niesen, Peter (Hg): *Zur Diagnose demokratischer Regression*. Leviathan, 51. Jg., Sonderband 40/2023, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 303-338.
- Peham, Andreas; Weidinger, Bernhard. 2025. Entwicklung des österreichischen Rechtsextremismus seit 1945. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: *Rechtsextremismus in Österreich 2023. Unter Berücksichtigung der Jahre 2020 bis 2022*. Wien: DÖW.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Gittner, Natalie; Celik, Kazim; Kiess, Johannes. 2022. Demokratie und politische Kultur. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (Hg): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 185-207.
- Przeworski, Adam. 2020. *Krisen der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Riker, William. 1986. *The Art of Political Manipulation*. New Haven: Yale University Press.
- Runciman, David. 2020. *So endet die Demokratie*. Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Schäfer, Armin. 2013. Wahlbeteiligung und Nichtwähler. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63 (48-49), S. 39-46.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael. 2021. *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.

- Schäfer, Armin. 2023. Republikanismus, Repräsentation und Regression. In: Niesen, Peter (Hg): *Zur Diagnose demokratischer Regression*. Leviathan, 51. Jg., Sonderband, 40/2023. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 31-53.
- Schönherr, Daniel. 2023. *Standard Eurobarometer 100 – Herbst 2023. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Länderbericht Österreich*. Europäische Kommission. <https://data.europa.eu/doi/10.2775/893444>.
- Tabachnik, Barbara; Fidell, Linda S. 2007. *Using multivariate statistics*. 5. Auflage. New York: Allyn and Bacon.
- ThePopulist. 2024. *Country Reports. Austria*. <https://popu-list.org/wp-content/uploads/2023/09/Austria.pdf> (Zugriff: 31.08.2024).
- Tormey, Simon. 2015. *Vom Ende der repräsentativen Politik*. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges.mbh.
- Tucker, Paul. 2019. *Unelected Power: The Quest for Legitimacy in Central Banking and the Regulatory State*. Princeton: Princeton University Press. doi: 10.1515/9780691196985
- Urban, Dieter; Mayerl, Jochen. 2018. *Angewandte Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Praxis*. 5., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien. doi: 10.1007/978-3-658-01915-0
- Wegscheider, Carsten; Kaltwasser, Cristóbal R.; Van Hauwaert, Steven M. 2023. How Citizens' Conceptions of Democracy Relate to Positive and Negative Partisanship towards Populist Parties. *West European Politics* 46 (7), S. 1235–63. doi: 10.1080/01402382.2023.2199376
- Wirnsberger, Sarah; Haller, Max. 2015. Politikverdrossenheit oder kritische Demokraten? Eine Analyse der Einstellungen zur direkten Demokratie in Österreich im Lichte von drei theoretischen Ansätzen. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 44(3), S. 21-38. doi: 10.15203/ozp.971.vol44iss3
- Wolf, Christof; Best, Henning. 2010. Lineare Regressionsanalyse. In: Wolf, Christof; Best, Henning (Hg): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 607-638. doi: 10.1007/978-3-531-92038-2_24
- Wolff, Hans-Georg; Bacher, Johann. 2010. Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In: Wolf, Christof; Best, Henning. *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 333-365. doi: 10.1007/978-3-531-92038-2_15
- Zandonella, Martina; 2020. Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. In: Die Armutskonferenz et al. (Hg): *Stimmen gegen Armut*. Wien: BoD-Verlag, S. 83-93. www.armutskonferenz.at/files/zandonella_ungleichheit-zerstoert-demokratie_2020.pdf
- Zandonella, Martina. 2022. *Demokratie Monitor 2022. Fokusbericht*. Wien: Sora.
- Zandonella, Martina. 2023. *Demokratie in stürmischen Zeiten. Erste Ergebnisse des Demokratie Monitor 2023*. Wien: Sora.
- Zandonella, Martina. 2024a. *Demokratie Monitor 2023. Fokusbericht*. Wien: Foresight. <https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2024/08/FORESIGHT-Bericht-22174-Demokratie-Monitor-2023.pdf> (Zugriff: 29.09.2024)
- Zandonella, Martina. 2024b. *Demokratie Monitor 2024. Erste Ergebnisse, Pressekonferenz am 18.12.2024*. Wien: FORESIGHT Research Hofinger GmbH.

Zürn, Michael. 2024. Weitere Beobachtungen zur demokratischen Regression und ihren Beobachtungen. In: Nida-Rümelin, Julian; Greger, Timo; Oldenbourg, Andreas (Hg): *Normative Konstituenzen der Demokratie*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 329-340. doi:10.1515/9783111118147-021

Verwendete R-Packages

Bernaards, Coen A.; Jennrich Robert I. 2005. *Gradient Projection Algorithms and Software for Arbitrary Rotation Criteria in Factor Analysis*. In: Educational and Psychological Measurement (65), S. 676-696. doi:10.1177/0013164404272507

Comtois, Dominic. 2022. *Summarytools: Tool to Quickly and Neatly Summarize Data*. R package version 1.0.1, <https://CRAN.R-project.org/package=summarytools>

Fox, John; Weisberg, Stanford. 2019. *An R Companion to Applied Regression*. 3. Aufl. Thousand Oaks: Sage. <https://www.john-fox.ca/Companion>

Kaplan, Jacob. 2024. *fastDummies: Fast Creation of Dummy (Binary) Columns and Rows from Categorical Variables*. R package version 1.7.4. <https://CRAN.R-project.org/package=fastDummies>

Kassambra, Alboukadel; Mundt, Fabian. 2020. *Factoextra: Extract and Visualize the Results of Multivariate Data Analyses*. R package version 1.0.7, <https://CRAN.R-project.org/package=factoextra>

Larmarange J. 2024. *labelled: Manipulating Labelled Data*. R package version 2.13.0, <https://CRAN.R-project.org/package=labelled>

Lüdecke, Daniel. 2024. *sjPlot: Data Visualization for Statistics in Social Science*. R package version 2.8.17, <https://CRAN.R-project.org/package=sjPlot>

Lumley T. 2024. *survey: analysis of complex survey samples*. R package version 4.4.

Müller, Kirill; Wickham Hadley. 2023. *tibble: Simple Data Frames*. R package version 3.2.1, <https://CRAN.R-project.org/package=tibble>

Pasek, Josh; Tahk, Alex; Culter, Gene; Schwemmler, Marcus. 2021. *weights: Weighting and Weighted Statistics*. R package version 1.0.4, <https://CRAN.R-project.org/package=weights>

Posit team. 2024. *RStudio: Integrated Development Environment for R*. Posit Software, PBC, Boston, MA. URL <http://www.posit.co/>.

R Core Team. 2024. *_R: A Language and Environment for Statistical Computing_*. R Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria. <https://www.R-project.org/>

Revelle, William. 2024. *psych: Procedures for Psychological, Psychometric, and Personality Research*. Northwestern University, Evanston, Illinois. R package version 2.4.12, <https://CRAN.R-project.org/package=psych>

Robinson, David; Hayes, Alex; Couch, Simon. 2024. *broom: Convert Statistical Objects into Tidy Tibbles*. R package version 1.0.7. <https://CRAN.R-project.org/package=broom>

Schauberger P.; Walker A. 2024. *openxlsx: Read, Write and Edit xlsx Files*. R package version 4.2.7.1, <https://CRAN.R-project.org/package=openxlsx>

- Sjoberg, Daniel; Whiting, Karissa; Curry, Michael; Lavery Jessica; Larmarange, Joseph. 2021. Reproducible Summary Tables with the gtsummary Package. *The R Journal*, 13, S. 570-580. doi: 10.32614/RJ-2021-053
- Wickham, Hadley. 2016. *ggplot2: Elegant Graphics for Data Analysis*. New York: Springer-Verlag. <https://ggplot2.tidyverse.org>
- Wickham, Hadley; Averick, Mara; Bryan, Jennifer; Chang, Winston; McGowan, Lucy D'Agostino; François, Romain; Golemund, Garrett; Hayes, Alex; Henry, Lionel.; Hester, Jim; Kuhn, Max; Pedersen, Thomas Lin; Miller, Evan; Bache, Stephan Milton; Müller, Kirill; Ooms, Jeroen; Robinson, David; Seidel, Dana Paige; Spinu, Vitalie; Takahashi, Kohske; Vaughan, Davis; Wilke, Claus; Woo, Klara; Yutani, Hiroaki. 2019. *Welcome to the tidyverse*. *Journal of Open Source Software*, 4(43), 1686. doi:10.21105/joss.01686
- Wickham, Hadley; Francois, Romain; Henry, Lionel; Müller, Kirill; Vaughan, Davis. 2023. *dplyr: A Grammar of Data Manipulation*. R package version 1.1.4, <https://CRAN.R-project.org/package=dplyr>
- Wickham, Hadley; Miller E.; Smith D. 2023. *haven: Import and Export 'SPSS', 'Stata' and 'SAS' Files*. R package version 2.5.4, <https://CRAN.R-project.org/package=haven>
- Wickham, Hadley; Vaughan, Davis; Girlich, Maximilian. 2024. *Tidyr: Tidy Messy Data*. R package version 1.3.1, <https://CRAN.R-project.org/package=tidyr>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: „Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut“ (Zandonella 2023, S. 2), Eigene Darstellung	22
Abbildung 2: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“ (Zandonella 2023, S. 6). Eigene Darstellung	23
Abbildung 3: „Wenn Sie sich entscheiden müssen: Stimmen Sie für unser politisches System – die parlamentarische Demokratie – oder für...?“ (Zandonella 2023, S. 8).	26
Abbildung 4: Demokratiekonzepte der Befragten und Parteibindung gegenüber rechtspopulistischen Parteien; 95% Konfidenzintervalle (Wegscheider et al. 2023, S. 1253)	37
Abbildung 5: Verteilung der Repräsentationswahrnehmung auf einer Skala von 1 bis 5, Daten gewichtet (n = 649)	57
Abbildung 6: Verteilung der Variable ‚Aspiration Liberale Demokratie‘, Daten gewichtet (n = 634)	58
Abbildung 7: Verteilung der Variable ‚Aspiration Soziale Demokratie‘, Daten gewichtet (n = 643)	59
Abbildung 8: Verteilung der Variable „Aspiration Populistisches Modell“, Daten gewichtet (n = 619).60	
Abbildung 9: Arithmetisches Mittel der Aspirationen und Bewertungen der zwölf demokratischen Teilbereiche, eingeteilt in die jeweiligen Demokratiemodelle lt. Faktorenanalyse. Daten gewichtet. Nur Fälle, die in allen Variablen gültige Werte haben. n = 577	61
Abbildung 10: Mittelwertindex der Defizitmodelle und arithmetische Mittel der zwölf Defizitvariablen. Daten gewichtet. Nur Fälle, die in allen Variablen gültige Werte haben. n = 577.	62
Abbildung 11: Demokratiedefizite Liberale Demokratie, gültige Prozent (n = 622), Daten gewichtet..	63
Abbildung 12: Demokratiedefizite Soziale Demokratie, gültige Prozent (n = 634), Daten gewichtet...	64
Abbildung 13: Demokratiedefizite Populistisches Modell, gültige Prozent (n = 602), Daten gewichtet	65
Abbildung 14: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom subjektiven Einkommen, Daten gewichtet.....	74
Abbildung 15: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Bildungsstand, Daten gewichtet	75
Abbildung 16: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit von der Parteipräferenz, Daten gewichtet.....	75
Abbildung 17: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Daten gewichtet.....	76
Abbildung 18: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Geschlecht, Daten gewichtet.....	77
Abbildung 19: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, Daten gewichtet	77
Abbildung 20: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit von der Altersgruppe, Daten gewichtet	78
Abbildung 21: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Politischen Interesse, Daten gewichtet.....	79
Abbildung 22: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Verbundenheitsgefühl mit Österreich, Daten gewichtet	79
Abbildung 23: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Verbundenheitsgefühl mit Europa, Daten gewichtet	80
Abbildung 24: Repräsentationswahrnehmung in Abhängigkeit vom Vertrauen in politische Institutionen, Daten gewichtet	80
Abbildung 25: Koeffizientenplot der Regressionsmodelle zur Repräsentationswahrnehmung.....	92
Abbildung 26: Regressionskoeffizienten Repräsentationswahrnehmung zur Schätzung des Effekts auf die Demokratieaspiration.....	94
Abbildung 27: Koeffizientenplots der Regressionsmodelle zur Defizitwahrnehmung Liberale Demokratie	97

Abbildung 28: Koeffizientenplots der Regressionsmodelle zur Defizitwahrnehmung Soziale Demokratie	100
Abbildung 29: Koeffizientenplots der Regressionsmodelle zur Defizitwahrnehmung Populistisches Modell.....	103
Abbildung 30: Pearson Korrelationstabelle Demokratieaspirationen	127
Abbildung 31: Parallel Analysis Scree Plot der Demokratieaspirations-Variablen	127
Abbildung 32: Faktorladungen bei vier extrahierten Faktoren, nach schiefwinkliger Oblimin-Rotation	128
Abbildung 33: Faktorladungen bei zwei extrahierten Faktoren, nach schiefwinkliger Oblimin-Rotation	128
Abbildung 34: Finale Faktorladungen bei drei extrahierten Faktoren, nach orthogonaler Varimax-Rotation.....	129
Abbildung 35: Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und Zustimmung zur liberalen Demokratie.....	132
Abbildung 36: Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und Zustimmung zur sozialen Demokratie.....	133
Abbildung 37: Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und Zustimmung zum populistischen Modell	133

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: "Measuring citizens' conceptions of democracy" (Wegscheider et al. 2023, S. 1247)	37
Tabelle 2: Demokratiemodelle nach Ferrín et al. (2023)	53
Tabelle 3: Ergebnisse der Faktorenanalyse	56
Tabelle 4: Subjektive Einkommenssituation	66
Tabelle 5: Parteipräferenz	66
Tabelle 6: Altersgruppen	67
Tabelle 7: Geschlecht.....	67
Tabelle 8: Migrationshintergrund	68
Tabelle 9: Erwerbsstatus	69
Tabelle 10: Bildungsstand.....	69
Tabelle 11: Politisches Interesse.....	70
Tabelle 12: Vertrauen in politische Institutionen	71
Tabelle 13: Verbundenheitsgefühl mit Österreich.....	71
Tabelle 14: Verbundenheitsgefühl mit Europa	72
Tabelle 15: Mittelwerte und Standardfehler abhängiger Variablen in Abhängigkeit vom präferierten Demokratiemodell	81
Tabelle 16: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit von der Parteipräferenz, Spaltenprozent	82
Tabelle 17: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, Spaltenprozent	82
Tabelle 18: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit von der subjektiven Einkommenssituation, Spaltenprozent	82
Tabelle 19: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom politischen Interesse, Spaltenprozent	83
Tabelle 20: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit von der Altersgruppe, Spaltenprozent ...	83
Tabelle 21: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Geschlecht, Spaltenprozent.....	83
Tabelle 22: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Spaltenprozent	83
Tabelle 23: Präferiertes Demokratiemodell in Abhängigkeit vom Bildungsstand, Spaltenprozent	84
Tabelle 24: Mittelwerte und Standardfehler abhängiger Variablen in Abhängigkeit vom am stärksten wahrgenommenen Demokratiedefizit	85
Tabelle 25: Demokratiedefizite in Abhängigkeit von der Parteipräferenz, Spaltenprozent.....	85
Tabelle 26: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, Spaltenprozent	85
Tabelle 27: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom subjektiven Einkommen, Spaltenprozent	86
Tabelle 28: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom politischen Interesse, Spaltenprozent.....	86
Tabelle 29: Demokratiedefizite in Abhängigkeit von der Altersgruppe, Spaltenprozent	86
Tabelle 30: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Geschlecht, Spaltenprozent	87
Tabelle 31: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Spaltenprozent.....	87
Tabelle 32: Demokratiedefizite in Abhängigkeit vom Bildungsstand, Spaltenprozent	87
Tabelle 33: Multiple lineare Regressionsanalyse der Repräsentationswahrnehmung	90
Tabelle 34: Regressionsergebnisse Demokratieaspirationen	93
Tabelle 35: Multiple lineare Regressionsanalyse Defizit Liberale Demokratie	96
Tabelle 36: Multiple lineare Regressionsanalyse Defizit Soziale Demokratie	99
Tabelle 37: Multiple lineare Regressionsanalyse Defizit Populistisches Modell.....	102
Tabelle 38: Repräsentationswahrnehmung.....	130
Tabelle 39: Repräsentationswahrnehmung rekodiert.....	130
Tabelle 40: Demokratiedefizite Liberale Demokratie.....	130
Tabelle 41: Demokratiedefizite Soziale Demokratie	131

Tabelle 42: Demokratiedefizite Direkte Demokratie.....	131
Tabelle 43: Variance Inflation Factors (VIF): Multiple Regression Repräsentationswahrnehmung	132
Tabelle 44: Variance Inflation Factors (VIF): Multiple Regressionen Demokratiedefizite	133

Anhang A: Faktorenanalyse

Freie & faire Wahlen	0.03	0.08**	0.11***	0.15***	0.18***	0.19***	0.26***	0.27***	0.37***	0.39***	0.50***	
Gerichte behandeln alle Menschen gleich	0.12***	0.15***	0.18***	0.22***	0.27***	0.28***	0.14***	0.31***	0.35***	0.40***		
Medien können Regierung frei kritisieren	0.08**	-0.01	0.07**	0.22***	0.14***	0.22***	0.18***	0.29***	0.41***			
Schutz der Rechte von Minderheiten	0.03	-0.10***	0.26***	0.10***	0.29***	0.16***	0.17***	0.15***				
Regierungsparteien werden bei Wahlen abgestraft	0.26***	0.20***	0.20***	0.26***	0.26***	0.23***	0.21***					
Inhaltliche Unterscheidung politischer Parteien	0.11***	0.09***	0.10***	0.10***	0.15***	0.10***						
Bürger:innen haben durch Volksabstimmung das letzte Wort	0.37***	0.41***	0.21***	0.45***	0.25***							
Regierung schützt Bürger:innen vor Armut	0.34***	0.15***	0.61***	0.26***								
Wille des Volkes setzt sich immer durch	0.42***	0.34***	0.21***									
Regierung reduziert Einkommensunterschiede	0.35***	0.12***										
Wesentliche Entscheidungen national, nicht von EU	0.36***											
Ansichten einfacher Menschen Vorrang vor Eliten												
	Ansichten einfacher Menschen Vorrang vor Eliten	Wesentliche Entscheidungen national, nicht von EU	Regierung reduziert Einkommensunterschiede	Wille des Volkes setzt sich immer durch	Regierung schützt Bürger:innen vor Armut	Bürger:innen haben durch Volksabstimmung das letzte Wort	Inhaltliche Unterscheidung politischer Parteien	Regierungsparteien werden bei Wahlen abgestraft	Schutz der Rechte von Minderheiten	Medien können Regierung frei kritisieren	Gerichte behandeln alle Menschen gleich	Freie & faire Wahlen

Abbildung 30: Pearson Korrelationstabelle Demokratieaspirationen

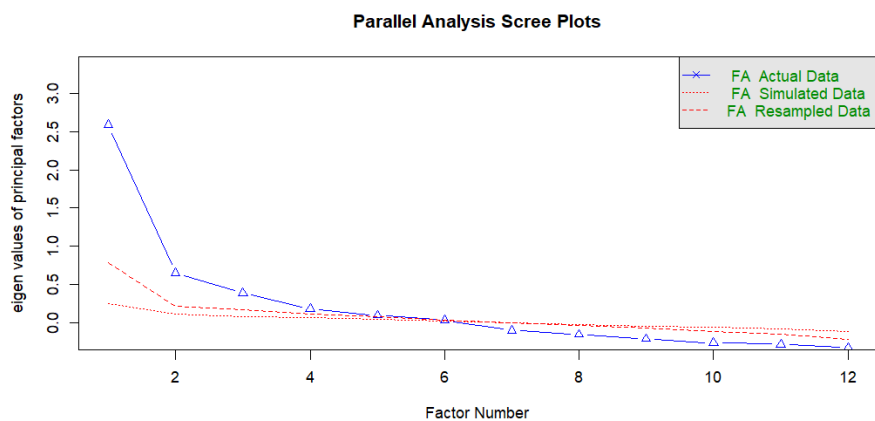


Abbildung 31: Parallel Analysis Scree Plot der Demokratieaspirations-Variablen

Factor Analysis

	Factor 1	Factor 2	Factor 3	Factor 4
National elections are free and fair	-0.04	0.01	0.76	0.02
Different political parties offer clear alternatives to one another	0.05	0.08	0.27	0.00
The media are free to criticise the government	0.16	-0.09	0.28	0.54
The rights of minority groups are protected	-0.12	0.26	0.26	0.41
Citizens have the final say on political issues by voting directly in referendums	0.61	0.02	0.09	0.08
The courts treat everyone the same	0.11	0.08	0.55	0.10
Governing parties are punished in elections when they have done a bad job	0.26	0.12	0.27	0.05
The government protects all citizens against poverty	0.05	0.74	0.08	-0.01
The government takes measures to reduce differences in income levels	-0.00	0.80	-0.03	-0.02
The views of ordinary people prevail over the views of the political elite	0.56	0.25	-0.15	0.01
The will of the people cannot be stopped	0.66	0.03	-0.06	0.18
Key decisions are made by national governments rather than the European Union	0.61	-0.04	0.15	-0.32
Cronbach's α	0.71	0.75	0.55	0.59

Abbildung 32: Faktorladungen bei vier extrahierten Faktoren, nach schiefwinkliger Oblimin-Rotation

Factor Analysis

	Factor 1	Factor 2
National elections are free and fair	-0.04	0.68
Different political parties offer clear alternatives to one another	0.09	0.27
The media are free to criticise the government	-0.02	0.62
The rights of minority groups are protected	-0.06	0.62
Citizens have the final say on political issues by voting directly in referendums	0.56	0.13
The courts treat everyone the same	0.11	0.61
Governing parties are punished in elections when they have done a bad job	0.30	0.31
The government protects all citizens against poverty	0.44	0.24
The government takes measures to reduce differences in income levels	0.42	0.16
The views of ordinary people prevail over the views of the political elite	0.73	-0.11
The will of the people cannot be stopped	0.58	0.08
Key decisions are made by national governments rather than the European Union	0.56	-0.12
Cronbach's α	0.74	0.68

Abbildung 33: Faktorladungen bei zwei extrahierten Faktoren, nach schiefwinkliger Oblimin-Rotation

Factor Analysis

	Factor 1	Factor 2	Factor 3
National elections are free and fair	0.66	0.09	0.04
The media are free to criticise the government	0.63	0.10	0.02
The rights of minority groups are protected	0.59	-0.08	0.27
Citizens have the final say on political issues by voting directly in referendums	0.25	0.63	0.11
The courts treat everyone the same	0.63	0.20	0.11
The government protects all citizens against poverty	0.20	0.21	0.71
The government takes measures to reduce differences in income levels	0.09	0.16	0.78
The views of ordinary people prevail over the views of the political elite	-0.02	0.58	0.32
The will of the people cannot be stopped	0.18	0.60	0.14
Key decisions are made by national governments rather than the European Union	-0.03	0.62	0.02
<i>Cronbach's α</i>	<i>0.71</i>	<i>0.71</i>	<i>0.75</i>

Abbildung 34: Finale Faktorladungen bei drei extrahierten Faktoren, nach orthogonaler Varimax-Rotation

Anhang B: Tabellen

Tabelle 38: Repräsentationswahrnehmung

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
1,0	71	10,9%	10,9%
1,5	80	12,3%	12,3%
2,0	189	29,1%	29,2%
2,5	112	17,2%	17,3%
3,0	144	22,2%	22,3%
3,5	30	4,7%	4,7%
4,0	18	2,8%	2,8%
4,5	3	0,4%	0,4%
5,0	1	0,2%	0,2%
Keine Angabe	2	0,3%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 39: Repräsentationswahrnehmung rekodiert

	Häufigkeit	Gültige Prozent
(Sehr) niedrige Repräsentationswahrnehmung (1,0-1,5)	151	23,1%
Mittlere Repräsentationswahrnehmung (2,0-2,5)	301	46,3%
(Sehr) hohe Repräsentationswahrnehmung (3,0-5,0)	197	30,3%
Keine Angabe	2	
Gesamt	651	100%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 40: Demokratiedefizite Liberale Demokratie

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
-10	4	0,6%	0,6%
-9	0	0,1%	0,1%
-8	7	1,0%	1,1%
-7	7	1,0%	1,1%
-6	21	3,3%	3,4%
-5	20	3,0%	3,1%
-4	52	7,9%	8,3%
-3	52	8,0%	8,4%
-2	142	21,8%	22,8%
-1	99	15,2%	15,9%
0	170	26,2%	27,4%
1	28	4,3%	4,5%
2	17	2,6%	2,8%
3	3	0,5%	0,6%
4	0	0,0%	0,0%
5	0	0,0%	0,0%
6	0	0,0%	0,0%
7	0	0,0%	0,0%
8	0	0,0%	0,0%
9	0	0,0%	0,0%
10	0	0,0%	0,0%
Keine	29	4,5%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 41: Demokratiedefizite Soziale Demokratie

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
-10	21	3,2%	3,3%
-9	13	2,0%	2,0%
-8	35	5,4%	5,5%
-7	23	3,6%	3,7%
-6	65	9,9%	10,2%
-5	31	4,8%	4,9%
-4	93	14,2%	14,6%
-3	32	4,9%	5,0%
-2	89	13,7%	14,1%
-1	34	5,3%	5,4%
0	137	21,0%	21,6%
1	18	2,8%	2,8%
2	26	4,0%	4,2%
3	3	0,5%	0,5%
4	8	1,2%	1,3%
5	1	0,2%	0,2%
6	2	0,3%	0,3%
7	0	0,0%	0,0%
8	1	0,1%	0,1%
9	1	0,2%	0,2%
10	1	0,1%	0,1%
Keine	17	2,6%	
Gesamt	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Tabelle 42: Demokratiedefizite Direkte Demokratie

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
-10	9	1,3%	1,4%
-9	9	1,4%	1,5%
-8	27	4,2%	4,5%
-7	22	3,4%	3,6%
-6	44	6,8%	7,3%
-5	48	7,4%	8,0%
-4	74	11,4%	12,4%
-3	55	8,4%	9,1%
-2	101	15,5%	16,7%
-1	75	11,5%	12,4%
0	97	14,9%	16,1%
1	24	3,7%	3,9%
2	13	2,0%	2,1%
3	2	0,3%	0,3%
4	1	0,2%	0,2%
5	0	0,0%	0,0%
6	0	0,0%	0,0%
7	0	0,0%	0,0%
8	2	0,2%	0,3%
9	0	0,0%	0,0%
10	0	0,0%	0,0%
Keine	49	7,5%	
Total	651	100,0%	100,0%

Daten gewichtet; Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungen

Anhang C: Regressionen

Tabelle 43: Variance Inflation Factors (VIF): Multiple Regression Repräsentationswahrnehmung

Variable	Variance Inflation Factors (VIF)
Bequem leben	1,16
(Sehr) schwer zurechtkommen	1,13
ÖVP	1,79
Grüne	1,76
FPÖ	1,39
NEOS	1,34
Kleinparteien	1,23
16 bis 29 Jahre	2,71
30 bis 49 Jahre	3,51
50 bis 69 Jahre	2,7
weiblich	1,08
niedrige Bildung	1,55
hohe Bildung	1,49
mit Migrationshintergrund	1,03
In Ausbildung	1,37
Erwerbslos	1,74
Verbundenheitsgefühl AT	1,26
Verbundenheitsgefühl Europa	1,37
Politisches Interesse	1,13
Vertrauen in politische Institutionen	1,23

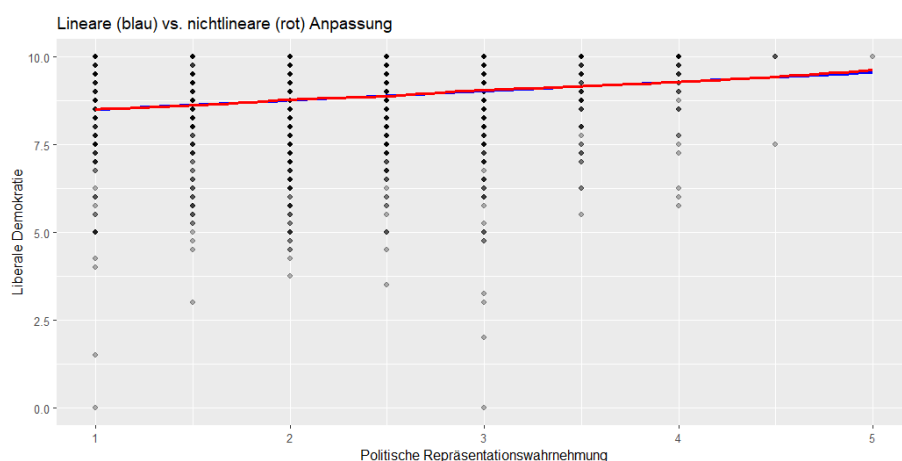


Abbildung 35: Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und Zustimmung zur liberalen Demokratie

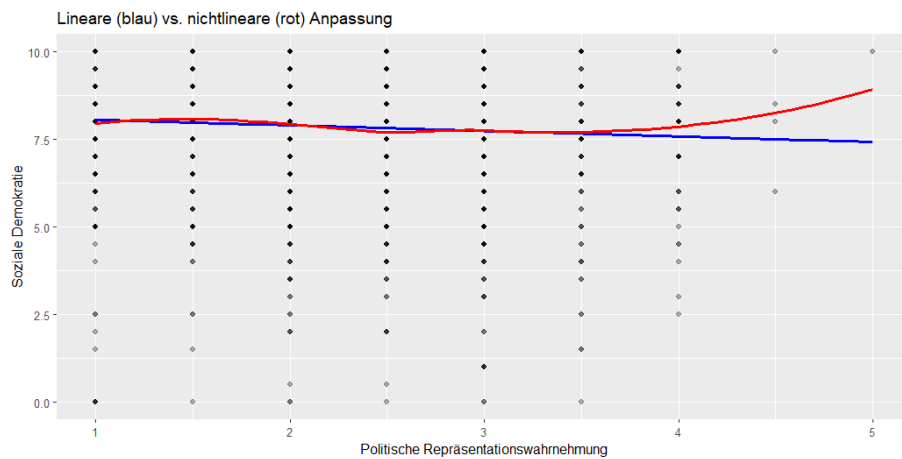


Abbildung 36: Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und Zustimmung zur sozialen Demokratie

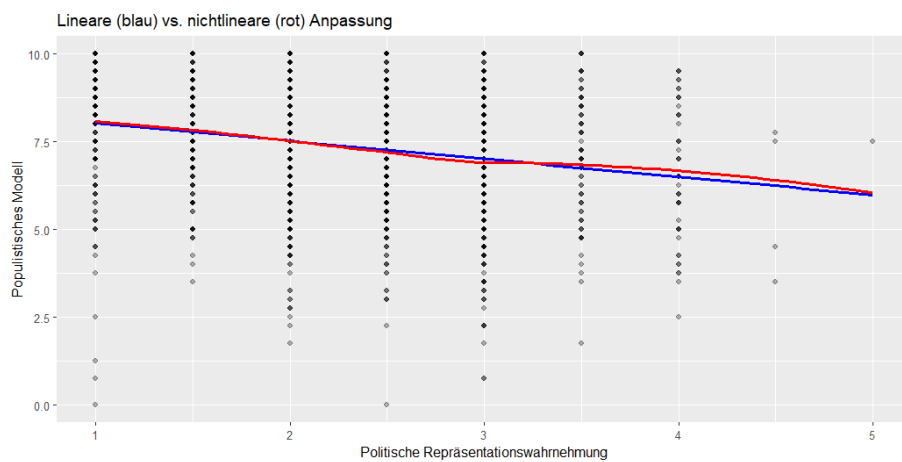


Abbildung 37: Zusammenhang zwischen politischer Repräsentationswahrnehmung und Zustimmung zum populistischen Modell

Tabelle 44: Variance Inflation Factors (VIF): Multiple Regressionen Demokratiedefizite

Variable	Variance Inflation Factors (VIF)
Repräsentationswahrnehmung	1,49
Bequem leben	1,16
(Sehr) schwer zurechtkommen	1,14
ÖVP	1,80
Grüne	1,77
FPÖ	1,40
NEOS	1,35
Kleinparteien	1,23
16 bis 29 Jahre	2,71
30 bis 49 Jahre	3,55
50 bis 69 Jahre	2,74
weiblich	1,09
niedrige Bildung	1,56
hohe Bildung	1,50
mit Migrationshintergrund	1,03
In Ausbildung	1,38
Erwerbslos	1,74
Verbundenheitsgefühl AT	1,26
Verbundenheitsgefühl Europa	1,37
Politisches Interesse	1,13
Vertrauen in politische Institutionen	1,51

Anhang D: R-Code der Datenauswertung

```
#####
##### Auswertungen Masterarbeit #####
#####

#####
## 01. Vorbereitungen: Pakete laden / Datensatz einspielen ##
#####

# install.packages("devtools")
# devtools::install_github("r-lib/conflicted")
# library(conflicted)
# library(dplyr)
# install.packages("car")
# install.packages("labelled")
# install.packages("fastDummies")
# install.packages("skimr")
# install.packages("factoextra")
# install.packages("openxlsx")
# install.packages("tidyverse")
# install.packages("weights")
# install.packages("survey") # für Gewichtung
# devtools::install_github("strengjacke/strengjacke") # für FA/ Korrr

library(haven)
ESS10AT <- read_sav("C:/Users/Theresa/Desktop/ess/ESS-Data-Wizard-subset-2023-11-13.sav")

# summary(ESS10AT)
# sort(names(ESS10AT))
attach(ESS10AT)

#####
## 02. Analytical Sample definieren ##
#####
## nur wahlberechtigte Personen; d.h. Personen <16 J., ohne österr.
Staatsbürgerschaft und jene,
## die hier keine Angaben haben, werden ausgeschlossen.
# Ebenso Personen mit >50% fehlenden Angaben im Hauptfragebogen
#
# table(agea) # 9 Personen < 16 J.
# table(ctzcntr) # 141 Personen mit Nicht-österr. Staatsbürgerschaft
## fehlende Werte?
# sum(is.na(agea)) # 106 Personen
# sum(is.na(ctzcntr)) # 34 Personen
refusal <- c(10171, 12781, 16100, 16458, 18907, 20139, 20274, 26547, 39276,
41467, 42887, 44537, 46887, 51619, 55489, 56336)
# 16 Fälle mit > 50% fehlenden Angaben
## Check, ob refusal-Respondent:innen durch NAs bei agea und ctzcntr rausfallen
# df <- data.frame(idno, agea, ctzcntr)
# # Filtern der Zeilen, bei denen der Wert von 'idno' in der Variable 'refusal'
vorkommt
# filtered_df <- df[df$idno %in% refusal, c("agea", "ctzcntr")]
# Ausgabe der gefilterten Daten
# print(filtered_df)
# Auch bei agea Missing -> muss nicht weiter behandelt werden

library(tidyverse)
analytical_sample <- ESS10AT %>% dplyr::filter(agea >15 & ctzcntr == 1)

# summary(analytical_sample$agea)
# summary(analytical_sample$ctzcntr)

attach(analytical_sample)
sort(names(analytical_sample))
# Check, ob noch Missings vorhanden
# any(is.na(agea))
```

```

# any(is.na(ctzcntr))

#####
##                                03. Gewichtung                                ##
#####

library(survey)

# ## für ESS10AT
# ESS10AT[, anweight=pspwght*pweight]
# design <- svydesign(ids = ~psu, strata = ~stratum, weights = ~anweight, data =
ESS10AT)
#
# ## für analytical_sample
# analytical_sample[, anweight=pspwght*pweight]
design <- svydesign(ids = ~psu, strata = ~stratum, weights = ~anweight, data =
analytical_sample)

#####
##                                04. Variablenkonzepte erstellen                                ##
#####

#####
## 4.1. Indexvariable für Repräsentationswahrnehmung bilden
#####
## 4.1.1. Eignung testen
class(c(psppsgva, psppipla))
# Konvertierung numerisch
#library(haven)
analytical_sample$psppsgva <- as.numeric(analytical_sample$psppsgva)
analytical_sample$psppipla <- as.numeric(analytical_sample$psppipla)
attach(analytical_sample)

# Fehlende Werte?
colSums(is.na(analytical_sample[, c("psppsgva", "psppipla")])) # Ja.

# Korrelationskoeffizient
cor(psppsgva, psppipla, use = "complete.obs") # 0,643
# Berechnung von Cronbachs Alpha
library(psych)
cronbach_alpha_rep <- alpha(analytical_sample[, c("psppsgva", "psppipla")], na.rm =
TRUE)
cronbach_alpha_rep # 0,78

## 4.1.2. ## Mittelwertindex bilden
analytical_sample$index_rep <- rowMeans(cbind(psppsgva, psppipla), na.rm=T)
attach(analytical_sample)
# table(index_rep)
# hist(index_rep)

#####
## 4.2. Dummyvariablen für Parteipräferenz
#####

levels_prtvtcat <- c("party_spo", "party_oevp", "party_fpoe", "party_jetzt",
"party_gruene",
"party_kpoe", "party_neos", "party_gilt", "party_andere")

for (i in 1:9) {
  assign(levels_prtvtcat[i], as.integer(prtvtcat == i))
}

# table(party_spo, prtvtcat, useNA = "ifany")
# table(party_oevp ,prtvtcat, useNA = "ifany")

# Zuweisung der Parteivariablen
party_vars <- c("party_spo", "party_oevp", "party_fpoe", "party_jetzt",
"party_gruene",

```

```

      "party_kpoe", "party_neos", "party_gilt", "party_andere")

## Dummyvariable für alle Kleinparteien zusammen erstellen
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(kleinparteien = ifelse(prtvcat %in% c(4, 6, 8, 9), 1, 0))

attach(analytical_sample)
table(kleinparteien, prtvcat)

# Speichern im AS
for (party_var in party_vars) {
  analytical_sample[[party_var]] <- get(party_var)
}

#####
## 4.3. Variable für Erwerbsstatus erstellen
#####

## 0 - nicht erwerbstätig
## 1 - erwerbstätig
## 2 - in Ausbildung

library(dplyr)

# Neue Variable ewstat erstellen
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    # Falls nur eine Variable in Frage C13 angekreuzt wurde, direkt übernehmen
    ewstat = case_when(
      pdwrk == 1 | cmsrv == 1 ~ 1,    # Erwerbstätig
      edctn == 1 ~ 2,                # Ausbildung
      dngoth == 1 | dngna == 1 ~ NA,  # Sonstige/Nicht beantwortet (Missing)
      TRUE ~ 0                       # Alle anderen = 0 (nicht erwerbstätig)
    )
  )

# Falls mehrere Angaben in Frage C13 gemacht wurden, Haupttätigkeit aus Frage C14
# ("mainact") übernehmen
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    ewstat = case_when(
      rowSums(select(., pdwrk, edctn, uempli, dsbld, rtrd, cmsrv, hswrk,
dngoth, dngna), na.rm = TRUE) > 1 ~ case_when(
        mainact %in% c(1, 7) ~ 1,    # Erwerbstätig
        mainact == 2 ~ 2,            # Ausbildung
        mainact %in% c(3,4,5,6,8) ~ 0, # nicht erwerbstätig
        mainact == 9 ~ NA_real_,     # Missing
        is.na(mainact) ~ NA_real_    # Falls keine Haupttätigkeit angegeben wurde,
NA
      ),
      TRUE ~ ewstat # Falls nur eine Angabe in Frage C13 -> behalte bisherigen
Wert
    )
  )

attach(analytical_sample)
## Überprüfen
table(ewstat, useNA = "always")
table(ewstat, mainact)

## Zähle AZ der 1er in den 9 Variablen aus Block C13 zur Tätigkeit der letzten 7
Tage
analytical_sample$num_ewstat <- rowSums(analytical_sample[, c("pdwrk", "edctn",
"uempli", "uempli",
                                                                "dsbld", "rtrd",
"cmsrv", "hswrk",
                                                                "dngoth", "dngna")])
== 1)
table(analytical_sample$num_ewstat)

```

```

# Filter, wenn num_ewstat = 1
filtered_data <- analytical_sample[analytical_sample$num_ewstat == 1, ]
# Überprüfung
table(filtered_data$pdwrk, filtered_data$ewstat)
table(filtered_data$cmsrv, filtered_data$ewstat)
table(filtered_data$edctn, filtered_data$ewstat)

##### Dummyvariablen auf Basis von ewstat erstellen

analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    mainact_unempl = ifelse(ewstat == 0, 1, 0),
    mainact_empl = ifelse(ewstat == 1, 1, 0),
    mainact_educ = ifelse(ewstat == 2, 1, 0)
  )

attach(analytical_sample)

## Prüfen
table(ewstat, mainact_unempl)
table(ewstat, mainact_empl)
table(ewstat, mainact_educ)

#####
## 4. Dummyvariable für Migrationshintergrund
#####

#2.1. Variable für Migrationshintergrund erstellen

# mig <- NA
# mig[brncntr == 1] <- 0 # Wenn brncntr = 1, Mig = 0
# mig[brncntr == 2] <- 1 # Wenn brncntr = 2, Mig = 1
# mig[facntr == 2 | mocntr == 2] <- 2 # Wenn facntr = 2 ODER mocntr =
2, Mig = 2
#
# mig <- factor(mig,
#               levels = c(0, 1, 2),
#               labels = c("Kein Migrationshintergrund", "1. Generation", "2.
Generation"))
#
# Da nur 10 Personen über einen Migrationshintergrund 1. Generation verfügen,
# werden 1. + 2. Generation zusammengefasst:

mig_bin <- NA
mig_bin[facntr == 2 | mocntr == 2 | brncntr == 2] <- 1
mig_bin[brncntr == 1 & (mocntr == 1 & facntr == 1)] <- 0
mig_bin <- factor(mig_bin,
                  levels = c(0, 1))
summary(mig_bin)
labels = c("Kein Migrationshintergrund", "Migrationshintergrund")
# numerisch
str(mig_bin)
mig_bin <- as.numeric(as.character(mig_bin))
# Zuweisen
analytical_sample$mig_bin <- mig_bin
## Prüfen
table(mig_bin, brncntr, mocntr, facntr)
table(mig_bin, useNA = "ifany" )

attach(analytical_sample)

#####
## 4.5. Geschlechtsvariable umkodieren
#####
# Original: 1 männlich, 2 weiblich --> 0 m/ 1 w

library(dplyr)

```

```

analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(gndr_r = case_when(
    gndr == 1 ~ 0,    # 1 wird 0
    gndr == 2 ~ 1,    # 2 wird 1
    TRUE ~ as.numeric(NA) # alles andere (NAs) bleibt wie gehabt
  ))

attach(analytical_sample)
# table(gndr_r, gndr, useNA = "ifany") # Check

#####
## 4.6. Ordinale Variable Bildung + Dummyvariable
#####
table(eiscd)

library(dplyr)

# Erstellen der neuen Variablen "edu_level" basierend auf "eiscd" mit numerischen
Werten
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    edu_level = case_when(
      eiscd %in% c(1, 2, 3) ~ 1,    # Niedriges Bildungsniveau: ISCED I, II, IIIb
--> 1
      eiscd %in% c(4, 5) ~ 2,      # Mittleres Bildungsniveau: ISCED IIIa, IV --
> 2
      eiscd %in% c(6, 7) ~ 3,      # Hohes Bildungsniveau: ISCED VI, V2 --> 3
      eiscd == 55 ~ NA_real_,      # Sonstige: ISCED 55 --> NA
      TRUE ~ NA_real_             # Alle anderen Werte sind NA
    )
  )

attach(analytical_sample)
class(edu_level)
table(edu_level, eiscd)

## als Dummyvariable
# Erstellen der Dummy-Variablen für Low, Medium, High
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    edu_level_low = ifelse(edu_level == 1, 1, 0),    # Dummy-Variable Low
    edu_level_medium = ifelse(edu_level == 2, 1, 0), # Dummy-Variable Medium
    edu_level_high = ifelse(edu_level == 3, 1, 0)    # Dummy-Variable High
  )

# Überprüfung
attach(analytical_sample)
table(edu_level, edu_level_low)
table(edu_level, edu_level_medium)
table(edu_level, edu_level_high)

#####
## 4.7. Vertrauen in politische Institutionen
#####

## Cronbachs Alpha von Vertrauen in pol. Inst. # 0,87

df_trstpolinst <- data.frame(trstprl, trstplt, trstprt)
alpha_trstpolinst <- psych::alpha(df_trstpolinst)
print(alpha_trstpolinst)

# Mittelwertindex bilden

analytical_sample$trstpolinst_nr <- rowMeans(analytical_sample[, c("trstprl",
"trstplt", "trstprt")], na.rm = TRUE)
head(analytical_sample$trstpolinst_nr) # nicht gerundet
attach(analytical_sample)
#cor(trstpolinst_nr, index_rep, use="complete.obs")

```

```

table(trstpolinst_nr)
# Runden, um wieder ursprüngliche Ausprägungen zu erhalten
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(trstpolinst = round(trstpolinst_nr))
attach(analytical_sample)
table(trstpolinst_nr, trstpolinst)

#####
## 4.8. Altersvariable in Gruppen & Dummyvar.
#####

analytical_sample$age_group <- cut(analytical_sample$agea,
                                   breaks = c(16, 29, 49, 69,
max(analytical_sample$agea, na.rm = TRUE)),
                                   labels = c("1", "2", "3", "4"),
                                   include.lowest = TRUE, right = TRUE)

table(analytical_sample$age_group)
attach(analytical_sample)
class(age_group)
hist(as.numeric(age_group))

# Dummyvariablen erstellen
library(fastDummies)

analytical_sample <- dummy_cols(analytical_sample, select_columns = "age_group")

# Überprüfen der Dummy-Variablen
attach(analytical_sample)
table(age_group_1)
cor(as.numeric(age_group), index_rep, use="complete.obs")

# lin. ZH? - JA
cor(as.numeric(age_group_1), index_rep, use="complete.obs")
cor(as.numeric(age_group_2), index_rep, use="complete.obs")
cor(as.numeric(age_group_3), index_rep, use="complete.obs")
cor(as.numeric(age_group_4), index_rep, use="complete.obs")

#####
## 4.9. Dummyvariablen für EK subj.
#####

table(hincfel)

library(dplyr)

analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    ek_gut = ifelse(hincfel == 1, 1, 0),
    ek_ok = ifelse(hincfel == 2, 1, 0),
    ek_schlecht = ifelse(hincfel %in% c(3, 4), 1, 0)
  )

attach(analytical_sample)
table(hincfel, ek_schlecht)

#####
## 4.10. Dummyvariable für Politisches Interesse
#####
analytical_sample$polintr_r <- ifelse(analytical_sample$polintr %in% c(1, 2), 1,
                                     ifelse(analytical_sample$polintr %in% c(3,
4), 0, NA))

attach(analytical_sample)
table(polintr_r, polintr, useNA = "ifany")

#####

```

```
#####
## 5. FAKTORENANALYSE DEMOKRATIEASPIRATIONEN
#####

#####
### 5.1. Vorbereitung
#####
### 5.1.1. Variablenauswahl
data_asp <- data.frame(fairelc, dfprtal, medcrgv, rghmgpr, votedir,
                      cttresa, gtpelc, gvctzpv, grdfinc, viepol,
                      wpestop, keydec)

#####
### 5.2. Eignung der Daten für FA prüfen
#####
### 5.2.1. Korrelationen

# Umbenennung der Variablenlabels für Korrelationsmatrix:
library(dplyr)
library(labelled)

# Umkodierung der Variablen
data_asp_r <- data_asp %>%
  rename(
    fairelc_r = fairelc,
    dfprtal_r = dfprtal,
    medcrgv_r = medcrgv,
    rghmgpr_r = rghmgpr,
    votedir_r = votedir,
    cttresa_r = cttresa,
    gtpelc_r = gtpelc,
    gvctzpv_r = gvctzpv,
    grdfinc_r = grdfinc,
    viepol_r = viepol,
    wpestop_r = wpestop,
    keydec_r = keydec
  )

# Vergabe der neuen Variablen-Labels
var_label(data_asp_r$fairelc_r) <- "Freie & faire Wahlen"
var_label(data_asp_r$dfprtal_r) <- "Inhaltliche Unterscheidung politischer
Parteien"
var_label(data_asp_r$medcrgv_r) <- "Medien können Regierung frei kritisieren"
var_label(data_asp_r$rghmgpr_r) <- "Schutz der Rechte von Minderheiten"
var_label(data_asp_r$votedir_r) <- "Bürger:innen haben durch Volksabstimmung das
letzte Wort"
var_label(data_asp_r$cttresa_r) <- "Gerichte behandeln alle Menschen gleich"
var_label(data_asp_r$gtpelc_r) <- "Regierungs- parteien werden bei Wahlen
abgestraft"
var_label(data_asp_r$gvctzpv_r) <- "Regierung schützt Bürger:innen vor Armut"
var_label(data_asp_r$grdfinc_r) <- "Regierung reduziert Einkommens- unterschiede"
var_label(data_asp_r$viepol_r) <- "Ansichten einfacher Menschen Vorrang vor Eliten"
var_label(data_asp_r$wpestop_r) <- "Wille des Volkes setzt sich immer durch"
var_label(data_asp_r$keydec_r) <- "Wesentliche Entscheidungen national, nicht von
EU"

library(sjPlot)
sjp.corr(data_asp_r, corr.method = "pearson", na.deletion = "pairwise",
wrap.labels = 10, decimals = 2)

### 5.2.2. Bartlett-Test
## H0 = Varianzen sind in der GG unkorreliert
cortest.bartlett(data_asp)
## H0 kann abgelehnt werden

### 5.2.3. Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium
## H0 = kein ZH der Korrelationen
## Test, ob der AT der gemeinsamen Varianz groß genug ist
corrmat <- cor(data_asp, use = "complete.obs")
```

```

corrmat
KMO(corrmat)
## Overall MSA = 0.79

#####
### 5.3. Faktorenanalyse durchführen
#####
### Anzahl der zu extrahierenden Faktoren bestimmen
library(psych)
library(GPArotation)
?psych::fa.parallel
psych::fa.parallel(data_asp, cor = "cor", fa = "fa")
# Kaiser-Kriterium; Faktoren mit Eigenwerten >1 extrahieren:
fa_result <- fa(data_asp, nfactors = 5, rotate = "none")
fa_result$values # nur 2 Faktoren mit EW > 1

#####
### 5.3.1. Durchführung einer Faktorenanalyse mit 4 Faktoren, gemäß Parallel
Analyse
#####
fa <- psych::fa(data_asp, nfactors = 4, fm = "pa") # Faktorenanalyse mit 4
Faktoren, mit Principal Axis Factoring (PAF) [fm="pa"]
fa
## Eigenwerte der extrahierten Faktoren
fa$values
# Grafische Darstellung der Faktorladungen
fa.diagram(fa, digits = 2)
# Tabellarische Darstellung der Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(fa)

#####
##Orthogonale Rotation mittels Varimax-Rotation
#####
fa_orth <- psych::fa(data_asp, nfactors = 4, fm = "pa", rotate = "varimax")
fa_orth
fa.diagram(fa) # grafische Darstellung der Faktorladungen
## Tabellarische Darstellung
sjPlot::tab_fa(fa_orth)

#####
# Schiefwinkelige Rotation
#####
## Schiefwinkelige Rotation der Faktoren mittels Varimax-Rotation
fa_schief <- psych::fa(data_asp, nfactors = 4, fm = "pa", rotate = "oblimin")
fa_schief
fa.diagram(fa, cut = 0, digits = 2) # grafische Darstellung
sjPlot::tab_fa(data_asp, nmbr.fctr=4, method="pa", rotation = "oblimin") #
Tabellarische Darstellung

## Eignung - Vergleich der erklärten Varianz zw. unrotiertem Modell, schiefwinkelig
und orthogonaler Rotation
# SS Loadings und erklärte Varianz für unrotierte Lösung (fa)
fa$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für orthogonale Rotation (fa_orth)
fa_orth$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für schiefwinkelige Rotation (fa_schief)
fa_schief$Vaccounted
### Korrelationen zwischen den Faktoren in der schiefwinkelligen Rotation
(fa_schief)
fa_schief$Phi # Korrelationen der Faktoren in der schiefwinkelligen Rotation

#####
## 5.3.2. Vergleich des Modells mit nur 3 extrahierten Faktoren
#####
fa3 <- psych::fa(data_asp, nfactors = 3, fm = "pa")
fa3
## Eigenwerte der extrahierten Faktoren
fa3$values
fa.diagram(fa3, digits = 2) # grafische Darstellung der Faktorladungen
# Tabellarische Darstellung der Faktorladungen

```

```

sjPlot::tab_fa(fa3)

#####
##Orthogonale Rotation mittels Varimax-Rotation
#####
fa3_orth <- psych::fa(data_asp, nfactors = 3, fm = "pa", rotate = "varimax")
fa3_orth

fa.diagram(fa3) # grafische Darstellung der Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(data_asp, nmbr.fctr = 3, method = "pa", rotation = "varimax") ##
Tabellarische Darstellung

#####
# Schiefwinkelige Rotation
#####
fa3_schief <- psych::fa(data_asp, nfactors = 3, fm = "pa", rotate = "oblimin")
fa3_schief
print(fa3, sort = TRUE)

fa.diagram(fa3, cut = 0, digits = 2) # grafische Darstellung der Faktorladungen,
inkl. Korr zw. Fakt.
sjPlot::tab_fa(data_asp, nmbr.fctr=3, method="pa", rotation = "oblimin") #
Tabellarische Darstellung

##
## Eignung - Vergleich der erklärten Varianz zw. unrotiertem Modell, schiefwinkelig
und orthogonaler Rotation
# SS Loadings und erklärte Varianz für unrotierte Lösung (fa)
fa3$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für orthogonale Rotation (fa_orth)
fa3_orth$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für schiefwinkelige Rotation (fa_schief)
fa3_schief$Vaccounted
### Korrelationen zwischen den Faktoren in der schiefwinkelligen Rotation
(fa_schief)
fa3_schief$Phi

#####
### 5.3.3. Durchführung einer Faktorenanalyse mit 2 Faktoren
fa2 <- psych::fa(data_asp, nfactors = 2, fm = "pa")
fa2
## Eigenwerte
fa2$values
fa.diagram(fa2, digits = 2) # grafisch
sjPlot::tab_fa(fa2) # Tabellarische Darstellung

#####
##Orthogonale Rotation mittels Varimax-Rotation
#####
fa2_orth <- psych::fa(data_asp, nfactors = 2, fm = "pa", rotate = "varimax")
fa2_orth
fa.diagram(fa2)
## Tabellarische Darstellung
sjPlot::tab_fa(data_asp, nmbr.fctr = 2, method = "pa", rotation = "varimax")

#####
# Schiefwinkelige Rotation
#####
fa2_schief <- psych::fa(data_asp, nfactors = 2, fm = "pa", rotate = "oblimin")
fa2_schief
fa.diagram(fa2_schief, cut = 0, digits = 2) # grafische Darstellung der
Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(data_asp, nmbr.fctr=2, method="pa", rotation = "oblimin") #
Tabellarische Darstellung

##
## Eignung - Vergleich der erklärten Varianz zw. unrotiertem Modell, schiefwinkelig
und orthogonaler Rotation
# SS Loadings und erklärte Varianz für unrotierte Lösung (fa)

```

```

fa2$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für orthogonale Rotation (fa_orth)
fa2_orth$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für schiefwinkelige Rotation (fa_schief)
fa2_schief$Vaccounted
### Korrelationen zwischen den Faktoren in der schiefwinkelligen Rotation
(fa_schief)
fa2_schief$Phi # Die Korrelationen der Faktoren in der schiefwinkelligen Rotation

#####
## Item gtpelc (Regierungsparteien werden bei Wahlen abgestraft) wird entfernt,
## da diese sowohl bei 3-Faktorenanalyse und 4-Faktorenanalyse nicht eindeutig auf
einen Faktor lädt
#####
data_asp_red <- data.frame(fairelc, dfprtal, medcrgv, rghmgpr, votedir,
                           cttresa, gvctzpv, grdfinc, viepol,
                           wpestop, keydec)

### 5.3.4. Durchführung einer Faktorenanalyse mit 3 Faktoren ohne gtpelc
fa3_red <- psych::fa(data_asp_red, nfactors = 3, fm = "pa")
fa3_red

fa.diagram(fa3_red, digits = 2) # grafische Darstellung der Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(fa3_red) # Tabellarische Darstellung

#####
##Orthogonale Rotation mittels Varimax-Rotation
#####
fa3_red_orth <- psych::fa(data_asp_red, nfactors = 3, fm = "pa", rotate =
"varimax")
fa3_red_orth
fa.diagram(fa3_red) # grafische Darstellung der Faktorladungen
## Tabellarische Darstellung
sjPlot::tab_fa(data_asp_red, nmbr.fctr = 3, method = "pa", rotation = "varimax")

#####
# Schiefwinkelige Rotation
#####
fa3_red_schief <- psych::fa(data_asp_red, nfactors = 3, fm = "pa", rotate =
"oblimin")
fa3_red_schief
fa.diagram(fa3_red, cut = 0, digits = 2) # grafische Darstellung der
Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(data_asp_red, nmbr.fctr=3, method="pa", rotation = "oblimin") #
Tabellarische Darstellung

#####
## Das Item "dfprtal" - Parteien unterscheiden sich klar voneinander - lädt in der
neuen 3-Faktorenlösung ohne gtpelc nur schwach
## auf Faktor 1 --> daher und aufgrund inhaltlicher Überlegungen, wird dieses Item
entfernt und erneut eine 3-Faktor-Lösung durchgeführt.
#####

data_asp_red2 <- data.frame(fairelc, medcrgv, rghmgpr, votedir,
                           cttresa, gvctzpv, grdfinc, viepol,
                           wpestop, keydec)

### 5.3.5. Durchführung einer Faktorenanalyse mit 3 Faktoren, ohne dfprtal und
gtpelc
fa3_red2 <- psych::fa(data_asp_red2, nfactors = 3, fm = "pa")
fa3_red2
fa.diagram(fa3_red2, digits = 2) # grafische Darstellung der Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(fa3_red2) # Tabellarische Darstellung der Faktorladungen

#####
##Orthogonale Rotation mittels Varimax-Rotation
#####

```

```

fa3_red2_orth <- psych::fa(data_asp_red2, nfactors = 3, fm = "pa", rotate =
"varimax")
fa3_red2_orth
fa.diagram(fa3_red2) # grafische Darstellung der Faktorladungen
sjPlot::tab_fa(data_asp_red2, nmbr.fctr = 3, method = "pa", rotation = "varimax")
## Tabellarische Darstellung

#####
# Schiefwinkelige Rotation
#####
fa3_red2_schief <- psych::fa(data_asp_red2, nfactors = 3, fm = "pa", rotate =
"oblimin")
fa3_red2_schief
fa.diagram(fa3_red2, cut = 0, digits = 2) # grafische Darstellung
sjPlot::tab_fa(data_asp_red2, nmbr.fctr=3, method ="pa", rotation = "oblimin") #
Tabellarische Darstellung

##
## Eignung - Vergleich der erklärten Varianz zw. unrotiertem Modell, schiefwinkelig
und orthogonaler Rotation
# SS Loadings und erklärte Varianz für unrotierte Lösung (fa)
fa3_red2$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für orthogonale Rotation (fa_orth)
fa3_red2_orth$Vaccounted
# SS Loadings und erklärte Varianz für schiefwinkelige Rotation (fa_schief)
fa3_red2_schief$Vaccounted

### Korrelationen zwischen den Faktoren in der schiefwinkelligen Rotation
(fa_schief)
fa3_red2_schief$Phi # Die Korrelationen der Faktoren in der schiefwinkelligen
Rotation

## Itemanalyse (zur Überprüfung der internen Konsistenz der Skala) mit Cronbachs
Alpha

## für Faktor 1 "liberale Demokratie"
df_lib <- data.frame(fairelc, medcrgv, rghmgpr, cttresa)
psych::alpha(df_lib)
## für Faktor 2 "Populistisches Modell"
df_pop <- data.frame(votedir, viepol, wpestop, keydec)
psych::alpha(df_pop)
## für Faktor 3 "soziale Demokratie"
df_so3 <- data.frame(gvctzpv, grdfinc)
psych::alpha(df_so3)

library(sjPlot)
sjt.itemanalysis(data_asp_red2)

#####
## 06. Bildung der neuen Aspirations-/Bewertungs-/Defizitvariablen
#####
## 6.1. Arithmetisches Mittel der Aspirations-Items:

analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (popdem = (votedir + viepol +
wpestop + keydec)/4)
analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (libdem = (fairelc + medcrgv +
rghmgpr + cttresa)/4)
analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (sozdem = (gvctzpv + grdfinc)/2)
## LABELN
library(haven)
label(analytical_sample$popdem) <- "Aspiration Populistisches Modell"
label(analytical_sample$sozdem) <- "Aspiration Soziale Demokratie"
label(analytical_sample$libdem) <- "Aspiration Liberale Demokratie"

## 6.2. Arithmetisches Mittel der Bewertungs-Items:

analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (popdemc = (votedirc + viepolc +
wpestopc + keydecc)/4)

```

```

analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (libdemc = (fairelcc + medcrgvc
+ rghmgprc + cttresac)/4)
analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (sozdemc = (gvctzpv +
grdfincc)/2)

## LABELN
library(labelled)
analytical_sample$popdemc <- sjlabelled::set_label(analytical_sample$popdemc, label
= "Bewertung Populistisches Modell")
analytical_sample$popdemc <- sjlabelled::set_label(analytical_sample$sozdemc, label
= "Bewertung Soziale Demokratie")
analytical_sample$popdemc <- sjlabelled::set_label(analytical_sample$libdemc, label
= "Bewertung Liberale Demokratie")

## 6.3. Arithmetisches Mittel der Defizit-Items:
library(dplyr)

analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(
    fairelc_def = fairelcc - fairelc,
    dfprtalc_def = dfprtalc - dfprtalc,
    medcrgv_def = medcrgvc - medcrgv,
    rghmgpr_def = rghmgprc - rghmgpr,
    votedirc_def = votedirc - votedirc,
    cttresa_def = cttresac - cttresa,
    gptpelc_def = gptpelcc - gptpelc,
    gvctzpv_def = gvctzpv - gvctzpv,
    grdfinc_def = grdfincc - grdfinc,
    viepol_def = viepolc - viepol,
    wpestop_def = wpestopc - wpestop,
    keydec_def = keydecc - keydec
  )

analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (popdem_def = (votedirc_def +
viepol_def + wpestop_def + keydec_def)/4)
analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (libdem_def = (fairelc_def +
medcrgv_def + rghmgpr_def + cttresa_def)/4)
analytical_sample <- analytical_sample %>% mutate (sozdem_def = (gvctzpv_def +
grdfinc_def)/2)

attach(analytical_sample)

## 6.4. Itemanalyse (zur Überprüfung der internen Konsistenz der Defizit-Skala mit
Cronbachs Alpha

## für Faktor 1 "liberale Demokratie"
df_lib_def <- data.frame(fairelc_def, medcrgv_def, rghmgpr_def, cttresa_def)
psych::alpha(df_lib_def)
## für Faktor 2 "soz Demokratie"
df_soz_def <- data.frame(gvctzpv_def, grdfinc_def)
psych::alpha(df_soz_def)
cor.test(gvctzpv_def, grdfinc_def, se = "complete.obs" )
## für Faktor 2 "Populistisches Modell"
df_pop_def <- data.frame(votedirc_def, viepol_def, wpestop_def, keydec_def)
psych::alpha(df_pop_def)

#####
## 7. Deskriptive Auswertung ##
#####
attach(analytical_sample)
sum(anweight)

#####
## 7.1. abhängige Variablen
#####

# Analyseteil 1: Repräsentationswahrnehmung
#####
descr::freq(index_rep, anweight, plot = F)

```

```

descr::freq(index_rep)
# descr::freq(psppipla, anweight, plot = T)
# descr::freq(psppsgva, anweight, plot = T)

# Analyseteil 2: Demokratieaspirationen
#####
# popdem
# Runden für Darstellung (alle Rundungen gemäß IEEE 754- Standard - "round to
nearest even")
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(popdem_r = round(popdem))
attach(analytical_sample)
table(popdem_r, popdem)

descr::freq(popdem_r, anweight)

# libdem
# Runden für Darstellung
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(libdem_r = round(libdem))
attach(analytical_sample)
table(libdem_r, libdem)

descr::freq(libdem_r, anweight)

# sozdem
# Runden für Darstellung
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(sozdem_r = round(sozdem))
attach(analytical_sample)
table(sozdem_r, sozdem)

descr::freq(sozdem_r, anweight)

# Analyseteil 3: Demokratiedefizite
#####
### Gegenüberstellung Bewertung und Aspiration

library(dplyr)
library(tidyr)

numeric_vars <- c("fairelcc", "fairelc", "dfprtalc", "dfprtalc",
                  "medcrgvc", "medcrgv", "rghmgprc", "rghmgpr",
                  "votedirc", "votedir", "cttresac", "cttresac",
                  "gptpelcc", "gptpelc", "gvctzpsc", "gvctzpc",
                  "grdfincc", "grdfinc", "viepolc", "viepol",
                  "wpestopc", "wpestop", "keydecc", "keydec")

# Filter - nur Fälle, die in allen 24 Variablen Angaben gemacht haben
complete_cases <- analytical_sample %>%
  filter(complete.cases(select(., all_of(numeric_vars))))
# Anzahl der vollständigen Fälle ungewichtet
nrow(complete_cases) # 1559
# Berechnung gewichtete Mittelwerte
weighted_mean_dem <- complete_cases %>%
  summarise(across(all_of(numeric_vars), ~ weighted.mean(.x, anweight, na.rm =
TRUE))) %>%
  pivot_longer(cols = everything(), names_to = "Variable", values_to =
"Weighted_Mean")
# Ausgabe
print(weighted_mean_dem)
table(weighted_mean_dem)
# Gewichtete Fallzahl
sum(complete_cases$anweight, na.rm = TRUE) # n = 577,48
# Prüfen
mean(complete_cases$fairelc)
mean(fairelc, na.rm=T)
# Berechnung des gewichteten Mittelwerts

```

```

weighted_mean_fairelc <- weighted.mean(complete_cases$fairelc, w =
complete_cases$anweight, na.rm = TRUE)
print(weighted_mean_fairelc)

### Mittelwerte Demokratiedefizite
numeric_vars2 <- c("fairelc_def", "dfprtal_def", "medcrgv_def", "rghmgpr_def",
                  "votedir_def", "cttres_a_def", "gptpelc_def", "gvctzpv_def",
                  "grdfinc_def", "viepol_def", "wpestop_def", "keydec_def")
# Filter - nur Fälle, die in allen 12 Defizit-Variablen Angaben gemacht haben
complete_cases2 <- analytical_sample %>%
  filter(complete.cases(select(., all_of(numeric_vars2))))
# Anzahl der vollständigen Fälle ungewichtet
nrow(complete_cases2) # 1559
# Berechnung gewichtete Mittelwerte
weighted_mean_dem_def <- complete_cases2 %>%
  summarise(across(all_of(numeric_vars2), ~ weighted.mean(.x, anweight, na.rm =
TRUE))) %>%
  pivot_longer(cols = everything(), names_to = "Variable", values_to =
"Weighted_Mean")
# Ausgabe
print(weighted_mean_dem_def)
table(weighted_mean_dem_def)
# Prüfen
mean(complete_cases2$fairelc_def)
mean(fairelc_def, na.rm=T)
# Berechnung des gewichteten Mittelwerts
weighted_mean_fairelc_def <- weighted.mean(complete_cases2$fairelc_def, w =
complete_cases2$anweight, na.rm = TRUE)
print(weighted_mean_fairelc_def)
# Berechnung der Mittelwerte nach Modell (lib/soz/pop)
library(dplyr)
analytical_sample %>%
  summarise(
    wmean_sozdem = weighted.mean(sozdem_def, w = anweight, na.rm = TRUE),
    wmean_libdem = weighted.mean(libdem_def, w = anweight, na.rm = TRUE),
    wmean_popdem = weighted.mean(popdem_def, w = anweight, na.rm = TRUE)
  )
attach(analytical_sample)

### Darstellung Demokratiedefizite

# popdem_def
# Runden für Darstellung
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(popdem_def_r = round(popdem_def))
attach(analytical_sample)
table(popdem_def_r, popdem_def)

descr::freq(popdem_def_r, anweight)

# libdem_def
# Runden für Darstellung
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(libdem_def_r = round(libdem_def))
attach(analytical_sample)
table(libdem_def_r, libdem_def)

descr::freq(libdem_def_r, anweight)

# sozdem_def
# Runden für Darstellung
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(sozdem_def_r = round(sozdem_def))
attach(analytical_sample)
table(sozdem_def_r, sozdem_def)

descr::freq(sozdem_def_r, anweight)

```

```
#####
## 7.2. unabhängige Variablen
#####

# Parteipräferenz
# Rekodierung -> Sämtliche Kleinparteien in einer Ausprägung zusammenfassen
library(dplyr)

analytical_sample$prtvcat_r <- ifelse(analytical_sample$prtvcat == 1, 1,
                                     ifelse(analytical_sample$prtvcat == 2, 2,
                                             ifelse(analytical_sample$prtvcat ==
3, 3,

ifelse(analytical_sample$prtvcat == 4, 9,
ifelse(analytical_sample$prtvcat == 5, 5,
ifelse(analytical_sample$prtvcat == 6, 9,
ifelse(analytical_sample$prtvcat == 7, 7,
ifelse(analytical_sample$prtvcat == 8, 9,
ifelse(analytical_sample$prtvcat == 9, 9, NA)))))))))

# Überprüfen
table(analytical_sample$prtvcat, analytical_sample$prtvcat_r)
attach(analytical_sample)
table(prtvcat, prtvcat_r)

descr::freq(prtvcat_r, anweight)
descr::freq(prtvcat_r)

#####
# Haupttätigkeit

# zunächst rekodierte Dummyvariablen in eine Variable zusammenfassen:
library(dplyr)
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(mainact_n = case_when(
    mainact_unempl == 1 ~ 1,
    mainact_empl == 1 ~ 2,
    mainact_educ == 1 ~ 3,
    TRUE ~ NA_real_ ))
attach(analytical_sample)
table(mainact_n, mainact_unempl, mainact_empl, mainact_educ)

# Gewichtete Darstellung
descr::freq(mainact_n, anweight)

#####
# subjektives Einkommen (Bequem leben/ Zurechtkommen/ Nur (sehr) schwer
zurechtkommen)

# zunächst rekodierte Dummyvariablen in eine Variable zusammenfassen:
analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(hincfel_n = case_when(
    ek_gut == 1 ~ 1,
    ek_ok == 1 ~ 2,
    ek_schlecht == 1 ~ 3,
    TRUE ~ NA_real_ ))
attach(analytical_sample)
table(hincfel_n, ek_gut, ek_ok, ek_schlecht)

# Gewichtete Darstellung
descr::freq(hincfel_n, anweight)

#####
# Vertrauen in politische Institutionen
```

```

descr::freq(trstpolinst, anweight)

#####
## 7.3. Kontrollvariablen
#####

#####
#Geschlecht
descr::freq(gndr_r, anweight, plot=F)

#####
# Migrationshintergrund (binär)
descr::freq(mig_bin, anweight)

#####
# Altersgruppe
descr::freq(age_group, anweight)

#####
# Bildungsgruppen
descr::freq(edu_level, anweight)

#####
# Politisches Interesse
descr::freq(polintr_r, anweight)

#####
# Verbundenheit Österreich
descr::freq(atchctr, anweight)
table(atchctr, useNA = "ifany") # keine NAs

#####
# Verbundenheit EU
descr::freq(atcherp, anweight)

#####
##          7.9          Bivariate Auswertung          ##
#####

#####
### 7.9.1. Repräsentationswahrnehmung ###
#####

## Rekodierung der Indexvariable Repräsentationswahrnehmung in 3 Ausprägungen
## für grafische Darstellung
library(dplyr)
library(gtsummary)
library(survey)

analytical_sample <- analytical_sample %>%
  mutate(index_rep_r = case_when(
    index_rep %in% c(1, 1.5) ~ 1,
    index_rep %in% c(2, 2.5) ~ 2,
    index_rep >= 3 ~ 3,
    TRUE ~ index_rep
  ))
attach(analytical_sample)

##### Kategoriale Variablen
design <- svydesign(ids = ~psu, strata = ~stratum, weights = ~anweight, data =
analytical_sample)

# 1. Subjektives EK
# Mittelwert pro Ausprägung
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~hincfel_n, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
  as.data.frame())
# Verteilung

```

```

print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + hincfel_n , design)), margin =
2)) * 100, 1))

#2. Bildungsstand
# Mittelwert pro Ausprägung
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~edu_level, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + edu_level , design)), margin =
2)) * 100, 1))

#3. Parteipräferenz
# Mittelwert pro Ausprägung
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~prtvcat_r, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + prtvcat_r , design)), margin =
2)) * 100, 1))

#4. Migrationshintergrund
# Mittelwert pro Ausprägung
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~mig_bin, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + mig_bin , design)), margin = 2))
* 100, 1))

#5. Geschlecht
# Mittelwert pro Ausprägung
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~gndr_r, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + gndr_r , design)), margin = 2)) *
100, 1))

# 6. Haupttätigkeit
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~mainact_n, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + mainact_n , design)), margin =
2)) * 100, 1))

#7. Altersgruppe
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~age_group, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + age_group, design)), margin = 2))
* 100, 1))

#8. Politisches Interesse
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~polintr_r, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + polintr_r, design)), margin = 2))
* 100, 1))

##### Ordinale Variablen
# atcherp, atchctr, trstpolinst_nr

# Rekodierung für grafische Darstellung:

#9. Verbundenheit AT
#atchctr_r

```

```

analytical_sample$atchctr_r <- ifelse(analytical_sample$atchctr >= 0 &
analytical_sample$atchctr <= 3, 1,
                                   ifelse(analytical_sample$atchctr >= 4 &
analytical_sample$atchctr <= 6, 2,
                                   ifelse(analytical_sample$atchctr >= 7
& analytical_sample$atchctr <= 10, 3, NA)))
# Mittelwert
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~atchctr_r, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + atchctr_r, design)), margin = 2))
* 100, 1))

#10. Verbundeheit EU
# atcherp_r
analytical_sample$atcherp_r <- ifelse(analytical_sample$atcherp >= 0 &
analytical_sample$atcherp <= 3, 1,
                                   ifelse(analytical_sample$atcherp >= 4 &
analytical_sample$atcherp <= 6, 2,
                                   ifelse(analytical_sample$atcherp >= 7
& analytical_sample$atcherp <= 10, 3, NA)))
# Mittelwert
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~atcherp_r, design, svymean,
na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + atcherp_r, design)), margin = 2))
* 100, 1))

#11. Vertrauen in pol. Inst.
# trstpolinst_r
analytical_sample$trstpolinst_r <- ifelse(analytical_sample$trstpolinst >= 0 &
analytical_sample$trstpolinst <= 3, 1,
                                   ifelse(analytical_sample$trstpolinst >= 4
& analytical_sample$trstpolinst <= 6, 2,
                                   ifelse(analytical_sample$trstpolinst >= 7 & analytical_sample$trstpolinst <= 10, 3,
NA)))
# Mittelwert
print(svy_tabelle_hincfel_n <- svyby(~index_rep, by = ~trstpolinst_r, design,
svymean, na.rm = TRUE) %>%
      as.data.frame())
# Verteilung
print(round((prop.table((svytable(~ index_rep_r + trstpolinst_r, design)), margin =
2)) * 100, 1))

table(index_rep, index_rep_r)

#####
#### 7.9.2. Demokratiekonzepte #####
#####
library("weights")

#####
# Gruppierte Zusammenfassung nach Demokratietyp
# Jeden Fall eindeutig dem am stärksten vertretenen Demokratiekonzept zuweisen.
# Fälle, die bei >=2 Modellen gleich hohe Werte erzielen, werden markiert "ambi"
#####

dem_values <- analytical_sample[, c("libdem", "sozdem", "popdem")]

# Maximalwerte identifizieren
get_max_index <- function(x) {
  if (all(is.na(x))) {
    return(NA)
  }
  max_val <- max(x, na.rm = TRUE)
  equal_to_max <- x == max_val

```

```

# Wenn mehr als ein Wert gleich dem Maximum ist → ambi
if (sum(equal_to_max, na.rm = TRUE) != 1) {
  return(NA)
} else {
  return(which.max(x))
}
}

# Index bestimmen
max_index <- apply(dem_values, 1, get_max_index)

# Umwandlung in Faktor
dem_type <- factor(max_index,
  levels = 1:3,
  labels = c("libdem", "sozdem", "popdem"))

# Zuweisung in AS
analytical_sample$dem_type <- dem_type

# Ergebnissdarstellung
# Übersicht Demokratietypen
print(table(analytical_sample$dem_type, useNA = "ifany"))
# Anzahl ausgeschlossener Fälle (fehlend oder ambivalent)
print(sum(is.na(analytical_sample$dem_type))) # 369 Fälle

# Bivariate Darstellung
### Kategoriale Variablen

library(survey)
# Gewichtete Kreuztabellen nach präferierten Demokratiemodell
#1. Parteipräferenz
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + prtvtcat_r, design))), margin = 2)) *
100, 1))
#2. Erwerbsstatus
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + mainact_n, design))), margin = 2)) *
100, 1))
#3. Subjektives Einkommen
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + hincfel_n, design))), margin = 2)) *
100, 1))
#4. Politisches Interesse
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + polintr_r, design))), margin = 2)) *
100, 1))
#5. Altersgruppe
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + age_group, design))), margin = 2)) *
100, 1))
# 6. Geschlecht
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + gndr_r, design))), margin = 2)) *
100, 1))
# 7. Migrationshintergrund
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + mig_bin, design))), margin = 2)) *
100, 1))
#8. Bildungsstand
print(round((prop.table((svytable(~ dem_type + edu_level, design))), margin = 2)) *
100, 1))

# Metrische Variablen
# nur gültige Fälle
complete_cases <- complete.cases(analytical_sample[, c("index_rep", "trstpolinst",
"atchctr", "atcherp", "dem_type")])
filtered_demtype <- analytical_sample[complete_cases, ]

# Design-Objekt mit gefiltertem Datensatz
design_filtered <- svydesign(ids = ~1, weights = ~anweight, data =
filtered_demtype)

# Mittelwertvergleich je Variable nach dem_type
vars <- c("index_rep", "trstpolinst", "atchctr", "atcherp")
for (v in vars) {
  cat("\n### Variable:", v, "\n")

```

```

    result <- svyby(as.formula(paste("~", v)), ~ dem_type, design_filtered, svymean,
na.rm = TRUE)
    print(result)
  }
# Fallzahl
descr::freq(dem_type, anweight)

#####
#### 7.9.3. Demokratiedefizite #####
#####
## Gruppierte Zusammenfassung nach Demokratiedefizit-Typ
## Jeden Fall eindeutig dem am stärksten defizitär wahrgenommenen Demokratiemodell
zuweisen.
## Fälle, die bei >=2 Modellen gleich hohe Defizite aufweisen (d.h. negative
Werte), werden markiert "ambi"

def_vars <- analytical_sample[, c("libdem_def", "sozdem_def", "popdem_def")]

# Neue Variable mit Minimalwerten: def_dem_type
analytical_sample$def_dem_type <- apply(def_vars, 1, function(x) {
  # wenn in allen 3 Fällen NA
  if (all(is.na(x))) return(NA)

  # Minimum berechnen
  min_val <- min(x, na.rm = TRUE)

  # Prüfen, ob mehrfaches Minimum
  if (sum(x == min_val, na.rm = TRUE) > 1) {
    return("ambi")
  } else {
    return(names(x)[which.min(x)])
  }
})

table(analytical_sample$def_dem_type, useNA = "ifany") # 121 ambi; 20 NA

# Falls "ambi", dann Missing setzen
analytical_sample$def_dem_type[analytical_sample$def_dem_type == "ambi"] <- NA

# Check
table(analytical_sample$def_dem_type, useNA = "ifany")
attach(analytical_sample)
descr::freq(def_dem_type, anweight, plot = F)

# Reihenfolge anpassen
analytical_sample$def_dem_type <- factor(
  analytical_sample$def_dem_type,
  levels = c("libdem_def", "sozdem_def", "popdem_def")
)
attach(analytical_sample)

# Bivariate Darstellung
### Kategoriale Variablen

library(survey)
# Gewichtete Kreuztabellen nach präferierten Demokratiemodell
#1. Parteipräferenz
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + prtvtcat_r, design))), margin =
2)) * 100, 1))
#2. Erwerbsstatus
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + mainact_n, design))), margin =
2)) * 100, 1))
#3. Subjektives Einkommen
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + hincfel_n, design))), margin =
2)) * 100, 1))
#4. Politisches Interesse
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + polintr_r, design))), margin =
2)) * 100, 1))
#5. Altersgruppe

```

```

print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + age_group, design)), margin =
2)) * 100, 1))
# 6. Geschlecht
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + gndr_r, design)), margin = 2)) *
100, 1))
# 7. Migrationshintergrund
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + mig_bin, design)), margin = 2))
* 100, 1))
#8. Bildungsstand
print(round((prop.table((svytable(~ def_dem_type + edu_level, design)), margin =
2)) * 100, 1))

# Metrische Variablen
# nur gültige Fälle
complete_cases <- complete.cases(analytical_sample[, c("index_rep", "trstpolinst",
"atchctr", "atcherp", "def_dem_type")])
filtered_def_demtype <- analytical_sample[complete_cases, ]
# Gewichtetes Design mit gefilterten Datensatz
design_filtered <- svydesign(ids = ~1, weights = ~anweight, data =
filtered_def_demtype)
# Mittelwertvergleich je Variable nach def_dem_type
vars <- c("index_rep", "trstpolinst", "atchctr", "atcherp")
for (v in vars) {
  cat("\n### Variable:", v, "\n")
  result <- svyby(as.formula(paste("~", v)), ~ def_dem_type, design_filtered,
svymean, na.rm = TRUE)
  print(result)
}
# Fallzahl
descr::freq(def_dem_type, anweight)

#####
##          8.      Regressionsanalysen          ##
#####

####
## 8.1. Regressionen Demokratiekonzepte
##

# 8.1.1. Nur Fälle mit gültigen Werten in allen vier Variablen auswählen
data_kon <- analytical_sample[complete.cases(analytical_sample$index_rep,
                                              analytical_sample$sozdem,
                                              analytical_sample$libdem,
                                              analytical_sample$popdem), ]

# 8.1.2. Überprüfung des linearen Zusammenhangs
library(ggplot2)
# Libdem
ggplot(data_kon, aes(x = index_rep, y = libdem)) +
  geom_point(alpha = 0.3) +
  geom_smooth(method = "lm", se = FALSE, color = "blue") +
  geom_smooth(method = "loess", se = FALSE, color = "red") +
  labs(title = "Lineare (blau) vs. nichtlineare (rot) Anpassung",
       x = "Politische Repräsentationswahrnehmung",
       y = "Liberale Demokratie")
# Linearität des ZH erfüllt

# Sozdem
ggplot(data_kon, aes(x = index_rep, y = sozdem)) +
  geom_point(alpha = 0.3) +
  geom_smooth(method = "lm", se = FALSE, color = "blue") +
  geom_smooth(method = "loess", se = FALSE, color = "red") +
  labs(title = "Lineare (blau) vs. nichtlineare (rot) Anpassung",
       x = "Politische Repräsentationswahrnehmung",
       y = "Soziale Demokratie")
# Linearität des ZH nur bis ca. index_rep = 3,5 erfüllt

# Popdem
ggplot(data_kon, aes(x = index_rep, y = popdem)) +

```

```

    geom_point(alpha = 0.3) +
    geom_smooth(method = "lm", se = FALSE, color = "blue") +
    geom_smooth(method = "loess", se = FALSE, color = "red") +
    labs(title = "Lineare (blau) vs. nichtlineare (rot) Anpassung",
         x = "Politische Repräsentationswahrnehmung",
         y = "Populistisches Modell")
# Linearität des ZH erfüllt

# 8.1.3. Regressionsmodelle

# Regressionsmodell: Liberale Demokratie
model_libdem <- lm(libdem ~ index_rep, data = data_kon)
summary(model_libdem)

# Regressionsmodell: Soziale Demokratie
model_sozdem <- lm(sozdem ~ index_rep, data = data_kon)
summary(model_sozdem)

# Regressionsmodell: Populistisches Modell
model_popdem <- lm(popdem ~ index_rep, data = data_kon)
summary(model_popdem)

# 8.1.4. Visualisierung
library(ggplot2)
library(broom)
library(dplyr)

tidy_libdem <- tidy(model_libdem, conf.int = TRUE) %>%
  filter(term == "index_rep") %>%
  mutate(Model = "Liberale Demokratie")

tidy_sozdem <- tidy(model_sozdem, conf.int = TRUE) %>%
  filter(term == "index_rep") %>%
  mutate(Model = "Soziale Demokratie")

tidy_popdem <- tidy(model_popdem, conf.int = TRUE) %>%
  filter(term == "index_rep") %>%
  mutate(Model = "Populistisches Modell")

# Zusammenführen
modelle_plot <- bind_rows(tidy_libdem, tidy_sozdem, tidy_popdem)
modelle_plot$Model <- factor(modelle_plot$Model,
                             levels = c("Liberale Demokratie",
                                           "Soziale Demokratie",
                                           "Populistisches Modell"))

# Plotten
ggplot(modelle_plot, aes(x = estimate, y = Model)) +
  geom_point(color = "darkblue", size = 3) +
  geom_errorbarh(aes(xmin = conf.low, xmax = conf.high), height = 0.2, color =
"darkblue") +
  geom_vline(xintercept = 0, linetype = "dashed", color = "grey50") +
  labs(
    #title = "Effekt der Repräsentationswahrnehmung auf Demokratiekonzepte",
    x = "
    Regressionskoeffizient (mit 95%-Konfidenzintervall)",
    y = NULL
  ) +
  theme_minimal(base_size = 13)

# 8.1.5. Tabellarische Darstellung
library(dplyr)
library(broom)
library(tibble)

# Modelle zusammenfassen
summary_libdem <- summary(model_libdem)
summary_sozdem <- summary(model_sozdem)
summary_popdem <- summary(model_popdem)

```

```

extract_model_info <- function(model, name) {
  tidy_mod <- broom::tidy(model)
  glance_mod <- broom::glance(model)
  tibble(
    Modell = name,
    b = tidy_mod$estimate[2],
    SE = tidy_mod$std.error[2],
    t = tidy_mod$statistic[2],
    p = tidy_mod$p.value[2],
    R2 = glance_mod$r.squared,
    adj_R2 = glance_mod$adj.r.squared,
    N = glance_mod$df.residual + glance_mod$df[1]
  )
}

# Zusammenführen
regression_summary <- bind_rows(
  extract_model_info(model_libdem, "Liberale Demokratie"),
  extract_model_info(model_sozdem, "Soziale Demokratie"),
  extract_model_info(model_popdem, "Populistisches Modell")
)

# Ausgabe
print(regression_summary)

####
## 8.2. Regressionen Repräsentationswahrnehmung
###

data_rep <- data.frame(index_rep, ek_gut, ek_ok, ek_schlecht,
  edu_level_low, edu_level_medium, edu_level_high,
  mainact_educ, mainact_empl, mainact_unempl,
  party_spoec, party_oevp, party_gruene, party_fpoe,
party_neos, kleinparteien,
  mig_bin,
  gndr_r,
  age_group_1, age_group_2, age_group_3, age_group_4,
  polintr_r,
  atchctr, atcherp,
  trstpolinst_nr)

str(data_rep)

# Pearson-Korrelationstabelle
library(sjPlot)
sjp.corr(data_rep, corr.method = "pearson", na.deletion = "pairwise", wrap.labels
= 10, decimals = 2)

# Filter - nur Fälle, die in allen Variablen gültige Angaben haben
vars_rep <- c("index_rep", "ek_gut", "ek_ok", "ek_schlecht",
  "edu_level_low", "edu_level_medium", "edu_level_high",
  "mainact_educ", "mainact_empl", "mainact_unempl",
  "party_spoec", "party_oevp", "party_gruene", "party_fpoe",
"party_neos", "kleinparteien",
  "mig_bin",
  "gndr_r",
  "age_group_1", "age_group_2", "age_group_3", "age_group_4",
  "polintr_r",
  "atchctr", "atcherp",
  "trstpolinst_nr")

compl_cases_data_rep <- analytical_sample %>%
  filter(complete.cases(select(., all_of(vars_rep))))

# Anzahl der vollständigen Fälle ungewichtet
nrow(compl_cases_data_rep) # n = 1258

# Regressionsmodelle

```

```

# Modell 1 - nur unabhängige Variablen (EK, Parteipräf.)
model_A1 <- lm(index_rep ~ ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien,
               data = compl_cases_data_rep)
summary(model_A1)

# Modell 2 - zusätzl. Geschlecht, Alter, Bildung, Migrationshintergrund,
# Erwerbsstatus
model_A2 <- lm(index_rep ~ ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl,
               data = compl_cases_data_rep)
summary(model_A2)

# Modell 3 - mit Verbundenheitsgefühl AT / EU
model_A3 <- lm(index_rep ~ ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl +
               atchctr + atcherp,
               data = compl_cases_data_rep)
summary(model_A3)

# Modell 4 - Politisches Interesse
model_A4 <- lm(index_rep ~ ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl +
               atchctr + atcherp +
               polintr_r,
               data = compl_cases_data_rep)
summary(model_A4)

# Modell 5 - Vertrauen in politische Institutionen
model_A5 <- lm(index_rep ~ ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl +
               atchctr + atcherp +
               polintr_r +
               trstpolinst_nr,
               data = compl_cases_data_rep)
summary(model_A5)

### Test auf Multikollinearität
library(car)
# VIF-Werte berechnen
vif_values <- vif(model_A5)
print(vif_values)
# alle Werte <5 --> kein Verdacht auf Multikollinearität

####

```

```

# Regressionstabelle für alle 5 Modelle
####
library(sjPlot)

tab_model(model_A1, model_A2, model_A3, model_A4, model_A5,
          #show.std = TRUE,
          show.ci = FALSE,
          p.style = "stars")

####
# Koeffizientenplot
####
models <- list(model_A1, model_A2, model_A3, model_A4, model_A5)
library(broom)
library(dplyr)
library(ggplot2)

# Modelle aufbereiten
model_names <- c("A1", "A2", "A3", "A4", "A5")
# Extrahiere Koeffizienten und Standardfehler für jedes Modell
coef_A1 <- tidy(model_A1)
coef_A2 <- tidy(model_A2)
coef_A3 <- tidy(model_A3)
coef_A4 <- tidy(model_A4)
coef_A5 <- tidy(model_A5)
# Modelle zusammenfügen
coef_data <- bind_rows(
  mutate(coef_A1, Model = "A1"),
  mutate(coef_A2, Model = "A2"),
  mutate(coef_A3, Model = "A3"),
  mutate(coef_A4, Model = "A4"),
  mutate(coef_A5, Model = "A5")
)
# Struktur coef_data
head(coef_data)

# Labels auf y-Achse ändern
# Neue Labels definieren
new_labels <- c(
  # "(Intercept)" = "Intercept",
  "age_group_1" = "16 - 29 Jahre",
  "age_group_2" = "30 - 49 Jahre",
  "age_group_3" = "50 - 69 Jahre",
  "atchctr" = "Verbundenheit Österreich",
  "atcherp" = "Verbundenheit Europa",
  "edu_level_high" = "hohe Bildung",
  "edu_level_low" = "niedrige Bildung",
  "ek_gut" = "mit EK bequem leben",
  "ek_schlecht" = "mit EK (sehr) schwer zurechtkommen",
  "gndr_r" = "Geschlecht weiblich",
  "kleinparteien" = "Kleinparteien",
  "mainact_educ" = "in Ausbildung",
  "mainact_unempl" = "erwerbslos",
  "mig_bin" = "mit Migrationshintergrund",
  "party_fpoe" = "FPÖ",
  "party_gruene" = "Die Grünen",
  "party_neos" = "NEOS",
  "party_oevp" = "ÖVP",
  "polintr_r" = "Politisch interessiert",
  "trstpolinst_nr" = "Vertrauen in pol. Inst."
)

# Neue Labels korrekt zuweisen
coef_data$term_label <- new_labels[as.character(coef_data$term)]

# Reihenfolge der Prädiktoren im Output
coef_data$term <- factor(coef_data$term, levels = rev(c("(Intercept)", "ek_gut",
"ek_schlecht",
"party_oevp",
"party_gruene", "party_fpoe", "party_neos", "kleinparteien",

```

```

"age_group_2", "age_group_3",
"edu_level_high",
"mainact_unempl",

"age_group_1",
"gnr_r", "edu_level_low",
"mig_bin", "mainact_educ",
"atchctr", "atcherp",

"polintr_r", "trstpolinst_nr"))
# Plot mit neuen Labels
ggplot(coef_data, aes(x = estimate, y = term, color = Model)) +
  geom_vline(xintercept = 0, color = "black", linetype = "solid", linewidth = 0.1)
+
  geom_point(position = position_dodge(width = 0.8), size = 1.5) +
  geom_errorbarh(aes(xmin = estimate - std.error, xmax = estimate + std.error),
                 height = 0.8,
                 position = position_dodge(width = 0.8)) +
  theme_minimal() +
  labs(
    x = "Effektstärke",
    y = "Prädiktor"
  ) +
  scale_y_discrete(labels = new_labels) +
  theme(
    axis.text.y = element_text(size = 15), # Größe der Y-Achsen-Labels ändern
    axis.text.x = element_text(size = 15), # Größe der X-Achsen-Labels ändern
    axis.title.x = element_text(size = 17), # Größe der X-Achsen-Beschriftung
    axis.title.y = element_text(size = 17), # Größe der Y-Achsen-Beschriftung
    legend.text = element_text(size = 15), # Größe der Legendenbeschriftung
    legend.title = element_text(size = 17) # Größe des Legendentitels anpassen
  )

# Test auf Homoskedastizität
# Residuen gegen die vorhergesagten Werte plotten
plot(fitted(model_A5), residuals(model_A5),
     main = "Residuals vs Fitted Values",
     xlab = "Fitted Values",
     ylab = "Residuals")
abline(h = 0, col = "red")

# Hinweis auf Heteroskedastie! -> Weitere Tests erforderlich:
# Breusch Pagan Test auf Homoskedastizität
library(lmtest)
bptest(model_A5) # negativ
# White Test
library(lmtest)
bptest(model_A5, ~ fitted(model_A5) + I(fitted(model_A5)^2)) # positiv
# Verteilung?
hist(index_rep) # Histogramm
plot(fitted(model_A5), resid(model_A5)) # Residualplot
# Verletzung der Homoskedastie vmtl. aufgrund der Verteilung der AV
# Robuste Standardfehler schätzen
#install.packages("sandwich")
library(sandwich)
#install.packages("lmtest")
library(lmtest)

# Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern
coeftest(model_A5, vcov = vcovHC(model_A5, type = "HC1"))
# keine nennenswerten Unterschiede zu Ausgangsmodell --> dieses wird daher
beibehalten

####
## 8.3. Regressionen Demokratiedefizit Liberale Demokratie
###
data_libdef <- data.frame(libdem_def,

```

```

        ek_gut, ek_ok, ek_schlecht,
        edu_level_low, edu_level_medium, edu_level_high,
        mainact_educ, mainact_empl, mainact_unempl,
        party_spoee, party_oevp, party_gruene, party_fpoe,
party_neos, kleinparteien,
        mig_bin,
        gndr_r,
        age_group_1, age_group_2, age_group_3, age_group_4,
        polintr_r,
        atchctr, atcherp,
        trstpolinst_nr)

str(data_libdef)

# Pearson-Korrelationstabelle
library(sjPlot)
sjp.corr(data_libdef, corr.method = "pearson", na.deletion = "pairwise",
wrap.labels = 10, decimals = 2)

# Filter - nur Fälle, die in allen Variablen gültige Angaben haben
vars_libdef <- c("libdem_def",
        "index_rep", "ek_gut", "ek_ok", "ek_schlecht",
        "edu_level_low", "edu_level_medium", "edu_level_high",
        "mainact_educ", "mainact_empl", "mainact_unempl",
        "party_spoee", "party_oevp", "party_gruene", "party_fpoe",
"party_neos", "kleinparteien",
        "mig_bin",
        "gndr_r",
        "age_group_1", "age_group_2", "age_group_3", "age_group_4",
        "polintr_r",
        "atchctr", "atcherp",
        "trstpolinst_nr")

compl_cases_libdef <- analytical_sample %>%
        filter(complete.cases(select(., all_of(vars_libdef))))
# Anzahl der vollständigen Fälle ungewichtet
nrow(compl_cases_libdef) # n = 1226

#####
# Regressionsmodelle
#####
# Modell 1 - Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund
model_B1 <- lm(libdem_def ~
        index_rep,
        data = compl_cases_libdef)
summary(model_B1)

# Modell 2 - mit Repräsentationswahrnehmung
model_B2 <- lm(libdem_def ~
        index_rep +
        ek_gut + ek_schlecht +
        party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
        kleinparteien,
        data = compl_cases_libdef)
summary(model_B2)

# Modell 3 - mit subjektives Einkommen, Partei, Verbundenheitsgefühl Europa
model_B3 <- lm(libdem_def ~
        index_rep +
        ek_gut + ek_schlecht +
        party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
        kleinparteien +
        age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
        gndr_r +
        edu_level_low + edu_level_high +
        mig_bin +
        mainact_educ + mainact_unempl,
        data = compl_cases_libdef)
summary(model_B3)

# Modell 4 - mit Verbundenheit AT, Haupttätigkeit, Politisches Interesse

```

```

model_B4 <- lm(libdem_def ~
              index_rep +
              ek_gut + ek_schlecht +
              party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
kleinparteien +
              age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
              gndr_r +
              edu_level_low + edu_level_high +
              mig_bin +
              mainact_educ + mainact_unempl +
              atchctr + atcherp,
              data = compl_cases_libdef)
summary(model_B4)

# Modell 5 - mit Vertrauen in pol. Institutionen
model_B5 <- lm(libdem_def ~
              index_rep +
              ek_gut + ek_schlecht +
              party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
kleinparteien +
              age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
              gndr_r +
              edu_level_low + edu_level_high +
              mig_bin +
              mainact_educ + mainact_unempl +
              atchctr + atcherp +
              polintr_r +
              trstpolinst_nr,
              data = compl_cases_libdef)
summary(model_B5)

### Test auf Multikollinearität
library(car)
# VIF-Werte berechnen
vif_values <- vif(model_B5)
print(vif_values)
# alle Werte <5 --> kein Verdacht auf Multikollinearität

#####
# Regressionstabelle für alle 5 Modelle
#####
library(sjPlot)
tab_model(model_B1, model_B2, model_B3, model_B4, model_B5,
          #show.std = TRUE,
          show.ci = FALSE,
          p.style = "stars") # Ausgabe im APA-Stil mit Signifikanz

####
# Koeffizientenplot
####
models <- list(model_B1, model_B2, model_B3, model_B4, model_B5)

# Modelle aufbereiten
model_names <- c("B1", "B2", "B3", "B4", "B5")
# Extrahiere Koeffizienten und Standardfehler für jedes Modell
coef_B1 <- tidy(model_B1)
coef_B2 <- tidy(model_B2)
coef_B3 <- tidy(model_B3)
coef_B4 <- tidy(model_B4)
coef_B5 <- tidy(model_B5)

# Modelle zusammenfügen
coef_data <- bind_rows(
  mutate(coef_B1, Model = "B1"),
  mutate(coef_B2, Model = "B2"),
  mutate(coef_B3, Model = "B3"),
  mutate(coef_B4, Model = "B4"),
  mutate(coef_B5, Model = "B5")
)

```

```

# Labels auf y-Achse ändern
# Neue Labels definieren
new_labels <- c(
  "(Intercept)" = "(Intercept)",
  "age_group_1" = "16 - 29 Jahre",
  "age_group_2" = "30 - 49 Jahre",
  "age_group_3" = "50 - 69 Jahre",
  "gndr_r" = "Geschlecht weiblich",
  "edu_level_low" = "niedrige Bildung",
  "edu_level_high" = "hohe Bildung",
  "mig_bin" = "mit Migrationshintergrund",
  "index_rep" = "Pol. Repräsentationswahrn.",
  "party_oevp" = "ÖVP",
  "party_gruene" = "Die Grünen",
  "party_fpoe" = "FPÖ",
  "party_neos" = "NEOS",
  "kleinparteien" = "Kleinparteien",
  "ek_gut" = "mit EK bequem leben",
  "ek_schlecht" = "mit EK (sehr) schwer zurechtkommen",
  "atcherp" = "Verbundenheit Europa",
  "atchctr" = "Verbundenheit Österreich",
  "mainact_educ" = "in Ausbildung",
  "mainact_unempl" = "Erwerbslos",
  "polintr_r" = "Politisches interessiert",
  "trstpolinst_nr" = "Vertrauen in pol. Inst."
)

# Reihenfolge bestimmen
coef_data$term <- factor(coef_data$term, levels = rev(c("(Intercept)",
  "index_rep",
  "ek_gut",
  "ek_schlecht",
  "party_oevp",
  "party_gruene",
  "party_fpoe",
  "party_neos",
  "kleinparteien",
  "age_group_1",
  "age_group_2",
  "age_group_3",
  "gndr_r",
  "mig_bin",
  "edu_level_low",
  "edu_level_high",
  "mainact_educ",
  "mainact_unempl",
  "atchctr",
  "atcherp",
  "polintr_r",
  "trstpolinst_nr"))))

# Koeffizientplot

ggplot(coef_data, aes(x = estimate, y = term, color = Model)) +
  geom_vline(xintercept = 0, color = "black", linetype = "solid", linewidth = 0.1)
+
  geom_point(position = position_dodge(width = 0.8), size = 1.5) +
  geom_errorbarh(aes(xmin = estimate - std.error, xmax = estimate + std.error),
    height = 0.8,
    position = position_dodge(width = 0.8)) +
  theme_minimal() +
  labs(
    x = "Effektstärke",
    y = "Prädiktor"
  ) +
  scale_y_discrete(labels = new_labels) +
  theme(
    axis.text.y = element_text(size = 15), # Größe der Y-Achsen-Labels ändern
    axis.text.x = element_text(size = 15), # Größe der X-Achsen-Labels ändern
  )

```

```

    axis.title.x = element_text(size = 17), # Größe der X-Achsen-Beschriftung
    ändern
    axis.title.y = element_text(size = 17), # Größe der Y-Achsen-Beschriftung
    ändern
    legend.text = element_text(size = 15),    # Größe der Legendenbeschriftung
    anpassen
    legend.title = element_text(size = 17)    # Größe des Legendentitels anpassen
  )

# Test auf Homoskedastizität
# Residuen gegen die vorhergesagten Werte plotten
plot(fitted(model_B5), residuals(model_B5),
     main = "Residuals vs Fitted Values",
     xlab = "Fitted Values",
     ylab = "Residuals")
abline(h = 0, col = "red")
# Kein Hinweis auf Heteroskedastie

# MEDIATION?
model_c <- lm(libdem_def ~ index_rep, data = compl_cases_libdef)
summary(model_c)
model_a <- lm(party_fpoe ~ index_rep, data = compl_cases_libdef)
summary(model_a)
model_b <- lm(libdem_def ~ index_rep + party_fpoe, data = compl_cases_libdef)
summary(model_b)

####
## 8.4. Regressionen Demokratiedefizit Soziale Demokratie
###
data_sozdef <- data.frame(sozdem_def,
                          ek_gut, ek_ok, ek_schlecht,
                          edu_level_low, edu_level_medium, edu_level_high,
                          mainact_educ, mainact_empl, mainact_unempl,
                          party_spoee, party_oevp, party_gruene, party_fpoe,
party_neos, kleinparteien,
                          mig_bin,
                          gndr_r,
                          age_group_1, age_group_2, age_group_3, age_group_4,
                          polintr_r,
                          atchctr, atcherp,
                          trstpolinst_nr)

str(data_sozdef)

# Pearson-Korrelationstabelle
library(sjPlot)
sjp.corr(data_sozdef, corr.method = "pearson", na.deletion = "pairwise",
wrap.labels = 10, decimals = 2)

# Filter - nur Fälle, die in allen Variablen gültige Angaben haben
vars_sozdef <- c("sozdem_def",
                "index_rep", "ek_gut", "ek_ok", "ek_schlecht",
                "edu_level_low", "edu_level_medium", "edu_level_high",
                "mainact_educ", "mainact_empl", "mainact_unempl",
                "party_spoee", "party_oevp", "party_gruene", "party_fpoe",
"party_neos", "kleinparteien",
                "mig_bin",
                "gndr_r",
                "age_group_1", "age_group_2", "age_group_3", "age_group_4",
                "polintr_r",
                "atchctr", "atcherp",
                "trstpolinst_nr")

compl_cases_sozdef <- analytical_sample %>%
  filter(complete.cases(select(., all_of(vars_sozdef))))

# Anzahl der vollständigen Fälle ungewichtet
nrow(compl_cases_sozdef) # n = 1236

#####

```

```

# Regressionsmodelle
#####
# Modell 1 - Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund
model_C1 <- lm(sozdem_def ~
               index_rep,
               data = compl_cases_sozdef)
summary(model_C1)

# Modell 2 - mit Repräsentationswahrnehmung
model_C2 <- lm(sozdem_def ~
               index_rep +
               ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien,
               data = compl_cases_sozdef)
summary(model_C2)

# Modell 3 - mit subjektives Einkommen, Partei, Verbundenheitsgefühl Europa
model_C3 <- lm(sozdem_def ~
               index_rep +
               ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl,
               data = compl_cases_sozdef)
summary(model_C3)

# Modell 4 - mit Verbundenheit AT, Haupttätigkeit, Politisches Interesse
model_C4 <- lm(sozdem_def ~
               index_rep +
               ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl +
               atchctr + atcherp,
               data = compl_cases_sozdef)
summary(model_C4)

# Modell 5 - mit Vertrauen in pol. Institutionen
model_C5 <- lm(sozdem_def ~
               index_rep +
               ek_gut + ek_schlecht +
               party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
               kleinparteien +
               age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
               gndr_r +
               edu_level_low + edu_level_high +
               mig_bin +
               mainact_educ + mainact_unempl +
               atchctr + atcherp +
               polintr_r +
               trstpolinst_nr,
               data = compl_cases_sozdef)
summary(model_C5)

### Test auf Multikollinearität
library(car)
# VIF-Werte berechnen
vif_values <- vif(model_C5)
print(vif_values)
# alle Werte <5 --> kein Verdacht auf Multikollinearität

```

```
####
# Regressionstabelle für alle 5 Modelle
#####
library(sjPlot)
tab_model(model_C1, model_C2, model_C3, model_C4, model_C5,
          #show.std = TRUE,
          show.ci = FALSE,
          p.style = "stars") # Ausgabe im APA-Stil mit Signifikanz

####
# Koeffizientenplot
####
models <- list(model_C1, model_C2, model_C3, model_C4, model_C5)

# Modelle aufbereiten
model_names <- c("D1", "D2", "D3", "D4", "D5")

# Extrahiere Koeffizienten und Standardfehler für jedes Modell
coef_C1 <- tidy(model_C1)
coef_C2 <- tidy(model_C2)
coef_C3 <- tidy(model_C3)
coef_C4 <- tidy(model_C4)
coef_C5 <- tidy(model_C5)

# Modelle zusammenfügen
coef_data <- bind_rows(
  mutate(coef_C1, Model = "D1"),
  mutate(coef_C2, Model = "D2"),
  mutate(coef_C3, Model = "D3"),
  mutate(coef_C4, Model = "D4"),
  mutate(coef_C5, Model = "D5")
)

# Reihenfolge bestimmen
coef_data$term <- factor(coef_data$term, levels = rev(c("(Intercept)",
  "index_rep",
  "ek_gut",
  "ek_schlecht",
  "party_oevp",
  "party_gruene",
  "party_fpoe",
  "party_neos",
  "kleinparteien",
  "age_group_1",
  "age_group_2",
  "age_group_3",
  "gndr_r",
  "mig_bin",
  "edu_level_low",
  "edu_level_high",
  "mainact_educ",
  "mainact_unempl",
  "atchctr",
  "atcherp",
  "polintr_r",
  "trstpolinst_nr"))))

# Koeffizientplot
ggplot(coef_data, aes(x = estimate, y = term, color = Model)) +
  geom_vline(xintercept = 0, color = "black", linetype = "solid", linewidth = 0.1)
+
  geom_point(position = position_dodge(width = 0.8), size = 1.5) +
  geom_errorbarh(aes(xmin = estimate - std.error, xmax = estimate + std.error),
    height = 0.8,
    position = position_dodge(width = 0.8)) +
  theme_minimal() +
  labs(
    x = "Effektstärke",
    y = "Prädiktor"
  ) +
```

```

scale_y_discrete(labels = new_labels) +
theme(
  axis.text.y = element_text(size = 15), # Größe der Y-Achsen-Labels ändern
  axis.text.x = element_text(size = 15), # Größe der X-Achsen-Labels ändern
  axis.title.x = element_text(size = 17), # Größe der X-Achsen-Beschriftung
  ändern
  axis.title.y = element_text(size = 17), # Größe der Y-Achsen-Beschriftung
  ändern
  legend.text = element_text(size = 15), # Größe der Legendenbeschriftung
  anpassen
  legend.title = element_text(size = 17) # Größe des Legendentitels anpassen
)

# Test auf Homoskedastizität
# Residuen gegen die vorhergesagten Werte plotten
plot(fitted(model_C5), residuals(model_C5),
     main = "Residuals vs Fitted Values",
     xlab = "Fitted Values",
     ylab = "Residuals")
abline(h = 0, col = "red")
# Kein Hinweis auf Heteroskedastie

####
## 8.5. Regressionen Demokratiedefizit Populistisches Modell
###

data_popdef <- data.frame(popdem_def,
                          ek_gut, ek_ok, ek_schlecht,
                          edu_level_low, edu_level_medium, edu_level_high,
                          mainact_educ, mainact_empl, mainact_unempl,
                          party_spoer, party_oevp, party_gruene, party_fpoe,
party_neos, kleinparteien,
                          mig_bin,
                          gndr_r,
                          age_group_1, age_group_2, age_group_3, age_group_4,
                          polintr_r,
                          atchctr, atcherp,
                          trstpolinst_nr)

# Pearson-Korrelationstabelle
library(sjPlot)
sjp.corr(data_popdef, corr.method = "pearson", na.deletion = "pairwise",
wrap.labels = 10, decimals = 2)

# Filter - nur Fälle, die in allen Variablen gültige Angaben haben
vars_popdef <- c("popdem_def",
                "index_rep", "ek_gut", "ek_ok", "ek_schlecht",
                "edu_level_low", "edu_level_medium", "edu_level_high",
                "mainact_educ", "mainact_empl", "mainact_unempl",
                "party_spoer", "party_oevp", "party_gruene", "party_fpoe",
"party_neos", "kleinparteien",
                "mig_bin",
                "gndr_r",
                "age_group_1", "age_group_2", "age_group_3", "age_group_4",
                "polintr_r",
                "atchctr", "atcherp",
                "trstpolinst_nr")

compl_cases_popdef <- analytical_sample %>%
  filter(complete.cases(select(., all_of(vars_popdef))))

# Anzahl der vollständigen Fälle ungewichtet
nrow(compl_cases_popdef) # n = 1199

#####
# Regressionsmodelle
#####

# Modell 1 - Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund
model_D1 <- lm(popdem_def ~
               index_rep,

```

```

        data = compl_cases_popdef)
summary(model_D1)

# Modell 2 - mit Repräsentationswahrnehmung
model_D2 <- lm(popdem_def ~
              index_rep +
              ek_gut + ek_schlecht +
              party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
kleinparteien,
              data = compl_cases_popdef)
summary(model_D2)

# Modell 3 - mit subjektives Einkommen, Partei, Verbundenheitsgefühl Europa
model_D3 <- lm(popdem_def ~
              index_rep +
              ek_gut + ek_schlecht +
              party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
kleinparteien +
              age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
              gndr_r +
              edu_level_low + edu_level_high +
              mig_bin +
              mainact_educ + mainact_unempl,
              data = compl_cases_popdef)
summary(model_D3)

# Modell 4 - mit Verbundenheit AT, Haupttätigkeit, Politisches Interesse
model_D4 <- lm(popdem_def ~
              index_rep +
              ek_gut + ek_schlecht +
              party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
kleinparteien +
              age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
              gndr_r +
              edu_level_low + edu_level_high +
              mig_bin +
              mainact_educ + mainact_unempl +
              atchctr + atcherp,
              data = compl_cases_popdef)
summary(model_D4)

# Modell 5 - mit Vertrauen in pol. Institutionen
model_D5 <- lm(popdem_def ~
              index_rep +
              ek_gut + ek_schlecht +
              party_oevp + party_gruene + party_fpoe + party_neos +
kleinparteien +
              age_group_1 + age_group_2 + age_group_3 +
              gndr_r +
              edu_level_low + edu_level_high +
              mig_bin +
              mainact_educ + mainact_unempl +
              atchctr + atcherp +
              polintr_r +
              trstpolinst_nr,
              data = compl_cases_popdef)
summary(model_D5)

### Test auf Multikollinearität
library(car)
# VIF-Werte berechnen
vif_values <- vif(model_D5)
print(vif_values)
# alle Werte <5 --> kein Verdacht auf Multikollinearität

####
# Regressionstabelle für alle 5 Modelle
#####
library(sjPlot)

```

```

tab_model(model_D1, model_D2, model_D3, model_D4, model_D5,
          #show.std = TRUE,
          show.ci = FALSE,
          p.style = "stars") # Ausgabe im APA-Stil mit Signifikanz

####
# Koeffizientenplot
####
models <- list(model_D1, model_D2, model_D3, model_D4, model_D5)

# Modelle aufbereiten
model_names <- c("D1", "D2", "D3", "D4", "D5")
# Extrahiere Koeffizienten und Standardfehler für jedes Modell
coef_D1 <- tidy(model_D1)
coef_D2 <- tidy(model_D2)
coef_D3 <- tidy(model_D3)
coef_D4 <- tidy(model_D4)
coef_D5 <- tidy(model_D5)

# Modelle zusammenfügen
coef_data <- bind_rows(
  mutate(coef_D1, Model = "D1"),
  mutate(coef_D2, Model = "D2"),
  mutate(coef_D3, Model = "D3"),
  mutate(coef_D4, Model = "D4"),
  mutate(coef_D5, Model = "D5")
)

# Reihenfolge bestimmen
coef_data$term <- factor(coef_data$term, levels = rev(c("(Intercept)",
  "index_rep",
  "ek_gut",
  "ek_schlecht",
  "party_oevp",
  "party_gruene",
  "party_fpoe",
  "party_neos",
  "kleinparteien",
  "age_group_1",
  "age_group_2",
  "age_group_3",
  "gndr_r",
  "mig_bin",
  "edu_level_low",
  "edu_level_high",
  "mainact_educ",
  "mainact_unempl",
  "atchctr",
  "atcherp",
  "polintr_r",
  "trstpolinst_nr")))

# Koeffizientplot
ggplot(coef_data, aes(x = estimate, y = term, color = Model)) +
  geom_vline(xintercept = 0, color = "black", linetype = "solid", linewidth = 0.1)
+
  geom_point(position = position_dodge(width = 0.8), size = 1.5) +
  geom_errorbarh(aes(xmin = estimate - std.error, xmax = estimate + std.error),
    height = 0.8,
    position = position_dodge(width = 0.8)) +
  theme_minimal() +
  labs(
    x = "Effektstärke",
    y = "Prädiktor"
  ) +
  scale_y_discrete(labels = new_labels) +
  theme(
    axis.text.y = element_text(size = 15), # Größe der Y-Achsen-Labels ändern
    axis.text.x = element_text(size = 15), # Größe der X-Achsen-Labels ändern
  )

```

```

    axis.title.x = element_text(size = 17), # Größe der X-Achsen-Beschriftung
    ändern
    axis.title.y = element_text(size = 17), # Größe der Y-Achsen-Beschriftung
    ändern
    legend.text = element_text(size = 15),    # Größe der Legendenbeschriftung
    anpassen
    legend.title = element_text(size = 17)    # Größe des Legendentitels anpassen
  )

# Im Koeffizientenplot scheinen die Werte für EK signifikant zu sein, in der
# Reg.tab. sind sie es
# hingegen nicht. Daher kurzer Check:
coef_data %>%
  filter(term %in% c("ek_gut", "ek_schlecht")) %>%
  select(term, estimate, std.error, Model, p.value)
# nicht signifikant

# Test auf Homoskedastizität
# Residuen gegen die vorhergesagten Werte plotten
plot(fitted(model_D5), residuals(model_D5),
     main = "Residuals vs Fitted Values",
     xlab = "Fitted Values",
     ylab = "Residuals")
abline(h = 0, col = "red")
# Kein Hinweis auf Heteroskedastie

```

Anhang E: Abstract (De/En)

Abstract Deutsch

In vielen westlichen Demokratien bleibt die normative Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform bemerkenswert stabil, während ihre praktische Umsetzung zunehmend kritisch bewertet wird. Diese Spannung zwischen Ideal und Bewertung wirft die Frage auf, welches Verständnis von Demokratie dem Urteil der Bürger:innen zugrunde liegt — und wie stark sich dieses individuell geprägte Ideal von der real erlebten politischen Praxis unterscheidet. In dieser Arbeit wird Demokratie daher nicht als festes institutionelles Arrangement verstanden, sondern als ein Deutungsfeld begriffen, in dem unterschiedliche Auffassungen innerhalb der österreichischen Bevölkerung analytisch rekonstruiert werden. Die zentrale These dieser Arbeit lautet: Politische Repräsentation – verstanden als gesellschaftlich ungleich verteilte Erfahrung politischer Responsivität – fungiert als Vermittlungsebene zwischen individuellem demokratischem Anspruch und der Bewertung ihrer tatsächlichen Umsetzung. Solche Wahrnehmungen sind in der österreichischen Bevölkerung nicht zufällig verteilt, sondern verlaufen entlang sozialstruktureller Linien. Besonders sozioökonomisch benachteiligte Gruppen berichten häufiger von fehlender politischer Responsivität. Repräsentationsdefizite sind dabei nicht bloß subjektive Wahrnehmungen, sondern spiegeln empirisch belegbare Verzerrungen politischer Responsivität wider. In diesem Spannungsfeld gewinnen rechtspopulistische Akteur:innen an Anschlussfähigkeit: Sie greifen Repräsentationslücken rhetorisch auf, deuten sie als Ausdruck eines systemischen Demokratiever sagens und inszenieren sich als exklusive Stimme eines vermeintlich ungehörten „Volkes“. Ihre Stärke liegt weniger in tatsächlicher Repräsentation als in der strategischen Besetzung politischer Deutungshoheit.

Die Analyse basiert auf den Daten der zehnten Runde des European Social Survey (ESS10) für Österreich. Eine explorative Faktorenanalyse identifiziert drei idealtypische Demokratieverständnisse in der österreichischen Bevölkerung: ein liberales, ein soziales und ein populistisches Modell. Darauf aufbauend zeigen Regressionsanalysen, dass eine niedrige Repräsentationswahrnehmung ein zentraler Prädiktor sowohl für die Wahrnehmung demokratischer Defizite in allen drei Demokratiemodellen als auch für die Präferenz des populistischen Demokratiekonzepts ist. Die Arbeit leistet einen Beitrag zur soziologischen Demokratieforschung, indem sie empirisch beleuchtet, wie subjektive Repräsentationswahrnehmung mit unterschiedlichen Vorstellungen demokratischer Ordnung zusammenhängen – und liefert einen Beitrag zum Verständnis der Diskrepanz zwischen normativer Demokratiezustimmung und einer zunehmend kritischen Systembewertung.

Abstract English

In many Western democracies, normative support for democracy as a form of government remains remarkably stable, even as its practical implementation is subject to increasing public criticism. This discrepancy between democratic ideals and their evaluation raises the question of what conception of democracy underpins citizens' judgements – and to what extent these individually shaped ideals diverge from their political experiences. Rather than conceptualizing democracy as a fixed institutional arrangement, this study approaches it as a subjective perception that can be empirically reconstructed from data on the Austrian population. The central thesis of this work is that political representation — understood as the socially unequal experience of political responsiveness — functions as a mediating interface between individual democratic expectations and evaluations of democratic performance. These experiences are not randomly distributed but follow social-structural patterns. Socioeconomically disadvantaged groups, in particular, report more frequently that they feel politically unheard. Such representation deficits are not merely subjective perceptions but correspond to empirically observable distortions in actual political responsiveness. Utilizing this gap, right-wing populist actors gain resonance: they rhetorically exploit these representation deficits, frame them as symptoms of systemic democratic failure, and claim to be the representative voice of a supposedly neglected "people". Their strength lies less in actual representation but rather in their strategic occupation of political topics.

The empirical analysis in this study uses data from the tenth round of the European Social Survey (ESS10) for Austria. An exploratory factor analysis identifies three ideal-typical conceptions of democracy among the Austrian public: a liberal, a social, and a populist model. Subsequent regression analyses reveal that a low sense of political representation is a significant predictor of perceived democratic deficits across all three models, and particularly of a preference for the populist conception of democracy. This study contributes to the field of sociological democracy research by empirically tracing how subjective experiences of representation intersect with divergent democratic conceptions—and by offering insights into the growing disconnect between high normative support for democracy and increasingly critical evaluations of its practical enactment.